Von Wichern bis Posadowsky

Zur Geschichte der Sozialreform und der christlichen Arbeiterbewegung::

Dietrich von Oertzen

Von Wichern bis Posadowsky

Zur Geschichte der Sozialreform und der christlichen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Kirchlich-sozialen Konferenz herausgegeben

von

Dietrich von Oertzen

Hamburg
Agentur des Rauhen Hauses

LOAN STACK

1908.

Druckerei des Rauhen Hauſes, Hamburg 26.

Digitized by Google

HN443
038

Inhalt.

		Seite
1.	Einleitung	5
2.	Die Vorläufer	9
3.	Staats- und Kathedersozialisten	16
4.	Begründung der christlich-sozialen Partei	24
5.	1879. Wirtschaftspolitik. Verstaatlichung	31
6.	1880. Antiliberale Strömung	36
7.	1881. Die Unfallversicherung	42
8.	1882. Krankenversicherung	47
9.	1883. Das Krankenkassengesetz angenommen	55
10.	1884. Das Unfallgesetz verabschiedet. Besseres Sonntagsrecht	61
11.	1885. Das Unfallrecht in Kraft. Arbeiterschutz	67
12.	1886. Fortbildung des Arbeiterrechts. Gewerbegerichte	73
13.	1887. Alters- und Invalidenversicherung	77
14.	1888. Kaiser Wilhelm II. kommt zur Regierung	87
15.	1889. Alters- und Invalidenversicherung verabschiedet	91
16.	1890. Arbeiterschutzkonferenz in Berlin. Bismarcks Sturz. Gewerbegerichte	99
17.	1891. Ära Caprivi	111
18.	1892. Kleine Fortschritte	116
19.	1893. Die sozialpolitischen Richtungen scheiden sich	120
20.	1894. Die Ära Hohenlohe. Wenig Fortschritt. Neue Unterdrückungsmaßregeln	127
21.	1895. Die Umsturzvorlage. Die Rechte spaltet sich sozialpolitisch	133
22.	1896. Die Christlich-Sozialen trennen sich unter Stöckers Führung von den Konservativen; konstituieren sich unter Graf Solms	146
23.	1897. Periode der Reaktion	162
24.	1898. Reichstagswahl — Mißerfolg der Sozialreformer. Zuchthausgesetz	172
25.	1899. Das Zuchthausgesetz fällt. Der Katholikentag bekennt sich zu christlichen Gewerkschaften	177
26.	1900. Die Gesetzgebung stockt. Die christlichen Gewerkschaften machen Fortschritte	182

Digitized by Google

Seite

27. 1901. Spaltung der Evangelischen Arbeitervereine 189
28. 1902. Die Arbeitslosigkeit. Herbergen und Arbeiterkolonien . 193
29. 1903. Die Reaktion ist überwunden. Die preußische Generalsynode bekennt sich zu kirchlich-sozialer Arbeit . . . 197
30. 1904. Erster sozialer Ausbildungskursus. Kriegsgefahr durch die Sozialdemokratie 205
31. 1905. Christliche Gewerkschaft im Streik 210
32. 1906. Die russische Revolution wird fühlbar. Die christliche Arbeiterbewegung wächst stark 215
33. 1907. Graf Posadowsky verabschiedet. 2. Deutscher Arbeiterkongreß 219
34. Was nun? 225

I. Einleitung.

In der Volkswirtschaft und Volksarbeit hat sich, soweit sie nicht landwirtschaftlich, sondern gewerblich im engeren Sinne des Wortes ist, im Lauf der letzten hundert Jahre eine fundamentale Umwälzung vollzogen. Bis vor hundert Jahren etwa gingen die Erzeugnisse des Gewerbefleißes aus dem Kleinbetrieb hervor. Die Kulturgüter entstanden in der Werkstatt des Handwerkers. Die Produktion war eine individuelle, das Verhältnis zwischen Meister, Geselle und Lehrling ein patriarchalisches. Wohl kam auch in der „Zunftzeit" Mißbrauch dieses Verhältnisses durch einzelne Meister oder auch vereinigte Meisterschaften vor und Verbündung der Gesellen gegen die Meister schon im frühesten Mittelalter — immerhin hatte die überwiegende Mehrheit der Gesellen damals Aussicht, selbst in den Meisterstand aufzurücken. Und so war die Zeit der Lohnarbeit nur eine Episode im Leben des Handarbeiters; sein Ziel blieb die selbständige Arbeitgeberschaft, und dieses Ziel war dem Durchschnitt erreichbar.

Diese Art der Produktion hat sich nun völlig verändert, und zwar in einem allmählichen Umwandlungsprozeß; zuerst in England, wo man als Wendepunkt etwa den Beginn des 19. Jahrhunderts bezeichnen könnte; dann etwas später in Frankreich; endlich um die Mitte des 19. Jahrhunderts trat auch in Deutschland der Umschwung ein. Zahlreiche Handwerke verschwanden ganz von der wirtschaftlichen Bildfläche; andere mußten zu neuen Betriebsformen übergehen. Auch bei uns wurde ein starker Bruchteil der nationalen Arbeit Massenarbeit, zum Teil sogenannte Manufaktur, die nur auf Teilung der Arbeit beruht, zum Teil Maschinenproduktion, die durch Anwendung der Dampfkraft ins Ungemessene gesteigert werden konnte, und tatsächlich gesteigert wurde. Diese Umwälzung der Produktion brachte nun aber nicht nur eine veränderte Herstellung der Güter mit sich, sondern erzeugte auch ein völlig neues Verhältnis der Menschen zur Arbeit. Je großartiger und kostspieliger einer-

ſeits die Arbeitsmittel, und je geringfügiger, unperſönlicher, mechaniſcher die Arbeitsleiſtungen wurden, um ſo ſtärker differenzierten ſich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in völlig geſonderte Stände. Das Kapital, Beſitzer und Organiſator der Arbeitsmittel, ward eine „Klaſſe“ für ſich, der kapitalloſe Arbeiter desgleichen. Neben ihnen machte ſich in immer ſteigendem Maße der Verteiler, der Kaufmann, geltend.

Dieſe große Umwälzung des wirtſchaftlichen Lebens muß als ein elementarer Prozeß bezeichnet werden, der im ganzen und großen weder verhindert, noch wirkſam aufgehalten werden konnte. Es entſtand die moderne Produktion, und ſie wuchs über die alten Rechtsordnungen der Individualproduktion unaufhaltſam hinaus. Viel kam aber nun doch darauf an, wie der Staat ſich zu dem Umwandlungsprozeß ſtellen würde: er konnte dieſen verlangſamen, indem er die Einrichtungen der Vergangenheit nur langſam preisgab; und er konnte die alten Rechtsordnungen umformen und der modernen Produktion anpaſſen.

Leider tat er weder das eine, noch das andere. Gerade in den entſcheidenden Jahren, wo das Alte fiel und das Neue aufkam, wurden das politiſche und das wirtſchaftliche Leben beherrſcht von einer theoretiſch gewonnenen Doktrin, dem Liberalismus, deſſen Grundgedanke der war, daß man in Staat und Wirtſchaft nur dem Individuum Raum zu ſchaffen habe, um ſeine Ellenbogen zu gebrauchen, und daß dann aus dem freien, durch kein Geſetz beſchränkten Ringen aller mit allen, auf Grund einer myſtiſchen „Harmonie der Intereſſen“ das höchſtmögliche Menſchen- und Völkerglück hervorſpringe. So verlangſamte man weder den Umbildungsprozeß, noch erſetzte man das Recht der Vergangenheit durch ein neues, ſondern man beſchleunigte die kapitaliſtiſche Entwicklung noch künſtlich. Und wie es nicht anders ſein konnte, verſchärfte man dadurch das allgemeine Unbehagen, die „Erſtverſchlechterung“, die mit jeder politiſchen und wirtſchaftlichen Neuerung verbunden iſt. Der Gegenſatz zwiſchen den modernen Produktionsfaktoren, den das Recht hätte ausgleichen ſollen, wurde zum ſcharfen Kampf, und zwar zu einem Kampf, in dem ſich durchweg der Kapitalfaktor als der ſtärkere erwies; der Unternehmer war lange Zeit hindurch Sieger, der dem unterlegenen Teil die Bedingungen diktierte. Das Los des Arbeiters wurden gedrückte Löhne und übertriebene Arbeitszeiten. Die

Theorie der französischen Revolution, das laisser faire, schuf in der Anwendung auf den Wirtschaftsprozeß nur den Schein, die Illusion der Freiheit, in Wahrheit eine Rechtlosigkeit des Arbeiters die zur Ausbeutung des Schwachen durch den Starken hinführte.

Gegen diese Entwicklung, die Periode des sogenannten Manchestertums, konnte eine Reaktion nicht ausbleiben, und sie kam in einer Bewegung, die man als den „Emanzipationskampf des vierten Standes" bezeichnet hat. Der Arbeiterstand erkannte, daß der einzelne Arbeiter hilflos und wehrlos dem Kapital gegenübersteht, solange er nur auf sich selbst gestellt ist, daß aber in der Koalition eine Kraft liegt, die es ihm möglich macht, mitbestimmend auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzuwirken. Mit dieser Waffe ausgerüstet, begann der Arbeiterstand den Kampf um ein modernes Arbeitsrecht, das ihm Schutz und Sicherheit, Rückhalt im Interessenstreit, und Besserung seiner Lebensbedingungen schaffen sollte.

Wer nun aber diesen Kampf ums Recht, wie er sich im Deutschen Reiche — nur von diesem soll die Rede sein — vollzogen hat, lediglich als einen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern auffassen wollte, würde sehr unrichtig urteilen. Es handelt sich nicht um einen einfachen, rein materiellen Interessenstreit, sondern um eine sehr komplizierte Bewegung, bei der auch noch ganz andere Faktoren in Betracht kommen, auch sittliche und religiöse. Stand das Manchestertum auf der These, daß die Arbeit nur eine Ware sei, die nach Marktwert gekauft und verkauft werde, so war deutscher Wissenschaft der Nachweis vorbehalten, daß man die Arbeit nicht begrifflich vom Menschen trennen kann, der sie tut, daß sie nicht nur wirtschaftlicher Vorgang, sondern persönliche sittliche Leistung ist. Und wenn die Sozialdemokratie sich dann mit dem Materialismus verbündete, so konnte die Kirche nicht umhin, auch ihrerseits den Kampf gegen diese geistige Verirrung auf der ganzen Linie aufzunehmen. So waren denn an dem Kampf um die Sozialreform nicht nur die direkten Interessenten, sondern auch geistige, sittliche, religiöse Faktoren, ja die ganze bürgerliche Gesellschaft beteiligt.

Es ist nun nicht der Zweck dieses Buches eine umfassende Sozialgeschichte der letzten 50 Jahre, also auch eine Geschichte der Sozialdemokratie zu geben. Im Vordergrund dieser Darstellung soll die christliche Arbeiterbewegung stehen, nicht um ihre Bedeutung zu übertreiben und zu überschätzen, sondern

weil das Buch für die christlichen Arbeiter bestimmt ist, welche aktiv in die Standesbewegung eintreten wollen. Für diese soll übersichtlich zusammengestellt werden, was Staat und Kirche bereits an Sozialreform geleistet haben, welche Parteien, welche Männer die Arbeit gefördert, welche Parteien und Männer sie gehindert haben. Beiläufig sollen dann auch jene zahlreichen Gesetze und Einrichtungen erwähnt werden, die ohne direkt im Interesse des Arbeiterstandes ins Leben gerufen zu sein, wie etwa die Gesetze für das Handwerk oder die Verstaatlichung der Eisenbahnen, doch eine starke sozialpolitische Wirkung ausgeübt haben. Es wird ferner, soweit es im engen Rahmen möglich ist, gestreift werden, was die Kirche in den Werken der Inneren Mission auch an materiellen Segnungen dem vierten Stande zuführt; es wird gezeigt werden, was die deutsche Wissenschaft geleistet und wie sie vielfach dem Arbeiterstande die Wege der Zukunft gezeigt hat.

Vorab soll hier auch dem weitverbreiteten Irrtum begegnet werden, als ob die christliche Sozialbewegung später entstanden sei als die Sozialdemokratie und dieser gewissermaßen nachgehinkt habe. Das ist keineswegs der Fall. Richtig ist nur, daß die Sozialdemokratie mit ihrer skrupellosen Agitation, ihrem einseitigen Standeskampf, ihrer Erweckung zügelloser Hoffnungen und ihrem Evangelium des Fleisches eine größere Anziehungskraft auf die Massen geübt hat, als das ernste Evangelium von Christo und als die Männer, die es vertraten. Immerhin — wenn Marx und Lassalle mehr Anhänger gewonnen haben als Huber und Wichern und Stöcker, so steht neben dem Drei-Millionen-Heerbann der Sozialdemokratie heute ein christlicher Heerbann, über eine Million stark, und es ist der Mühe wert, zu untersuchen, wie er entstanden ist, was er in der Vergangenheit geleistet, und was er in Zukunft noch leisten soll.

Zweck dieses Buches ist es, den falschen Kampf der jüdisch geführten Sozialdemokratie und den rechten Kampf des christlichen und deutschen Arbeiters so einander gegenüberzustellen, daß nicht zweifelhaft bleiben kann, wo die Mittel liegen, um nach dem treffenden Wort des Ministers von Bethmann-Hollweg „die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft".

Was die Form der Darstellung betrifft, so hat Verf. die Methode einer rein chronologischen Aneinanderreihung der Tat-

ſachen mit Vorbedacht gewählt. Eine Gruppierung der einzelnen geſetzgeberiſchen Materien zu abgerundeten Kapiteln würde ſich vielleicht angenehmer und leichter leſen, als eine Darſtellung, die den geſchichtlichen Faden immer wieder abreißen läßt, um ihn an ſpäterer Stelle neu zu knüpfen. Aber nur dieſe Chronologie konnte die Schwierigkeit der Kämpfe wirklich deutlich machen, konnte zeigen, wie oft auf erſte Anläufe gar kein Reſultat folgte, und erſt die Ausdauer und Unermüdlichkeit ein poſitives Ergebnis zeitigte. Es liegt aber Stärkung und Aufrichtung für ſpätere Generationen in der Erkenntnis, daß auch den früheren der Erfolg nicht leicht in den Schoß fiel, ſondern mühevoll Schritt für Schritt in der ausdauernden Arbeit der Jahre und Jahrzehnte errungen werden mußte.

Dies Buch ſoll zu beſonnener, aber auch treuer Fortarbeit Mut machen.

II. Die Vorläufer.

Die beiden Männer, welche als die erſten Vorläufer einer chriſtlichen Arbeiterbewegung angeſprochen zu werden pflegen, ſind Victor Amadeus Huber und Johann Hinrich Wichern, der erſte im weſentlichen von politiſchen, der letzte von rein religiöſen bzw. kirchlichen Geſichtspunkten ausgehend.

Huber, ein Süddeutſcher, in der Schweiz erzogen, machte große Reiſen, war urſprünglich Arzt, wandte ſich dann der neueren Philologie zu, ward Profeſſor nacheinander in Roſtock, Marburg, Berlin. Politiſche Beobachtungen in Frankreich und England hatten in ihm Verſtändnis für ſoziale Dinge erweckt, und es iſt überraſchend, bei ihm ſchon im Jahre 1848 volle Klarheit über die Rolle zu finden, die das Proletariat dem dritten Stand gegenüber ſpielen werde und tatſächlich ſpäter auch in Deutſchland geſpielt hat. Sein Programm hat Huber beſonders in einer 1848 erſchienenen Broſchüre niedergelegt: „Die Selbſthilfe der arbeitenden Klaſſen durch Wirtſchaftsvereine und innere Anſiedlung.“ Allerdings waren die Vereine, an welche Huber dachte, nicht Gewerkvereine im modernen Sinn, ſondern „Aſſoziationen“, die er in zwei Kategorien teilte, die induſtriellen und die ökonomiſchen. Für die induſtrielle Aſſoziation waren das klaſſiſche Beiſpiel die „Pioniere von Rochdale“, eine Vereinigung

von Arbeitern in England, die sich unter unsäglichen Mühen und über größte Hindernisse hinweg in den Besitz kapitalistischer Arbeitsmittel setzten. Die ökonomische Assoziation lag teils auf der Linie der Konsumvereine — man wollte den Arbeitern die Vorteile des Einkaufs im großen zuwenden — teils auf der Linie gemeinnütziger Baugesellschaften, für welche das Musterbeispiel die cité ouvrière in Mülhausen im Elsaß war. Auf die Wohnungsfrage legte Huber den größten Nachdruck. „Neue bessere Umgebungen sind unerläßliche Bedingungen aller weiteren, größeren, gründlichen Verbesserungen." Sein Ideal war „innere Kolonisation" auf noch unbebauten Flächen. In Berlin gründete er 1849 eine Baugesellschaft mit dem Ziel: „Die Verwandlung eigentumsloser Arbeiter in arbeitende Eigentümer." In seinen Briefen aus England zitiert Huber wiederholt die in der Chartistenbewegung entstandene, von Kingsley unterstützte Zeitschrift „Der christliche Sozialist", doch war er niemals kommunistisch gesonnen, wollte auch den Arbeitern keine Sonderstellung neben anderen Ständen, oder gar über ihnen einräumen. „Soll der Staat für Arbeit und Unterhalt der Arbeiter sorgen, so werden sie über kurz oder lang Herren oder Sklaven des Staates sein."

Wollte übrigens Huber starke Wohlfahrtseinrichtungen auf genossenschaftlicher Basis schaffen, so leitete ihn dabei ein hoher Idealismus, und von der Falschheit heutiger „Wohltäter", denen die Wohlfahrt oft nur ein „Deckel der Bosheit" ist, war er sehr weit entfernt. Freilich wurde sein Idealismus erst in England, dann in Deutschland enttäuscht. 1854 gibt er dieser Stimmung Ausdruck. „Wir hofften" — schreibt er — „daß die Aristokratie und die Kirche — the gentlemen and clergymen of England — die Bedeutung der Sache begreifen, sich an die Spitze der Bewegung stellen und dadurch jenem Mangel abhelfen und die arbeitenden Klassen für die Assoziation heranbilden würden. Diese Hoffnung können wir nicht länger festhalten. Die unendliche Mehrzahl auch der besseren jener Klassen sind, soweit sie sich überhaupt über die beschränkteste individuelle Selbstsucht des Erwerbes und Genusses erheben, vollkommen befangen und hingenommen von der hergebrachten Routine des politischen Lebens, womit einige die Routine einer subjektiven christlichen oder philantropischen Wohltätigkeit verbinden, deren gänzliche Unzulänglichkeit zur Lösung der sozialen Fragen doch niemand im Ernst leugnet."

So klagt Huber über England. Und über Deutschland hat er ganz ähnliche Beschwerden erheben müssen. Wohl suchte er in Berlin einen Kreis gleichgesinnter Männer um sich zu sammeln und in der für diesen Zweck von ihm gegründeten Zeitschrift „Janus, Jahrbücher deutscher Gesinnung, Bildung nnd Tat" das Verständnis für die soziale Frage zu wecken, seine Leser darauf hinzuführen, daß dem dritten Stand der vierte mit neuen Ansprüchen folgen müsse. Aber teils war die Zeit noch nicht erfüllt, das Soziale noch zu sehr Zukunftssache, als daß es allgemeinem Verständnis hätte begegnen können; teils war Huber ein Stubengelehrter von einer gewissen Schwerfälligkeit in Wort und Schrift, nicht der Mann, um Barren der Wissenschaft in gangbare Münze zu verwandeln. Der „Janus" ging mit einem halben Dutzend Abonnenten ein. Und Huber zog sich, ohne je zu größerer Wirksamkeit zu gelangen, auf die Kleinarbeit der Inneren Mission zurück, speziell auf die Pflege der Gesellen und der Wandergesellen. Er baute in Wernigerode ein christliches Vereinshaus mit Herberge zur Heimat, das lange Zeit hindurch dem Bau von Herbergen als Vorbild diente.

Der andere Vorläufer der christlichen Arbeiterbewegung ist der Hamburger Theologe Wichern, dem das Herz brannte, wenn er die geistige und sittliche Verwilderung der großstädtischen Massen vor sich sah.

Johann Hinrich Wichern wurde am 21. April 1808 in Hamburg geboren. Sein Vater, Notar, starb früh, so daß er schon als Kind die Sorgen des Lebens kennen lernte und schon als Jüngling der Mutter helfen mußte, die Lebensnotdurft aufzubringen. Gläubige Predigt weckte in ihm den Entschluß, sich in den Dienst der Kirche zu stellen, und unter großen Schwierigkeiten wurde ihm das Studium der Theologie möglich. Nach bestandener Prüfung richtete sich sein Augenmerk sofort auf die sittlich verwilderten Volksmassen der Hamburger Armenquartiere. Und er erkannte es als seine Lebensaufgabe, hier zu helfen und zu retten, was noch zu retten war. Mit der Jugend mußte begonnen werden. Und so gründete er im Vertrauen auf Gott das „Rauhe Haus" als Rettungshaus für verwahrloste Kinder im Hamburger Vorort Horn. Das neue Prinzip, das er einführte, war dies, daß er dem Zusammenleben der Kinder nicht den Anstalts- sondern den Familiencharakter gab. Er bildete Familien und setzte über jede einen „Bruder" als Leiter. Diese Brüder mußten aber auch erst

gebildet werden, und so wurde das „Rauhe Haus“ nicht nur eine der ersten Rettungs- sondern auch die erste Brüderanstalt.

Eine Unterredung Wicherns mit dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gab seinem Leben eine neue Wendung; er wurde nach Berlin berufen als Rat im Ministerium und Mitglied des Oberkirchenrats. Die große Aufgabe, die er hier verwirklichen sollte, war besonders eine Reform des Gefängniswesens. Doch konnte Wichern der starken persönlichen und sachlichen Widerstände wegen, welche die Bureaukratie ihm entgegensetzte, seine Ideen nur teilweise verwirklichen. Glücklicher war er mit der Organisation der Felddiakonie. In den drei Feldzügen von 1864, 66 und 70 haben die Brüder des Rauhen Hauses in den Lazaretten die wertvollsten Dienste als Felddiakonen geleistet.

Wichern wird mit Recht als der Vater der „Inneren Mission“ bezeichnet — er ist der Gründer der ersten Rettungsanstalten für Verwahrloste und der erste Organisator eines clerus minor, eines geistlichen Standes zweiter Ordnung, der ohne wissenschaftliches Studium erworben werden kann. Aber er ist auch derjenige, der für Deutschland das Wort „christlich-sozial“ geprägt hat, weil er klar erkannte, daß gewisse Linien der Inneren Mission in die Politik hinein verlängert werden müssen, wenn nicht die Mission als solche ihren Zweck verfehlen soll. Doch lag sein wesentliches Interesse nicht in der Richtung der politischen, sondern der kirchlichen Arbeit. Aber eine ernste Beteiligung der Kirche an der Lösung der sozialen Fragen lag ihm warm am Herzen.

Wicherns große Stunde war eine Versammlung, die im Herbst 1848 zur Gründung eines deutschen Kirchentages in Wittenberg gehalten wurde. Hier gelang es ihm durch die Macht seiner Rede der Tagung eine ganz andere Bedeutung und Richtung zu geben, als sie ursprünglich und nach dem Willen der Veranstalter haben sollte. Die unmittelbare Folge seines Auftretens war die Gründung des heute noch in Berlin bestehenden und zu umfassender Wirksamkeit gelangten „Zentralausschusses für Innere Mission“ und damit die Aufnahme der praktischen Rettungs- und Liebesarbeit in den Arbeitsplan der evangelischen Kirche, die bis dahin ein allzu theoretisches Dasein auf den Gebieten der Ethik und Dogmatik geführt hatte. „Christus,“ sagte Wichern, „muß nicht nur im lebendigen Gotteswort, sondern auch in den Gottestaten gepredigt werden, und die höchste dieser Taten ist die rettende

Liebe.“ Die Gründe seines Vorgehens entnahm Wichern der sozialen Not. So entwarf er in Wittenberg ein Bild des Elends der wandernden Handwerksburschen und der heidnischen Greuel, die damals in den Herbergen ihre Brutstätte fanden. Weiter zog er als Beispiel sozialer Verkommenheit die fluktuierende Arbeiterbevölkerung heran, besonders die Eisenbahnarbeiter. „Wie den Fürsten und Besitzenden, haben unsere deutschen Arbeiter dem Christengott fluchen gelernt. Als Getaufte sind sie unsere Brüder! Wer reicht ihnen die Hand, um sie aus dem Abgrund zu retten?“

Dem neubegründeten Zentralausschuß wies Wichern die Wege in einer „Denkschrift“ *). In dieser Darlegung heißt es: „Die Innere Mission tritt mitten in die Gärungen und Fragen der Neuzeit ein, kann aber eben deswegen in den tiefsten Gründen wieder die Quelle der Wiedergeburt des Volkes eröffnen. Sie darf sich den ihr hier begegnenden allgemeineren Fragen unserer Tage um so weniger entziehen und muß sich der praktischen Behandlung derselben um so eifriger hingeben, weil ihr auf diese Weise der tatsächliche Beweis möglich wird, daß dem Christentum nichts Menschliches ein Fremdes ist, vielmehr ein ganz Nahes, ja das Nächste, das es mit den heiligen, verklärenden Kräften der Erlösung durchdringen will, um so dasjenige zu vollbringen, was jeder andern Kraft und Weisheit, die ohne das Evangelium an diese Aufgaben geht, unmöglich bleiben muß“ (S. 108) und: „Für die Notwendigkeit einer solchen Mitbeteiligung der Kirche bei der Lösung der auf die äußerste Spitze der Entscheidung geführten sozialen Fragen kann nichts schlagender und überzeugender sprechen, als die Tatsache, daß sich gerade in Beziehung auf diese Verhältnisse das Antichristentum zu einer, die verschiedenen Klassen der Gesellschaft vulkanisch gegeneinander aufregenden Macht erhoben hat.“

In einer neuen Studie über Wichern bezeichnet es Mahling mit Recht als den Kernpunkt in Wicherns Tätigkeit, daß er das soziale Moment in die Lebensbetätigung der Kirche eingefügt habe. Jeder Versuch aber, genau festzustellen, wie Wichern sich diese Einfügung gedacht, wird auf Schwierigkeiten stoßen, weil die verschiedenen Äußerungen Wicherns, wie das auf Gebieten, die zum erstenmal grundlegend durchdacht werden, nicht anders

*) Wichern, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation. Agentur des Rauhen Hauses, Hamburg.

ſein kann, ſich zum Teil ziemlich ſtark widerſprechen. Einmal lehnt er für die Kirche jede Beteiligung an den ſozial politiſchen Fragen ab, und will nur den indirekten und mittelbaren Einfluß dadurch, daß die Menſchen ſich bekehren und Bekehrte beſſere Sozialpolitik machen, als Unbekehrte. Allerdings ſchiebt er dem Chriſten die Beteiligung an der Politik als Pflicht zu, und erklärt die Flucht vor ſolchen Pflichten als Schande. An anderen Stellen erklärt Wichern aber doch auch wieder, daß es die Innere Miſſion ſchlechterdings mit der Politik zu tun habe. Die Kirche ſoll den Hilfsbedürftigen die Hand zur „Aſſoziation" bieten, d. h. Gemeinſchaften ins Leben rufen für ſoziale Zwecke, auch ſolche, die Beſitz und Arbeit betreffen.

Wichern ſprach es wohl aus, daß auf die erſte Periode der Inneren Miſſion mit der Hilfe für die Hilfsbedürftigen eine zweite zu folgen habe, in der eine Aſſoziation der Hilfsbedürftigen ſelbſt für ihre Zwecke ſtatthaben ſolle. Er bezeichnet als Zweck der Aſſoziation 1847 ausdrücklich „die Erhöhung des Arbeitsgewinnes und die leichtere Gewinnung der mannigfachſten, wenn auch einfachſten Lebensbedürfniſſe" und ſagt: „Solches muß um ſo mehr als ausführbar gewünſcht werden, als es dem einzelnen in ſeiner Iſolierung erſichtlich vielfach nicht gelingen will, ſich die zu ſeiner Exiſtenz unerläßliche Notdurft zu verſchaffen, während doch in der Chriſtenheit noch viel weniger als in Iſrael gefunden werden ſoll, daß ein Bettler darin wohne."

Konſequent durchgeführt ſind aber dieſe Ideen nirgends; es handelt ſich eben um Ideen und Vorſchläge. An Gebilde, wie die gegenwärtigen chriſtlichen Gewerkſchaften wird Wichern kaum gedacht haben, ſondern mehr an kollektive Aufrichtung von Wohlfahrtseinrichtungen. Aber auch dieſe hat er weder in die Hand genommen, noch praktiſche Verſuche zu ihrer Durchführung gemacht. Wohl aber hat er theoretiſch — und das iſt ſein Verdienſt — mit großer Kraft die Theſe vertreten, daß die Innere Miſſion, die die Kirche treiben ſoll, nicht nur die einzelnen Chriſten ins Auge zu faſſen hat, ſondern daß ſie eine Miſſion iſt *auch am öffentlichen Leben*.

Aus allem Mitgeteilten geht klar hervor, daß Wicherns Ideale weſentlich auf kirchlichem Gebiete lagen; ſeine Frage war ſehr viel weniger die, was geſchehen könne, um befriedigende ſoziale Verhältniſſe zu ſchaffen, um den inneren Frieden herzuſtellen, als vielmehr wieviel und was die Kirche dazu beitragen könne. Auch

lag es ihm (und der ganzen Zeit) noch fern, sich um die aktive Mithilfe des Arbeiterstandes zu bemühen — im Gegenteil waren es zunächst die Arbeitgeber, die er für seine Ziele zu gewinnen suchte. Aber auch so ist er immerhin ohne klare Absichtlichkeit zum eigentlichen Urheber des Kathedersozialismus insofern geworden als die erste Sammlung der Gleichgesinnten von ihm ausging. Wichern war es, der den Professor Nasse in Bonn bewog, auf dem 1869 gehaltenen 15. Kongreß für Innere Mission das Referat zum Hauptthema zu übernehmen: „Der Anteil der Inneren Mission an der Lösung der Arbeiterfrage." Als Folge dieses Vortrages trat eine Konferenz von Arbeitgebern zusammen, darunter Delius-Bielefeld, Stumm-Neunkirchen, March-Charlottenburg, Sarasin-Basel, Dieterlein-Elsaß. Hauptgegenstände der Verhandlungen waren Wohnungsfrage, Invalidenwesen, Fortbildung. Zum Schluß wurden die Mittel gezeichnet, um ein publizistisches Organ der Richtung zu schaffen, und unter der Redaktion des Dr. Nagel wurde die „Konkordia" ins Leben gerufen, die jahrelang als Sprachrohr der Kathedersozialisten diente.

Wie sich versteht, ist die Liste der Vorläufer einer zielbewußten berufsständischen christlichen Arbeiterbewegung mit Huber und Wichern nicht abgeschlossen. Erwähnung verdienen hier vor allem die katholischen Bahnbrecher, als erster, bedeutendster und durch seine große amtliche Stellung einflußreichster der Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler. Ketteler, geboren 1811, widmete sich zunächst der juristischen Laufbahn, ging erst als Regierungsreferendar zur Theologie über, wurde 1844 zum Priester geweiht. Das Jahr 1848 führte ihn in die Politik, er wurde ins Frankfurter Parlament gewählt. 1849 hielt er im Mainzer Dom sechs Predigten über die soziale Bedeutung des Christentums. 1850 wurde er Bischof, um nun sein sozialistisches Interesse in stärkster Weise zu betonen. Über 50 Bücher und Broschüren hat er verfaßt. Noch gegen Ende seines Lebens bezeichnete er die sozialpolitischen Aufgaben als „die großen und herrlichen Aufgaben der Zukunft," während „mich nichts mehr erschlafft und so recht eigentlich an der Seele flügellahm macht, als das Treiben aller jener, die von dieser Gotteskraft der Kirche nichts wissen wollen."

Weiter verdienen in der Liste der Vorläufer diejenigen verzeichnet zu werden, die von Gesichtspunkten der Inneren Mission

ausgingen, aber hier nicht Rettungsarbeiten an Elenden, Unglücklichen, Verkommenen, Entgleisten trieben, sondern für die Gesunden, Arbeitsfähigen, Normalen sorgten.

In dieser Hinsicht ist auf evangelischer Seite vorab zu nennen Professor Klemens Theodor Perthes in Bonn, der im Jahre 1854 die erste Herberge zur Heimat in Bonn begründete. Wir erwähnten schon, daß die Herbergen mit dem sinkenden Einfluß der Zünfte immer mehr sich jeder Kontrolle entzogen hatten und nur noch von den Herbergsvätern als Erwerbsquelle benutzt wurden. Unsittlichkeit und Unmäßigkeit waren allgemein. Perthes schrieb 1856 eine Schrift: „Das Herbergswesen der Handwerksgesellen" und gab damit den Anstoß zu einer großen Bewegung, in deren Folge nunmehr von den Freunden der Inneren Mission in Deutschland 462 christliche Herbergen eingerichtet wurden, die im Jahre 1905 nach der offiziellen Statistik 1 734 103 Wandergesellen Obdach geboten haben. Mit den Herbergen sind vielfach Heime verbunden, in denen Gesellen, die Stellung fanden, Kost und Logis gegen billiges Entgelt bekommen. Durchweg besorgt der Herbergsvater auch den Stellennachweis.

Ein Seitenstück zu Perthes im katholischen Lager war der „Gesellenvater" Adolf Kolping.

So wurde auch schon vor dem Jahre 1870 manche soziale Arbeit der Inneren Mission getan. Eine größere soziale Richtung gab es aber auf christlicher Seite nicht. Andrerseits war auch die Sozialdemokratie noch in den Kinderschuhen. Erst 1864 wurde von Lassalle der Allgemeine deutsche Arbeiterverein begründet, der den Keim der späteren Sozialdemokratie bedeutete. Aber es ist bekannt, einmal, daß Lassalle zunächst keineswegs die Absicht hatte, sich ganz vom Vaterlande loszusagen, und sodann, daß er auch Mühe genug hatte, mit seiner Agitation bei wirklichen Arbeitern Eingang zu finden. Durchgreifende Bedeutung gewann die Sozialdemokratie erst nach dem Kriege von 1870. Bis dahin hatte sie mehr als politische Kuriosität ihr Dasein gefristet.

III. Staats- und Kathedersozialisten.

Die Arbeit der Vorläufer, einstweilen nur von wenigen verstanden, wurde unterbrochen durch den Krieg von 1870. In den Jahren 1870 und 1871 waren alle Gedanken des ganzen Volkes

hingenommen durch die großen Zeitereigniſſe, und wenn ganz vereinzelt auch ſchon damals unpatriotiſche Kundgebungen ſozialdemokratiſcher Führer laut wurden — das Volk in ſeiner Geſamtheit, keinen Stand, auch den Arbeiterſtand nicht ausgenommen, war von ehrlicher Entrüſtung über den dreiſten Friedensbruch der Franzoſen und von heiliger Begeiſterung erfüllt, das Vaterland zu verteidigen. Die ſozialdemokratiſchen Geſchichtsklitterungen, als ob Deutſchland damals und nicht Frankreich der Angreifer geweſen wäre, datieren aus ſpäterer Zeit und ſtehen in Zuſammenhang mit dem ſpäter hervorgetretenen Drang der Führer des Umſturzes, dem Volk ſeine Geſchichte und ſein Vaterland zu verleiden, und alle der Vaterlandsliebe günſtigen Tatſachen entweder zu beſtreiten, oder in ihr Gegenteil umzudrehen und zu deuteln. Wohl aber begann bald nach dem Kriege, zum Teil mit hervorgerufen durch die als Kriegskoſten von Frankreich bezogenen fünf Milliarden, eine wirtſchaftliche Entwicklung — die „Gründerära" — der auch eine hohe ſozialgeſchichtliche Bedeutung beizumeſſen iſt. Einmal deshalb, weil ſie einen gewaltigen Aufſchwung der kapitaliſtiſchen Großproduktion bedeutete; dann aber, weil ſie auch äußerſt ungünſtig auf den ſittlichen Stand des Volkes einwirkte. Die Sucht reich zu werden, lockerte die alten Anſtands- und Ehrbegriffe der oberen Stände, und der leichte Verdienſt hoher Löhne verführte die Arbeiter, die mit dem höheren Einkommen nicht umzugehen verſtanden, zu Wohlleben und Vergeudung. Mit der beſſeren Lebenshaltung wuchſen ſofort auch die Anſprüche. Am 4. Oktober 1872 fand in Berlin ein Kongreß der deutſchen Tiſchlergeſellen ſtatt, der über Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit debattierte, wobei einige Redner bereits den Normalarbeitstag auf ſechs, andere ſogar auf fünf Stunden herabſetzen wollten. Der Reſt des Tages ſollte „dem geiſtigen Studium" gewidmet werden.

Wir begegnen in dieſer Zeit zuerſt jener eigentümlichen ſozialdemokratiſchen Methode, die der erſtarkenden Partei bis heute als Kennzeichen geblieben iſt: Roheit der Sprache, Verneinung aller gangbaren Wege, Auflehnung gegen die Obrigkeit und Weigerung, irgendein anderes Intereſſe als das Arbeiterintereſſe als berechtigt anzuerkennen. Als Begleiterſcheinung der wilden Agitation kamen auch die erſten Verurteilungen der Männer vor, die allmählich unter den Arbeitern ſich zu Führern

aufgeworfen hatten. Bebel und Liebknecht, die damals noch nicht die autoritative Stellung, auch noch nicht das später in so hohem Maße erworbene Geschick besaßen andere hineinzulegen, selbst aber den Kopf rechtzeitig aus der Schlinge zu ziehen, fielen den Gerichten in die Hände. Beide wurden am 26. März 1872 wegen Hochverrat zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, Bebel außerdem am 4. Oktober zu neun Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.

Begann aber die Sozialdemokratie rührig zu arbeiten, so waren auch die christlichen Kreise nicht müßig. Vom 1. bis 3. Oktober trat in Halle a. S. der 16. Evangelische Kirchentag zusammen. Auf diesem Kongreß referierte über „das Verhältnis der Kirche zur Lösung der ländlichen Arbeiterfrage" Professor v. d. Goltz-Königsberg. Referent ging aus von dem Satz, daß die Kirche zur Mitwirkung an der Lösung der Frage so berechtigt, als verpflichtet sei. Im allgemeinen wird — so hieß es in den Thesen — die Kirche 1. das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern haben; 2. das Familienleben veredeln; 3. die geistige und sittliche Bildung heben; 4. soweit das überhaupt in ihrer Aufgabe liegt, die materielle Lage der Arbeiter verbessern.

Auf eben diesem Kirchentag traten auch bereits jene rein kirchlichen Tendenzen zutage, welche fortlaufend die sozialen Bestrebungen begleitet haben, das Streben nach Verselbständigung der evangelischen Landeskirchen und ihre, sei es völlige, sei es wenigstens größere Loslösung vom Staat. Nach einem Referat des gew. Staatsministers von Bethmann-Hollweg erklärte es der Kirchentag „für das dringlichste kirchliche Bedürfnis der Gegenwart, daß die evangelische Kirche dem Staate gegenüber sich selbständig verfasse und rein kirchliche Organe der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten aus sich erzeuge." Über die Stellung der Kirche zum Staat referierte Professor Baur aus Leipzig. Der Kirchentag erklärte sich für eine Neugestaltung der evangelischen Kirche im neuen Reich, d. h. für eine „Loslösung der Kirche aus ihrer bisherigen, die freie Entfaltung und selbständige Organisation ihres eigentümlichen Lebens hemmende Abhängigkeit von dem paritätisch gewordenen Staat."

Sozial bedeutsamer als dieser Kirchentag war der Kongreß der Katheder-Sozialisten. Dieser tagte am 6. und 7. Oktober

in Eisenach. Man verhandelte über Fabrikgesetzgebung, Koalitionsrecht, Gewerkvereine und Schiedsgerichte.

Zur Fabrikgesetzgebung forderte der Referent, Professor Brentano, eine „wirksame Ausführung durch ständige Amtsorgane."

Es ist interessant schon hier in den ersten Anfängen der sozialen Bewegung den Gegensatz zu beobachten von nützlicher politischer Arbeit und lärmender, aber nutzloser Agitation. Während die Führer der Sozialdemokratie wohlverdiente Strafen für Beleidigung und Beschimpfung im Gefängnis absaßen, formulierten Vertreter der Wissenschaft und der Inneren Mission die Forderung des Fabrikinspektors, d. h. einer Einrichtung, die bald verwirklicht wurde und sich als ganz besonders segensreich im Interesse des Arbeiterstandes erwiesen hat.

Zum erstenmal in diesem Jahre rührten sich auch die Handwerker gegen das Überhandnehmen der Sozialdemokratie. Vom 25. bis 27. September wurde in Dresden der erste allgemeine deutsche Handwerkertag abgehalten. 262 Delegierte vertraten 63221 selbstständige Handwerker. Alle waren der Ansicht, daß man dem Vordringen der Sozialdemokratie einen Damm entgegensetzen müsse. Zu diesem Zweck wurde eine Organisation mit Berlin als Vorort geschaffen. Wenn diese Organisation von ihren Forderungen im Lauf der Jahre, trotz eifriger Agitation, wenig durchgesetzt hat, so lag das daran, daß der Stand numerisch zu schwach war, um wirksame parlamentarische Vertretung im Reichstag zu gewinnen.

Im Jahre 1873 trat der unfruchtbare Radikalismus der Sozialdemokratie noch schärfer hervor. Die „Arbeiterpartei" (Bebel-Liebknecht), die damals noch im Gegensatz zum „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" (Hasenclever) stand, tagte am 24. und 25. August in Eisenach und legte sich dort auf der bis heute befolgten Taktik fest, unter keinen Umständen mit irgend einer anderen Partei sich zu verbünden.

Das Jahr 1874 brachte dem Reichstag die erste sozialpolitische Vorlage. Am 5. Februar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in der sich folgende Ankündigung fand: „Eine Novelle zur Gewerbeordnung, welche Ihnen vorgelegt werden wird, soll die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Gerichte, deren Mitglieder aus beiden Lebenskreisen entnommen sind, in einem einfachen,

von jeder läſtigen Form befreiten Verfahren ſichern. Sie ſoll ferner Vorſorge gegen die Nachteile treffen, mit welchen die öffentliche Ordnung und die nationale Arbeit durch rechtswidrige Einwirkungen auf den freien Willen der Arbeiter und durch den rechtswidrigen Bruch geſchloſſener Verträge bedroht wird."

Am 19. Februar fand die erſte Leſung dieſer Novelle ſtatt. Der Sozialdemokrat Haſſelmann erklärte die Beſtrafung des Kontraktbruchs als „Kriegserklärung gegen den Arbeiterſtand." Auch Schultze-Delitzſch und Lasker ſprachen dagegen. Der Entwurf wurde an eine Kommiſſion verwieſen.

Der Verſuch, Gewerbegerichte zu ſchaffen, blieb zunächſt erfolglos und konnte erſt 1890 durch ein Geſetz verwirklicht werden, das 1901 eine neue Faſſung bekam und in dieſer Form ſeit dem 1. Januar 1902 in Kraft iſt. Hauptſtreitpunkt der Novelle war zunächſt der Kontraktbruch, bzw. ſeine Strafbarkeit. Die Katheder-ſozialiſten ſprachen ſich am 11. Oktober in Eiſenach für Beſtrafung aus. Dagegen beſchloſſen die katholiſchen Chriſtlich-Sozialen, die am 14. Oktober in München tagten, daß „die kriminelle Beſtrafung des Kontraktbruchs verwerflich" ſei. Hierbei muß erwähnt werden, daß in vielen Induſtrien die vormals langen Kündigungsfriſten bereits derart zuſammengeſchrumpft waren, daß der ganze Begriff des Kontraktbruchs kaum noch vorhanden war.

Um dieſe Zeit begann die Bildung der konfeſſionellen katholiſchen Arbeitervereine. Ein am 20. Oktober zuſammengetretener Kongreß ſchleſiſcher Katholiken beſchloß, neben den ſchon beſtehenden Geſellenvereinen auch „chriſtlich-ſoziale Arbeitervereine" zu errichten.

Am 19. Mai wurde der Sozialdemokrat Moſt wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten (§ 130 Str. G. B.) zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Jahre 1875 wurde vom 23. bis 26. Mai ein Kongreß der Sozialdemokraten in Gotha abgehalten, behufs Vereinigung der getrennten beiden Gruppen; es waren 15 322 Laſſalleaner und 9121 Eiſenacher (Bebel-Liebknecht) vertreten. Man einigte ſich unter dem Namen: „Sozialiſtiſche Arbeiterpartei Deutſchlands".

Als Hauptgrundſatz des Programms wurde proklamiert: „In der heutigen Geſellſchaft ſind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitaliſtenklaſſe; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Ar-

beiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen." Man forderte nun „sozialistische Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes." Aus ihnen soll „die sozialistische Gesamtorganisation der Arbeit" hervorgehen. Eine einheitliche Organisation wurde geschaffen mit Vorstand, Ausschuß und Kontrollkommission.

Am 5. November begann im Reichstag die erste Lesung des Gesetzes betr. die gegenseitigen Hilfskassen der Arbeiter. Schulze-Delitzsch, Bebel, Oppenheim und Moufang sprachen gegen die Vorlage, die an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen wurde. In der Folge wurden zwei Reichsgesetze verabschiedet, vom 7. April 1876 und 8. April 1876, die aber von der Versicherungsgesetzgebung des nächsten Jahrzehnts wiederum überholt wurden.

Im Jahre 1876 setzte die Sozialdemokratie ihre Politik des „Alles oder gar nichts" fort. Man beschloß auf dem Kongreß in Gotha (24. August), 1. der Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel, „fremd" gegenüber zu bleiben; 2. die Verstaatlichung der Eisenbahnen abzulehnen, weil die Regierung „ein neues Übergewicht im volksfeindlichen Sinn" erlangen werde; 3. zur Frage, ob Schwurgerichte, Schöffengerichte oder juristische Berufsrichter, stellte man fest, daß „im Klassenstaat keine Form der Gerichtsverfassung Recht und Gerechtigkeit verbürgen kann."

Im Sinne einer solchen absolut unfruchtbaren Radikalpolitik wirkte die Sozialdemokratie nun weiter, sammelte durch Wirkung des Standesbewußtseins auch widerstrebende Arbeiter, die weder kirchenfeindlich noch staatsfeindlich gerichtet waren, in immer steigender Zahl um sich und vermehrte bald durch Einschüchterung der Furchtsamen, bald durch Überredung der stumpferen Elemente, die Wählerscharen, die vielfach, ohne selbst bewußt sozialdemokratisch zu sein, sich doch als Mitläufer gebrauchen ließen und bewußte Umstürzler in die Parlamente schickten.

Da wurde dann, angesichts des immer weiter fressenden Krebsschadens, im Jahre 1878 der erste Versuch gemacht, aus dem Arbeiterstande heraus die christlichen und königstreuen Elemente zu einer staatserhaltenden Arbeiterpartei im Gegensatz zur staatszerstörenden Sozialdemokratie zu sammeln. Der Mann aber, der diesen Versuch wagte, war der königlich preußische Hofprediger Adolf Stöcker.

Freilich war diesem Versuch ein literarisches Ereignis vorangegangen, das am letzten Ende auch von Stöcker veranlaßt, doch die Bildung einer zugleich christlichen und sozialen Arbeiterpartei erst möglich gemacht hatte: das Erscheinen von Rudolf Todts Buch: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. Versuch einer Darstellung des sozialen Gehaltes des Christentums und der sozialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft, auf Grund einer Untersuchung des Neuen Testaments". Dieses Buch erregte bei seinem Erscheinen ein ganz gewaltiges Aufsehen und ist der christlichen Arbeiterbewegung zugute gekommen, nicht so sehr durch die Darlegungen, die es brachte, und die, wie es bei ersten Versuchen zu sein pflegt, zum Teil anfechtbar waren, sondern durch die Erregung, die es in kirchlichen Kreisen schuf. Es stellte die evangelische Theologie vor ganz neue Aufgaben. Hatte man bisher neben der Dogmatik die Ethik fast ausschließlich nach Seite der Einzelperson behandelt — Todt forderte und gab eine Sozial-Ethik. Weiter rüttelte er die bequemen und fatalistischen Christen auf, die bereit waren, sich über die schwersten irdischen Mißstände leicht zu trösten, wenn der Druck dieser Mißstände nicht auf ihnen selbst, sondern auf anderen lastete. Hin und her im Lande auf Synoden und kirchlichen Konferenzen hielt Todt Vorträge über Christentum und Sozialpolitik und wirkte für die Überzeugung, daß die Christenheit in dem großen Abfall der Sozialdemokratie nicht nur eine menschliche Bosheit zu erkennen habe, die zu strafen sei, sondern einen Ruf zur Buße und besonders auch eine Anklage wider die Besitzenden wegen viel Lieblosigkeit und Pflichtversäumnis. Wie sich versteht, fand Todt auch starken Widerspruch aus den verschiedensten Richtungen: zum Teil berechtigten Widerspruch, da seine Kritik der Sozialdemokratie eine viel zu milde war und die Gefahr einer immerhin ungewollten Förderung in sich schloß; zum Teil unberechtigte Ablehnung, die bald aus pietistischen Bedenken, bald aus Übergeistlichkeit, bald aus dogmatischer Einseitigkeit hervorging, gar nicht zu reden von den Feinden alles Christentums, die eine Einmischung des evangelischen Pfarrers in das damals vom jüdisch-orientierten Liberalismus beherrschte politische Leben (Lasker, Bamberger, Oppenheim) als ungeheuerliche Anmaßung betrachteten.

Auf Todts Betreiben bildete sich am 5. Dezember 1877 ein „Zentralverein für Sozialreform" mit dem literarischen Organ

„Der Staatssozialist". Den ersten programmatischen Aufsatz dieser Zeitschrift schrieb Professor Adolf Wagner, der bedeutendste Nationalökonom der Berliner Hochschule, der mit außerordentlicher Gelehrsamkeit und ernster sittlicher Lebensauffassung ein sehr gesundes Urteil und zündende Beredsamkeit verband, freilich auch ein lebhaftes Temperament, das ihm einerseits viel Gegnerschaft schuf, andrerseits auch begeisterte Anhängerschaft, zunächst in der studierenden Jugend, dann aber auch im Arbeiterstande — wenigstens in seinen besseren Elementen.

Wagner, der von Anfang an die Kongresse der Kathedersozialisten bezogen und mit den hier führenden Männern Fühlung gewonnen hatte, gab nun im „Staatssozialist" auf die Frage „Was ist Sozialismus?" die Antwort, daß er die schärfste Reaktion gegen den absoluten Individualismus des Adam Smith sei und seinem Wesen nach durchaus nicht mit Demokratie, Republikanismus und Materialismus verknüpft zu sein brauche. Ein Kampf gegen das kapitalistisch ausgestaltete Privatrecht sei durchaus berechtigt.

Wagners Beteiligung an der christlichen Arbeiterbewegung war um so bedeutsamer, als er schon damals das Rausche Lehrbuch der Nationalökonomie neu herausgegeben und speziell gegenüber der liberalen Schule, die den ganzen Produktionsvorgang einer individualen Betätigung zuwies, sehr maßvolle und wohlüberlegte Grenzen für Einzelwirtschaft und Gemeinwirtschaft gezogen hatte. Es war mit Wagners Verdienst, wenn die Fiktion, als ob der Kapitalist und der einzelne nur auf sich selbst gestellte Arbeiter gleichwertige Kontrahenten beim Abschluß des Arbeitsvertrages seien, immer gründlicher zerstört wurde.

Aber weder dem neuen Verein, noch seinem Organ war ein langes Leben beschieden. Das Blatt suchte und fand seine Leser in christlich-konservativen Kreisen. Die Redaktion, in der ersten Zeit Rudolf Todt selber, blieb nicht auf der wissenschaftlichen Höhe Wagners, sondern ging mit einem gewissen schonungslosen Radikalismus vor und verscheuchte damit die kaum gewonnenen Leser. An die Arbeiterwelt ist das Blatt nie herangekommen. Ein kleiner Rest von Lesern wurde schließlich der von Martin von Nathusius und Dietrich von Oertzen geleiteten „Konservativen Monatsschrift" überwiesen. Diese und die vom Professor Meßmer in Berlin herausgegebene „Evangelische Kirchen-

Zeitung", deren Mitarbeiter Stöcker war, waren jahrelang neben den liberalen „Preußischen Jahrbüchern" die einzigen für größeren Leserkreis bestimmten Zeitschriften, die Verständnis für soziale Probleme zu verbreiten suchten. Denn die treffliche Zeitschrift der Kathedersozialisten, die vom Hamburger Gewerbekammersekretär Nagel redigierte „Konkordia", mußte bereits im Jahre 1877 aus Mangel an Beteiligung ihr Erscheinen einstellen.

IV. Begründung der christlich-sozialen Partei.

Der Begründer der christlich-sozialen Partei und in den folgenden drei Jahrzehnten unbestritten die geistig bedeutendste führende Persönlichkeit der christlichen Arbeiterbewegung ist Hofprediger Stöcker.

Adolf Stöcker, als Sohn eines Wachtmeisters in Halberstadt geboren, besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt, wuchs unter Entbehrungen in schwerem Kampf ums Dasein heran, studierte Theologie und rang sich, von pietistischen, aber dabei gut kirchlichen Kreisen angeregt, zu einem lebendigen tatkräftigen Glauben durch.

Seine erste Pfarre war eine Landstelle in der Provinz Sachsen. Dann war er Divisionspfarrer und Direktor einer Mädchenschule in Metz. Von Metz wurde er als Hof- und Domprediger nach Berlin berufen; mit ihm am Dom wirkten Kögel, Baur und Schrader.

Bis Stöcker nach Berlin kam, hatte er sich kaum um wirtschaftliche und politische Fragen gekümmert, eine bestimmte Parteistellung nicht eingenommen. Über die Gründe, die ihn antrieben, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, hat er sich immer wieder dahin ausgesprochen, daß es die Erfahrungen der pfarramtlichen Seelsorge gewesen seien, die ihn mobil gemacht. Stöcker traf in der Berliner Gemeinde Arbeiter, die jeder religiösen Einwirkung unzugänglich waren, und zwar unzugänglich durch den politischen Bann, der auf ihnen lag. Die Überzeugung drängte sich ihm auf, daß die kirchliche Arbeit ganz andere Fortschritte machen müßte, wenn es gelänge, den Parteibann zu brechen. Um dies Ziel zu erreichen, war aber ein Studium der wirtschaftlichen und sozialen Fragen nötig, aus denen die Sozial-

demokratie ihre Fäden spann, und ein Versuch, die radikalen und utopischen Behauptungen und Versprechungen der demokratischen Parteiführer auf ihrem eigenen Gebiet als hinfällig zu erweisen. Weiter galt es, darüber Klarheit zu gewinnen, inwieweit die Sozialdemokratie nicht nur politisches System sei, sondern mit einer materialistischen Welt- und Lebensanschauung in ursächlichem Zusammenhang stehe.

Über die Gründung der christlich-sozialen Partei geben wir Stöcker selbst das Wort. In der Einleitung des Sammelwerkes „Christlich-Sozial" schreibt er:

„Vier Wochen nach der Stiftung des Vereins für soziale Reform wurde mit der Begründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei ein erster Schritt in das praktisch-politische Leben hinein getan. Es war ein offenbarer Fehler, daß aus den konservativen und kirchlichen Kreisen niemand die Aufgabe angerührt hatte, eine organische Gegenwirkung gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen. Wohl hatten Geistliche in Nord und Süd unseres Vaterlandes hin und wieder den anerkennenswerten Versuch gemacht, in sozialdemokratische Versammlungen zu gehen und dort das Wort des Evangeliums, die Grundsätze einer gesunden sozialen Gemeinschaft, zu verkündigen; sie waren hier ausgepfiffen, dort mit Beifall empfangen, hatten zuweilen Eindruck, meist aber Fiasko gemacht. Auf die sozialdemokratische Bewegung blieben diese vereinzelten Angriffe ohne jeden Einfluß; es war eben nötig, der dauernden Organisation des sozialen Umsturzes eine dauernde Organisation der sozialen Hilfe entgegenzustellen. Dieser Gedanke schwebte mir vor, als ich die Begründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei überlegte und unternahm."

Die entscheidende Versammlung fand am 3. Januar 1878 statt. Stöcker hatte als Mithelfer aus Arbeiterkreisen den Schneider Grüneberg angeworben und durch diesen mittels Plakate an den Säulen eine Volksversammlung einberufen lassen. Als Zweck war angegeben: „Begründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei." In der Versammlung erschien der sozialdemokratische Generalstab, den Buchbinder Most an der Spitze, und riß sofort den Vorsitz an sich. Nach einer ersten Ansprache Grünebergs, die unglücklich verlief und nur Gelächter hervorrief, meldete sich Stöcker zum Wort: „Es war eine der größten Stunden meines Lebens, die nun folgte."

Ein Freund Mosts, der an jenem Abend zuhörte, den Antrieb zur Umkehr empfing und Christlich-Sozialer wurde, schildert die Szene folgendermaßen: „Die Situation änderte sich sofort, als Grottkau, der Präsident der Versammlung, mit nachdrücklicher Betonung folgendes erklärte: Seither mußte man meinen, man habe mit der Versammlung Komödie spielen wollen. Jetzt aber hat sich ein Vertreter der theologischen Wissenschaft, Herr Hofprediger Stöcker, zum Wort gemeldet. Die Ehre der sozialdemokratischen Partei erfordert es, daß Sie diesen Gegner lautlos anhören. Unter gespanntester Aufmerksamkeit der Versammlung bestieg nun Stöcker das Podium. Sein Blick überflog die Versammlung — dann begann er zu sprechen, etwas bebend anfangs zwar, aber mit klarer und bald völlig sicherer Stimme. Er sprach einfach, mild, aber ernst und eindringlich, vom Herzen zum Herzen, jedem verständlich — und nicht lange dauerte es, und er hatte manche dieser Herzen, die unter dem Arbeitskittel und einer rauhen äußeren Hülle oft weicher und für alles Rechte und Gute empfänglicher klopfen, als man es wohl vermeint, erreicht, gefangen."

Es wurden zunächst einzelne Beifallsrufe laut, allmählich immer mehr, und als Stöcker mit den Worten schloß „Ich meine es treu, ehrlich und gut mit dem Arbeiterstande, so wahr mir Gott helfe", war der Beifall stärker als der Widerspruch.

Wie sich versteht, hielt nun Most eine wilde Gegenrede und verstand es auch, seine Anhänger neu zu fanatisieren und viele Schwankende wieder umzustimmen. Aber das Eis war nun doch gebrochen, und ein kleiner Stamm von Getreuen geworben. Stöcker hielt von dieser Zeit an regelmäßig öffentliche Versammlungen ab, in denen sein Anhang mit der Zeit so wuchs, daß er sich sozialdemokratischer Störungsversuche leicht zu erwehren vermochte. Die Sozialdemokratie unter Mosts Führung begann nun eine heftige Agitation gegen Kirche und „Pfaffen" und versuchte seine Gefolgschaft zum Austritt aus der Kirche zu bewegen, erlitt aber mit dieser Austrittsbewegung ein vollständiges Fiasko.

Eine der ersten Handlungen der jungen Partei war die, daß sie sich ein Programm gab, das Stöcker mit seinen nationalökonomischen Freunden ausgearbeitet hatte. Das Programm lautete:

Allgemeine Grundsätze.

I. Die christlich-soziale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland;
II. Sie verwirft die gegenwärtige Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch;
III. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren des Staatslebens die notwendigen praktischen Reformen anzubahnen.
IV. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen reich und arm und die Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit.

Einzelne Forderungen.

I. An die Staatshilfe.

A. Arbeiterorganisation.

1. Herbeiführung obligatorischer, fachlich geschiedener, aber durch das gesamte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften, mit ihnen zusammenhängend Regelung des Lehrlingswesens;
2. Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte;
3. Errichtung von obligatorischen Witwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Altersversorgungs-Rentenkassen;
4. Autorisation der Fachgenossenschaften zur Vertretung der Interessen und Rechte der Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber;
5. Verpflichtung der Fachgenossenschaften zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden kontraktlichen Verbindlichkeiten;
6. Staatliche Kontrolle des fachgenossenschaftlichen Kassenwesens.

B. Arbeiterschutz.

1. Verbot der Sonntagsarbeit. Abschaffung der Arbeit von Kindern und verheirateten Frauen in Fabriken;
2. Normalarbeitstag, modifiziert nach Fachgenossenschaften.
3. Energische Anstrebung der Internationalität dieser Arbeiterschutzgesetze; bis zur Erreichung dieses Zieles ausreichender Schutz der nationalen Arbeit;

4. Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen und Wohnungen;
5. Wiederherstellung der Wuchergesetze.

C. Staatsbetrieb.

1. Arbeiterfreundlicher Betrieb des vorhandenen Staats- und Kommunaleigentums und Ausdehnung desselben, soweit es ökonomisch ratsam und technisch zulässig ist.

D. Besteuerung.

1. Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung;
2. Progressive Erbschaftssteuer bei größerem Vermögen und entfernteren Verwandtschaftsgraden;
3. Börsensteuer;
4. Hohe Luxussteuern.

II. An die Geistlichkeit.

Die liebevolle und tätige Teilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles sowie auf die sittlich-religiöse Hebung des gesamten Volkes gerichtet sind.

III. An die besitzenden Klassen.

Ein bereitwilliges Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden, speziell durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, durch tunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit.

IV. Von der Selbsthilfe.

A. Freudige Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisationen als eines Ersatzes dessen, was in den Zünften gut und brauchbar war;
B. Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Roheit aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste.

Wenn man dies Programm jetzt rückblickend erwägt, so muß man zugestehen, daß es eine ausgezeichnete Leistung war. Die Forderungen, die es enthielt, haben den Inhalt der gesetz-

geberiſchen Arbeit von 30 Jahren ausgemacht. Und wenn einzelne Forderungen noch nicht erfüllt ſind, wie die obligatoriſchen, das ganze Reich überſpannenden Fachgenoſſenſchaften, ſo kann man nur beklagen, daß ſich kein Staatsmann gefunden hat, die beſtehende Lücke zu füllen. Damals aber war alles zu neu. Die meiſten erſchraken. Das Programm, wie das ganze Vorgehen des Hofpredigers Stöcker fanden in der deutſchen Preſſe viel ablehnende Kritik. Zugunſten der Chriſtlich-Sozialen trat faſt nur der konſervative „Reichsbote“ ein und einige kleinere konſervative Blätter, auch die Sonntags- und Kirchenblätter nur vereinzelt. Im ganzen war die herrſchende Stimmung eine ablehnende. Die liberalen Blätter, ſoweit ſie in Berlin erſchienen, faſt nur von jüdiſchen Redakteuren bedient, bemühten ſich, eine Überlegenheit zur Schau zu tragen, die dergleichen lächerliche Parteibildung nicht ernſt nehmen könne. Mit Spott und Feindſeligkeiten wurde nicht geſpart.

Gleichwohl wuchs die Bewegung. Aber ſie hatte ſchon am Anfang ihres Beſtehens ſchwere Proben zu beſtehen. Am 11. Mai und 2. Juni ihres Geburtsjahres fanden die beiden Attentate von Hödel und Nobiling ſtatt, und der antichriſtliche und antiſoziale Fanatismus der liberalen und freiſinnigen Preſſe ſcheute nicht davor zurück, die neue chriſtlich-ſoziale Partei für die Schandtaten der Meuchelmörder verantwortlich zu machen. Das jüdiſche „Berliner Tageblatt“ klagte die „evangeliſche Orthodoxie“ an; andere liberale Blätter erwogen, ob nicht die Lehrfreiheit der Kathederſozialiſten zu beſchränken ſei. Sollte ein Sündenbock geſucht und gefunden werden, ſo war die Linke viel mehr geneigt, die Schuld bei der Rechten zu finden, als bei der Sozialdemokratie oder gar bei ſich ſelbſt. Die Regierungspreſſe ſchlug einmal wieder religiöſe Töne an, aber von wirklicher Einſicht in die eigene ſchwere Schuld war keine Rede. Dieſe Schuld aber hatte darin beſtanden, daß man in einem Kampf gegen die katholiſche Kirche, dem ſog. Kulturkampf, ſich mit allen irreligiöſen Mächten verbündet hatte, um den Sieg davonzutragen. So gewann man auch jetzt noch nicht die Überzeugung der Notwendigkeit von einer inneren Einkehr und Umkehr, ſondern man faßte nur die mechaniſche Unterdrückung der aufrühreriſchen und anarchiſtiſchen Beſtrebungen ins Auge.

Darauf allerdings ging man aus. Der alte Reichstag wurde aufgelöſt, ein neuer gewählt, und die nun gewonnene Mehrheit

erwies sich bereit, ein energisches „Sozialistengesetz“ zu erlassen. Nach kurzer Beratung kam es zustande und fügte der sozialdemokratischen Partei und Agitation zunächst einmal starken Schaden zu. Man versuchte, Vereine und Zeitungen aufrecht zu erhalten, aber was blieb, hatte für die Aufrührer keinen Wert. Zuwiderhandelnde wurden rücksichtslos verurteilt. Zahllose Ausweisungen führender Persönlichkeiten erfolgten. Bis Ende des Jahres 1878 wurden infolge des Sozialistengesetzes 189 sozialistische Vereine, 58 periodische und 200 nichtperiodische Druckschriften verboten und 62 Sozialistenführer aus Berlin und Umgegend ausgewiesen. Die offene Agitation verschwand von der Bildfläche. Die Regierung versuchte auch die Reichstagsabgeordneten Fritzsche und Hasselmann zu verhaften. Dies lehnte aber der Reichstag ab.

Die „christlich-soziale Arbeiterpartei“ blieb von den neuen gesetzlichen Maßregeln unberührt. Man ließ sie gewähren. An jedem Freitag Abend wurden stark besuchte Volksversammlungen abgehalten, in denen Stöcker die ganze Kraft seiner populären Beredsamkeit entfaltete und besonders durch goldenen Humor sich Freunde zu gewinnen, durch Witz und Satire sich bei den Gegnern in Respekt zu setzen wußte.

Freilich wurde von vornherein die „Berliner Bewegung“, die sich aus den Freitagsversammlungen entwickelte, etwas anderes, als was Stöcker eigentlich beabsichtigt hatte. Bei den Arbeitern erwies sich der sozialdemokratische Druck stärker als die bessere Überzeugung der anfänglich Gewonnenen. Nur einzelne, bei denen schon ein fester christlicher Charakter vorhanden war, blieben treu, die Mehrzahl fiel wieder ab. Gewonnen wurde von Stöcker vorzugsweise der Mittelstand, vorab die Handwerker, die unter dem Wettbewerb der Großindustrie litten; mobil gemacht wurden die christlichen und konservativen Oberschichten, die sich bis dahin passiv verhalten hatten, weil sie in Berlin jeden Kampf mit Freisinn und Sozialdemokratie bis dahin für aussichtslos gehalten hatten. In diesen Schichten wurde nun Christentum und religiöse Gesinnung mit Wärme gepflegt, die vaterländische Begeisterung gestärkt, vor allem aber auch Verständnis geweckt für eine gesunde Behandlung aller sozialpolitischen Fragen.

Digitized by Google

V. 1879. Wirtschaftspolitik. Verstaatlichung.

Das Jahr 1879 bezeichnet für die gesetzgeberische Behandlung der sozialen Fragen kaum einen Fortschritt. Nicht die sozialen, sondern die wirtschaftlichen Fragen standen um diese Zeit noch im Vordergrund, einmal im Reiche der Schutz der nationalen Arbeit durch Zölle, sodann in Preußen die vom Minister Maybach durchgeführte Verstaatlichung der Eisenbahnen, der auch in anderen Bundesstaaten Verstaatlichungen parallel liefen.

Am 12. Februar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher der Kaiser dem Reichstage dankt, daß er „im Wege des Gesetzes einer gegen die Grundlagen unseres staatlichen und Kulturlebens gerichteten Agitation" Einhalt getan habe. Soziale Vorlagen werden aber nicht in Aussicht gestellt, sondern nur wirtschaftliche.

Bedeutsam dagegen ist es, daß in diesem Jahre zuerst die Altersversicherung der Arbeiter ihrer Verwirklichung um einen vorbereitenden Schritt näher rückte. Kein anderer als der Mann, der sich später durch seine leidenschaftliche „Scharfmacherei" um allen politischen und moralischen Kredit brachte, der Reichstagsabgeordnete Stumm, stellte am 13. Februar einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, betr. die Einführung obligatorischer, nach dem Muster der Knappschaftsvereine einzurichtender Altersversorgungs- und Invalidenkassen für alle Fabrikarbeiter. Stumm wird sich ja die Sache anders gedacht haben, als sie später wurde. Immerhin kann man ihm die Priorität der Anregung nicht bestreiten. Die zur Beratung dieses Antrags eingesetzte Kommission beschloß am 1. April mit neun gegen fünf Stimmen, den Reichskanzler um entsprechende Vorlage zu ersuchen, mit der Modifikation, daß nicht nur die Arbeiter allein, sondern auch ihre Witwen und Waisen versorgt werden sollten. Der Regierungskommissar war damals noch energisch gegen diese Reform. Trotzdem liegt hier der Grundstein für den späteren großen Versicherungsbau des Deutschen Reiches.

Das Sozialistengesetz wurde nun Schritt für Schritt durchgeführt. Eine Zusammenstellung aller auf Grund desselben bis zum 30. Juni bekannt gemachten Verbote ergibt, daß betroffen wurden 217 Vereine, 147 periodische Druckschriften, 278 nichtperiodische, 5 Kassen. Trotzdem erkannte man, daß eine Organi-

sation fortbestand und Druckschriften fortwährend aus England eingeschmuggelt wurden.

Auch aus manchen anderen Anzeichen ergab sich sehr bald, daß aller äußeren Unterdrückung zum Trotz die innere Kraft der Umsturzpartei ungebrochen war. Eine erste Probe auf die Wirkungen des Sozialistengesetzes war die Reichstagsnachwahl, die am 4. Februar in Breslau stattfand. Nationalliberale und Fortschrittler hatten gemeinsam den jüdischen Justizrat Freund aufgestellt; die Konservativen den Bankier v. Wallenberg; die Sozialdemokraten den Agitator Kräcker. Allgemein wurde eine gründliche Niederlage des letzteren erwartet, sogar von den eigenen Parteigenossen. Die Behörden hatten alle Wühlerei der „Roten" gänzlich unterdrückt, zeitweise sogar den Kandidaten verhaftet und eingesperrt. Aber trotzalledem kam Kräcker mit 5000 Stimmen in die Stichwahl, in der er dann freilich unterlag. Im Sommer fand noch einmal Ersatzwahl in Breslau statt, und nun siegte am 18. Juli der Sozialdemokrat Hasenclever über den Nationalliberalen mit 7589 gegen 6390 Stimmen. Am 23. Dezember fand eine Nachwahl zum Reichstag in Magdeburg statt. Hier bekam der Sozialdemokrat Viereck über 7000 Stimmen. Freilich erlag er dem Gegner, der 1148 Stimmen mehr hatte. Aber das Ergebnis wirkte doch erschreckend. „Es zeigt," — schrieb damals ein bekannter konservativer Publizist — „daß sich die Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes nicht nur behauptet, sondern sogar positive Fortschritte macht." Nicht besser gingen die Dinge im Königreich Sachsen. Am 9. September offenbarten die Landtagswahlen einen starken Erfolg der Sozialdemokratie. Alles war ratlos. „Ein saft- und kraftloses Projekt jagt das andere."

In Berlin verlängerte am 27. November der Bundesrat den kleinen Belagerungszustand über Berlin auf 1 Jahr.

Die christlich-soziale Arbeiterpartei trieb das ganze Jahr hindurch ihre Propaganda unermüdlich weiter. Etwas Neues kam insofern hinzu, als Stöcker am 19. September zum ersten Male die Judenfrage grundsätzlich anschnitt und dem in Berlin übermächtigen und übermütigen Judentum den Handschuh hinwarf. Er forderte die Juden auf, „etwas bescheidener" und „etwas toleranter" zu werden. Soweit die grundsätzliche Behandlung der Judenfrage durch das Gesetz in Betracht kam, stellte Stöcker einige allgemeine und einige besondere Forderungen auf. Die

allgemeinen waren Reform des Hypothekenrechts, des Börsen- und Aktienwesens. Die speziellen: Wiedereinführung einer konfessionellen Statistik, Einschränkung der Anstellung jüdischer Richter auf die Verhältniszahl der Bevölkerung, Entfernung der jüdischen Lehrer aus den Volksschulen.

Diese Einbeziehung der Judenfrage in die Parteibewegung der Christlich-Sozialen war von großer Bedeutung für ihre fernere Entwicklung. Die antisemitische Kritik kam einer ganz gewaltigen Mißstimmung in der Berliner Bevölkerung entgegen, die das Judentum durch rücksichtslose Ausnutzung seiner starken wirtschaftlichen Machtstellung erregt hatte, durch Lohndrückerei und Wucher in allen seinen Formen. Bis dahin hatten die Funken nur unter der Asche geglommen, die Ausgebeuteten hatten die Faust nur in der Tasche gemacht. Jetzt trat ein Mann auf, der mit wunderbarer volkstümlicher Beredsamkeit das aussprach, was alle dachten, den Bedrückten und Duldenden das Wort von den Lippen nahm und ihre Klagen formulierte. Das zündete. Die Bewegung nahm durch den antisemitischen Einschlag einen unerwarteten und schnellen Aufschwung.

Allerdings zeigten sich bald auch die Gefahren, die der Kampf gegen das Judentum mit sich führte. Es drängten sich Leute an die Christlich-Sozialen heran, denen das Christliche und das Soziale Nebensache, der Antisemitismus dagegen die Hauptsache war. Redegewandte, agitatorische Naturen, an denen es in Berlin nie fehlt, traten auf den Plan, kultivierten ganz einseitig die Judenfrage, mit der sich in jeder Volksversammlung Beifall erzielen ließ, und erzeugten jene Abart des Antisemitismus, der den bedenklichen Namen des „Radau-Antisemitismus" bekam. Stöcker war stets bemüht, diesen falschen „Rassen"-Antisemitismus und seine oft höchst unchristliche und lieblose Jüngerschaft von den Christlich-Sozialen abzuwehren. Aber die Wahlbewegungen, in denen alles zusammengehen mußte, was antifortschrittlich und antisozialdemokratisch war, erzeugten doch engere Berührungen, als man um der Qualität der christlich-sozialen Partei willen hätte wünschen mögen. Besonders konnte nicht verhindert werden, daß von Fernstehenden die beiden Gruppen identifiziert wurden. Wenn die Antisemiten in immer neuen Splittern sich von der Berliner Bewegung absonderten, so gab das ja oft unliebsamen Zwist. Aber es reinigte auch die Luft und machte es Stöcker leichter, die Partei nach der religiösen Seite

hin zu pflegen. In der Tat hat Stöcker gerade nach dieser Seite hin Außergewöhnliches erreicht. Es ist nicht zu viel gesagt, daß seine Arbeit auch eine Evangelisation größten Stiles gewesen ist, wie sie mit gleichem Erfolge und gleicher Kraft kein anderer Evangelist jemals getrieben. Nach der kirchlichen und christlichen Seite hin ist Berlin von Stöcker völlig umgestaltet worden. Vor seinem Auftreten waren die Christen eine kleine verschüchterte Herde, die gar nicht wagen konnte, öffentlich aufzutreten. Aus der Berliner Bewegung blühte ein überaus reiches kirchliches und christliches Vereinsleben auf, ohne welches eine positive Mehrheit in der Stadtsynode und der Kampf gegen die Kirchennot gar nicht denkbar gewesen wäre.

Leider gehörte zu denen, welche die Berliner Bewegung ganz falsch einschätzten, auch der preußische Oberkirchenrat. Am 20. Februar erließ diese Behörde eine Ansprache an die Geistlichen und Gemeindekirchenräte der evangelischen Landeskirche. In diesem Aktenstück, das in seinem Eingang allerlei ganz zutreffende Mahnungen enthält, heißt es dann weiter: „Kaum etwas hat den Einfluß der amtlich organisierten Kirche nicht nur in den höher gebildeten Kreisen so geschädigt, als der von verschiedenen Seiten unternommene Versuch, die Kirche, ihr Bekenntnis und ihre Organe als Mittel für bestimmte politische Parteizwecke zu gebrauchen.“ Sehr ausführlich wird dann auf die christlich-sozialen Bestrebungen eingegangen und betont, daß es nicht Sache der Kirche und ihrer Diener sei, im Namen des Christentums volkswirtschaftliche und soziale Theorien aufzustellen. „Sie halten sich nicht in den Grenzen ihres Berufes, wenn sie an die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung auf Grund des Evangeliums Forderungen stellen, oder wenn sie gar eine neue Regelung der Eigentumsverhältnisse im Namen des Christentums als ein Hilfsmittel wider die sozialen Notstände empfehlen.“ — „Eine Agitation für soziale und politische Reformen verstricke die Kirche in Parteileidenschaften, durch welche ihre Vertrauensstellung Einbuße erleiden müsse.“

Sehr zutreffend urteilte über diesen Erlaß Martin von Nathusius: „Derselbe ist dadurch bemerkenswert, daß er eine Fülle von vortrefflichen, unbestrittenen allgemeinen Grundsätzen über Christentum und Politik enthält, die aber durch ihre Zusammenstellung und ihre Ausdrucksweise der gesamten öffentlichen Meinung keine andere Wahl ließen, als dieselben auf den ganz

besonderen Fall der christlich-sozialen Partei des Hofprediger Stöcker und der sozialen Reformpartei des Pastor Todt zu beziehen." Nathusius schildert dann die große Freude des Liberalismus, daß der Oberkirchenrat die Kirche von den realen Verhältnissen zurückhalte und sie „in einer unschädlichen Kanzelhöhe" zu erhalten trachte. Dann wird gefragt, „ob bei dem Wutgeschrei der Feinde und der Schmach Christi, welche der tapfere Hofprediger Stöcker und seine Bundesgenossen im „Staatssozialisten" so reichlich zu tragen gehabt haben, die oberste kirchliche Behörde wohl daran getan hat, die Zurechtweisungen, welche sie jenen Bestrebungen etwa zukommen lassen mußte, in eine Form zu kleiden, welche jeder Anerkennung entbehrt und den Feinden der christlichen Religion Gelegenheit geboten hat, sich mit Berufung auf die oberste Kirchenbehörde von neuem auf dieselben zu stürzen."

In der Tat muß der Erlaß des Oberkirchenrats als ein bedauerlicher Mißgriff bezeichnet werden. Niemals würde ein freier Bischof so haben reden können, zugegeben selbst, daß die Bedenken gegen die Berliner Bewegung berechtigter gewesen wären, als sie es waren. Es war klar, daß nicht die Kirche von sich aus sprach, sondern der Staat die von ihm abhängige als Sprachrohr benutzte.

Am 9. August tagte der Delegiertentag des Vereins selbständiger Handwerker und Fabrikanten in Bremen, lehnte die obligatorische Innung ab, forderte aber „allgemeine Errichtung von Gewerbekammern, welche als die legitimen Vertretungen des Gewerbestandes anerkannt und mit Rechtsbefugnissen ausgerüstet sind."

Das ganze Jahr hindurch betrieb der überaus tüchtige und energische preußische Eisenbahnminister Maybach die sozial so wichtige Verstaatlichung der Eisenbahnen. Diese Maßregel, deren Durchführung übrigens ohne den Fürsten Bismarck gar nicht möglich gewesen wäre, hat sich in jeder Hinsicht bewährt, wenn auch später nach der sozialpolitischen Seite einzelne Minister, besonders Herr Thielen, das nicht geleistet haben, was sie hätten leisten sollen. Speziell die Stellung der Eisenbahnarbeiter ist noch nicht durchweg so geordnet, wie es wünschenswert wäre, um diese Arbeiterkategorie nicht nur äußerlich von der Sozialdemokratie fern zu halten, sondern um sie auch gegen jede Ansteckung innerlich immun zu machen. Anerkannt werden muß

dagegen, daß der Staat hinsichtlich einer billigen Berechnung der Fahrpreise den Arbeitern in einer Weise entgegengekommen ist, wie dies in keinem anderen Lande der Welt der Fall ist, und unter der Herrschaft des Privatbahnsystems nie zu erreichen gewesen wäre.

VI. 1880. Antiliberale Strömung.

Das Jahr 1880

war ein Jahr reger Arbeit nach verschiedenen Richtungen hin; es brachte Erfolge wider den Liberalismus, der auf kirchenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete zurückgedrängt wurde. Immer weitere Kreise des Volkes überzeugten sich von der Verderblichkeit des Kulturkampfes und von der Notwendigkeit, ihn zu beenden. Man erkannte, daß es nicht angehe, mit der einen Hand die Kirche zu bekämpfen und mit der anderen die soziale Frage zu lösen.

Wesentlichen Nutzen schuf in dieser Hinsicht das Buch des Schriftstellers Otto Glagau „Des Reiches Not und der neue Kulturkampf", das in Osnabrück bei Wehberg erschien und in mehreren Auflagen starken Absatz fand. Freilich war die Wirkung mehr eine kritische, mit dem Irrtum der Vergangenheit aufräumende, als daß es sich um praktische Richtlinien für die Zukunft gehandelt hätte. Glagau, der selbst offenbar jüdischer Abstammung war, hatte den scharfen kritischen Verstand der Semiten, enttäuschte aber stets, wenn es sich um positive Staatskunst handelte, so z. B., als er, der dicke und sehr sachverständige Bücher über den Börsenschwindel geschrieben hatte, den Konservativen mit praktischen Vorschlägen über die gesetzgeberische Behandlung der Börse an die Hand gehen sollte. Da versagte er gänzlich. Auch seine grundlegende These: „Die soziale Frage ist wesentlich Judenfrage, alles andere ist Schwindel" lief doch auf eine große Einseitigkeit und Übertreibung hinaus.

Lebhaft genug ging es nun freilich im Hinblick auf die Judenfrage zu. Im Laufe des Jahres 1880 agitierten die Antisemiten von Berlin aus im ganzen Reiche für Unterzeichnung einer an den Reichskanzler zu richtenden Petition, die ein neues Judenrecht verlangte. Die Arbeit, so führte das Schriftstück aus, werde überall von christlichen Händen verrichtet. Dagegen liege die

kapitalistische Geldherrschaft in den Händen der Juden. „Was wir erstreben, ist die Emanzipation des deutschen Volkes von einer Art Fremdherrschaft, welche es auf die Dauer nicht zu ertragen vermag.“ Gefordert wird 1. daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde; 2. daß die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellungen ausgeschlossen werden, und daß ihre Verwendung im Justizdienst (namentlich als Einzelrichter) eine angemessene Beschränkung erfahre; 3. daß der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn dieselbe von jüdischen Schülern besucht wird, streng gewahrt bleibe und in derselben nur christliche Lehrer zugelassen werden, daß in den übrigen Schulen aber jüdische Lehrer nur in besonderen Ausnahmefällen zur Anstellung gelangen; 4. daß die Wiederaufnahme der amtlichen Statistik über die jüdische Bevölkerung angeordnet werde.

Diese Petition fand nun einerseits begeisterten Beifall, besonders bei allen, die direkt oder indirekt durch jüdische Arbeitgeber oder jüdische Konkurrenz bedrückt wurden. Andererseits rief sie aber auch heftige Gegenwehr hervor. An die Spitze der Philosemiten stellte sich Oberbürgermeister von Forkenbeck mit einer von 60 „Notablen“ unterzeichneten Gegenerklärung, die „das Vermächtnis Lessings“ retten zu wollen vorgab und den Schein zu erwecken suchte, als ob hier eine Störung der kaum gewonnenen deutschen Einheit geplant werde. „Wie eine ansteckende Seuche droht die Wiederbelebung eines alten Wahnes die Verhältnisse zu vergiften.“ — „Noch ist es Zeit, der Verwirrung entgegenzutreten und nationale Schmach abzuwenden.“ Außerdem bekundete Forkenbeck seine freisinnige Gesinnungstüchtigkeit, indem er gegen drei städtische Gymnasiallehrer, die als Antisemiten hervorgetreten waren, Dr. Jungfer, Dr. Förster und Dr. Henrici, Disziplinarunterſuchung eröffnete.

Die Gegenerklärung richtete aber in der öffentlichen Meinung wenig aus. Im Gegenteil griff die Bewegung auch auf die Universitäten über. In Berlin und Leipzig erklärten sich große Teile der Studentenschaft für die Petition.

Am 20. November und folgenden Tagen fand im preußischen Abgeordnetenhaus eine große „Judendebatte“ statt, da die Freisinnigen bei der Königlichen Regierung anfragten, wie sie sich zu der (Stöckerschen) Antisemitenpetition stelle. Der Ministerpräsident Graf Stolberg erwiderte, daß die Regierung keine

Petition bekommen, also auch keine Stellung genommen habe, übrigens nicht die Absicht habe, die Rechte der Juden zu beschränken. Die zweitägige Debatte verlief insofern zuungunsten der Antragsteller, als diese zum Schluß nicht wagen durften, eine Resolution einzubringen, weil sie deren Ablehnung fürchten mußten. Mit dem „Brandmarken" des Antisemitismus war es also nichts. Andererseits zeigte sich freilich auch, daß von der Regierung im Sinne der Petition wenig oder gar nichts zu erwarten war. Wohl hatte ja Fürst Bismarck in früheren Jahren als Abgeordneter sehr ähnliche Ansichten vertreten. Aber nun in verantwortlicher Stellung nahm er offensichtlich zugunsten der Juden Partei. Die christlichen und prinzipiellen Gesichtspunkte, von denen er früher ausgegangen war, hatten in dieser Periode seines Wirkens keine Geltung mehr für ihn. Für den nunmehrigen Philosemitismus waren teilweise Motive der auswärtigen Politik maßgebend, teilweise die Beziehungen zu dem jüdischen Bankier Bleichröder, dem man es zugestanden hatte, eine politische Rolle zu spielen und besonders in Finanzfragen den offiziellen Ratgeber der Regierung zu machen. Wie weit dieser Einfluß Bleichröders damals ging, zeigte sich bei einem besonderen Anlaß. Die Sozialdemokraten hatten in einer christlichsozialen Volksversammlung heftige Angriffe gegen die evangelischen Geistlichen gerichtet, daß diese nicht genug für die Arbeiter täten. Stöcker stellte ihnen die Gegenfrage: „Warum fordern sie nur von uns Geistlichen soziale Hilfe? Warum nie von den Juden? Herr v. Bleichröder hat mehr Geld als alle evangelischen Geistlichen zusammen." Bleichröder beschwerte sich bei Bismarck, es wurden Berichte eingefordert und geschrieben, auch die Sache vor den König gebracht, so daß Stöcker zu seiner Verteidigung ein längeres Schreiben an den Monarchen richten mußte, was den Erfolg hatte, daß alles im Sande verlief. Aber die Gefahr war ernst genug gewesen. Stöcker schreibt darüber in seinen Lebenserinnerungen folgendes: „Daß der Fürst-Reichskanzler unbegreiflicherweise diese Rede bei Sr. Majestät zur Sprache gebracht hatte, war mir bekannt geworden. Fürst Bismarck hat, wie ich später in den Tagen der Walderseeversammlung erfuhr, von zwei Ministern gefordert, sie sollten mich aus Berlin ausweisen wie alle Sozialdemokraten, natürlich geschah dies nicht. Die Blätter des Reichskanzlers haben dies immer geleugnet; aber ein Minister hat mir erzählt, er habe dem Reichs-

kanzler offen erklärt, er könne das nicht, ich sei schon als Militärgeistlicher als einer der königstreuesten Männer bekannt gewesen. Darauf sei es unterblieben. Nachher sei dann durch ein kaiserliches Schreiben die Sache, offenbar Bismarck zuliebe, getadelt. Der Kanzler aber sei, das erzählte mir der Oberkirchenratspräsident, bei dieser Gelegenheit über die Aussprache bei S. M. dem Kaiser so in Zorn und Wut geraten, daß er dieselbe nicht habe hören wollen." Unter solchen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß die Petition sowohl, wie die ganze antisemitische Bewegung ziemlich resultatlos verpuffte. Resultatlos, aber doch nicht ganz nutzlos. Denn trotz des unabläßig wachsenden Reichtums der Juden ist doch die Abneigung des deutschen Volkes gegen sie konstant geblieben. Und außer der Sozialdemokratie wagt heute kaum noch eine politische Partei den Wählern bei Reichs- und Landtagswahlen jüdische Kandidaten zu präsentieren.

Ein Nachspiel der Debatte war der Austausch lebhafter Erklärungen zwischen den Professoren von Treitzschke und Mommsen. Treitzschke war bekanntlich lebhafter Antisemit, Mommsen dagegen befand sich in einem lächerlichen Dilemma. In seiner Römischen Geschichte hatte er die Juden sehr zutreffend als ein „Ferment der Dekomposition" für die Staaten, in denen sie sich festsetzen, bezeichnet. Jetzt zwang ihn der Parteigeist, nicht nur sich philosemitisch zu gebärden, sondern sogar das richtige Urteil der ersten Auflagen seiner Geschichte in den späteren zu streichen. Dafür erwiesen sich dann freilich die Juden dankbar; als der Herr Professor bald darauf abbrannte, sammelte man Geld und schenkte ihm eine größere Summe.

Mitte Oktober tagte in Berlin der „Zentralverein für Sozialreform" unter dem Vorsitz von Pastor Todt. Die Stimmung war eine gehobene, da man einen ersten Erfolg öffentlich verkündigen konnte, Hofprediger Stöcker teilte mit, daß Fürst Bismarck sich den Antrag Stumm angeeignet habe und damit umgehe, eine Arbeiterversicherung für den Fall der Invalidität, auch Arbeitsämter zu schaffen. Stöcker fügte die Forderung des Normalarbeitstages und der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hinzu. Allgemein stellte man es als zunächst zu erstrebendes Ziel hin, die 18 000 evangelischen Geistlichen Deutschlands für die Sozialreform zu gewinnen. In der Versammlung waren auch zwei Sozialdemokraten, Körner und Finn, anwesend, die

ſich auch an der Debatte beteiligten. Finn meinte: „Wenn die Regierung vor fünf oder ſechs Jahren den Arbeitern derartige Konzeſſionen gemacht hätte wie heute, dann würde die ſozialdemokratiſche Bewegung gar nicht einen derartigen Charakter angenommen haben. Die deutſchen Arbeiter im allgemeinen lieben ihr Vaterland und ſind auch bereit, dasſelbe mit Gut und Blut zu verteidigen.“ Solchen einzelnen verſtändigen Sozialiſten gelang es freilich weder damals noch ſpäter einen Einfluß auf die Partei zu gewinnen.

Auch einen erſten kleinen Wahlerfolg hatten die Chriſtlich-Sozialen im Jahre 1880 zu verzeichnen. Am 2. November fanden Ergänzungswahlen für die Stadtverordnetenverſammlung in Berlin ſtatt. Mit großem Eifer beteiligten ſich die Chriſtlich-Sozialen, und es gelang ihnen, wenigſtens im 33. Wahlbezirk den jüdiſchen Stadtverordnetenvorſteher Dr. Straßmann mit 880 gegen 640 Stimmen zu Fall zu bringen.

Am 10. November fand in Frankfurt a. M. eine interkonfeſſionelle konſervative Verſammlung ſtatt, deren Ziel zwar zunächſt die Beendigung des Kulturkampfes war. Aber weiterhin faßte man auch chriſtlich-ſoziale Ziele ins Auge. Den Vorſitz führten Fürſt Iſenburg-Birſtein und Graf Solms-Laubach, der ſpätere Präſident der chriſtlich-ſozialen Partei. Zu den Einberufern gehörte vor allem der Freiherr v. Fechenbach, zu den Teilnehmern Profeſſor v. Nathuſius, Freiherr v. Ungern-Sternberg u. a. m. Wie ſehr der Gedanke der Sozialreform gerade bei den Konſervativen Wurzel gefaßt hatte, beweiſt ein in jenen Tagen verfaßter Artikel des ſpäteren Chefredakteurs der Kreuzzeitung, Dr. Kropatſchek, in dem er mit größter Wärme für Sozialreform eintritt und den Konſervativen ins Gewiſſen redet. Er zitiert ein Wort Riehls, die Ariſtokratie ſei „eine ſoziale Würde“ und fügt hinzu: „da mags ja nun ein ſehr ehrendes Zeugnis ſein, welches erſt vor wenig Wochen kein Geringerer als Eugen Richter unſeren heutigen Konſervativen ausgeſtellt hat, wenn er ſagte: heute gelte es nicht mehr bloß die Sozial-Demokratie, ſondern auch die Sozial-Ariſtokratie zu bekämpfen! Wollte Gott, er hätte recht, und der von ihm mit richtigem Inſtinkt erkannte, einzig gefährliche Feind des antiſozialen Fortſchritts wüchſe wirklich zu impoſanter Macht.“ — „Wenn je, ſo ſtehen heute wir Konſervativen vor der Alternative: entſchließt euch, ſoziale Volkspartei zu werden — oder dankt wieder ab,

und diesmal vielleicht für immer.“ Leider hat Dr. Kropatschek diesen Standpunkt nicht festgehalten, sondern später ganz andere Ansichten vertreten und der christlichen Arbeiterbewegung nicht Förderung, sondern viel unfreundliche Kritik zuteil werden lassen.

Die Sozialdemokratie wurde auch in diesem Jahre durch das Ausnahmegesetz streng in Zucht gehalten. Am 11. Februar legte Preußen dem Bundesrat ein Gesetz vor: „Die Dauer des Sozialistengesetzes wird unter Aufhebung des § 30 bis zum 31. März 1886 verlängert.“ In den Motiven wird festgestellt, daß, soweit das Gesetz eine Handhabe bot, Versammlungen und Presse unterdrückt wurden. „Dadurch ist die sozialdemokratische Agitation in gewissen Schranken gehalten und insbesondere erreicht worden, daß ihre lauten Kundgebungen und offenen Verhöhnungen von Gesetz und Recht nicht mehr durch ungehinderte Duldung den Stempel des Gesetzlich-Erlaubten erhalten. Infolgedessen sind weite Kreise des Volkes von dem Druck der sozialdemokratischen Agitation befreit worden.“ Der Fortbestand der roten Agitation wurde ausdrücklich bestätigt. Besonders zwei Blätter wurden vom Auslande eingeschmuggelt: die vom kommunistischen Arbeiterverein in London herausgegebene, von Most redigierte „Freiheit“ und das in Zürich erscheinende „offizielle“ Blatt „Sozialdemokrat“.

Die Thronrede vom 12. Februar, mit welcher der Reichstag eröffnet wurde, kündigte die Vorlage an.

Am 17. April genehmigte der Reichstag das Gesetz in zweiter Lesung, aber nur bis 30. September 1884.

Die Sozialdemokraten kamen vom 20. bis zum 23. August auf einem alten Schweizer Schlosse Wyden zu einer Tagung zusammen, bei der sie das Wort „gesetzlich“, das früher im Programm die Mittel ihres Kampfes gekennzeichnet hatte, strichen. Man stellte sich damit grundsätzlich auf den Boden, daß jedes Mittel zur Durchführung des Sozialismus recht sei. Übrigens gewannen sie im Laufe des Jahres wiederum zwei Mandate: am 3. März wurde in Glauchau-Meerane Auer, am 27. April in Hamburg Hartmann gewählt.

Erfreulich war eine kleine Sozialreform bei der Post. Am 1. April wurde von der Reichspostverwaltung in Berlin einmalige Briefbestellung am Sonntag eingeführt. Die Liberalen aller Schattierung waren in der voraufgegangenen Reichstags-

ſitzung natürlich ſcharf dagegen geweſen — das „Verkehrsintereſſe“ werde leiden. Aber eine „konſervativ-klerikale“ Mehrheit ſetzte die Reform durch. Und das Verkehrsintereſſe hat nicht im mindeſten gelitten.

VII. 1881. Die Unfallverſicherung.

Das Jahr 1881

war erfüllt von den erſten Kämpfen um das Unfallverſicherungsgeſetz, das Fürſt Bismarck als Handelsminiſter hatte ausarbeiten laſſen.

Am 15. Januar legte der Reichskanzler den Entwurf dem Bundesrat vor. In den Motiven wurde die Vorlage als „erſter Schritt“ bezeichnet; die weitere geſetzgeberiſche Arbeit werde ein „volles Menſchenalter erfordern.“ Schon im Bundesrat hatten zwei kritiſche Punkte Schwierigkeiten gemacht: einmal, daß über die rechnungsmäßige, aus den Beiträgen der Verſicherten mögliche und zahlbare Rente hinaus ein „Staatszuſchuß“ bewilligt werden ſollte — dieſer Zuſchuß wurde vielfach als „ſozialiſtiſch“ und als erſter Schritt in den Zukunftsſtaat gefürchtet und abgelehnt. Sodann war es die Errichtung einer Reichsverſicherungsanſtalt, die als „unitariſche“ Maßregel bundesrechtliche Bedenken erregte, und an deren Stelle einzelne Staaten lieber Landesverſicherungsanſtalten eingerichtet haben wollten. Aber es gelang dem Reichskanzler im Februar, dieſe Bedenken zu überwinden; das Geſetz wurde dem Reichstage vorgelegt. Vom 1. bis 4. April fand die erſte Leſung ſtatt. Der Entwurf ging an eine Kommiſſion von 28 Mitgliedern. Konſervative und Katholiken waren dafür. Dagegen machten die Liberalen Schwierigkeiten. Richter-Hagen fand die Vorlage „bedenklich und verhängnisvoll.“ Herr Stumm lehnte den Reichszuſchuß ab. Bebel hatte „erhebliche Bedenken“. Bismarck trat warm für das Geſetz ein und ſtellte ſchon die Invaliden- und Altersverſicherung in Ausſicht.

Vom 3. bis 10. Mai geſtaltete die „Unfallkommiſſion“ die Vorlage völlig um. Die Reichsanſtalt wurde in Landesanſtalten aufgelöſt und der Staatszuſchuß geſtrichen; die Arbeiter ſollten ein Drittel, die Arbeitgeber zwei Drittel der Laſten tragen.

Am 11. Juni nahm der Reichstag in zweiter Lesung die Unfallversicherung an, aber mit Landesanstalten statt der Reichsanstalt und unter Ablehnung des Staatszuschusses. Am 15. Juni folgte die dritte Lesung mit demselben Resultat. Damit fiel das Gesetz, denn in der vom Reichstag beliebten Umgestaltung galt es dem Reichskanzler als unannehmbar. Am 25. Juni wurde es auch vom Bundesrat in aller Form abgelehnt.

Das Verhalten des Reichstages war übrigens dem Kanzler keineswegs unangenehm. Im Gegenteil gewann er für bevorstehende Wahlen eine gute Wahlparole und sprach seine Freude über den Gang der Dinge auch ganz offen aus.

In der Tat setzte die offiziöse Agitation für die Herbstwahlen schon in den Osterferien ein. Die „Provinzialkorrespondenz", aus welcher damals noch alle Kreisblätter gespeist wurden, schrieb im Namen der Regierung: „Fürst Bismarck hat sich mit der Fürsorge für den kleinen Mann, den er gegen die Fortschrittspartei und ihre verderblichen wirtschaftlichen Prinzipien zu schützen unternommen, seine letzte große Lebensaufgabe gestellt. Die Meinungen über die von ihm vorgeschlagenen Mittel mögen noch vielfach unter den Parteien schwanken. Aber durch diese Unsicherheit und Ungewißheit wird sich der Kanzler nicht beirren und von seinem mit reiflicher Überlegung und innigster Überzeugung gesteckten Ziel abbringen lassen. Für ihn ist es unabweisliche Pflicht, die Interessen und Bedürfnisse des kleinen Mannes in die Hand zu nehmen und somit die Grundlagen des Staates vor der Erschütterung durch Stürme zu bewahren, welche nicht ausbleiben können, wenn die Pflichten des praktischen Christentums den Armen gegenüber außer acht gelassen werden."

Mitte August hielt Professor Adolf Wagner eine Wahlrede in Elberfeld. Er war vom Reichskanzler ermächtigt zu der Erklärung, daß dieser die Einführung des Tabakmonopols plane als „Patrimonium der Enterbten." Der Ertrag werde von ihm auf 130 bis 150 Millionen geschätzt und solle zur Dotierung der Alters- und Invalidenversicherung Verwendung finden.

Die offiziösen Blätter machten die Wahlen immer mehr zu einer Art Plebiszit für oder wider den Reichskanzler.

Die Parteien erließen Aufrufe. Die Nationalliberalen bezeichneten die sozialpolitischen Pläne des Kanzlers als „unübersehbare, finanziell unausführbare Experimente." Der Rest der Linken tobte in geradezu wilder Weise gegen den Fürsten Bis-

marck. Die Absicht des Tabakmonopols wurde wie ein Bubenstück behandelt.

Am 27. Oktober fanden die Neuwahlen zum Reichstage statt. Das Ergebnis war, daß Nationalliberale und Freikonservative starke Einbuße erlitten hatten. Bismarck drohte infolge des Wahlausfalles anfänglich mit Rücktritt, eröffnete dann aber doch selbst den neuen Reichstag am 17. November mit der herrlichen, so berühmt gewordenen „Botschaft“: „Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgaben von neuem ans Herz zu legen und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. — — In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.“

Zu diesem Zweck wurden dann „korporative Genossenschaften unter staatlichem Schutz“ ins Auge gefaßt.

Von Bedeutung für die christliche Arbeiterbewegung waren besonders die Wahlen in Berlin. Hier brachte der Zusammen-

ſchluß der Konſervativen mit den Chriſtlich-Sozialen eine Bewegung gegen Fortſchrittspartei und Sozialdemokratie zuſtande, wie ſie in gleicher Stärke noch niemals vorher erlebt war. Ein gemeinſames Wahlkomitee — das C. C. C. (Conſervatives Central-Comitee) — leitete die Wahlen, zu denen der Kaufmann Rudolf Herzog große Summen beiſteuerte. Helfend beteiligte ſich beſonders die akademiſche Jugend. Überall bildeten ſich an Stelle der freiſinnigen Bezirksvereine, die bis dahin das Terrain unbeſtritten beherrſcht hatten, chriſtliche und patriotiſche Bürgervereine. Im April war es zur Überraſchung der Welt bereits ſo weit, daß die Konſervativen in allen Stadtteilen ſtarke Verſammlungen berufen konnten, während die freiſinnigen tumultuariſch verliefen und gelegentlich aufgelöſt werden mußten. Auch eine eigene Vereinigung der „Sozialkonſervativen" bildete ſich; ſie tagte am 18. und 19. Mai in Berlin unter dem Vorſitz des Fürſten Karl zu Iſenburg-Birſtein und des Freiherrn von Fechenbach. Die Verſammlung betonte ihren interkonfeſſionellen Standpunkt. Man behandelte auch die Handwerkerfrage und entſchied ſich für die obligatoriſche Innung. Freiherr v. Fechenbach wurde auch in jener Zeit Vorſitzender des deutſchen Handwerkerbundes.

Selbſt die Nationalliberalen vermochten ſich der Bewegung nicht ganz zu entziehen. Am 29. Mai fand eine Landesverſammlung der nationalliberalen Partei in Berlin unter Bennigſens Vorſitz ſtatt. In dieſer machte ſich die Notwendigkeit, poſitive Sozialpolitik zu treiben, ſo ſtark geltend, daß man in vollem Widerſpruch zur eigenen Vergangenheit ſich zur Unfallverſicherung bekannte.

Zu den Strömungen, welche die Bewegung jener Zeit mit beſonderer Kraft verſtärkten, gehörte auch der Antiſemitismus. Wie ſtark er war, beweiſt der Umſtand, daß am 13. April dem Reichskanzler eine Petition um Beſchränkung der bürgerlichen Rechte der Juden mit 255 000 Unterſchriften überreicht werden konnte. Leider kamen aber auch bald ſchon gerade auf dieſem Gebiete ſchwere Ausſchreitungen vor, die der Bewegung in den Augen beſonnener und verantwortlicher Politiker ſchaden mußten, und ernſtere Konſervative mißtrauiſch machten. Stöcker und Adolf Wagner taten das ihre, um die Bewegung im Zaume zu halten, aber nicht immer mit Erfolg. Redegewandte Demagogen hetzten mit ſolcher Schärfe, daß in den öſtlichen Provinzen (Neu-

ſtettin, Stolp u. a. m.) brutale Judenkrawalle ausbrachen, die militäriſch unterdrückt werden mußten. Dabei kamen ſchwere Verwundungen vor. Am 3. Auguſt kam es zu einem ſcharfen Zuſammenſtoß zwiſchen Profeſſor Adolf Wagner und den Antiſemiten, ſpeziell dem wildeſten ihrer Agitatoren, dem Dr. Henrici, der vorgeſchlagen hatte, die Juden totzuſchlagen. Wagner proteſtierte mit äußerſter Schärfe gegen ſolche Roheiten. Aber nicht mit durchſchlagendem Erfolg bei den Hörern. Henrici erwiderte in einer ſpäteren Verſammlung, daß er mit den Konſervativen nichts zu ſchaffen haben wolle. „Das konſervative Zentralwahlkomitee iſt ein Popanz. Wir wollen Leute, die Bismarck ins Geſicht ſagen, daß die Wirtſchaft mit Bleichröder aufhören muß. Das tut kein Konſervativer.“

Die Frage ins Perſönliche zu ziehen, war natürlich nicht Sache der Konſervativen. Im übrigen waren ihrer viele an der Petition beteiligt, die freilich ohne jede Antwort von ſeiten der Regierung blieb.

Über das Wahlergebnis ſchreibt Stöcker: „Beſonders die chriſtlich-ſoziale Partei hatte Grund, zufrieden zu ſein; die Sozialdemokratie hatte beinahe die Hälfte ihrer Mannſchaften verloren, gegenüber ihren 30 000 Stimmen hatten ſich zu der Berliner Geſamtbewegung über 46 000 Männer zuſammengefunden. Es war Ausſicht, dereinſt den ſozialen Umſturz dauernd zu beſiegen, dem „Fortſchritt“ energiſch Schach zu bieten. — — — Eine tiefe, auf chriſtlicher Überzeugung ruhende Freude an den Gedanken der kaiſerlichen Botſchaft zog damals durch die Herzen der Berliner Bevölkerung. Ging man auf dieſem Wege weiter, ſo war das Ankommen am Ziel gewiß. Leider iſt es doch ſo ganz anders geworden.“

Die Sozialdemokratie trieb es in ihrem alten Geleiſe weiter. Am 30. März legte die Regierung dem Reichstage eine Denkſchrift vor, das Sozialiſtengeſetz betreffend. In der Debatte erklärte Bebel gegen Herrn von Puttkamer: „Der Miniſter hat unſerer Partei vorgeworfen, ſie ſei revolutionär, international und atheiſtiſch. Ich beſtreite dies keineswegs und habe ſelbſt bereits früher im Reichstage offen erklärt, wir erſtrebten auf politiſchem Gebiete die Republik, auf dem wirtſchaftlichen den Sozialismus, auf kirchlichem den Atheismus.“ Bebel ſagt weiter, es ſei nicht nötig, „daß die Herbeiführung des Zieles nur gewaltſam ſei.“ Aber die Regierung trage die Schuld, wenn der

gesetzliche Weg verlassen werde. Am 27. Juni wurde der kleine Belagerungszustand auf Leipzig ausgedehnt. Bebel, Liebknecht und 14 andere wurden auf Grund desselben von dort ausgewiesen.

VIII. 1882. Krankenversicherung.

Im Jahr 1882

rückte die sozialpolitische Gesetzgebung langsam aber sicher vor, da Fürst Bismarck sein ganzes Gewicht zugunsten der Reform in die Wagschale warf.

Die wichtigsten Daten sind folgende:

Am 17. Januar genehmigte der Reichstag ein Gesetz, betr. Erhebung einer Berufsstatistik als Grundlage für die beabsichtigten sozialen Gesetze. Diese Erhebung war durchaus nötig, um eine festere Grenze zwischen Handwerk und Industrie zu finden.

Am 2. März ließ der Reichskanzler dem preußischen Volkswirtschaftsrat einen zweiten Entwurf des Unfallgesetzes zugehen, und zugleich „Grundzüge für die gesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Arbeiter".

Am 10. April ging der nunmehr ausgearbeitete Gesetzentwurf betr. die Krankenversicherung der Arbeiter (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen) dem Bundesrat mit Motiven zu. Am 22. April das neue Unfallgesetz.

Am 29. April nahm der Bundesrat das Krankenkassengesetz an.

Am 8. Mai genehmigte er das neue Unfallversicherungsgesetz.

Am 15. u. 16. Mai fand im Reichstag die erste Lesung des Unfallgesetzes statt und endete mit Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Am 14. Dezember wurde im Reichstag das Krankengesetz in 1. Lesung in der Kommission erledigt.

Die Stellung der Regierung zur ganzen Sozialreform ging klar hervor aus der am 27. April bei Eröffnung des Reichstags gehaltenen Thronrede. Da hieß es: „Die Reichsgesetzgebung hat die Bestrebungen zur Abhilfe sozialer Schäden, welche die Kaiserliche Botschaft in Aussicht nimmt, mit dem Gesetzentwurf über Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle begonnen. Aus den

vorjährigen Beratungen des Reichstags über diesen Gegenstand haben die verbündeten Regierungen den Anlaß genommen, ihre frühere Vorlage einer Umgestaltung zu unterziehen. Die gegen die früher in Aussicht genommene Reichsversicherungsanstalt erhobenen Bedenken haben dabei insofern Berücksichtigung gefunden, als die Unfallversicherung der Arbeiter nunmehr auf eine korporative und genossenschaftliche Organisation der in Betracht kommenden industriellen Betriebe gegründet werden soll. Der Gesetzentwurf gewährt den industriellen Betrieben und Genossenschaften eine auf die Verhütung von Betriebsunfällen gerichtete Autonomie. Er geht von dem Bestreben aus, die verwaltende Tätigkeit tunlichst zu lokalisieren, die finanzielle Belastung dagegen auf möglichst breite Unterlagen zu verteilen. Eine notwendige Ergänzung finden die Ihnen auf diesem Gebiet vorzulegenden Maßnahmen in einer anderweitigen Regelung der jetzt bestehenden Hilfskassengesetzgebung und der beabsichtigten Ausdehnung der Krankenversicherung. An Stelle des bisherigen bedingten wird Ihnen die Einführung eines unbedingten Zwanges zur Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheitsfällen für alle Arbeiter vorgeschlagen werden, für welche die Durchführung dieser Maßregel möglich erscheint."

Auf der ganzen Rechten und im katholischen Zentrum war von vornherein eine freundliche Stimmung für die soziale Arbeit. Widerstand, Feindseligkeit und Verschleppungsversuche gab es dagegen reichlich bei der Linken. Dem Unfallgesetz gegenüber befolgten die Liberalen zunächst die Taktik, an Stelle eines neuen Unfallversicherungsgesetzes eine Revision des Haftpflichtgesetzes zu fordern. Als sie dafür nirgends Gegenliebe fanden, arbeiteten sie selbst einen Gesetzentwurf aus, der so miserabel war, daß Geh. Rat Lohmann ihn mit wenigen Worten abtun, und das Elaborat nur einer Kommission zur Bestattung überwiesen werden konnte. Immerhin hatte der Antrag die Bedeutung, daß die Liberalen sich, vielleicht aus Versehen, zum Versicherungszwang bekannt hatten. Spaßhaft wirkte dabei, daß sogar gegen dies Gesetz der „Zentralverband der deutschen Industriellen" laut protestierte. Die Konkurrenzfähigkeit der Industrie werde „empfindlich beeinträchtigt", vor allem aber „der Unternehmungsgeist völlig gelähmt" werden, wenn der Antrag durchdränge.

Der volle Mißerfolg der Liberalen verbesserte natürlich die Laune der Industriellen nicht. Ein Zeichen solcher Stimmung

war es, daß der Zentralverband der „Deutſchen Volkswirtſchaftlichen Korreſpondenz“ des Herrn von Roell, die bis hierher als Organ des Verbandes gegolten hatte, da das Blatt ſich entſchieden für Sozialreform im Sinn des Reichskanzlers ausſprach, den Krieg erklärte. Man hatte bisher angenommen, daß dieſes ſoziale Eintreten mehr Dekoration ſei. Jetzt, wo es ſich als Ernſt herausſtellte und Opfer zu drohen ſchienen, ſuchte man Herrn von Roell zu vergewaltigen und zur Abgabe der Korreſpondenz zu zwingen. Dieſer weigerte ſich aber, nachdem er bisher den Schutzzoll als ſoziales Recht befürwortet hatte, nun, wo die Erfüllung der ſozialen Pflichten beginnen ſollte, eine Schwenkung zu vollziehen, und bot dem Verband die Stirne. Natürlich war der Erfolg kein dauernder. Aber der Vorgang hat zeitgeſchichtliche Bedeutung.

Neben den großen Geſetzen fand auch im Februar eine Interpellation Hertling, welche auf Einſchränkung der Frauen- und Kinderarbeit und auf Verbot der Sonntagsarbeit abzielte, eine günſtige Aufnahme im Reichstag und gab auch dem Fürſten Reichskanzler Gelegenheit, ſich wieder zur Sozialreform im großen auf korporativer Baſis feſt zu bekennen. Bismarck machte nur Vorbehalt hinſichtlich der Ausführbarkeit. Aber dieſe war bereits erwieſen; denn die Schweiz hatte damals ſchon eine Fabrikgeſetzgebung mit Verbot der Sonntagsarbeit bei wenigen Ausnahmen.

Schädlich wie immer wirkte die Sozialdemokratie. Charakteriſtiſch für ihre Verderblichkeit waren die folgenden am 10. Januar im Reichstag geſprochenen Worte Bismarcks: „Ob die politiſchen Parteien ſich etwas verſchieben, ob etwas mehr von den Mittelparteien nach den Extremen hin abgeht oder umgekehrt, das muß ich mir gefallen laſſen, und das macht mich nicht irre. Aber die Wahrnehmung, daß die Maſſen der Arbeiter ſelbſt den Verſuchen der Regierung, ihre Lage zu verbeſſern, in dem Maße mißtrauiſch gegenüberſtehen, daß ſie lieber Vertreter der Richtung wählen, welche auf dem wirtſchaftlichen Gebiet das Recht des Stärkeren befürworten und welche den Schwachen in ſeinem Kampf gegen die Macht des Kapitals im Stich laſſen, ihm jeden Beiſtand verſagen und ihn dafür auf ſeine eigene Menſchenwürde, auf die freie Konkurrenz und die Privataſſekuranz und auf — ich weiß nicht, was noch für Worte hinweiſen, kurz die ihm jede Staatshilfe verſagen, hatte ich nicht erwartet.

Die Niederlage, welche die Regierung oder ich persönlich in den großen Zentren der Industrie bei den Arbeitern erlitten habe, hat mich bis zu einem gewissen Grade entmutigt. Allein diese Entmutigung kann mich nicht abhalten, meine Schuldigkeit zu tun. — — Wenn ich auch den Korb, den ich bekomme, voraussehe, ich muß ihn bekommen, und zwar öffentlich bekommen, um das Bewußtsein zu haben, meine Schuldigkeit getan zu haben."

Fürst Bismarck hoffte im April 1883 entsprechende Vorlagen zu machen, damit „auch den Schutzlosen im Staate die Überzeugung werde, daß der Staat sich ihrer nicht bloß erinnert, wenn es gilt, Steuern zu zahlen und Rekruten zu stellen, sondern daß er auch an sie denkt, wenn es gilt, sie zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Landstraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden."

Bei den Sozialisten machten diese verständigen Worte gar keinen Eindruck. Am 3. Mai und am 13. Dezember lief die Umsturzpartei zweimal Sturm gegen das Sozialistengesetz im Reichstag, wurde aber mit großer Mehrheit zurückgewiesen. Und der Radikalismus in der Arbeiterschaft drang vor.

Es gab damals immer noch nationale Sozialdemokraten, die sog. Alt-Lassalleaner, die speziell in Hamburg relativ stark waren. Sie machten im November den Versuch, eine nationale Arbeiterpartei zu gründen. Aber es blieb beim fruchtlosen Anlauf. Sie vermochten gegen die Sozialdemokratie nicht aufzukommen. Ihr Organ, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", mußte am 31. Dezember sein Erscheinen einstellen.

Erwähnung in einer Sozialgeschichte verdienen auch gewisse steuerpolitische Maßnahmen, soweit sie eine ausgesprochen soziale Wirkung haben. Hierher gehört es, daß die preußische Regierung am 28. November eine Vorlage einbrachte für Aufhebung der vier untersten Klassensteuerstufen. Denn gerade diese untersten Stufen hatten zu unendlichen Exekutionen bei kleinen Leuten geführt. Der Plan des Fürsten Bismarck war ebenso ein eminent volksfreundlicher, wie sein Wunsch, das Tabakmonopol einzuführen und es als „Patrimonium der Enterbten" zur Dotierung der Sozialgesetze zu verwerten. Vom 10.—13. Mai fand im Reichstag die erste Lesung des Monopolgesetzes statt, das leider durch den Unverstand des deutschen Volkes zur Ablehnung gebracht wurde, obschon es niemandem Schaden, wohl aber den Fabrikanten reiche Entschädigung, den Arbeitern gesunde Werk-

ſtätten und ſichere Exiſtenz und den Bauern einen guten Abnehmer und ſicheren Zahler für das Rohprodukt gebracht hätte. Weiterhin wäre es noch möglich geworden, mit dem Jahresertrag von 120 Millionen der ganzen Verſicherungsgeſetzgebung ein unerſchütterliches finanzielles Fundament zu geben.

Am lauteſten redeten natürlich die ſog. Arbeitervertreter dawider. Von den Sozialdemokraten ſprachen Haſenclever und Vollmar. Vollmar lehnte die ſozialiſtiſche Vorlage ab, weil der Staat nicht mit dem Tabak, ſondern mit den Bergwerken beginnen müſſe, und Haſenclever verweigerte die Zuſtimmung, weil die ſozialiſtiſche Vorlage nicht vom ſozialiſtiſchen, ſondern vom fiskaliſchen Standpunkt aus eingebracht werde. Mit den elendeſten, weit hergeholten Ausflüchten wurde die volksfreundliche Maßregel von der Sozialdemokratie bekämpft. Statt den Arbeitern eine im beſonderen und allgemeinen überaus wertvolle Gabe zu vermitteln, ſuchte man nach Ablehnungsgründen, nur um die Regierung zu ärgern und die Arbeiter in dem Wahn zu erhalten, daß Gutes nur von der Umſturzpartei kommen könne. Vom 12. bis 15. Juni fand die zweite Leſung des Tabakmonopols ſtatt, das mit 276 gegen 43 Stimmen abgelehnt wurde. Bismarck hielt nochmals eine ausgezeichnete Rede zugunſten des Geſetzes, das unbedingt hätte angenommen werden ſollen. Er wies nach, daß der Staat ſchon jetzt auf vielen Gebieten „ſozialiſtiſch“ ſei. „Wenn Sie glauben, mit dem Worte ‚Sozialismus‘ jemand Schrecken einflößen zu können oder Geſpenſter zu zitieren, ſo ſtehen Sie auf einem Standpunkt, den ich längſt überwunden habe, und deſſen Überwindung für die ganze Reichsgeſetzgebung durchaus notwendig iſt.“

Es half aber alles nichts. Auch Windthorſt verſagte in dieſem Fall, da er ein ſtarker Gegner von allem „Sozialismus“ war.

Ebenſowenig erfolgreich wie das Streben der Regierung nach dem Tabakmonopol, waren die Bemühungen der Handwerker, für ihre weſentlichen Forderungen die Geſetzgebung zu gewinnen. Am 1. Juni forderte ein großer Handwerkertag in Magdeburg die obligatoriſche Innung, den Befähigungsnachweis und anderes. Und am 10. November baten über 100 000 Handwerker den Reichskanzler in einer Petition um obligatoriſche Innungen und günſtige Erledigung der anderen bekannten Handwerkerforderungen: Übergabe der Zuchthausarbeit an die Zünfte, Zölle auf Handwerksartikel, Reform der Militärarbeit, des Submiſſions-

weſens, Befähigungsnachweis und Verbot des Hauſierhandels. Alle dieſe Bemühungen blieben aber durchaus erfolglos.

Ein Verſuch der Gewerbekommiſſion des Reichstags, die Arbeitsbücher der erwachſenen Arbeiter wieder einzuführen, fand großen Widerſpruch bei den Arbeitern. Und im Bundesrat wurde am 24. April ein Antrag Bayerns, für alle gewerblichen Arbeiter dieſe Arbeitsbücher wieder obligatoriſch zu machen, ſchlechthin abgelehnt.

Scheinbar erfolgreicher war die antiſemitiſche Bewegung, deren Förderer beſonders in Berlin unermüdlich tätig waren. Wenn am 26. Oktober bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus die Konſervativen ſtarken Erfolg hatten und mit den Freikonſervativen zuſammen 186 Mandate erlangten, ja ſogar am 28. November bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen einige Erfolge errangen, ſo war daran nicht am wenigſten die Durchſetzung der konſervativen Partei mit antiſemitiſchen Elementen ſchuld.

Die numeriſche Stärke der antiſemitiſchen Bewegung bei freilich großer innerer Uneinigkeit, zeigte ſich am deutlichſten auf einem am 11. und 12. September in Dresden abgehaltenen „Internationalen Antiſemitenkongreß", dem auch Stöcker beiwohnte, vom Auslande vorzugsweiſe Öſterreicher und Ungarn. Gegenüber der Forderung des Dr. Henrici, die Juden auszutreiben, wies Stöcker auf die zu ſolchen Maßregeln ganz unzureichende Macht der Antiſemiten hin. Wenn es in Deutſchland zur Volksabſtimmung käme, ob die Semiten oder die Antiſemiten ausgetrieben werden ſollten, würde die Abſtimmung jedenfalls zugunſten der Semiten ausfallen. Die beſonnene Warnung drang aber keineswegs durch. Und es bahnte ſich hier ſchon die Spaltung der ſozial gerichteten Konſervativen in Chriſtlich-Soziale und Antiſemiten an. Auf Henricis Antrag wurden die von Stöcker vorgelegten Theſen ſtark „korrigiert", beſonders nach der „chriſtlichen" Seite. Doch beſchloß man auf Antrag der Herren von Thüngen und von Fechenbach, daß gegen die Einwanderung aus Oſten eine Grenzſperre errichtet werden müſſe und daß die Juden vom Militärdienſt auszuſchließen, dagegen mit einer Kopf- und Wehrſteuer zu belaſten ſeien. Endlich beſchloß man ein permanentes antijüdiſches Komitee nach Art der Alliance Israélite.

Nennenswerte Wirkungen hat dieſer Kongreß in der Folge aber nicht gehabt, teils weil den Teilnehmern die innere Einheit

und eine gleichartige Beurteilung der ganzen Frage fehlte, teils weil alle Regierungen sich dauernd völlig ablehnend verhielten.

In dieses Jahr fällt auch der in Paris von katholischer Seite gemachte Versuch, das jüdische Großkapital an der Börse durch „christliches" zu verdrängen. Der Versuch schlug völlig fehl. Obschon Herr Bontoux ein geriebener Mann war und von der päpstlichen Kurie materiell und moralisch stark unterstützt wurde, endeten seine Unternehmungen dennoch in trauriger Niederlage.

Richtiger und erfolgreicher war es, daß die Konservativen am 23. November einen Antrag auf Einführung prozentualer Börsensteuer einbrachten.

Und noch wichtiger und bedeutsamer war die weitere Durchführung der Eisenbahnverstaatlichung in Preußen und anderen Staaten. Der Privatbetrieb in Deutschland ging seinem Ende entgegen. Leider wurden nur die sozialen Versprechungen, die bei der vorbereitenden Agitation freigebig gemacht worden waren, teils zögernd, teils unvollkommen, teils gar nicht erfüllt. Die Fiskalität des Staatsbetriebes erregte anfänglich viel Unwillen bei Beamten und Arbeitern, und erst allmählich begann der Staat sich besser auf seine diesbezüglichen Pflichten zu besinnen.

In das Jahr 1882 fiel die Gründung der Evangelischen Arbeitervereine.

Über Entstehung und Wachstum dieser Vereine gibt Pastor Just-Breslau im „Taschenbuch für evangelische Arbeiter auf das Jahr 1907" eine Darstellung, der wir folgendes entnehmen. In Rheinland-Westfalen bildeten sich in den siebziger Jahren vielfach christlich-soziale Vereine, denen Arbeiter beider Konfessionen beitraten. Aber das konfessionelle Moment führte zu Spaltungen. Aus einem solchen gemischten Verein in Gelsenkirchen traten im Frühjahr 1882 der Bergmann Fischer und einige Freunde aus, besprachen sich mit dem Lehrer Bischof und gründeten einen rein evangelischen Verein, der neben kirchlicher Treue auch soziale Arbeit mit in sein Programm aufnahm. Am 2. Pfingstfeiertag wurde der erste „Evangelische Arbeiterverein" in Gelsenkirchen begründet. Ihm folgten bald andere Vereine nach. In neun Jahren stieg die Zahl der Mitglieder auf 20 000, zunächst fast nur in Rheinland-Westfalen. Aber bald fand das Beispiel auch in anderen Teilen des Reiches Nachahmung, in Sachsen, Bayern, an der Saar, in Breslau, Erfurt usw. So entsprach es nur einem

Bedürfnis, als 1890 Pfarrer Weber, München-Gladbach einen Zusammenschluß anregte. Am 6. August 1890 wurde der „Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands" in Erfurt begründet. Vorsitzender wurde Pastor Werth-Schalke, Schriftführer Pfarrer Weber. Im Mai 1891 wurde das Verbandsorgan, der „Evangelische Arbeiterbote" ins Leben gerufen. Es folgte nun eine Reihe von Jahren ruhiger Entwicklung. Als 1896 der erste Vorsitzende starb, wurde Pfarrer Weber, der schon längere Zeit als die eigentliche Seele dieser Bewegung gegolten hatte, zum ersten Vorsitzenden erwählt.

Pfarrer Weber, dessen Name mit der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung unauflöslich verbunden, ist als Sohn eines Richters 1846 zu Schwelm in Westfalen geboren. Er studierte Theologie und bekam durch Wichern die Richtung auf Innere Mission und die aus dieser Mission hervorwachsenden sozialpolitischen Aufgaben. Nachdem Weber an verschiedenen kleineren Orten pfarramtlich tätig gewesen war, kam er 1881 nach München-Gladbach, von wo aus er eine überaus reiche und gesegnete Tätigkeit entfaltete. Eifrige Arbeit in rein kirchlichen Vereinen ging Hand in Hand mit sozialpolitischer Betätigung; und überall war Weber mit seiner großen Gabe einer feurigen volkstümlichen Beredsamkeit gern gesehener Helfer und Leiter der Vereine. Mit Stöcker eng befreundet, half er erst den Evangelisch-sozialen Kongreß, dann die Kirchlich-soziale Konferenz gründen und beteiligte sich wie an den konfessionellen Arbeitervereinen auch an der Aufrichtung der interkonfessionellen Gewerkschaften. Die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland verdankt ihre Entstehung der Anregung Webers, der zu allen Zeiten seines Wirkens auch eine reiche literarische Tätigkeit entfaltet hat.

Wenn die christliche Arbeiterbewegung zum guten Teil ein Interessenkampf war und ist, so lag und liegt in den rein wirtschaftlichen Bestrebungen die Gefahr, einer materialistischen Einseitigkeit zu verfallen. Es ist nicht zum wenigsten das Verdienst Webers und seiner Gesinnungsvereine, wenn in der großen Bewegung die idealen Gesichtspunkte nicht vergessen wurden, sondern ihre Geltung behalten haben.

IX. 1883. Das Krankenkaſſengeſetz angenommen.

Das Jahr 1883

war ſozialpolitiſch bedeutſam durch die Erledigung des Krankenkaſſengeſetzes. Am 14. Februar ſchloß die Kommiſſion für Krankenverſicherung die 2. Leſung des Geſetzes nach 53 Sitzungen.

Vom 23. bis 31. Mai fand die 3. Leſung des Krankenkaſſengeſetzes im Reichstag ſtatt. Die weſentlichſte Streitfrage war zuletzt die, ob die ländlichen Arbeiter einbezogen werden ſollten, oder nicht. In 2. Leſung waren ſie einbezogen. Jetzt wurden ſie auf Wunſch der Regierung wieder ausgeſchaltet. Das ganze Geſetz wurde dann mit 216 gegen 99 Stimmen angenommen.

Für jeden nichtländlichen Arbeiter ſollte nunmehr die Verſicherung obligatoriſch werden, teils durch beſondere Kaſſen, teils durch Ausgeſtaltung der Gemeindekrankenverſicherung. Während bis dahin ſehr oft eine Krankheit des Ernährers den Grund zum wirtſchaftlichen Verfall der Arbeiterfamilie abgegeben hatte, ward jetzt die Unterſtützung ſo reichlich bemeſſen und für ſo lange in Ausſicht genommen, daß in den Durchſchnittsfällen die Fürſorge als ausreichend erachtet werden konnte.

Für die zunächſt beſchloſſene Einbeziehung auch der ländlichen Arbeiter war die Sorge maßgebend geweſen, daß die Beſſerſtellung allein der Induſtriearbeiter wie eine Prämie auf die Landflucht wirken könnte.

Am 1. Dezember trat das Krankenkaſſengeſetz in Kraft.

Der Widerſtand gegen dieſe Reform war allmählich immer ſchwächer geworden, auch in den liberal-kapitaliſtiſchen Kreiſen. Um ſo mehr lehnte man ſich nun aber hier gegen die Fortſetzung der Sozialreform, ſpeziell gegen das Unfallgeſetz auf, und ſuchte die Pläne der Regierung zu durchkreuzen, indem man ſie dilatoriſch behandelte.

Fürſt Bismarck war aber nicht der Mann, ſich ſolche Taktik gefallen zu laſſen. Am 14. April verlas Miniſter Scholz im Reichstag eine Kaiſerliche Botſchaft, welche die Netze der liberalen Verſchleppungstaktik ſchonungslos zerriß.

„Wir haben Uns", hieß es da, „dieſe Pflicht (der Sozialreform) beſonders gegenwärtig gehalten ſeit dem Erlaß des Sozialiſtengeſetzes und ſchon damals Unſere Überzeugung kundgegeben, daß die Geſetzgebung ſich nicht auf polizeiliche und ſtrafrechtliche

Maßregeln zur Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Minderung des durch Strafgesetze bekämpften Übels Reformen einzuführen, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich und die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind."

Der Kaiser sprach dann seine Anerkennung und Befriedigung aus über die ernste Arbeit, welche der Beratung des Krankenkassengesetzes gewidmet worden, zugleich aber die Sorge, daß die prinzipiell wichtigere Vorlage über die Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert sei, und daß daher auf deren baldige Durchberatung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden könne. Bliebe diese Vorlage aber jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen wegen der Alters- und Invalidenversicherung gebracht werden könnten, völlig schwinden, wenn die Beratungen des Reichshaushaltsetats für 1884/85 die Zeit und Kraft des Reichstages noch während der Wintersession in Anspruch nehmen müßten.

Diese Botschaft verrückte den Liberalen das Konzept ganz und gar. Das heimliche Verschleppen wurde unmöglich. Noch stärker war die momentane Wirkung in den Arbeiterkreisen. Der Sozialdemokrat Frohme kam in eine christlich-soziale Versammlung und sprach unter größtem Beifall in anständiger Weise zugunsten der Regierungspolitik.

Dagegen wurde dem jüdischen Abgeordneten Lasker, der lange Zeit Führer der Nationalliberalen gewesen war, der Boden unter den Füßen zu heiß. Er schnürte sein Bündel und ging nach Amerika. Dort wurde er von einem Redakteur „interviewt": er möge die Gründe angeben, warum er die Pläne der Regierung bekämpfe. Lasker gab Antwort, aber seine Gründe waren so schwach, daß der Interviewer ihm sagte: „Es scheint mir, daß Ihnen mehr daran gelegen ist, daß die Versicherungsgesellschaften gute Geschäfte machen, als daß ein paar Millionen Arbeiter leicht und billig für ihre Hinterbliebenen Unterstützung bekommen."

Nicht besser als Lasker betrug sich der Zentralverband der Industriellen, der im September in Stuttgart tagte. Er erklärte die Unfallversicherung, so wie sie geplant sei, als „überlastend für die Industrie, depravierend für den Arbeiterstand, verderblich für Staat und Gesellschaft."

Dagegen war bei den Konservativen kein nennenswerter Widerstand, sondern durchweg Förderung.

Digitized by Google

Die „Kreuzzeitung“, damals von Hammerſtein gut ſozial redigiert, erklärte es „einfach und ohne Umſchweife“ für eine Lebensfrage der Partei, „mit der Reform aus dem Zuſtande der Stagnation herauszukommen“. Auch der deutſche Landwirtſchaftsrat verhielt ſich im weſentlichen zuſtimmend.

Dieſe Zuſtimmung erſtreckte ſich bei den Konſervativen meiſt auch auf jene anderen Sozialreformen, die nicht zunächſt den Arbeiterſtand, ſondern Handwerk und andere Stände betrafen. Unter dem Beifall der Rechten beſprach Prof. Adolf Wagner die ſehr günſtigen Reſultate der Eiſenbahnverſtaatlichung und forderte die Regierung auf, auf dieſem Wege fortzufahren.

„Ich reſumiere mich dahin“ — ſagte Wagner — „daß wir das Verſicherungs-, Verkehrs-, Bank- und Kreditweſen ſehr wohl verſtaatlichen können, daß aber die verbleibende Privatwirtſchaft auf dem Gebiet des Handels, der Induſtrie und des Ackerbaus reformiert werden muß in dem Sinne, daß an die Stelle der jetzigen Unordnung wieder Zucht und Ordnung geſetzt wird.“ Die Rechte ſpendete dieſen Worten „lebhaftes Bravo“.

Keinen Beifall fanden die Gedanken Wagners bei Windthorſt, der alles „Sozialiſtiſche“ fürchtete, und auf Grund einer ziemlich billigen Konſequenzmacherei widerſprach; wenn man ein Gebiet verſtaatliche, müſſe man alles verſtaatlichen.

Eine weitere Sozialreform war für Preußen die am 3. März vom Abgeordnetenhaus in 3. Leſung genehmigte Beſeitigung der zwei unterſten Klaſſenſteuerſtufen. Der Regierung freilich genügte dieſe Maßregel nicht. So erklärte die am 20. November verleſene Thronrede zum Landtag, die Aufhebung der beiden unterſten Klaſſenſteuerſtufen nur als einen erſten dringlichen Schritt, nicht aber als Abſchluß der Reform anſehen zu können.

Das Handwerk hatte im Jahre 1883 weſentliche Fortſchritte nicht zu verzeichnen. Eine Novelle zur Gewerbeordnung, die den Hauſierhandel etwas beſchränkte, wurde am 2. Juni in 3. Leſung vom Reichstag angenommen, enthielt aber zu wenig durchgreifende Beſtimmungen, um den Wünſchen der Handwerker zu genügen. Am 21. und 22. Mai fand in Hannover ein großer Handwerkertag ſtatt, der entſchieden die obligatoriſche Innung forderte. Am 4. Juni verlangte auch ein Gewerbekammertag in Dresden wiederum Arbeitsbücher für alle Arbeiter über 21 Jahre.

Am 31. Januar lehnte der Reichstag einen Antrag Ackermann auf Verleihung des Rechtes, Lehrlinge zu halten, ausschließlich an Innungsmeister, mit 170 gegen 148 Stimmen ab.

Die Börsensteuer, für welche die Konservativen schon früher eintraten, wurde wiederum von ihnen im Reichstag gefordert. Am 20. Januar ging der Antrag Wedell auf prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte an eine Kommission von 18 Mitgliedern. Diese lehnte am 8. Februar den Register- und Schlußnotenzwang ab, nahm dagegen den Rest mit 11 gegen 9 Stimmen an. Durch diese Verstümmelung wurde die Vorlage dann stark entwertet.

In der Debatte prophezeite der Fortschrittler Schlutow, es würden durch das Gesetz „zahllose Existenzen vernichtet" werden, worauf der Konservative Perrot ihn fragte, wer wohl mehr „Existenzen vernichte", die Börse oder der Antrag Wedell. Der jüdische Redakteur Meyer nannte den Erwerb an der Börse „sauer und rechtschaffen". Ludwig Löwe sprach Perrot den „sittlichen Ernst" ab. Die Regierung erklärte die Sache für „technisch" schwierig. Sie behauptete nicht, selbst die rechte „Technik" zu haben, sondern beschränkte sich darauf, sie bei den Konservativen zu vermissen.

Leider war die Einsicht, daß Börsengesetz und Arbeiterfrage sehr eng zusammenhängen, lange nicht so verbreitet, als sie hätte sein sollen. Und doch ist der Umstand, daß Börsenkrise und Arbeitslosigkeit größeren Umfangs immer zusammenfallen, durchaus geeignet, diese Einsicht zu fördern, zumal wenn man erwägt, daß eine zügellose Börse viel häufigere und verderblichere Krisen zeitigen muß, als eine durch weise Gesetze einigermaßen im Zaum gehaltene Spekulation.

Nach der Seite des Antisemitismus waren die Berliner lokalpolitischen Vorgänge bedeutsam. Am 23. April ließ Bismarck die Stadtverordnetenversammlung wegen Kompetenzüberschreitung auflösen. Die Neuwahlen wurden für den 18. bis 21. Oktober ausgeschrieben. Bei diesen Wahlen war die „Berliner Bewegung" nunmehr so weit erstarkt, daß sie erfolgreich eingreifen konnte. In der 3. Abteilung fielen von 42 Wahlen 22 auf den Fortschritt, 6 auf die Bürgerpartei, 2 auf die Sozialdemokratie. Bei der Stichwahl gewann die Bürgerpartei noch 5, der Fortschritt 3, die Sozialisten 2. Im ganzen errang die konservative Bürgerpartei 12 Sitze. Das war ein Erfolg, der auch die kühnsten

Hoffnungen überstieg, und den drei Jahre zuvor kein Mensch für möglich gehalten hätte.

Zur öffentlichen Stimmung bedeutsam war es auch, daß eine Anzahl Neustettiner Juden vom Schwurgericht in Köslin rechtskräftig verurteilt wurden, weil sie ihre Synagoge in Brand gesteckt hätten, um die Brandstiftung den Antisemiten in die Schuhe zu schieben.

Dagegen brachte das Jahr auch ein trauriges Zeichen für die Macht der „goldenen Internationale", insofern es am 20. November einer Anzahl lärmender Juden und Sozialdemokraten gelang, einen Vortrag Stöckers in London über christliche Sozialreform zu verhindern, niederzuschreien und das Ergebnis ihrer Pöbelhaftigkeit gegen den verhaßten Hofprediger in Berlin zu verwerten. Der unliebsame Vorfall trug Stöcker einen Verweis ein.

In der eigentlichen Antisemitenbewegung rückte leider der Schwerpunkt maßgebenden Einflusses nach links. In Chemnitz fand am 29. April ein zweiter Antisemitenkongreß statt, der die Thesen des Vorjahrs in demokratischem und unchristlichem Sinne zu verschieben bemüht war.

Die Sozialdemokraten hielten vom 30. März bis 1. April ihren Kongreß in Kopenhagen ab und bestärkten sich gegenseitig in ihrer Alles-oder-nichts-Politik. Im übrigen legten sie es sofort darauf ab, die Reformgesetze, die sie bekämpften, wenn sie dennoch rechtskräftig geworden, parteipolitisch auszunutzen. Schon im August hielt Vollmar eine Rede in München, wie die Sozialdemokratie es machen müsse, um politisches Kapital aus dem Krankenkassengesetz zu schlagen. Leider ist ja diese Taktik den Aufrührern nur zu wohl geglückt, so daß das Krankenkassengesetz aus einer Wohlfahrtseinrichtung, als die es gedacht war, zu einem Instrument der Agitation gegen Staat und Gesellschaft wurde, und neben dem beabsichtigten Nutzen auch innerlich viel Schaden anrichtete.

Am 23. Februar fand in Halle a. S. eine Konferenz unter Vorsitz des Pastors v. Bodelschwingh statt, deren Absehen es war, Arbeiterkolonien zu gründen. In den Zeiten der Krise und Arbeitslosigkeit, in denen der Wanderbettel überhandgenommen hatte, war es Pastor von Bodelschwingh durchs Herz gegangen, daß nicht nur Arbeitsscheue, sondern auch Arbeitswillige, besonders Jugendliche, der Bettelei, dem Schmutz, dem Trunk und dem ungeregelten Leben verfielen. Um denjenigen, die sich noch

helfen lassen wollten, die Hand zu bieten, hatte Bodelschwingh in Westfalen eine Kolonie — Wilhelmsdorf — begründet, in der die Arbeitslosen gesammelt, beschäftigt, geistlich versorgt und nach Möglichkeit in geordnete Verhältnisse zurückgeführt wurden. Der Versuch war gelungen, das Wilhelmsdorfer System hatte sich bewährt. Und Bodelschwingh versuchte nun, diese seine Fürsorge für den „fünften Stand" über ganz Deutschland auszubreiten. Der Weg wurde als gangbar anerkannt, und es entstanden hin und her im Reiche eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeiterkolonien. Doch gelang es leider nicht, die Pläne Bodelschwinghs nach systematischer Ausbreitung über das ganze Reich, lückenlos durchzuführen.

Ungünstig verlief ein Versuch, dem Volk eine bessere Sonntagsfeier zu schaffen, den der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr v. Wolff, unternahm. Am 13. Februar erließ er eine ziemlich weitgehende Verordnung zum Schutz des Sonntags. Kapitalistische und kirchenfeindliche Kreise erhoben lärmenden Widerspruch, besonders in der liberalen Presse. Man führte Gerichtsverhandlungen herbei, und ein Schöffengericht erklärte sie für ungesetzlich. Am 8. August mußte die Verordnung von der Regierung außer Kraft gesetzt werden. Ein vorzeitiger Versuch, dem Volk seinen Sonntag zu geben, hatte resultatlos geendet.

Am 3. Juli starb ein tapferer Vorkämpfer für christliche Sozialreform, der konservative Abg. Professor Arnold-Marburg. Noch am 30. Januar hatte er im Kampf für den Sonntag unverzagt seinen Mann gestanden.

Am 15. März starb Karl Marx, der geistvolle Theoretiker des Sozialismus. Marx hat in seinem großen Werke „Das Kapital" den modernen kapitalistischen Produktionsprozeß in einer Weise beschrieben, die Bewunderung fordert. Mit dem kritischen Verstande der Semiten und ihrem angeborenen Instinkt für das Wirtschaftsleben war er, wie kein anderer vor ihm, tief in die Nuancen und Feinheiten dieses Prozesses eingedrungen und hat ihn so, wie er ihn auffaßte, mit großem dialektischen Geschick dargestellt. Was ihm aber, wie allen seinen Stammesgenossen, abging, war historischer Sinn und Verständnis für das positive, bauende Moment in der Staatskunst.

Eine eingehende Würdigung des Mannes, von dem die Sozialdemokratie ihre ganze Dogmatik bezogen hat, liegt nicht im Plan dieses Buches. Immerhin verdient hervorgehoben zu

werden, daß Marx nicht nur der Träger bestimmter sozialpolitischer und wirtschaftlicher Ideen war, sondern daß er auch eine dem Christentum feindliche Weltanschauung — die materialistische — verkörpert. Kommt nun hinzu, daß auch in seinem sozialwirtschaftlichen System große Irrtümer sich finden, wie die durch alle Tatsachen als falsch erwiesene Verelendungstheorie, wie die Behauptung vom Untergang des Handwerks, wo es doch heute noch Handwerke gibt, die nicht ab-, sondern zunehmen, wie die Gleichsetzung von Industrie und Landwirtschaft im Hinblick auf den kapitalistischen Akkumulierungsprozeß, wo doch die Entwicklung beider Gewerbe eine ganz entgegengesetzte ist — faßt man dies alles zusammen mit der Weigerung der Marxisten, den Staat der gemeinsamen Produktionsmittel und die Wege, die zu ihm hinführen, genau zu beschreiben, so ergibt sich leicht, daß zwischen den christlichen Sozialreformern und den marxistischen Sozialdemokraten nicht die geringste Gemeinsamkeit besteht. Der christliche Sozialreformer sucht für die moderne Produktion in schonendem Anschluß an das Bestehende ein neues modernes Arbeitsrecht zu finden. Die Sozialdemokratie hat eine durch Tatsachen als falsch und unhaltbar erwiesene Theorie zum unfehlbaren Dogma erhoben, und bemüht sich, selbst mit verwerflichen Mitteln, politische Gewalt zu erlangen, um einen Zukunftsstaat aufzurichten, über dessen Beschaffenheit sie die Auskunft verweigert. Trotz der Standesgemeinschaft kann zwischen dem christlichen und dem sozialdemokratischen Arbeiter grundsätzlich kein anderes Verhältnis bestehen als der Kampf. Einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

X. 1884. Das Unfallgesetz verabschiedet. Besseres Sonntagsrecht.

Das Jahr 1884

war für die Sozialreform ein sehr bedeutsames, insofern das Unfallversicherungsgesetz verabschiedet wurde, das Krankenkassengesetz in Kraft trat, wesentliche Verbesserungen der Sonntagsfeier erzielt und andere Reformen, wie der amtliche Arbeitsnachweis, in Aussicht genommen worden.

Digitized by Google

Am 4. Januar ging das von Preußen ausgearbeitete neue Unfallversicherungsgesetz den Bundesregierungen zu. Auf den Reichszuschuß wurde verzichtet, das Reichsversicherungsamt vorgesehen, und Arbeiterausschüsse gefordert. Am 1. März genehmigte der Bundesrat das Gesetz. Am 6. März wurde der Reichstag wieder eröffnet. Das Parteiverhältnis hatte sich etwas verschoben, da die Sezessionisten und Fortschrittler sich zu der „Deutschen Freisinnigen Partei" vereinigt hatten. In ihrem Programm forderten sie negativ „keine Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrslebens", positiv: „Bekämpfung des Staatssozialismus".

Wenige Tage später kamen denn auch bereits Fürst Bismarck und der jüdische Abg. Bamberger über die Sozialpolitik hart aneinander. Bamberger erklärte die Unfallversicherung für eine „sozialistische Schrulle", worauf Bismarck entgegnete, daß dann unser ganzes Staatswesen eine solche sei. Hand in Hand mit dem Freisinn ging auch jetzt, wie früher schon, der Zentralverband der Industriellen. Während die Steuer- und Wirtschaftsreformer im Februar Ausdehnung des Krankenkassengesetzes auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter forderten, sprach sich gleichzeitig der Zentralverband scharf und drohend gegen das Unfallversicherungsgesetz aus — freilich ohne nennenswerten Eindruck damit zu erzielen.

Am 14. und 15. März fand die 1. Lesung des Unfallgesetzes im Reichstag statt, die mit Verweisung an eine Kommission von 25 Mitgliedern endete. Bismarck redete einleitend den gegnerischen Liberalen tüchtig ins Gewissen: „Die fortdauernde Negation seitens des Reichstags die wir seit Jahren beobachten, verschleppt alles, und wir kommen zu keinem Anfang. Möge der Reichstag bessere Vorschläge machen an Stelle der abgelehnten. — — Wir wollen vom Standpunkt des praktischen Christentums aus den Armen helfen und uns nicht, wie etwa Frankreich, so fern vom Sozialismus halten, daß wir jedem das Grundrecht lassen, zu verhungern. — — Es gibt ein soziales Vakuum, welches ein gesunder Staatssozialismus ausfüllen muß. Andernfalls bemächtigt sich die sozialdemokratische Agitation dieses Vakuums, erregt Unzufriedenheit und Klassenhaß."

Die feste und kluge Haltung des Reichskanzlers machte die Sozialreform so populär, daß sie die Nationalliberalen zu einer Schwenkung zwang. Die meisten krümmten und wanden sich,

aber der Abg. Miquel, einer der wenigen, die ſoziales Verſtändnis hatten, drängte ſie doch dahin, zu vertreten, was ſie lange bekämpft hatten; ſie ſahen, daß es kommen würde, wenn nicht mit ihnen, dann ohne ſie. Miquel erklärte in einer nationalliberalen Parteiverſammlung: „Die Definition des Liberalismus, welche in der Verminderung der Aufgaben des Staates, in der ausſchließlichen Verweiſung des einzelnen auf die Selbſthilfe, in der Verwerfung aller wirtſchaftlichen und ſozialen öffentlich-rechtlichen Organiſation den Freiſinn erblickt, welcher in wirtſchaftlichen Dingen den Staat nichts tun laſſen will, weil er nicht alles tun kann — dieſe Art von Liberalismus erkennen wir nicht an.“

Am 21. Mai fand die 2. Leſung des Unfallgeſetzes in der Kommiſſion ſtatt. Eine im weſentlichen konſervativ-klerikale Mehrheit ſtimmte der Regierungsvorlage ziemlich unverändert zu.

Am 21. Juni nahm der Reichstag nach fünftägiger Debatte das Unfallgeſetz mit großer Mehrheit in 2. Leſung an. Kein Reichszuſchuß, keine Arbeiterausſchüſſe, aber 13 Wochen Karenz und Umlageverfahren.

Am 27. Juni beſtätigte man in 3. Leſung die Beſchlüſſe der zweiten.

Der Bundesrat begann ſehr bald die weitere Ausgeſtaltung des Geſetzes. Am 23. Oktober wurde eine Vorlage Preußens, betr. Ausdehnung des Unfallverſicherungsgeſetzes auf die Transportgewerbe und auf die land- und forſtwirtſchaftlichen Arbeiter in Angriff genommen und am 11. und 19. Dezember mit einigen Veränderungen genehmigt.

Im Spätſommer und Herbſt gab es eine äußerſt leidenſchaftliche Wahlbewegung für die Neuwahlen zum Reichstag. Leider gehörte dabei die offiziöſe Preſſe zu denen, die den meiſten Wirrwarr anrichteten. Das Ergebnis des Kampfes war ein ſtarker Rückgang der Liberalen. Aber Konſervative und Zentrum bildeten eine Mehrheit für Sozialreform.

In Berlin war die chriſtlich-ſoziale Bewegung ſo erſtarkt, daß ſie nahe an den Erfolg heranrückte. Es ergab ſich dabei das merkwürdige Stimmungsſymptom, daß, obwohl Freiſinnige und Juden, ganz beſonders die reichen aus dem Tiergartenviertel, die Vorkämpfer der Rechten, den Hofprediger Stöcker und Profeſſor Adolf Wagner, mit wildem Haß verfolgten, trotzdem die Stimmenzahl des jüdiſchen Kandidaten Ludwig Löwe ſtark herabging. Andererſeits ergab ſich die Tatſache, daß bei der

Stichwahl in Berlin ſich die Sozialdemokraten den Konſervativen näherten. Ja, ſie hatten anfänglich den Entſchluß gefaßt, nicht für Virchow, ſondern für Stöcker zu ſtimmen, wenigſtens die Arbeiter, ſolange ſie unbeeinflußt waren. Erſt auf Ordre von Liebknecht, der natürlich vom jüdiſch orientierten Freiſinn beſtürmt worden war, ſind dann viele „umgefallen“. 3000 hatten trotzdem dem Kommando nicht gehorcht, ſondern für Stöcker geſtimmt.

Am 20. November wurde der neugewählte Reichstag durch den Kaiſer eröffnet. Die Thronrede ſtellte in Ausſicht die Ausdehnung der Unfallverſicherung auf Landwirtſchaft und Transportweſen und ein Poſtſparkaſſengeſetz. „Es gereicht mir zur beſonderen Genugtuung, daß die Wünſche, welche in der Botſchaft vom 17. November 1881 kundgegeben waren, ſeitdem auf dem Wege zu ihrer Erfüllung weſentliche Fortſchritte gemacht haben. Ich entnehme daraus am Abend meines Lebens die Zuverſicht, daß der ſtufenweiſe Ausbau der begonnenen Reform ſchließlich gelingen und für den inneren Frieden im Reiche die Bürgſchaft herſtellen werde, welche nach menſchlicher Unvollkommenheit erreichbar iſt.“

Mit dem 1. Dezember trat das Krankenkaſſengeſetz in vollem Umfange in Kraft.

Die konſervative Monatsſchrift ſchrieb damals, das Paradies auf Erden werde nicht anbrechen, aber „es kann im ganzen gerühmt werden, daß das, was wichtiger iſt, als der eine oder andere Paragraph, daß auch der Umſchwung der Denkweiſe ſich in weiten Kreiſen des Volkes fortdauernd zu unſeren Gunſten vollzogen hat und vollzieht, daß alſo in dieſem Strom der öffentlichen Meinung eine, wenn nicht Gewähr, doch Ausſicht liegt, es werden dem erſten Schritt auch der zweite und die weiteren folgen.“

Trotz des rüſtigen Fortſchreitens der Sozialreform mußte die Umſturzpartei feſt in Schranken gehalten werden. Vom 8. bis 10. Mai nahm der Reichstag die 2. Leſung der Vorlage, betr. Verlängerung des Sozialiſtengeſetzes auf 2 Jahre vor. Das Geſetz wurde mit 189 gegen 157 Stimmen angenommen. Bei der Beratung ward bekannt, daß der Anarchiſt Reinsdorff den Verſuch gemacht hatte, die Feſtverſammlung bei Einweihung des Niederwalddenkmals — der Kaiſer und viele Fürſten waren zugegen — in die Luft zu ſprengen. Der Verſuch iſt nur des naſſen Wetters wegen mißlungen, da die Zündſchnur feucht wurde.

Vom 15. bis 22. Dezember wurde dieſer Niederwaldprozeß vor dem Reichsgericht verhandelt, und Reinsdorff mit zwei Genoſſen zum Tode verurteilt.

Am 24. November ging dem Reichstag ein Rechenſchaftsbericht über das Sozialiſtengeſetz und den kleinen Belagerungszuſtand zu. Darin heißt es: „Nach den bei der letzten Wahlbewegung gemachten Erfahrungen iſt zwar unverkennbar eine mehr gemäßigte Haltung der ſozialdemokratiſchen Partei in Berlin zutage getreten“ — doch wird dieſe Mäßigung lediglich auf „taktiſche Erwägungen“ zurückgeführt. Gleichwohl begann die Regierung, die Zügel des Sozialiſtengeſetzes von jetzt an etwas nachzulaſſen. Verſammlungen und Zeitungen wurden wieder geduldet. Die Sozialdemokraten machten in der Tat einen Augenblick Miene, verſtändiger zu werden. Die Fraktion ſetzte einen Ausſchuß nieder, der ein Arbeiterſchutzgeſetz ausarbeiten ſollte. Das Geſetz wurde auch entworfen, war aber nur ein undurchführbares Paradeſtück geworden, mit dem man beweiſen wollte, daß man auch zu poſitiver Arbeit fähig ſei. Von Dauer war die „poſitive“ Stimmung nicht. Der böſe Geiſt der reinen Verneinung gewann ſchnell wieder die Oberhand.

Dem Reichstage ſpielte die Sozialdemokratie einen böſen Streich. Die Eiſenbahnfreikarten der Reichstagsabgeordneten mußten von der Regierung weſentlich beſchränkt werden, weil die Sozialdemokraten ungeheuerlichen Mißbrauch für Agitationszwecke damit getrieben hatten. Die Partei, die das Wort Freiheit am häufigſten im Munde führte, zeigte ſich auch auf dieſem verhältnismäßig unbedeutenden Gebiet völlig unfähig, von den beſtehenden freiheitlichen Einrichtungen einen würdigen und anſtändigen Gebrauch zu machen. Nicht allen Arbeitern fehlte dies Gefühl für politiſche Würde. So trat der Abg. Rittinghauſen aus der ſozialdemokratiſchen Partei aus, ſtimmte auch für ein Dynamitgeſetz, damit bezeugend, daß er mit Mordbrennerei nichts zu ſchaffen haben wollte. Aber Anläufe dieſer Art zum Beſſeren blieben ſtets vereinzelt.

Neben den Reformen großen Stils gingen auch in dieſem Jahre wertvolle ſozialpolitiſche Maßregeln für Einzelgebiete des öffentlichen Lebens nebenher. Am 31. Januar veröffentlichte der Staatsanzeiger eine neue Feſtſetzung der Dienſtſtunden für die Poſt in Berlin an Sonn- und Feſttagen. Es wurde beſtimmt, daß der Dienſt von 9 bis 5 Uhr gänzlich ruhen ſollte.

Am 7. Februar 1884 nahm das Abgeordnetenhaus einen Antrag Stöcker an, daß der Unterricht der Fortbildungsschulen während des Gottesdienstes am Sonntag ausfallen sollte.

Auch für den „fünften Stand" wurde weiter gearbeitet. Pastor von Bodelschwingh gab sein Referat auf dem vorjährigen Kongreß der christlichen Herbergsvorstände als Broschüre heraus: „Vorschläge zur Vereinigung der Arbeiterkolonien und zur einheitlichen Organisation der Naturalverpflegungsstationen im Deutschen Reiche". (Bielefeld, Bethel.)

Am 18. März genehmigte der Bundesrat eine Resolution des Reichstags betr. die Sonntagsruhe für Postbeamten mit einigen Einschränkungen.

Zwei gute und nützliche Absichten der Regierung wurden leider vereitelt, oder blieben doch ohne Folgen. Am 11. Dezember genehmigte der Bundesrat eine Postsparkassenvorlage, von der aber der Reichstag mit Rücksicht auf die schon bestehenden Sparkassen nichts wissen wollte.

Am 31. Oktober richtete der preußische Handelsminister Fürst Bismarck eine Anfrage an das Direktorium des Zentralverbandes der Industriellen, was er über die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweisämter denke.

Leider ist diese wichtige Anregung des Fürsten Bismarck bis heute noch resultatlos geblieben, oder hat doch nur fakultativ in einzelnen Gemeinden Verwirklichung gefunden, während gerade ein amtlicher unparteiischer Arbeitsnachweis über ganz Deutschland dem Arbeiterstand die wertvollsten Dienste leisten könnte.

Fürst Bismarck ließ sich übrigens durch Mißerfolge nicht abschrecken, sondern wies nunmehr auch sehr deutlich auf die Altersversorgung der Arbeiter hin. Bei der Beratung des Sozialistengesetzes nahm er fünfmal das Wort und sagte u. a. folgendes: „Ich will mich dahin resumieren: geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie das tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort ‚Altersversorgung' ausspricht; wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, und daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird." Diesem Programm folgte die

Anklage, daß die Parlamente alle Sozialreform verschleppen und damit das Mißtrauen der Arbeiter in ihren guten Willen nähren, statt zu beweisen, „daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist." — „Ich glaube, daß sie bei der Regierung nicht an dem Ernst zweifeln, aber in betreff der gesetzgebenden Körperschaften ist bisher die Überzeugung, daß es den Herren ernst darum zu tun wäre, etwas für die Arbeiter zu schaffen, noch nicht sehr durchgedrungen. Die Arbeiten gehen langsam."

XI. 1885. Das Unfallrecht in Kraft. Arbeiterschutz.

Das Jahr 1885

bezeichnet sozialpolitisch einen starken Fortschritt.

Am 1. Oktober trat das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 in Kraft. Im Reichstag aber, und außerhalb desselben, wurden neue Reformen in Angriff genommen, ganz besonders die Arbeiterschutzgesetze.

Bei seinem Wiederzusammentritt im Januar gingen dem Reichstag Gesetzentwürfe zu betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die im Transportgewerbe beschäftigten Personen (mit Ausnahme der staatlichen Verkehrsanstalten) und auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

In der Begründung wird die Zahl der unter das Unfallgesetz vom 6. Juni 1884 fallenden Personen auf 2 776 891 in 156 529 Betrieben, die Zahl der über den Gesetzentwurf wegen Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf das Transportgewerbe fallenden auf 800 000, der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter auf 6 978 579 Personen berechnet, so daß nach Annahme der Gesetze im ganzen $10^1/_2$ Millionen Arbeiter gegen Betriebsunfälle versichert sein würden.

Für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sollte nur das Unfallgesetz, nicht das Krankengesetz gelten.

Der Reichstag trat alsbald in die Beratung der Materie ein. Schon am 31. Januar wurden die Ergänzungsgesetze zum Unfall- und Krankengesetz einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Am 16. Januar überwies der Reichstag ein vom Zentrum (Hertling und Genossen) beantragtes Arbeiterschutzgesetz (Verbot der Sonntagsarbeit, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Regelung der Maximalarbeitszeit) und drei verwandte Anträge an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Fürst Bismarck sprach lebhaft gegen den Normalarbeitstag, der auch einen Normalarbeitslohn bedinge und nur international zu verwirklichen sei. Bei allen internationalen Abmachungen werde aber stets Deutschland dadurch im Nachteil sein, daß bei uns die Gesetze strikt gehandhabt würden, während sie im Ausland meistens oder doch oft umgangen würden. Bei den Schweizer Fabrikgesetzen sei das bekanntermaßen der Fall. Diese theoretisch sehr schönen und edlen Gesetze hätten daher geringe praktische Bedeutung.

Ein beachtenswertes Zeichen der Zeit war es, daß plötzlich auch die Sozialdemokraten begannen, sich in verhältnismäßig vernünftiger Weise an der politischen Arbeit zu beteiligen. Am 30. Januar brachte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag den umfangreichen Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes ein, der den 10stündigen Normalarbeitstag, und im allgemeinen Verbot der Nacht- und Kinderarbeit forderte. Der Entwurf enthielt neben durchaus berechtigten Forderungen einzelne Übertreibungen, stellte sich aber auf den Boden des Gegenwartsstaats; er war ganz offenbar ein „Angstprodukt" der Umsturzpartei, die sich von den bürgerlichen Parteien nicht allen Wind aus den Segeln nehmen lassen wollte.

Am 11. März wurde der Entwurf beraten; er ging an dieselbe Kommission, die für den Antrag Hertling eingesetzt war.

Aus den zahlreichen Arbeiterschutz-Anträgen griff nun die dafür eingesetzte Kommission zunächst die Sonntagsfrage heraus. Am 9. Mai fand eine lebhafte Sonntagsdebatte statt. Die Arbeiterschutz-Kommission beantragte: „Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Feiertagen nicht verpflichten. Sie dürfen dieselben an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigen in Fabriken, Werkstätten und bei Bauten."

Bismarck sprach fünfmal gegen den Antrag; der Entwurf sei unannehmbar; er vertrat die rein materialistische Auffassung, daß der Sonntag 14% des Wochenlohnes bedeute. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie gern auf diese 14% verzichten wollten. Doch schien die Sache resultatlos zu enden, zumal auch

der Postminister Stephan, ein Mann von unsozialer Gesinnung, zu den Gegnern gehörte. Am 16. Juni ergab sich aber, daß die Reichstagsdebatte über den Sonntag doch nicht erfolglos gewesen war. Fürst Bismarck teilte in einem öffentlichen Briefe mit, daß er eine Enquete angeordnet habe, „zur Ermittlung derjenigen Betriebe, in denen Sonntagsarbeit stattfindet, und zur Entgegennahme der Ansichten der beteiligten Arbeiter und Unternehmer". Diese Enquete wurde freilich ziemlich parteiisch durchgeführt. Die Fragebogen waren ganz manchesterlich. Man tat, als ob die Sonntagsarbeit herrsche, während sie tatsächlich verboten war. Aber am letzten Ende bedeutete sie doch einen Schritt vorwärts. Charakteristisch war, daß auch über die evangelische Generalsynode eine volle Schale des Zornes von den Bismarck-Offiziösen ausgeschüttet wurde, weil sie mit Wärme für die Bestrebungen zur besseren Feier des Sonntags eingetreten war.

Am 19. November wurde der Reichstag zu seiner Wintertagung wieder eröffnet. Die Thronrede kündete an eine Wiedervorlegung des Gesetzes betr. Ausdehnung der Unfallversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, und Ausdehnung der Unfallfürsorge auf Beamte und Soldaten. Das Gesetz war gegen früher wenig verändert.

Am 21. November verwies der Reichstag diese Vorlage an eine Kommission. Und am 4. Dezember hatten zahlreiche Arbeiterschutz-Anträge dasselbe Schicksal.

Bezeichnend für den Fortgang der Sozialreform war es, daß der Zentralverband der Industriellen fortdauernd protestierte. Am 25. Januar nahm der Verband in Sachen des Arbeiterschutzes eine sehr verärgerte Resolution an, daß „unaufhörlich gesetzgeberische Versuche ohne genügende Vorbereitung im Reichstag gemacht werden". Jede „generelle Begrenzung der Arbeitszeit erwachsener männlicher Personen" sei zu verwerfen. Und am 5. und 6. Oktober tagte wiederum der Zentralverband der Industriellen und behandelte diesmal die Sonntagsfrage. Arbeit an Sonn- und Festtagen, „welche lediglich dem Zweck einer Vermehrung der regelmäßigen Produktion dient", wollte man nicht getan wissen, wohl aber „Revision, Reinigung und Instandhaltung der Maschinen und Fabrikräume" und Vornahme der nötigen Reparaturen — also Arbeiten, die für viele die Aufhebung der Sonntagsruhe bedeuteten.

Neben den großen Fragen direkter Sozialreform kamen auch in diesem Jahre wieder Gesetze zur Erörterung, die, im Grunde wirtschaftlich, doch erhebliche soziale Bedeutung hatten: die Börsensteuer und ein Gesetz über Postsparkassen. Am 21. Januar überwies der Reichstag zwei Börsensteuer-Entwürfe (Wedell-Malchow und Oechelhäuser) an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Am 23. April erklärte sich der Ausschuß des Staatsrats mit 20 gegen 10 Stimmen für die prozentuale Börsensteuer. Am 6. Mai nahm der Reichstag diese Steuer an, auch den Schlußnotenzwang; am 8. Mai in dritter Lesung mit 241 gegen 41 Stimmen. Am 21. Mai nahm der Bundesrat das Börsensteuergesetz in der Fassung des Reichstags mit allen gegen die Stimme Bremens an. Damit war eine Steuer geschaffen, die ohne Zweifel die Wirkung hatte, nur leistungsfähige Zahler zu treffen.

Weniger glücklich erging es dem Postsparkassengesetz, das am 22. Januar an eine Kommission verwiesen wurde. Es wurde leider abgelehnt im Interesse der bestehenden Sparkassen.

Das Handwerk setzte seine Bemühungen um die Gunst der Gesetzgebung fort. Am 15. und 16. Juni wiederholte ein großer Innungstag in Berlin die Forderungen des Handwerks. Bekanntermaßen vergeblich.

Die sozialpolitische Literatur zeitigte in diesem Jahre zwei vielgelesene und bedeutsame Schriften: Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie. Drei Briefe an einen Staatsmann zur Ergänzung der „Quintessenz des Sozialismus". Von Dr. Albert E. Fr. Schäffle, k. k. österr. Minister a. D. (Tübingen, Laupp.) Und als Gegenschrift: Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle. Drei Briefe an einen Volksmann als Antwort auf „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie". Von Hermann Bahr. (Zürich, Verlagsmagazin.)

Die Schrift Schäffles ist eine vernichtende Kritik aller zukunftsstaatlichen Utopien, die durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu erreichen wären.

Die christlich-soziale Partei, speziell in der Reichshauptstadt die „Berliner Bewegung", machten den Parteien der Linken die Volksgunst immer schärfer streitig. Ganz besonders gelang dies durch die volkstümliche Beredsamkeit des Hofpredigers Stöcker, dessen Anhang immer stärker wurde. Freilich wurde als Gegenwirkung auch die Erbitterung der Gegner, die sich

Zug um Zug aus ihren Positionen gedrängt sahen, stärker, und sie wurden in der Wahl ihrer Mittel, den Gegner zu bekämpfen, immer weniger wählerisch.

Zu diesen Mitteln gehörten einige Prozesse, die von freisinnig-jüdischer Seite hervorgerufen wurden. Einmal wurde Stöcker gröblich beleidigt und als Lügner bezeichnet, und als er klagte, der Beweis der Wahrheit damit angetreten, daß Stöcker in einem bestimmten Falle seine Unterschrift verleugnet habe. Tatsächlich hatte Stöcker seine Unterschrift unter eine Petition erst gegeben gehabt, dann auf Bitten seiner Freunde zurückgezogen, und nach der Zurückziehung mit Recht in Abrede genommen, daß die Petition seine Unterschrift trage. In einem anderen Prozeß, einem Streit der Freisinnigen und Sozialdemokraten, war Stöcker als Zeuge geladen, um zu bekunden, ob er mit dem Sozialdemokraten Ewald Verhandlungen gepflogen habe. Stöcker nahm die Verhandlungen in Abrede, die auch niemals stattgefunden hatten, fügte aber ungefragt dem Zeugnis hinzu, daß er Ewald nicht kenne. Tatsächlich hatte er aber mehrere Jahre vorher einmal ein paar längst vergessene Worte mit Ewald gewechselt, worüber dann die Gegner einen ungeheuren Lärm wegen angeblichen Meineids erhoben. Das Bezeichnendste und Traurigste an diesen Prozessen, durch welche Stöcker in keiner Weise belastet wurde, war der Umstand, daß selbst die Gerichte ganz und gar unter dem Eindruck des jüdischen Zeitungslärms ihres Amtes walteten. Der Landgerichtsdirektor Lüty, der die Verhandlung leitete, nannte nicht einmal, sondern mehrmals Stöcker den „Angeklagten", während Stöcker gar nicht Angeklagter, sondern Zeuge war. Nur die Zeitungen hatten ihn auf die Anklagebank gesetzt, und auch das Gericht war dieser Suggestion erlegen. — Der Reichsgerichtsrat Bähr hat später das Erkenntnis in diesem Prozeß einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Am letzten Ende wurde Stöckers Stellung durch diese Prozesse mehr befestigt, als erschüttert. Kaiser Wilhelm I. prüfte die Sache an der Hand der Akten und unternahm nichts. Geistliche und Laien der Rechten sprachen aber Stöcker zu Tausenden ihre Sympathie aus. Professor Adolf Wagner äußerte am 26. Juni in öffentlicher Versammlung folgendes: „Vielleicht könnte Stöcker manchmal etwas weniger heftig sein. Aber die reservierten Leisetreter haben zumeist auch keine Tatkraft. Wer

nie einen Fehler macht, der wird auch nicht den zehnten Teil von dem leiſten, was Stöcker geleiſtet hat. Es kommt dazu: wie iſt Stöcker ſeit Jahren von den Gegnern behandelt, gereizt worden, er und andere, ſo auch ich. Und dann wundert man ſich darüber, wenn einmal ein heftiges Wort fällt ... Stöcker iſt in der Tat gehetzt worden, wie ein Wild. Einige Irrtümer, Verſehen, Gedächtnisfehler ſind ihm nachgewieſen worden. Aber nichts Ehrenrühriges, nichts ſeinen Charakter Schädigendes. Stöcker ſteht vor uns allen ſo ehrenwert da wie jemals. Wir wollen zu Stöcker halten jetzt noch mehr als früher."

Von den zahlreichen Erklärungen zugunſten Stöckers ſchloſſen ſich die Offiziöſen leider aus. Im September brachte die Norddeutſche Allgemeine Zeitung einen ſcharfen Artikel gegen die Chriſtlich-Sozialen. Das Chriſtliche gehöre in die Innere Miſſion, der Antiſemitismus ſei ausſichtslos. Für den Umſtand, daß die Chriſtlich-Sozialen die einzigen waren, welche jemals der Sozialdemokratie Abbruch getan, hatte man in den leitenden Kreiſen kein Verſtändnis.

Tatſächlich gab es damals eine ſtarke Richtung in der Sozialdemokratie, die patriotiſch werden wollte; ihr Führer war Frohme. Dieſer erklärte öffentlich, daß nach ſeiner Auffaſſung ohne aufrichtige Vaterlandsliebe ein geſundes Streben nach Beſſerung der Lebenslage der arbeitenden Klaſſen nicht wohl zu denken ſei. Natürlich beehrten ihn Bebel und Genoſſen mit intenſivem Haß. Frohme aber wehrte ſich ſeiner Haut, und zog in einer Polemik gelegentlich die Tatſache ans Licht, daß Bebel, der am Anfang ſeiner politiſchen Laufbahn in finanziell zerrütteten Verhältniſſen lebte, den jüdiſch-freiſinnigen Abgeordneten Sonnemann um ein Darlehn gebeten, ein ſolches auch bekommen und angenommen habe. Bebel gab dies Geſchäft, das er mit dem Mitgliede einer anderen Partei geſchloſſen hatte, zu und ſuchte es als harmloſe kaufmänniſche Sache hinzuſtellen, allerdings ohne viel Glauben für ſeine Beſchönigung zu finden. Die Möglichkeit, ſich des Judentums in der Sozialdemokratie zu erwehren, hatte Bebel mit ſeinem Darlehn verwirkt. Qui prend, se vend!

Anfang April entſtand noch eine andere innere Fehde in der Umſturzpartei, eine ſcharfe Polemik zwiſchen der Reichstagsfraktion als ſolcher und ihrem in Zürich erſcheinenden Organ. Dieſes Blatt hatte heftig gerügt, daß einige Mitglieder der

Fraktion für Unterstützung der Postdampferlinien gestimmt hatten. Die Fraktion erklärte nun sehr energisch, nicht das Blatt mache die Politik, sondern es habe nur die Politik zu vertreten, die von der Fraktion gemacht werde. Der Hader an sich schien unbedeutend. Aber es war typisch, daß in jedem Jahr ein oder einige Anläufe zur Selbständigkeit und Freiheit des Urteils abgeschlagen werden mußten.

Neben den zur Verständigung neigenden Elementen der Umsturzpartei ging andrerseits ein anarchistischer Flügel fortdauernd nebenher. Zwei Hinrichtungen bezeichnen in diesem Jahre den Kampf der Staatsgewalt gegen die Revolutionäre. Am 7. Februar wurden die Niederwald-Attentäter Reinsdorff und Küchler hingerichtet, ein dritter Teilnehmer begnadigt. Ebenfalls hingerichtet wurde in Frankfurt a. M. der Mörder des Polizeirats Rumpf, namens Lieske. In Frankfurt hatte sich eine ganz besonders bösartige Gruppe von Sozialdemokraten zusammengefunden, die auch vor Gewalt nicht zurückschreckte. Am 22. Juli kam es bei einer sozialdemokratischen Beerdigung zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Umstürzlern.

XII. 1886. Fortbildung des Arbeiterrechts. Gewerbegerichte.

Das Jahr 1886

brachte im Hinblick auf Verabschiedung nennenswerter Sozialgesetze nur geringen Ertrag. Der einzige Fortschritt dieser Art war der, daß der Reichstag am 9. April den Gesetzentwurf betr. die Unfall- und Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in dritter Lesung annahm, derart, daß nun alle Arbeiter und Betriebsbeamten, deren Gehalt 2000 Mk. nicht übersteigt, dem Gesetz unterliegen sollten.

Weiter kam es zu einer wichtigen Resolution des Reichstags in Sachen der Gewerbegerichte. Am 15., 17. und 24. März fand die zweite Beratung eines Antrags Auer statt, betreffend Änderung der Gewerbeordnung. Die von Auer geforderte Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und von Arbeitsämtern und Arbeitskammern wurde abgelehnt, dagegen eine Resolution beschlossen, der Reichskanzler möge die Aufsichtsbezirke der Fabrikinspektoren

verkleinern, wo dies zur vollkommenen Erreichung des Aufsichtszweckes nötig sei.

Desgleichen wurde ein Antrag Auer betr. Gewerbegerichte abgelehnt, dagegen beschlossen, den Reichskanzler um ein Gesetz betr. obligatorische Gewerbegerichte zu ersuchen, mit der Maßgabe, „daß die Beisitzer derselben zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und von den Arbeitern in getrennten Wahlkörpern und in unmittelbarer gleicher und geheimer Abstimmung gewählt werden".

Am 19. Februar forderte die Regierung Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie auf 5 Jahre. — In den Motiven hieß es: „Die großen Massen der hinter den sozialdemokratischen Abgeordneten stehenden Wähler beginnen die ernsthafte Beteiligung ihrer Vertreter an den Aufgaben der legislativen Gewalten, namentlich zur Lösung der sozialpolitischen Probleme der Gegenwart zu verlangen. Es muß an der Hoffnung festgehalten werden, daß vor dem Ernste dieser Aufgaben die revolutionären Tendenzen auch bei der Parteileitung allmählich in den Hintergrund treten." — Doch wäre es Illusion zu glauben, daß dieser Moment schon da sei.

Die Vorlage ging an eine Kommission.

Die zweite Lesung fand am 30. und 31. März statt und endete mit Bewilligung des Gesetzes auf 2 Jahre. Die dritte Lesung am 2. April bestätigte diesen Beschluß mit 169 gegen 137 Stimmen.

Die Beratung wurde denkwürdig durch die leidenschaftlichen Reden Bebels. Weit entfernt zuzugeben, daß die Sozialdemokratie nur die Behandlung erfahre, die sie selbst herausfordere, erklärte Bebel, daß er „mitwirken" werde beim Fürstenmord, wenn wir in Deutschland „russische Zustände" bekommen. Fürst Bismarck hielt ihm vor, daß er den Mord grundsätzlich rechtfertige, wenn er es jedem Genossen überlasse, zu entscheiden, ob wir „russische Zustände" haben oder nicht, erzielte aber keinen Eindruck. Vielmehr drohte auch Liebknecht, daß, wenn die Sozialdemokratie einmal „die Gewalthaber" von heute in die Hand bekomme, man sie „persönlich haftbar" machen werde. Er sprach es also nicht aus, deutete aber unmißverständlich an, daß man nach berühmten Mustern der französischen Revolution sehr gern den Kaiser und den Fürsten Bismarck an die Laterne bringen werde.

Digitized by Google

Mit die Folge dieſer redneriſchen Ausſchweifungen war es, daß die Regierung die Zügel des Geſetzes, die man zeitweilig ſchon etwas nachgelaſſen hatte, wieder ſtraffer anzog. Am 11. Mai verkündete der Reichsanzeiger, daß das preußiſche Miniſterium auf Grund des Sozialiſtengeſetzes beſchloſſen habe, die Verſammlungsfreiheit in und um Berlin ſcharf einzuſchränken. Für jede Verſammlung, die 48 Stunden im voraus angemeldet werden ſollte, wurde ſchriftliche Genehmigung vorgeſchrieben. Als ſpezieller Grund der Verſchärfung wurde angegeben, daß die ſozialdemokratiſchen Verſammlungen immer weniger der Erörterung ernſthafter Fragen, und immer mehr der reinen Hetzerei gegen Regierung und Arbeitgeber dienten.

Am 18. September erledigte der Reichstag den Bericht über den kleinen Belagerungszuſtand in Leipzig. In dieſem Bericht war erwähnt, daß in Chicago ein „Rachefonds" geſtiftet ſei, und daß die Moſtſche „Freiheit" fortdauernd auffordere, die Angehörigen des Reichsgerichts in Leipzig zu ermorden, inſoweit ſie bei Verurteilung von Sozialiſten mitwirkten. Dieſe Wut Moſts rührte daher, daß das Reichsgericht einen durch das Landgericht Chemnitz erfolgten Freiſpruch der ſozialiſtiſchen Führer aufgehoben, und den Prozeß — eine Anklage wegen Unterhaltung geheimer Verbindungen — an das Landgericht Freiberg verwieſen hatte. Das Urteil fiel nun entgegengeſetzt aus. Am 4. Auguſt wurden Vollmar, Bebel, Auer, Ulrich, Frohme und Viereck zu je 9 Monat Gefängniß verurteilt. Eine Folge dieſes Prozeſſes war es, daß Mitte Oktober die ſozialdemokratiſche Fraktion das in Zürich erſcheinende Parteiblatt „Der Sozialdemokrat" des Parteicharakters entkleidete, zugleich aber aufforderte, es zu halten und zu leſen.

Im Dezember verſuchten die Sozialdemokraten, wenigſtens ihre Gewerkvereine zu retten; ſie brachten am 15. Dezember im Reichstag einen Antrag ein, wonach „Vereine, welche ſich zum Zweck der Erreichung beſſerer Arbeitsbedingungen gebildet haben" zuläſſig ſein und Bewegungsfreiheit genießen ſollten. Desgleichen einen Antrag, der ſich gegen Ausſperrung und ſchwarze Liſten richtete. Aber die Regierungen hielten den Augenblick für eine mildere Praxis noch nicht gekommen.

In der Berliner Bewegung ſetzten in dieſem Jahre die Quertreibereien, die ſchließlich der Sache verhängnisvoll wurden, ſchärfer ein. Obſchon am Tage lag, daß Hofprediger Stöcker

der Schöpfer der Bewegung war und ohne ihn die alte Lethargie noch immer die herrschende Stimmung geblieben wäre, begann ein offiziöses Intrigieren gegen ihn. Der Tatbestand wurde verschoben. Man stellte sich, als ob eine große mittelparteiliche Strömung da wäre, die nur von Stöcker und anderen „Extremen" gestört werde, und als ob die Massen herzuströmen würden, wenn farblose Politiker an die Spitze träten. Man verkannte dabei völlig das große Moment der persönlichen Autorität in einer Volksbewegung. Und der Erfolg hat gezeigt, wie sehr man sich verrechnete. Aber es war die Zeit, wo Fürst Bismarck auf dem Gipfel der Macht stand und nur noch Nachfolge forderte. Das Moment der Selbständigkeit, das in der Berliner Bewegung lag, war ihm zuwider. Auch diese Volksbewegung sollte nicht so viel Freiheit genießen, wie eine Volksbewegung nun einmal braucht, sie sollte nicht in den Voraussetzungen und von den populären Männern geleitet bleiben, unter denen sie gegründet war, sondern alles sollte zur Schachfigur werden, die der mächtige Kanzler nach Gefallen hin und her schob.

Dieselbe Abneigung des Fürsten Bismarck gegen selbständige Potenzen zeigte sich dann noch auf einem anderen Gebiet.

Am 20. Mai brachte Freiherr v. Hammerstein im preußischen Abgeordnetenhause einen Antrag ein, daß jetzt, wo der römischen Kirche vom Staate weitgehende Freiheiten gewährt würden, auch die evangelische Kirche mehr Selbständigkeit bekommen möchte. Die wesentlichen Forderungen der Freunde evangelisch-kirchlicher Selbständigkeit waren: der direkte Verkehr des Kirchenregiments mit dem König, Verlegung dieses Regiments in das geistliche Amt, finanzielle Dotation, Einfluß der Kirche auf die kirchenregimentlichen Ämter, auf die Professoren der Hochschulen, auf den Religionsunterricht an Seminarien und Gymnasien.

Mit diesem Antrag begann eine Verselbständigungsbewegung, die zeitweilig recht stark anschwoll, da namentlich Herr v. Kleist-Retzow und Hofprediger Stöcker warm dafür eintraten. Wie notwendig die größere Freiheit der Kirche gerade für das Gebiet der Sozialreform war, dafür lieferte das Kirchenregiment selbst die Beweismittel. Speziell in der Frage, wie sich die Geistlichen zu den sozialen Problemen zu stellen hätten, hatte der preußische Oberkirchenrat im vollen Widerspruch mit den von ihm selbst gegebenen Direktiven eine Schwenkung von

ſozialen zu unſozialen Anſichten vollzogen, nur weil die Staatsregierung bez. der Oberbiſchof einen Druck in dieſer Hinſicht ausgeübt hatten. Die evangeliſche Kirche hatte eine der wichtigſten grundſätzlichen Fragen der Zeit nicht auf Grund von Anſchauungen, die Biſchöfe und Konzil, Geiſtliche und Laien als die richtige ermittelt, entſchieden, ſondern ſich ein Hineinregieren des Staates in die innerſten Fragen des Glaubens und der Ethik folgſam gefallen laſſen.

So nötig dieſe Selbſtändigkeitsbewegung aber auch war, drang ſie doch leider nicht durch. Der Strom verſandete. Teils geſchah dies, weil es noch in der evangeliſchen Kirche ſelbſt am rechten Verſtändnis fehlte — man hielt die Tendenz zur rechten Autorität für eine Tendenz zur Demokratie und Autoritätsloſigkeit. Teils erlahmte der Eifer, weil ſich der ſpätere Oberbiſchof Kaiſer Wilhelm II. jeder Fortbildung der Verfaſſung im Sinne der Freiheit durchaus entgegenſtellte. Doch wird die Bewegung ohne Zweifel weitergehen, wenn ihre Stunde da iſt.

Den Antrag Hammerſtein nahm Herr v. Kleiſt-Retzow am 30. Juni im Herrenhauſe auf. Die Feindſeligkeit des Fürſten Bismarck zeigte ſich darin, daß die anweſenden Miniſter demonſtrativ den Saal verlaſſen mußten. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." brachte einen heftigen Artikel gegen die kirchliche Verſelbſtändigung.

XIII. 1887. Alters- und Invalidenverſicherung.

Das Jahr 1887

iſt dadurch bedeutſam, daß das Reichsamt des Innern am 16. November die „Grundzüge" eines Geſetzentwurfs über die Alters- und Invalidenverſicherung der Arbeiter der Öffentlichkeit übergab, um Kritik und Klärung herbeizuführen.

Maßgebend für den Bezug der Altersrente ſollte das 70. Lebensjahr ſein, für die Invalidenrente der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit. Die Deckung der Ausgaben ſollte zu je einem Drittel vom Reich, von den Arbeitgebern und von den Verſicherten geſchehen. Träger der Verſicherung ſollten die Berufsgenoſſenſchaften werden.

In der Thronrede vom 24. November wurde der Entwurf amtlich angekündigt. Da heißt es: „Schon in der Allerhöchſten

Botſchaft vom 17. November 1881 iſt der dringende Wunſch Sr. Maj. des Kaiſers ausgeſprochen worden, den Arbeitern, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, das berechtigte Maß ſtaatlicher Fürſorge durch die Geſetzgebung zu ſichern und damit eine weitere Gewähr für die Befeſtigung des ſozialen Friedens und für die Stärkung der nationalen Arbeitskraft zu gewinnen. Nach der ſchrittweiſen Weiterführung der für die genoſſenſchaftliche Gliederung unſeres Erwerbslebens grundlegenden Unfallverſicherungsgeſetzgebung iſt es nunmehr möglich geworden, die mit beſonderen Schwierigkeiten verknüpfte Aufgabe ihrer Löſung ſo weit näher zu führen, daß die Ausarbeitung eines Geſetzentwurfs über die Alters- und Invalidenverſicherung der Arbeiter vorliegt. S. M. der Kaiſer hofft, daß der Entwurf Ihnen noch in dieſer Seſſion wird vorgelegt werden können."

Eine Beratung des Geſetzes im Reichstag fand in dieſem Jahre noch nicht ſtatt. Dagegen behandelten der Volkswirtſchaftsrat und viele andere Korporationen den Plan. Der meiſterörterte Streitpunkt war die Frage, ob die Berufsgenoſſenſchaft grundleglich zu machen ſei oder ein Reichsverſicherungsamt.

Gefördert wurde im Reichstag die Arbeiterſchutzfrage. Die Arbeiterſchutzkommiſſion des Reichstags hatte viererlei Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung zu einem Geſetz vereinigt. Es handelte ſich 1. um Beſſerung der Sonntagsruhe; 2. Beſchränkung der Frauen- und Kinderarbeit; 3. Einführung eines Maximal-Arbeitstages; 4. Ausdehnung des Arbeiterſchutzes auch auf ſolche Betriebe, welche im Sinne der beſtehenden Gewerbeordnung nicht Fabriken ſind. Vom 1. April 1890 an ſollen nur Kinder über 13 Jahren in Fabriken beſchäftigt werden, junge Leute von 14—16 höchſtens 10 Stunden arbeiten. Schwere Männerarbeit und Nachtarbeit ſoll den Frauen ganz verboten ſein.

Der Reichstag nahm das ſehr ſorgſam durchgearbeitete Geſetz mit großer Mehrheit an. Die Regierung hüllte ſich in abſolutes Schweigen. Man wußte nicht, ob es Ablehnung bedeutete — jedenfalls Abneigung.

Im Herbſt veröffentlichte die Regierung das durch die Enquete zur Sonntagsfrage erwachſene amtliche Material. Liberale und offiziöſe Federn glaubten nun auf Grund desſelben den Nachweis führen zu können, daß die induſtrielle, kleingewerbliche und landwirtſchaftliche Arbeit nicht weiter beſchränkt werden

könne, während doch die volle Sonntagsruhe bei den reichſten Nationen der Welt, bei Engländern und Amerikanern, als Tatſache von zwingender Beweiskraft vorlag. Der Nationalwohlſtand dieſer Völker hat durch die Sonntagsfeier nicht gelitten. Was der Reform entgegenſtand, waren auch nicht die äußeren Hinderniſſe, ſondern der Materialismus der Zeit. Von den Freunden des Sonntags wurde mit Recht hervorgehoben, daß Arbeiterſchutz ohne Sonntag gar keinen Wert habe.

Die allgemeine politiſche Atmoſphäre des Jahres wurde gekennzeichnet durch ein ſtarkes Drängen des Fürſten Bismarck auf Bildung einer Mittelpartei, des ſog. Kartells. Konſervative und Liberale ſollten ſich verſchmelzen. Am ſchärfſten wurde auf die Konſervativen gedrückt. Der Kampf innerhalb dieſer Partei zwiſchen Opportuniſten und Grundſätzlichen wurde vorübergehend zugunſten der Mittelparteiler entſchieden.

Am 15. Januar löſte Fürſt Bismarck den Reichstag des Militärſeptennats wegen auf. Auf ſeinen Wunſch mußten Konſervative, Freikonſervative und Nationalliberale einen Wahlbund ſchließen, der auch geſchloſſen, aber von den Liberalen faſt nirgends gehalten wurde.

Am verhängnisvollſten war der Druck des Kanzlers in Berlin. Hofprediger Stöcker und Profeſſor Adolf Wagner, die doch die Berliner Bewegung gemacht hatten, wurde ſo lange zugeſetzt, bis ſie ihre Kandidaturen zurückzogen. Nun war das Feld für Geld und gute Worte von links her frei. Der Hofbankier des Kanzlers, Bleichröder, gab das Geld, die Profeſſoren Goldſchmidt und Lazarus die „guten“ Worte. Aber trotzdem blieb das Gros der Juden bei Freiſinn und Sozialdemokratie und dachte gar nicht daran, ſich vor den mittelparteilichen Wagen zu ſpannen. Der Erfolg blieb aus. Aber die Berliner Bewegung war ruiniert. Die Reichstagswahl vom 21. Februar war ein Sieg der Septennatsparteien, aber eine Niederlage des ſozialen Gedankens.

In dieſem Zuſammenhang verdient noch ein anſcheinend geringfügiges, in ſeinen Folgen aber ſehr weittragendes Ereignis Erwähnung — wir meinen die ſog. „Walderſee-Verſammlung.“ Der Urſprung dieſer Verſammlung lag ganz und gar auf religiöſem Gebiet. Prinz und Prinzeſſin Wilhelm, von warmem, lebendigem evangeliſchen Glauben beſeelt und voll hilfsbereiten Intereſſes für die ſozialen Nöte des Volkes, hatten den Entſchluß gefaßt, die Berliner Stadtmiſſion, die unter Hofprediger Stöckers

Leitung kräftig aufblühte, noch wirksamer zu unterstützen, als bisher. Ohne jede Anregung von außenher, aus eigenster Initiative, veranlaßten sie den Grafen Waldersee, dessen Gemahlin als eine sehr tatkräftige Christin bekannt war, eine Anzahl notabler Persönlichkeiten einzuladen, und zwar Männer der verschiedensten politischen Parteien. Es sollten Mittel und Wege zur Förderung der Stadtmission besprochen werden. Die Versammlung fand statt. Prinz Wilhelm hielt mit der ihm eigenen Entschiedenheit eine anfeuernde Rede und schloß damit, daß nur „christlich-sozialer Geist" den Umsturz überwinden könne. Die Folgen dieser zunächst ganz unpolitisch gedachten Versammlung wurden leider hochpolitisch. Fürst Bismarck, der stets eine Abneigung gegen politisch selbständige Personen und ein großes Mißtrauen gegen vermeintliche Spekulanten auf seine Erbschaft hegte, glaubte im Grafen Waldersee und in Stöcker Politiker zu sehen, die sich an den Prinzen Wilhelm heranwerfen und die Bildung einer religiös tingierten Kamarilla in die Wege leiten wollten. Auf Grund dieses Verdachts, der — die Liste der Teilnehmer bekundet das deutlich genug — ganz unbegründet war, ließ gleichwohl der Kanzler die Meute der Offiziösen besonders auf Stöcker los. In der „Post" erschien ein Artikel, der das Schlagwort von der „Stöckerei und Muckerei" prägte, nebenbei aber in unehrerbietigster Weise gegen den Prinzen Wilhelm loszog. Der Zweck wurde erreicht. Der Hof des Prinzen Wilhelm wurde eingeschüchtert und zog sich von der Stadtmission zurück. Seine soziale Gesinnung hielt ja der Prinz zunächst noch fest. Am Jahreswechsel richteten die Hof- und Domprediger ein Glückwunschschreiben an ihn, worin es hieß: „Wenn Sie es in den letzten Wochen des alten Jahres erfahren haben, daß auch das lautere Eintreten für die Arbeit des Reiches Gottes nicht ohne Widerspruch bleibt, so sei das Wort des Herrn Ihr Licht: Wer mich bekennet vor den Menschen, den will ich auch bekennen vor meinem himmlischen Vater." Der Prinz antwortete: „Die von Ihnen erwähnten Mißdeutungen, welche mein Eintreten für das Wohl der geistig und körperlich Notleidenden vielfach hervorgerufen hat, haben mich schmerzlich berührt, sie werden mich aber nicht abhalten, unbeirrt von politischen Parteibestrebungen stets zur Hebung des Wohles aller Notleidenden nach Kräften beizutragen." Den Ernst dieses Programms haben weiter die ersten Regierungsakte Kaiser Wilhelms II. bewiesen. Aber die Verdächtigung der sozial gesinnten

Chriſten war doch gelungen. Und ſie hat fernerhin ihre Früchte getragen.

Die Bewegung zur Verſelbſtändigung der evangeliſchen Landeskirche machte in dieſem Jahre wiederum einen Schritt vorwärts. Am 13. Mai hat das preußiſche Herrenhaus die Anträge Kleiſt-Retzow ziemlich unverändert angenommen.

Der Kampf der Polizei gegen die Sozialdemokraten ging unverändert fort. In der Nacht vom 15. zum 16. Juli verhaftete die Berliner Polizei das ganze aus 7 Perſonen beſtehende Zentralkomitee der Sozialdemokraten. Am 21. Januar wurde in Frankfurt a. M. ein großer Sozialiſtenprozeß verhandelt. Wegen Teilnahme an einer auf Umſturz gerichteten Verbindung wurden drei Sozialiſten zu 1 Jahr, 13 zu 9 Monaten, viele andere zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom 4.—6. Oktober hielten die deutſchen Sozialiſten in St. Gallen ihren Parteitag. Man beſtärkte ſich in der Ablehnung irgendeines Zuſammengehens mit anderen Parteien und beſchloß, „das Hauptgewicht auf die kritiſche und agitatoriſche Seite“ zu legen, die poſitive Arbeit dagegen anderen zu überlaſſen.

Von grundſätzlicher Bedeutung für die Frage nach Pflicht, Recht und Grenze der kirchlichen Arbeit auf ſozialem Gebiet war eine Auseinanderſetzung, die am Anfang des Jahres 1887 zwiſchen dem Hofprediger Stöcker und dem Abt Uhlhorn in Hannover ſtattfand. Es handelte ſich einerſeits um die Anſichten, welche Gerhard Uhlhorn in ſeiner trefflich geſchriebenen Schrift: „Katholizismus und Proteſtantismus gegenüber der ſozialen Frage“ über die Teilnahme der Kirche am öffentlichen Leben entwickelt, und die Antworten, welche Stöcker ihm in den Nummern 14 bis 18 der „Deutſchen Evangeliſchen Kirchenzeitung“ gegeben hat.

Wir ſetzen zunächſt einige beſonders charakteriſtiſche Stellen aus den Darlegungen der beiden Gegner hierher.

Uhlhorn knüpft ſeine Polemik an ein Wort Treitſchkes: „Millionen müſſen ackern, ſchmieden und hobeln, damit einige Tauſende forſchen, malen und regieren“, und ſagt dazu: „Dem ſtolzen Worte des Profeſſors will ich doch ein Wort Stöckers gegenüberſtellen, der einmal ſagt: „Mich trieb die Angſt um mein Volk in die chriſtlich-ſoziale Bewegung hinein. — Ich ſah in der ſozialen Frage einen Abgrund, der vor dem deutſchen Leben klafft. Ich bin hineingeſprungen, zuerſt ohne die Tiefe zu ermeſſen, weil ich

nicht anders konnte." Je entschiedener ich mich später gegen Stöckers Tätigkeit auf diesem Gebiete erklären muß, desto mehr ist mirs ein Bedürfnis, die in diesen Worten zutage tretende Gesinnung erst einmal warm und herzlich anzuerkennen. Ich kann nur wünschen, daß solche Angst um unser Volk recht vielen, besonders auch vielen Geistlichen schwer aufs Herz fallen möchte. Ist es eine der schönsten Aufgaben der Kirche, die Vertreterin der Armen und Bedrückten zu sein, und wollen wir die Erfüllung dieser Aufgabe doch nicht der römischen Kirche überlassen, so gilt es, die, welche an dem Elend unserer Tage gleichgültig vorübergehen und tun, als wäre alles in Ordnung, und deren sind noch immer leider recht viele, wachzurufen, daß es ihnen doch einmal aufs Herz falle: Woher das Elend? wie kommt das? und wie kanns anders werden? So gern ich aber Stöckers Mut und seiner Liebe zum Volke die wärmste Anerkennung zolle, so herzlich ich wünsche, daß er in diesem Stücke viele Nachfolger haben möge, so entschieden muß ich nun die Wege, die er geht, als Irrwege bezeichnen. Stöcker hat sich darüber am klarsten und präzisesten in einem an den Oberkirchenrat Mühlhäußer gerichteten Schreiben ausgesprochen. Da sagt er: „In der Tat, wenn die Kirche erklärt, bei einer so allentscheidenden Sache, wie die soziale Frage ist, keine andere Aufgabe zu haben, als Predigt, Seelsorge, Wohltätigkeit und Anfassen der Notstände durch innere Mission, dann begibt sie sich des Anspruchs, an der geistigen Leitung der Menschen teilzunehmen. Neue Verhältnisse fordern neue Wege." Dementsprechend hat er denn versucht, der katholischen Sozialpolitik eine evangelische Sozialpolitik, der katholischen Sozialen Partei eine christlich-soziale zur Seite zu stellen. Meinesteils muß ich dem obigen Satze ganz einfach und schlicht den Satz entgegenstellen: Wer da meint, daß die Kirche auch der sozialen Frage gegenüber eine andere Aufgabe habe als Predigt und Seelsorge, der ist auf römischem Irrwege. Ich lasse Wohltätigkeit und innere Mission für jetzt noch beiseite, sie sollen später zur Sprache kommen, und erinnere zunächst nur daran, daß die Kirche ja gar nichts anderes hat als Wort und Sakrament und darum niemals und unter keinen Verhältnissen eine andere Aufgabe haben kann, als das Wort zu predigen und die Sakramente zu verwalten."

„Die klare und sichere Scheidung zwischen geistlichem und weltlichem Regiment ist eine der größten Errungenschaften der

Reformation.“ „Das Evangelium lehrt nicht ein äußerlich zeitlich Weſen (auch nicht Volkswirtſchaft), ſondern ein innerlich ewig Weſen und Gerechtigkeit des Herzens.“ (Augsb. Bek., Art. XVI.) „Geiſtig Gewalt hat ſeinen Befehl, das Evangelium zu predigen und die Sakramente zu reichen, ſoll auch nicht in ein fremd Amt fallen, ſoll weltlich Geſetz und Gehorſam der Obrigkeit nicht aufheben und zerrütten“ (auch nicht Sozialpolitik treiben) (Art. XXVIII). Als Luther aufgefordert wurde, über in Erfurt aufgetauchte, ſozialpolitiſche Fragen ſein Urteil abzugeben, antwortete er: „Das iſt weltlich und gehet meinen Unterricht nicht an.“

„Soll denn unſere Kirche nichts tun gegenüber der allentſcheidenden Frage, in den neuen Verhältniſſen? Ganz gewiß ſoll ſie etwas tun, nur nicht nach neuen Mitteln ſuchen, ſondern die alten Mittel mit neuem Ernſt und neuem Eifer verwenden. Und vor allem ſoll ſie ſich hüten, die Wege Roms zu gehen. Es iſt tief betrübend zu ſehen, wie viele ſich heute auf proteſtantiſcher Seite von dem Glanze und der ſcheinbaren Macht Roms blenden laſſen und die Römiſche Kirche um dieſe Macht und dieſen Glanz beneiden, noch betrübender, daß ſie nichts Beſſeres zu tun wiſſen als Rom nachzuahmen. Sie wollen auch durch Agitieren die Maſſen gewinnen, möchten auch eine ſtarke evangeliſch-ſoziale Partei, wohl zuletzt gar ein proteſtantiſches Zentrum bilden. Als ob auf dieſem Wege für uns etwas zu erreichen wäre, als ob wir nicht, ſobald es ſich um Agitation und Parteibildung handelt, immer von der Römiſchen Kirche geſchlagen würden und geſchlagen werden müßten.“

„Beſinnen wir uns doch, daß wir mehr haben, als die Römiſche Kirche. Denn wir haben das Evangelium lauter und rein und in ihm die Fülle ſittlicher Kräfte. Gelingt es, dieſe unſerm Volke zuzuführen, ſie zu lebendiger Wirkſamkeit zu bringen, ſo iſt damit mehr erreicht und mehr für die Löſung der ſozialen Frage getan, als mit der ganzen katholiſchen Sozialpolitik, bei der noch herzlich wenig für unſer Volk herausgekommen iſt, deſto mehr freilich für die Macht der Kirche. Da, da liegen die Aufgaben der Kirche, nicht, daß ihre Diener nationalökonomiſche Bücher ſchreiben, die doch zuletzt nichts ſind als Dilettantenarbeiten, halb Theologie, halb Nationalökonomie, nicht, daß ſie tun, was ihnen nicht befohlen iſt, nach dieſer oder jener Seite, für dieſe oder jene ſozialpolitiſche Anſicht Propaganda machen,

ſondern daß ſie das eine tun, was ihres Amtes iſt, das aber aus allen Kräften, Chriſtum verkündigen als den einzigen Heiland und Erlöſer aus aller Not, auch aus der ſozialen, die ihnen befohlenen Seelen mit dem Wort öffentlich und ſonderlich, damit ſie mit Gottes Hilfe rechtſchaffne Chriſten werden und als Chriſten dann, jeder nach ſeinem Beruf, der Profeſſor der Nationalökonomie als Profeſſor, der Staatsmann als Staatsmann, der Parlamentarier als Parlamentarier, Handwerker, Fabrikanten und Arbeiter alle an der Löſung dieſer großen Frage mitarbeiten. Die Frage iſt nur zu löſen unter der Vorausſetzung eines größeren Maßes ſittlicher Kräfte, unter der Vorbedingung einer ſittlichen Hebung unſres ganzen Volkslebens, und dieſe Kräfte aus dem unerſchöpflichen Born des Evangeliums darzureichen, ich wiederhole es, das und das allein iſt die Aufgabe der Kirche." — So weit Uhlhorn.

Darauf antwortet nun Stöcker: „D. Uhlhorn erhebt zur Formel der ganzen Angelegenheit ein gelegentliches Wort: „Wenn die Kirche erklärt, bei einer ſo allentſcheidenden Sache, wie die ſoziale Frage iſt, keine andere Aufgabe zu haben als Predigt, Seelſorge, Wohltätigkeit und Anfaſſen der Notſtände durch innere Miſſion, dann begibt ſie ſich des Anſpruchs, an der geiſtigen Leitung der Menſchen teilzunehmen; neue Verhältniſſe fordern neue Wege." Allerdings tritt dieſer Satz der Auffaſſung Uhlhorns ſchnurſtracks entgegen, der darin römiſche Irrwege erblickt. Er ſelber ſucht die Löſung der Schwierigkeiten in der chriſtlichen Gemeinde und eignet ſich den obigen Satz in folgender Form an: „Wenn die Kirche nicht mit allen Kräften darangeht, Kirchen zu bauen, Gemeinden zu gründen, Gemeindeleben zu pflanzen und zu pflegen, dann begibt ſie ſich des Anſpruchs, an der geiſtigen Leitung der Menſchheit teilzunehmen." Nun iſt es der tatſächliche Zuſtand vieler großer Städte, insbeſondere Berlins, daß Kirchen nicht gebaut, Gemeinden nicht gegründet werden, Gemeindeleben nicht gepflanzt und gepflegt wird. Wir würden D. Uhlhorn ſehr dankbar ſein, wenn er uns ſagte, wie z. B. Berlin mit Kirchen und Gemeinden verſehen werden kann. Solange es nicht geſchieht, wird er ſchon geſtatten müſſen, daß man andere Wege einſchlägt und lieber ſeinen Tadel hinnimmt, als die Seelen verkommen läßt. Aber auch wenn es beſſer um das kirchliche Leben ſtände, würde eine ſoziale Arbeit der Kirche notwendig ſein, um den Maſſen beizukommen. Die chriſtlich-ſoziale Partei hat dies

nicht zuerſt, auch nicht allein ausgeſprochen. Man kann getroſt behaupten, daß D. Uhlhorn mit ſeinem doktrinären Standpunkt ziemlich iſoliert ſteht."

„Es iſt vielfach in Vergeſſenheit geraten, daß nicht die katholiche Kirche, ſondern Wichern es war, der die Ausdrücke chriſtlich-ſozial, kirchlich-ſozial, chriſtlicher Sozialismus zuerſt gebrauchte."

Stöcker beruft ſich dann ferner auf den Zentralausſchuß für innere Miſſion in Berlin, der in ſeiner bekannten Denkſchrift den demokratiſchen Sozialismus und den ökonomiſchen Liberalismus in gleicher Weiſe abwehrt, um dann gewiſſermaßen in großen Zügen ein ſozialpolitiſches Programm für die evangeliſche Kirche zu entwerfen.

„Der Uhlhornſche Standpunkt" — heißt es weiter — „muß als ein überwundener angeſehen werden, der das Soziale einſeitig als das rein Wirtſchaftliche begreift und deshalb für die Tätigkeit der Kirche auf dem ſozialen Gebiete wenig übrig hat. Wenn dabei der Vorwurf, die proteſtantiſchen Geiſtlichen ſeien Kapitaliſtenpaſtoren, ſo ganz unberechtigt nicht gefunden und auf die Glieder der proteſtantiſchen Kirche überhaupt ausgedehnt, wenn die heutige Ungleichheit des Beſitzes eine unnatürliche, nicht gottgewollte genannt wird, ſo iſt da wieder ein Stück Wahrheit. Aber es fehlt dieſem Standpunkt die Möglichkeit der Abhilfe. Die ſittlich-religiöſe Durchdringung des wirtſchaftlichen Gebietes iſt nur dann denkbar, wenn die Kirche — d. h. nicht bloß die Geiſtlichkeit — in ihrer Verkündigung die Bedeutung der ethiſch-ſozialen Grundſätze betont, in ihrem Gemeindedienſt den ſozialen Notſtänden zu Hilfe kommt, in einem eigens geſtifteten Vereinsleben die ſozialen Fragen unter dem chriſtlichen Geſichtspunkt behandelt, in ihrer Organiſation, in den Synoden wie in den Behörden, den Sozialismus des Reiches Gottes vertritt und in der Preſſe wie in der öffentlichen Agitation die chriſtliche Sozialpolitik unterſtützt."

„Man kann die Abſtraktionen D. Uhlhorns zur Not gelten laſſen, wenn man das wirtſchaftliche Leben in der Weiſe des Mancheſtertums auf das Güterleben beſchränkt. So wie man die Perſönlichkeit, die einzelne wie die Volksperſönlichkeit, zum Ausgangspunkte des wirtſchaftlichen Denkens macht, iſt die Trennung jener beiden Momente unmöglich." — „Der freie Arbeitsvertrag iſt nicht bloß etwas Wirtſchaftliches. Und wir begreifen nicht, wie D. Uhlhorn den Abſchnitt über die ſchweren Schäden

in dieſer Hinſicht damit beſchließen kann, daß er reſigniert ausruft: „Wie da zu helfen iſt, überlaſſe ich denen, die Gott dazu berufen hat. Auf kirchlichem Standpunkt ſtehe ich dem allen neutral gegenüber. Der Kirche iſt nur befohlen, was die inneren Güter angeht, und dieſe Güter ſind zu gewinnen, wie auch immer die Lage des Menſchen iſt. Die Kirche wird ſich nicht bloß jeder wirtſchaftlichen Beſſerung freuen, ſie wird auch alle dahingehenden Beſtrebungen unterſtützen. Aber die verſchiedenen Gebiete mit ihren Aufgaben dürfen nicht zum Schaden ihrer Löſung ineinander geeint werden.“ — Nun verſtehen wir freilich nicht, wie die Kirche auf dem Uhlhornſchen Standpunkte auch nur ein Urteil darüber gewinnen ſoll, welche Beſtrebungen zur Beſſerung führen und welche nicht. Es iſt hier eine ſo abſtrakte Stellung im reinen Äther des Sittlichen gegeben, daß der Übergang von da zum Sozialen ſich nicht finden läßt. Der Verfaſſer verwechſelt den ſeelſorgerlichen Standpunkt mit dem kirchlichen. Als Seelſorger im einzelnen Verkehr muß jeder Geiſtliche darauf beſtehen, daß trotz ſchlechter Löhne und dumpfer Wohnung, bei Sonntagsarbeit und Frauenarbeit ſich die innern Güter des Geiſtes, Gerechtigkeit, Friede und Freude dennoch gewinnen laſſen. Die Kirche, welche das Ganze im Auge hat, muß von dem Geſichtspunkte ausgehen, daß mit unzufriedenen Menſchen ohne Ruhe und Familiengeiſt kein Gemeindeleben ſich aufbauen läßt. Und ſie muß mitwirken, daß die hindernden Übelſtände des wirtſchaftlichen Lebens möglichſt aufgehoben werden.“

„Chriſtus hat dem Volke nicht geſagt, daß man ſich auch bei Hunger und Durſt erbauen kann; er hat die Hungernden geſpeiſt, damit ſie nicht verſchmachteten.“

Auf den eigentlich ſpringenden Punkt kommt aber Stöcker in folgenden Worten:

„An der Stirn unſrer Zeitung ſteht jene evangeliſche Begriffserklärung der Kirche: Es iſt aber die Kirche die Verſammlung aller Gläubigen, bei welchen das Evangelium recht gepredigt und die heiligen Sakramente laut des Evangelii gereicht werden (Augsb. Glaubensbekenntnis, Art. 7). Wir ſehen dieſelbe nicht als ein bloßes Motto, ſondern als eine Richtſchnur für unſre kirchlichen Anſchauungen an, wie wir auch jenen lutheriſchen Grundſatz, daß man das weltliche und geiſtliche Regiment nicht ineinanderwirren ſoll, durchaus als richtig anerkennen. Wenn wirklich die Kirche frei wäre, unabhängig vom Staat und unver-

miſcht mit dem weltlichen Regimente, wenn wirklich bei uns die Kirche die Verſammlung aller Gläubigen wäre, geſchmückt mit der Predigt des reinen Evangeliums, ſo würden wir den Kreis ihrer Einwirkung auf das öffentliche Leben, das politiſche wie das ſoziale, ohne Zweifel anders beſtimmen müſſen, als wir es tun. Aber die Kirche, um die es ſich handelt, iſt die Volkskirche, die Gemeinſchaft der Gläubigen und der Ungläubigen, der reinen und der falſchen Predigt, iſt die Staatskirche, vom weltlichen Regiment beherrſcht und in gewiſſen Angelegenheiten wie Schule, Ehe, Sonntag, Staatsrecht, Verfaſſung mit der Politik verflochten. Es iſt ein verderblicher Irrtum für unſere Kirche in ihrer Wirkſamkeit, daß ſie mit ihren Anſprüchen dem Staat als die unſichtbare Kirche gegenüberſteht, während der Staat mit ſeinen Anſprüchen ſie durchaus als ſichtbare behandelt. Wir meinen, daß Kirchen, denen vom Staat ſo ſehr der Stempel der Sichtbarkeit aufgedrückt iſt, wie die unſeren, an den öffentlichen Aufgaben des Staates überall in den gemeinſamen Punkten teilnehmen müſſen. Schulgeſetze, ſoweit ſie die religiöſe Erziehung betreffen, Ehegeſetze, ſoweit ſie den religiöſen Charakter der Ehe berühren, Sonntagsgeſetze, Staatskirchenrecht und alle damit verbundenen Maßregeln gehören unleugbar zur Politik. Der Kirche von heute darauf jeden Einfluß prinzipiell abſtreiten, heißt ſie von vornherein für machtlos erklären. Bei ſolchen Grundſätzen iſt das Kirchenregiment nur eine Adminiſtration der Kirche unter Staatsaufſicht, nicht eine Leitung derſelben nach kirchlichen Intereſſen. Leider iſt dies viel zu ſehr der gewöhnliche Zuſtand; und wir behaupten, daß darin eine Urſache unſerer Ohnmacht ſowohl dem Staate wie Rom gegenüber liege. Es iſt mit den ſozialen Dingen nicht anders."

XIV. 1888. Kaiſer Wilhelm II. kommt zur Regierung.

Das Jahr 1888

war das Todesjahr Kaiſer Wilhelms I. und Kaiſer Friedrichs III. Kaiſer Wilhelm ſtarb am 9. März, Kaiſer Friedrich am 15. Juni. Wie ſich verſteht, brachten dieſe Ereigniſſe eine ſtarke Stockung der Geſetzgebung mit ſich. Trotzdem aber iſt die Reform doch weitergeſchritten. Das Geſetz betr. die Alters- und Invaliden-

verſicherung der Arbeiter wurde im Bundesrat fertiggeſtellt, dem Reichstag vorgelegt und in erſter Leſung durchberaten.

Am 25. Juni wurde der Reichstag durch eine Thronrede eröffnet, in welcher Kaiſer Wilhelm II. erklärte: „Insbeſondere eigne ich mir die am 17. November 1881 erlaſſene Botſchaft ihrem vollen Umfange nach an, und werde im Sinne derſelben fortfahren, dahin zu wirken, daß die Reichsgeſetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erſtrebe, den ſie im Anſchluß an die Grundſätze der chriſtlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Daſein gewähren kann."

Spezieller hieß es in der Thronrede, mit der am 22. November die Winterſeſſion des Reichstags eröffnet wurde: „Ich gebe mich der Hoffnung nicht hin, daß durch geſetzgeberiſche Maßnahmen die Not der Zeit und das menſchliche Elend ſich aus der Welt ſchaffen laſſen, aber ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtſchaftlicher Bedrängniſſe nach Kräften hinzuwirken und durch organiſche Einrichtungen die Betätigung der auf dem Boden des Chriſtentums erwachſenden Nächſtenliebe als eine Pflicht der ſtaatlichen Geſamtheit zur Anerkennung zu bringen." — Der Geſetzentwurf betr. die Alters- und Invalidenverſicherung der Arbeiter wurde dann angekündigt.

Das Geſetz ging dem Reichstag zu, und am 6. und 7. Dezember fand die Generaldebatte ſtatt. Miniſter v. Bötticher führte die Vorlage ein mit dem Bemerken, daß die Regierung die Form des Geſetzes reiflich erwogen habe, aber allen praktiſchen Verbeſſerungsvorſchlägen zugänglich bleiben werde. Die Redner aller Parteien ſtimmten im allgemeinen zu oder bekundeten doch abwartende Stellung. Nur die Sozialdemokratie zeigte ſich unbedingt feindlich. Der Abg. Grillenberger verwarf das Geſetz im einzelnen und ganzen. Am liebſten, ſo erklärte er, wäre es ihm, wenn die Vorlage überhaupt nicht erſt kommiſſariſcher Beratung überwieſen, ſondern von vornherein abgewieſen würde. Seine politiſchen Freunde ſeien von der Überzeugung durchdrungen, daß dieſer Reichstag und ſeine Kommiſſion nimmermehr ein brauchbares Geſetz zuſtande bringen könnten. Die vorgeſchlagenen Organiſationen, die Art und Verteilung der Beiträge, der ſpäte Beginn der Altersverſorgung, die Niedrigkeit der Rente, die koloſſale Anſammlung von Kapital, die Defi-

nition der „dauernden Erwerbsunfähigkeit", der Mangel einer Rückvergütung der Beiträge für die Austretenden, vor allem aber das obligatorische Quittungsbuch der Arbeiter — das seien die Hauptbedenken der Sozialdemokraten.

Auf das Argument, daß die Rente zu niedrig sei, entgegnete Minister v. Bötticher, daß man sie stets erhöhen könne, aber nie vermindern. Auf die Verdächtigung, daß das Quittungsbuch nur ein Arbeitsbuch sein solle und daß die Sozialdemokratie lieber auf alles verzichte, als dem zuzustimmen, wurde entgegnet, daß man nicht dem Reich 50 Millionen Ausgaben zumuten werde, nur um Arbeitsbücher zu bekommen — die könne man doch billiger haben.

Beschlüsse wurden in diesem Jahr noch nicht gefaßt.

Weniger entgegenkommend, als in den Versicherungsfragen, war die Regierung hinsichtlich des Mittelstandes und des Arbeiterschutzes. Am 25. Januar hat der Reichstag die Anträge Hitze-Ackermann auf Einführung des Befähigungsnachweises für Handwerker mit geringer Mehrheit angenommen. Und ungefähr um dieselbe Zeit setzte er den Arbeiterschutz auf die Tagesordnung. Der Abg. Hitze fragte die Regierung, was denn aus den vorjährigen Beschlüssen des Reichstags zur Fabrikgesetzgebung, speziell zur Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit geworden sei. Minister v. Bötticher antwortete ausweichend. Auch die Sonntagsfrage wurde wieder angeschnitten. Abg. Kleist-Retzow sagte dem Reichskanzler sehr deutlich seine Meinung. Aber in der Kommission von 21 Mitgliedern erklärte Geh. Rat Lohmann, er habe „kein Mandat" zu antworten.

Am 20. März wurde der Reichstag geschlossen, ohne daß die Regierung die Anregung zum Befähigungsnachweis, bez. zur Sonntagsfeier irgendwie beachtet hätte. Am 17. Februar verlängerte der Reichstag das Sozialistengesetz in dritter Lesung auf 2 Jahre. Die Hauptdebatte der zweiten Lesung vom 27.—30. Januar drehte sich im wesentlichen um die Überwachung des Treibens der deutschen Sozialisten in Zürich durch Berliner Polizeiagenten. Bebel und Singer warfen dem Minister v. Puttkamer vor, daß er agents provocateurs besolde, die Unruhen in der Schweiz stifteten. Minister v. Puttkamer bestritt das aufs entschiedenste. Agenten seien in Zürich, und zwar nicht ohne Nutzen; man habe z. B. das geplante Attentat auf das Winterpalais rechtzeitig nach Petersburg melden können. Aber provoziert werde nicht.

Übrigens wünscht eine dem Reichstag vorgelegte Denkschrift Verschärfung der Freiheitsstrafen gegen die vielen, die sich mit Import verbotener Flug- und Zeitschriften aus der Schweiz beschäftigen.

Die Sozialdemokratie suchte weiter feste Stützpunkte im Ausland, besonders in Dänemark und der Schweiz, welch letztere in ihren amtlichen Organen recht oft weit mehr auf Seite der Umstürzler stand, als auf seiten der staatlichen Ordnung. Aber auch mit den englischen Gewerkschaften suchten die deutschen Sozialdemokraten Fühlung zu gewinnen, doch zunächst ohne Erfolg. Man lehnte in London ihre Bedingungen ab, ganz besonders die, daß jeder sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete nur durch sein Mandat legitimiert sein solle, an einem geplanten britischen Gewerkschaftskongreß teilzunehmen.

In Amerika wurden im Januar eine Anzahl Sozialisten, die in Chicago Bomben geworfen hatten, kurzer Hand gehängt. Bebel und Genossen traten öffentlich für die Mörder ein. So durften sie sich nicht wundern, daß, als Kaiser Friedrich am 31. März einen großen Gnadenerlaß ausgehen ließ, die auf Grund des Sozialistengesetzes verurteilten Hoch- und Landesverräter ausdrücklich ausgenommen wurden.

Im Oktober errang die Sozialdemokratie einen Erfolg in Berlin, da eine Reichstagsersatzwahl für den geisteskranken Hasenclever stattfand. Die offiziöse N. A. Z. schlug zur Überwindung des Umsturzes die Bildung einer großen Ordnungspartei einschließlich des Freisinns vor. Aber diesen „Partei-Omnibus“ bestieg nur der Kommissionsrat Pindter, und Liebknecht siegte mit großer Mehrheit.

Die Berliner Bewegung geriet leider in diesem Jahre in einen Zustand starker innerer Wirren. Gemeinsam mit Stöcker und Wagner hatte bis dahin ein opportunistischer Katholik, der Abg. Cremer, ein rednerisch sehr begabter Mann, für das konservative Kartell agitatorisch gearbeitet. Leider schenkte man ihm mehr Vertrauen, als er verdiente. Freund des Wohllebens, war er stets in Geldverlegenheit, und allen Versuchungen ausgesetzt, die finanzielle Kalamitäten mit sich bringen. So kam es, daß offiziöse Kreise, die um seine Schwäche wußten, ihn einfingen und gleichviel durch welche Mittel zu gewinnen wußten, eine Broschüre gegen Stöcker zu schreiben. Auch sonst bemühte sich Cremer, soweit es in seiner Macht stand, die Bewegung den Offi-

ziöſen auszuliefern. Cremer verſuchte wohl den plötzlichen Angriff vom Rücken her ſachlich zu rechtfertigen, aber in der Kreuzzeitung erklärte Dr. Kropatſchek, Cremer habe ihm ſelbſt geſagt, „man“ bedrohe ihn mit Verluſt des Landtagsmandats, wenn er ſich dem offiziöſen Anſinnen nicht füge. Die werbende Kraft der Berliner Bewegung wurde durch dieſen Zwiſt immer mehr gebrochen.

Am 31. Januar erſchien ein Aufruf zum Beſten der Berliner Stadtmiſſion „mit Genehmigung des Prinzen und der Prinzeſſin Wilhelm.“ Außer zahlreichen Mitgliedern der Rechten hatten auch v. Bennigſen, Miquel, v. Benda und Marquardſen unterzeichnet. In dem Bericht über die Berliner Stadtmiſſion wurde an die Walderſee-Verſammlung ausdrücklich erinnert. Aber es war bis auf weiteres die letzte Hofgunſt, deren ſich die Stadtmiſſion zu erfreuen hatte.

XV. 1889. Alters- und Invalidenverſicherung verabſchiedet.

Das Jahr 1889

brachte die Verabſchiedung des dritten großen Arbeiterverſicherungsgeſetzes, der Alters- und Invalidenverſicherung.

Am 29. März fand die zweite Beratung des Geſetzes im Reichstag ſtatt, und zwar auf Grund eines umfaſſenden Kommiſſionsberichtes. Die weſentlichſte Änderung der Kommiſſion war die, daß das Reich nicht ein Drittel der Beiträge, ſondern zu jeder Rente einen feſten Zuſchuß von 50 Mark zahlen ſollte. Zu den Vorſchlägen der Kommiſſion lagen dann weiter eine große Anzahl von Abänderungsanträgen vor. Bebel will den Zuſchuß auf M. 90,— erhöhen; die Freiſinnigen wollen beſonders die freien Hilfskaſſen retten. In der Debatte trat Bismarck warm für das Geſetz ein; er ſei bereit, ſich in Einzelheiten der Anſicht des Reichstags gern zu fügen, hoffe aber, daß das Ganze mit großer Mehrheit zur Annahme gelangen werde. Das Zentrum ſpaltete ſich. Die eine Hälfte unter Frhr. v. Franckenſtein war dafür, die andere unter Windthorſt, der eine große Scheu vor ‚Sozialismus‘ hatte, war dagegen.

Am 17. bis 23. Mai fand die dritte Beratung ſtatt. Alle Parteien legten durch beauftragte Redner ihre Stellung dar.

Dann nahm auch Fürſt Bismarck das Wort, um ſich beſonders mit denjenigen Konſervativen auseinanderzuſetzen, deren Wortführer der freikonſervative Abg. Holtz geweſen war und die das Geſetz ablehnten, weil es fürs Land ungeeignet ſei. Bismarck ſuchte nachzuweiſen, daß das Geſetz auch für ländliche Verhältniſſe paſſe und keine zu ſtarke Belaſtung der Grundbeſitzer bedeute. Daß die Sozialdemokraten das Geſetz bekämpfen, wundere ihn gar nicht. Bismarck warf Bebel und Genoſſen vor, daß ſie nur Haß erregen wollten, um von der Agitation zu leben. Bebel entgegnete, daß es allerdings ſein Geſchäft ſei, Unzufriedenheit zu erregen, denn aus der Unzufriedenheit gehe aller Fortſchritt hervor. Was die Sozialdemokraten an die Stelle der gegenwärtigen Staatsordnung ſetzen wollten, gehe niemanden etwas an. Er müſſe zugeben, daß ſeine Partei über alle poſitiven Ziele ganz uneinig ſei. Auch die Freiſinnigen griff Bismarck in ſchärfſter Weiſe an; ſie haßten ihn (den Kanzler) und hätten ihm noch niemals etwas bewilligt, auch das Septennat wohl nur in einer „fraktionsmäßigen Notlage". Durch dieſe ſcharfe und immerhin nicht ſehr glückliche Abſage gereizt, entgegnete der Abg. Bamberger ſehr heftig gegen den Reichskanzler und ſehr ablehnend wider das Geſetz: „Ich bin gegen dieſes Geſetz aus rein tatſächlichen Erwägungen heraus, weil ich es anſehe als eine Veranſtaltung, die zu einer Landplage für das ganze Land werden wird; ich ſehe darin eine Crux, eine Quälerei, eine unerſchöpfliche Reihe von Heimſuchungen und Belaſtungen" — — „ein ſolches Geſetz praktiſch zu machen, halte ich wahrhaft für eine Verſündigung am Lande." — Bamberger ſchloß mit dem Satze, die Vorlage ſei kein Geſetz, ſondern ein Unglück.

Bei der Abſtimmung ſpalteten ſich mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die geſchloſſen ablehnte, alle Parteien. Selbſt ein Freiſinniger ſtimmte dafür. Doch ergab ſich zugunſten des Geſetzes eine Mehrheit von 20 Stimmen. Die Annahme erfolgte mit 185 gegen 165 Stimmen.

Im Juni nahm der Bundesrat das Geſetz in der Faſſung des Reichstags an, und begann ſofort mit der Ausarbeitung der Ausführungsbeſtimmungen.

Am 22. Oktober wurde die Winterſeſſion des Reichstags eröffnet. In der Thronrede wurde kein ſozialpolitiſches Geſetz mit Ausnahme des Sozialiſtengeſetzes verheißen. Eine neue Faſſung dieſes Geſetzes wurde einer Kommiſſion überwieſen. Der Ent-

wurf wurde als Dauergesetz, aber ohne die Ausweisungsbefugnisse gutgeheißen. Minister Herrfurth erklärte indes, darauf nicht verzichten zu können. Die Entscheidung des Plenums wurde in diesem Jahr nicht mehr herbeigeführt.

Die Frage, ob durch das Sozialistengesetz auch freisinnige Blätter getroffen werden durften, war im März dadurch akut geworden, daß Franz Mehring in der jüdischen „Volkszeitung" einen abscheulichen Schmähartikel gegen Kaiser Wilhelm I. gebracht hatte. Die „Volkszeitung" wurde auf Grund des Sozialistengesetzes verboten und alle Versuche verhindert, in demselben Verlage neue Blätter erscheinen zu lassen. Das Blatt appellierte aber an die vom Gesetz vorgesehene Reichskommission und erzielte Freigebung und Freisprechung.

Am 30. April wurde eine Unfallverhütungsausstellung in Berlin vom Kaiser persönlich eröffnet. Der Monarch bekannte sich wiederum zur Sozialpolitik seines Großvaters: „Mit voller Überzeugung von der Notwendigkeit ihrer Lösung bin ich an die sozialen Aufgaben herangetreten, deren Erledigung noch vor uns liegt. Ich rechne dabei auf die verständnisvolle und freudige Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, um deren Wohlfahrt es sich bei diesen Aufgaben handelt, und der Arbeitgeber, welche im eigenen Interesse bereit sind, die daraus für sie erwachsenden Opfer zu bringen. Auch die Ausstellung für Unfallverhütung und Arbeiterschutz ist eine Frucht dieser Bestrebungen."

Anfang Mai brach im Ruhrgebiet ein großer Streik der Bergleute aus. Am 10. Mai streikten über 100 000 Mann. Es kam zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht; in Gelsenkirchen gab es 3, in Bochum 2 Tote. Die Bergleute wandten sich an den Kaiser, der eine vom Bergmann Schröder geführte Deputation empfing. Schröder erklärte auf Befragen des Kaisers: „Wir fordern, was wir von unseren Vätern ererbt haben, nämlich die achtstündige Schicht. Auf die Lohnerhöhung legen wir nicht den Wert. Die Arbeitgeber müßten mit uns in Unterhandlung treten; wir sind nicht starrköpfig. Sprechen Ew. Majestät nur ein Wort, so würde es sich gleich ändern, und manche Träne würde getrocknet sein."

Der Kaiser erwiderte in längerer Ansprache, und hielt den Deputierten vor, erstens daß sie kontraktbrüchig seien, und zweitens daß sie mehrfach die öffentliche Ordnung gestört hätten,

durch beides hätten sie sich ins Unrecht gesetzt. Die sachlichen Beschwerden sollten von der Regierung geprüft werden. Mit einer Warnung vor der Sozialdemokratie wurden die Arbeiter entlassen.

Am 16. Mai empfing der Kaiser eine Deputation der Grubenbesitzer des Ruhrbezirks, nachdem auch im Saargebiet und in Schlesien große Streiks ausgebrochen, und hielt auch ihnen eine längere Ansprache. Die Arbeiter hätten ihm einen guten Eindruck gemacht; sie hätten sich der Fühlung mit der Sozialdemokratie enthalten. Zum Schluß befürwortete der Monarch einen Vergleich auf Grundlage eines schon vorliegenden Entwurfs, dessen erster Paragraph die achtstündige Schicht festlegt. Die Grubenbesitzer nahmen den Entwurf denn auch im wesentlichen an und lehnten nur den § 3 ab, durch welchen Arbeiterausschüsse eingerichtet werden sollten. Am 21. Mai fuhren die Belegschaften wieder vollzählig an.

An demselben Tage erhielt aber auch der Abg. Baumbach in Berlin ein Telegramm der „Kaiserdelegierten“: „Die Herren Grubendirektoren haben heute morgen ihre Versprechungen in gröbster Weise gebrochen. Deshalb muß der Streik wieder beginnen.“ Die Wirren dauerten noch einige Zeit fort. Am 27. Mai wurde in Bochum das ganze Streikkomitee wegen Zuwiderhandlung gegen das Vereinsgesetz verhaftet. Es gelang aber den Arbeiterführern nicht, noch einmal die Belegschaft zum allgemeinen Streik zu drängen. Die Arbeitgeber setzten in dem Punkte der wider Treu und Glauben Abgekehrten ihren Willen durch. Bei den Bergleuten blieb infolgedessen mit Recht eine sehr erbitterte Stimmung.

Anfang Dezember brachen wiederum Wirren im rheinischen Bergrevier aus, da die Zechen zahlreiche Arbeiter maßregelten. Durch die Bemühungen des Regierungspräsidenten v. Berlepsch wurde indeß ein für die Arbeiter günstiger Ausgleich herbeigeführt.

Ende Juni und Anfang Juli trat eine starke, durch die sozialpolitische Lage bedingte Trübung der Beziehungen des Deutschen Reiches zur Schweiz ein, weil nicht nur die Kantonalregierungen, vorab Zürich, sondern auch die Bundesregierung in Bern sich einer ganz unzulässigen Förderung der Sozialdemokratie schuldig machten.

Ein deutscher Polizeiagent (Wohlgemut), der sich allerdings ungeschickt benommen hatte, wurde als Verbrecher verhaftet und

ausgewiesen, dagegen die Sozialdemokraten in ihrem Kampf gegen die deutsche Regierung indirekt unterstützt. Die „Nordd. Allg. Ztg." gab am 26. Juni eine eingehende Schilderung des ganzen sozialdemokratischen Getriebes in Zürich und Basel und eine Darstellung des parteipolitischen Hauptquartiers, von dem aus Deutschland revolutioniert werde. Fürst Bismarck hielt der Schweiz in einer Note sehr energisch vor, daß, wenn sie Respekt für ihre Neutralität verlange, ihr internationales Verhalten danach eingerichtet werden müsse. Eine Förderung der sozialdemokratischen Propaganda sei mit guten nachbarlichen Beziehungen unvereinbar. Das Ende der erregten Debatten war die Kündigung des deutsch-schweizerischen Niederlassungs-Vertrages von seiten Deutschlands und ein Einlenken der Schweiz in Sachen der Fremdenpolizei.

Der Ausbruch der deutsch-schweizerischen Händel bleibt natürlich am letzten Ende auf dem Konto der deutschen Sozialdemokratie stehen, die mit ihren landesverräterischen Umtrieben nahe daran war, uns in gefährliche auswärtige Wirren zu verwickeln.

Ende Oktober veröffentlichten eben diese Sozialdemokraten ein Wahlprogramm, das wesentlich gegen die indirekten Steuern donnerte und den „Kriegsschürereien und Nationalitäten-Verhetzungen" entgegentrat, was sich merkwürdig genug ausnahm, nachdem die Sozialdemokratie das Reich gerade an den Rand eines Krieges mit der Schweiz herangeführt hatte.

In Berlin wurde am Anfang dieses Jahres der Zusammenbruch der von Stöcker begonnenen und fortgeführten christlich-monarchischen Volksbewegung zur vollendeten Tatsache. Es war dem Fürsten Bismarck gelungen, die Zustimmung des Kaisers dafür zu erwirken, daß Stöcker amtlich vor die Frage gestellt wurde, ob er auf sein Amt als Hofprediger, oder auf die Fortführung der sozial-monarchischen Arbeit verzichten wolle. Stöcker selbst schreibt über diese Verhandlung:

„Im Anfang des Jahres 1889 wurde ich eines Tages zu einer Unterredung mit dem Kabinettsrat von Lucanus aufgefordert. Als ich zu ihm kam, war das Thema sofort gegeben und bald in Fluß. Ich sollte zwischen meiner öffentlichen Tätigkeit und dem Hofpredigeramte wählen. Natürlich ließ ich keinen Zweifel, daß ich, wenn mir nur diese Wahl blieb, notgedrungen mein Amt aufgeben würde. Aber ich wandte ein, daß dieser Gegensatz den

eigentlichen Hauptpunkt nicht treffe; nicht auf meine agitatoriſche Tätigkeit ſei es abgeſehen, ſondern auf das Kartell; offenbar ſei Se. Majeſtät der Meinung, daß, wenn ich von der Bekämpfung des Kartells zurückträte, dies Syſtem ſich in Berlin durchſetzen werde. Und da ich gegen den königlichen Willen doch nicht erfolgreich in monarchiſchem Sinn wirken könne, ſo ſei es mir nicht entgegen, wenn in Berlin der Parteikampf meinerſeits aufhöre und die Kartellpolitik einmal zeige, was ſie vermöge. Daß ſie nicht ſiegen könne, ſondern mit einer Niederlage der Regierung enden werde, ſtand mir feſt. — Da man ſich im politiſchen Leben nicht den Kopf einrennen ſoll, wenn doch nichts zu erreichen iſt, ſo war es mir ganz lieb, daß ein Verſuch gemacht wurde. Wenn er ſcheiterte, ſo dachte ich, würde man das falſche Kartell aufgeben, und wir würden dann, von der ſchon ſeit 5 Jahren ſchwer empfundenen Bedrängnis befreit, deſto freier arbeiten und kämpfen können. — Die Folgezeit hat es bewieſen, wie richtig meine Beſorgniſſe waren. Ein erfolgreicher agitatoriſcher Kampf gegen den Umſturz iſt in Deutſchland nicht möglich ohne die freudige Mithilfe der chriſtlich-ſozialen und ſtark konſervativen Kreiſe, die jetzt zurückgeſtoßen ſind. — So entſchloß ich mich denn, ein Opfer zu bringen, das bei dem Stande der Dinge eigentlich kein Opfer war."

„Meine Anſchauungen fixierte ich in den nachfolgenden an maßgebender Stelle angenommenen Sätzen: „Da Se. Majeſtät eine Tätigkeit, wie ich ſie bisher in dem politiſchen Leben Berlins ausgeübt habe, mit dem Amte eines Hofpredigers für unvereinbar halten, iſt es ſelbſtverſtändlich, daß ich dieſelbe aufgebe, ſolange Se. Majeſtät mir dies Amt anvertrauen. Nach den gemachten Erfahrungen habe ich auch zunächſt jede Freudigkeit verloren, den öffentlichen Kampf gegen den Umſturz auf politiſchem, ſozialem und religiöſem Gebiete in der bisherigen Weiſe fortzuſetzen. Es hat deshalb für mich unter den gegenwärtigen Verhältniſſen keine Schwierigkeit, ſondern entſpricht meiner Neigung, den politiſchen Parteikampf überhaupt für mich wie für die chriſtlich-ſoziale Partei einzuſtellen. Ich werde dieſen Teil meiner Tätigkeit andern überlaſſen, und meine Vorträge nach Thema, Inhalt und Ton ſo einrichten, daß ſie Sr. Majeſtät keinen Anſtoß geben können. Ich werde, wenn ich öffentlich zu reden habe, nur religiöſe, patriotiſche und ſoziale Gegenſtände beſprechen, und die letzteren nur ſoweit behandeln, als ſie unter

den Gesichtspunkt des Christentums, der Kirche und der inneren Mission fallen. Sollte ich später von Gewissens wegen mich veranlaßt sehen, im Interesse des Vaterlandes oder der Kirche den Kampf wieder aufzunehmen, so werde ich Sr. Majestät davon pflichtmäßige Mitteilung machen und Allerhöchstderselben alles weitere untertänigst anheimstellen."

„Ich bemerke noch, daß es sich lediglich um die Einstellung des Parteikampfes handelte, daß von der Judenfrage zwischen Herrn von Lucanus und mir nicht die Rede war und daß meine parlamentarische Tätigkeit von jeder Beschränkung ausdrücklich ausgenommen wurde."

„Man hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich mich damals überhaupt auf Unterhandlungen und Zugeständnisse eingelassen habe. Ich hätte, so sagt man, zwischen Stellung und Überzeugung zu wählen gehabt und die erstere vorgezogen. So liegt es jedoch nicht. Wie die Berliner Bewegung einmal gedacht war, durch und durch monarchisch, konnte sie gegen das ausgesprochene System des Monarchen nicht in der alten scharfen Weise weitergehen. Auch nachdem ich später, dem geistlichen Amt zu Ehren, meinen Abschied eingereicht und erhalten hatte, habe ich die Parteiagitation von ehemals nicht wieder aufgenommen; es wäre zwecklos gewesen, solange die gegenwärtigen politischen Verhältnisse bestanden."

Die gesamte Presse der Linken, besonders insoweit sie von jüdischen Redakteuren geleitet wurde, zeigte sich aufs höchste erfreut, daß endlich der von ihnen bestgehaßte Mann, der die Freisinnsherrschaft und den „Fortschrittsring" in Berlin so von Grund aus erschüttert hatte, zum Schweigen gebracht war. Nur die konservativen Blätter, „Kreuzzeitung" und „Reichsbote", und dann die neubegründete christlich-soziale Zeitung „Das Volk" traten warm für Stöcker ein, allerdings in dem Sinn, daß sie ihrerseits die Fortsetzung einer monarchischen Volksbewegung wider den Willen des Monarchen gleichfalls für aussichtslos ansahen, und den Mittelparteilern, die unermüdlich an Stöckers Sturz gearbeitet hatten, anheimgaben, nun zu zeigen, was sie könnten.

Am 11. Oktober gab Stöcker in der Tonhalle in einer christlich-sozialen Versammlung die Erklärung ab, daß er und seine Freunde „unter dem Zwang der politischen Lage" ihre öffentliche Tätigkeit einstellten. Die Freitagsversammlungen sollten aufhören. Im stillen wolle man weiterarbeiten, aber nicht öffentlich.

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß gerade das Jahr, in welchem die Stöckersche Volksbewegung aus politischen Gründen von oben her unterdrückt wurde, die große und segensreiche Wirkung dieser Bewegung auf kirchlichem Gebiet an den Tag brachte. Hatte auf politischem Gebiet die Bewegung nur nahe an den Sieg herangeführt werden können, so wurde auf kirchlichem Gebiet ein voller Sieg erfochten. Die Kirchenwahlen in Berlin brachten der Stadtsynode eine positive Mehrheit, was für das kirchliche Leben der Reichshauptstadt von weittragender Bedeutung wurde. Denn nun endlich konnten reiche Mittel herbeigeschafft, die großen Parochien zerschlagen, Kirche um Kirche gebaut, und Pfarramt auf Pfarramt errichtet werden.

Zu diesem Siege der Positiven in der Stadtsynode schrieb die „Evangelische Kirchenzeitung": „Trotz aller Zwischenfälle bezeichnet jedenfalls der 24. Juni 1889 einen denkwürdigen Wendepunkt im Leben der evangelischen Kirche von Berlin. Was man noch vor zehn, ja vor fünf Jahren für unmöglich hielt, ist geschehen: die unfruchtbare kirchliche Negation triumphiert nicht mehr, sie ist noch nicht besiegt, aber doch geschlagen. Das ist die Frucht ausdauernder treuer Arbeit im kleinen. Das Verdienst, unermüdlich zu derselben angeregt zu haben, kann dem Hofprediger Stöcker nicht genommen werden. Und wenn die politische Arbeit der kirchlichen zu Hilfe gekommen ist, und umgekehrt, so ist das in unsern Augen kein Unglück, sondern ein Vorzug. Gewiß hat das politische Moment mehr, als es den kirchlichen Leuten auf der Rechten lieb ist, in die Wahlen mit hineingespielt; aber um den politischen Bann zu brechen, der durch die Fortschrittspartei auf die kirchlichen Verhältnisse gelegt war, bot sich gar kein anderes Mittel, als die Zersprengung des Radikalismus zugleich auf politischem und kirchlichem Gebiete. Daß der erste wirkliche Sieg in Berlin in der Stadtsynode errungen ist, beweist doch den starken und gesunden christlichen Geist der Berliner Bewegung. Wer sich ein Jahrzehnt zurückerinnert, der weiß, daß damals ganz Berlin 2000 positiv-kirchliche Wähler stellte. Alles Predigen und Arbeiten der bedeutendsten Männer seit einem halben Jahrhundert hatte die Residenz nicht vor der Schreckensherrschaft des wüstesten Liberalismus behüten können. Es fehlte an Sammlung und Organisation, an Kampf und Angriff. Vielen Leuten ist freilich die Erkenntnis unbequem, daß die Verbindung von Religion und Politik, dies verhaßte Ding,

an dem Umschwung in Berlin mitgewirkt hat. Etliche würden, wie jener Allopath, der seinen Patienten homöopathisch geheilt sah, und ihn lieber allopathisch gestorben gesehen hätte, eine weitere Herrschaft der Linken diesem Siege vorziehen. Aber allmählich wird sich das Unbehagen verlieren, und die Sieger werden es in der Tat als ihre Pflicht ansehen müssen, überall rein kirchliche Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen."

Im August trat die lutherische sogenannte August-Konferenz warm für die Selbständigkeit der evangelischen Kirche ein. Als etwas später die sozialdemokratische Presse den englischen Kardinal Manning wegen seiner Beilegung des Londoner Dockarbeiterstreiks gewaltig lobte, und dabei die katholische Kirche hoch über die evangelische stellte, erwiderte der „Reichsbote", daß hier die Stellung der Kirche zum Staat das Entscheidende sei. „Während der katholische Bischof durch seine sozialpolitische Tätigkeit das Ansehen seiner Kirche hebt, wird der evangelische Hofprediger Stöcker staatlicherseits genötigt, seine sozialpolitische Tätigkeit einzustellen. Die katholische Kirche kommt durch ihre Freiheit hoch, während die evangelische durch ihre Verquickung mit dem Staat und den Mangel wirklich kirchlichen Regiments am Boden gehalten wird."

Im Juli tagte in Paris ein mit viel Lärm inszenierter internationaler Arbeiterkongreß. Aber es war „viel Lärm um nichts". In Frankreich waren die Possibilisten die herrschende Richtung, unter den Deutschen die Marxisten. Und die Engländer hatten noch mehr gesunden Menschenverstand, als mit dem Radikalismus vereinbar war. Man tagte gesondert. Das Resultat war Null.

XVI. 1890. Arbeiterschutzkonferenz in Berlin. Bismarcks Sturz. Gewerbegerichte.

Das Jahr 1890

war ein sehr bewegtes und ereignisreiches.

Bevor im Februar die Neuwahlen stattfanden, faßte zunächst der alte Reichstag am 25. Januar in seiner Schlußsitzung den Beschluß, das Sozialistengesetz (mit 169 gegen 98 Stimmen) abzulehnen. Für Annahme des Gesetzes unter Ausschluß des Ausweisungsparagraphen traten die Nationalliberalen und die

Mehrheit der Freikonservativen ein. Die Konservativen waren bereit, das Gesetz auch ohne den Ausweisungsparagraphen anzunehmen, wenn die Regierung erkläre, daß sie sich ohne denselben behelfen könne. Die Erklärung erfolgte aber nicht. Und so fiel das Gesetz. Offiziös erklärte die Regierung, sie könne sich mit dem, was der Reichstag biete, ablehnend oder annehmend abfinden. Die Verantwortung aber für die Verschlechterung des Sozialistengesetzes solle allein auf dem Reichstag haften bleiben; sie denke nicht daran, diese Verantwortung zu teilen.

Am 13. Januar wurde dem Kaiser ein amtlicher Bericht über die stattgehabte große Untersuchung der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse in den Bergrevieren überreicht.

In der Thronrede zur Eröffnung des Landtags wurden die Ausstände im Kohlenrevier beklagt, die „unter Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist und teilweise nicht ohne Gewalttätigkeiten stattgefunden haben." Die Regierung verhieß, ernste Beachtung allen „weiter hervortretenden Bedürfnissen" auf sozialem Gebiet zu schenken. Am 31. Januar wurde Fürst Bismarck von der Leitung des Ministeriums für Handel und Gewerbe entbunden und Oberpräsident v. Berlepsch, ein sozial gerichteter Staatsmann, an seiner Stelle ernannt.

Mitten in die Wahlbewegung hinein fiel am 5. Februar die Berufung der internationalen Arbeiterschutzkonferenz nach Berlin. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlichte folgenden kaiserlichen Erlaß:

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in

Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zutage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie, die Kabinette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen. Wilhelm. I. R.

Berlin, 4. Februar 1890.

An den Reichskanzler.

Weiter wurde folgender Erlaß publiziert:

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt, und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch

eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Austausch ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen, und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten, und mit den letzteren Fühlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrik-Inspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1869 bestanden hat. Zur Vorberatung dieser Frage will ich, daß der Staatsrat unter Meinem Vorsitze und Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stellung ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei der Regierung der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen. Wilhelm R.

Berlin, 4. Februar 1890.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten
und für Handel und Gewerbe.

Am 27. Februar brachte der „Reichsanzeiger" das Programm der internationalen Arbeiterschutzkonferenz, wie es von der deutschen Regierung durch Botschafter und Gesandte den auswärtigen Regierungen vorgeschlagen worden war. Dies Programm zerfällt in 6 Abschnitte:

I. Regelung der Arbeit in Bergwerken.

1. Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten a) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter, b) für weibliche

Perſonen? 2. Iſt für Bergwerke, in denen die Arbeit mit beſonderen Gefahren für die Geſundheit verbunden iſt, eine Beſchränkung der Schichtdauer vorzuſehen? 3. Iſt es im allgemeinen Intereſſe möglich, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu ſichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterſtellen?

II. Regelung der Sonntagsarbeit.

1. Iſt die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Notfälle vorbehalten, zu verbieten? 2. Welche Ausnahmen ſind im Falle des Erlaſſes eines ſolchen Verbotes zu geſtatten? 3. Sind dieſe Ausnahmen durch internationales Abkommen, durch Geſetz oder im Verwaltungswege zu beſtimmen?

III. Regelung der Kinderarbeit.

1. Sollen Kinder bis zu einem gewiſſen Lebensalter von der induſtriellen Arbeit ausgeſchloſſen werden? 2. Wie iſt das Lebensalter, bis zu welchem die Ausſchließung ſtattfinden ſoll, zu beſtimmen? Gleich für alle Induſtriezweige oder verſchieden? 3. Welche Beſchränkung der Arbeitszeit und der Beſchäftigungsart ſind für die zur induſtriellen Arbeit zugelaſſenen Kinder vorzuſehen?

IV. Regelung der Arbeit junger Leute.

1. Soll die induſtrielle Arbeit jugendlicher Perſonen, welche das Kindesalter überſchritten haben (I. II.), Beſchränkungen unterworfen werden? 2. Bis zu welchem Lebensalter ſollen die Beſchränkungen eintreten? 3. Welche Beſchränkungen ſind vorzuſchreiben? 4. Sind für einzelne Induſtriezweige Abweichungen von den allgemeinen Beſtimmungen vorzuſehen?

V. Regelung der Arbeit weiblicher Perſonen.

1. Soll die Arbeit verheirateter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeſchränkt werden? 2. Soll die induſtrielle Arbeit aller weiblichen Perſonen (Frauen und Mädchen) gewiſſen Beſchränkungen unterworfen werden? 3. Welche Beſchränkungen empfehlen ſich in dem Falle? 4. Sind für einzelne Induſtriezweige Abweichungen von den allgemeinen Beſtimmungen vorzuſehen und für welche?

VI. Ausführung der vereinbarten Beſtimmungen.

1. Sollen Beſtimmungen über die Ausführung der zu vereinbarenden Vorſchriften und deren Überwachung getroffen

werden? 2. Sollen wiederholte Konferenzen von Vertretern der beteiligten Regierungen abgehalten werden, und welche Aufgaben ſollen ihnen geſtellt werden?

Am 15. März begannen in Berlin im Reichskanzlerpalais die Verhandlungen der internationalen Arbeiterſchutzkonferenz unter dem Vorſitz des Miniſters v. Berlepſch. Als deutſche Vertreter nahmen teil Unterſtaatsſekretär Magdeburg, Fürſtbiſchof Kopp, Geh. Rat Lohmann, Frhr. v. Heyl, Herr Köchlin und andere. Vertreten waren außer Deutſchland 12 Staaten: England, Frankreich, Öſterreich, Italien, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Luxemburg, Spanien und Portugal.

Am 17. März wurde beſchloſſen, 3 Kommiſſionen zu wählen, die erſte für Bergwerksarbeit, die zweite für Sonntagsarbeit, die dritte für Frauen- und Kinderarbeit. Die Kommiſſionen haben auch fleißig getagt und ſich angelegentlich über die ſozialen Probleme unterhalten. Aber gemeinſame Beſchlüſſe wurden teils durch die Verſchiedenheit der Fabrikgeſetzgebungen, teils durch politiſche Abneigung unmöglich. So konnte man nur eine Anzahl „Wünſche“ formulieren, die im Ausland wenig Effekt gehabt haben, für Deutſchland aber in verſchiedenen Novellen zur Gewerbeordnung einigermaßen Durchführung gefunden haben.

Die formulierten „Wünſche“ der Konferenz gliederten ſich in 5 Gruppen. Für wünſchenswert wurde erklärt zu I u. a. Einſchränkung der Arbeitszeit in den Bergwerken, Verhütung von Streiks durch Schiedsgerichte; zu II Abſchluß eines internationalen Abkommens über die Sonntagsruhe; zu III, daß Kinder unter 14 Jahren von aller ſchädlichen Arbeit ausgeſchloſſen werden, erſt dann arbeiten ſollen, wenn ſie der Schulpflicht genügt haben, niemals länger als 6 Stunden beſchäftigt werden dürfen; zu IV, daß jugendliche Arbeiter über 14 Jahre nicht mehr als 10 Stunden und weder nachts noch Sonntags zu beſchäftigen ſind; zu V, daß Frauen und Mädchen nicht mehr als 11 Stunden bei mindeſtens 1½ Stunden Mittagspauſe arbeiten dürfen, Wöchnerinnen erſt vier Wochen nach der Entbindung. Am Schluß heißt es: „Es iſt wünſchenswert, daß die Beratungen der teilnehmenden Staaten ſich wiederholen zum Zweck der gegenſeitigen Mitteilung der Beobachtungen, welche bei der Ausführung der Beſchlüſſe der gegenwärtigen Konferenz gemacht worden ſind,

und um zu prüfen, ob Abänderungen oder Ergänzungen der letzteren wünschenswert sind."

Die hier in Aussicht genommene Wiederholung internationaler Konferenzen hat bisher nicht stattgefunden. Und unter denen, die der Meinung waren, es habe die Berliner Konferenz pro nihilo stattgefunden, steht Fürst Bismarck obenan. Am 11. Juli empfing er den Herausgeber des „Frankfurter Journals" Ritterhaus und erklärte ihm: „Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null; sie ist eine einzige Phraseologie; nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Überhaupt ist es Illusion, den Arbeiterschutz international zu machen."

Ganz ähnlich haben auch auswärtige Stimmen geurteilt. Aber dies Urteil kann gleichwohl als richtig nicht anerkannt werden. Der Gedanke, den Arbeiterschutz nach Maß und Grenze international zu vereinbaren, ist an sich ein richtiger, wenn er auch nicht von heute auf morgen Verwirklichung finden wird. Daß die Konferenz von 1890 scheiterte, lag vor allem daran, daß sie so ganz ungenügend vorbereitet war. Die Inszenierung war übereilt, die Vorbereitung durch den Fürsten Bismarck ohne Wärme nicht nur, sondern mit offensichtlichem Übelwollen vollzogen. Sollte je wieder ein Versuch gemacht werden, so dürfte man nicht große und allgemeine Programme, sondern nur einzelne spruchreife Fragen auf die Tagesordnung setzen.

Natürlich war der passive Widerstand Bismarcks dem Kaiser nicht entgangen. Am 5. März wohnte der Monarch dem Festmahl der Brandenburgischen Stände bei. In der Tischrede sprach er zunächst von der großen Verantwortung fürstlichen Berufs. Dann aber liefen die Worte in eine heftige Drohung aus gegen diejenigen, die sich seinen sozialpolitischen Plänen widersetzen möchten. „Wer mir auf diesem Wege widerstehen will, den zerschmettere ich." Niemand ahnte damals, daß der erste, der von dieser Drohung ereilt werden sollte, Fürst Bismarck selbst sein würde. Und doch geschah es. Noch mitten in die Konferenz hinein fiel die Demission des Fürsten Bismarck — 18. März. — Am 20. März wurde General v. Caprivi Kanzler. Zur Demission des Fürsten Bismarck meinten einige Blätter, er habe lieber die Eröffnung der Konferenz gar nicht erst abwarten, sondern vorher gehen sollen. Darauf erwiderte die N. A. Z. hochoffiziös, die Konferenz an sich bilde nicht den Grund seiner Demission, sondern staatsrechtliche Fragen. Fürst Bismarck sei Urheber der sozialen „Bot-

ſchaft“ und Schöpfer der ganzen bisherigen ſozialen Geſetzgebung. Auch die jetzt tagende internationale Konferenz ſei von ihm beim Kaiſer in Antrag gebracht worden.

Die formelle Richtigkeit dieſer Notiz wird kaum bezweifelt werden dürfen. Fürſt Bismarck hat ſich dem Kapitalismus gegenüber gewaltige Verdienſte erworben — er iſt der erſte Staatsmann der Welt, der wenigſtens auf einigen Punkten die Geldmacht geſchlagen, die Börſe beſiegt hat. Leider wollte er vorzeitig „Schicht machen“. Das war kurzſichtig. Und der Blick des Monarchen richtete ſich mit Recht auf neue, weitere Ziele. Nur entſprach leider dieſem Scharfblick nicht hinreichend die Ausdauer, die nötig geweſen wäre, um wirtſchaftlich und ſozial eine nachhaltige Reformbewegung durchzuführen. Man wollte die Feſtung im Sturm nehmen. Und als das nicht gelang, verlor man Luſt und Mut zu regelrechter Belagerung.

Parallel mit den Vorbereitungen zur Arbeiterſchutzkonferenz lief auch eine Wahlbewegung, bei der es ſich um Neuwahlen zum Reichstag handelte. Oder richtiger: der Konferenzplan wirkte auch auf die Wahlen ein. Im ganzen fand dieſer Plan bei allen bürgerlichen Parteien, auch bei den Freiſinnigen, Zuſtimmung. Aber die Wirkung war nicht ſtark genug, der Regierung einen Erfolg zu ſichern. Das Ergebnis der Wahlen am 20. Februar war ein Sieg der Linken, eine Zertrümmerung des ſogenannten Kartells. 67 Freiſinnige zogen in den Reichstag ein.

Am 6. Mai wurde der neugewählte Reichstag eröffnet. Die Thronrede ſtellte eine Umgeſtaltung der Gewerbeordnung im Sinne verſtärkten Arbeiterſchutzes in Ausſicht. Die Beſchlüſſe der internationalen Konferenz werden als erfreulich bezeichnet; ſie würden hoffentlich „auch für die Beziehungen der Völker untereinander nicht ohne einigende Frucht bleiben.“

Prof. v. Nathuſius beleuchtete die Wahlen des 20. Februar vom Standpunkt der Kirche aus und nahm ſie zum Anlaß, in der „Konſ. Monatsſchrift“ eingehend darzulegen, inwiefern der Mißerfolg, den Staat und Kirche durch Anwachſen der Linken, ſpeziell der Sozialdemokratie, erlitten, auch durch ein Defizit der Theologie mitverſchuldet ſei. Die ſozialen Begriffe von Eigentum, Ordnung, Brüderlichkeit würden durchweg von der ethiſchen Wiſſenſchaft nach veralteter Schablone behandelt. Es ſei eine Forderung der Zeit, ſie neu zu umſchreiben.

Neben dieſen theoretiſchen Aufgaben wies die höchſte kirchliche Behörde Preußens ihre Geiſtlichen auf die praktiſchen ſozialen Pflichten hin. Am 17. April 1890 forderte der evangeliſche Oberkirchenrat in einem viel kommentierten Erlaß die Paſtoren auf, ſich mit ſozialen Fragen zu beſchäftigen, die Bildung von Arbeitervereinen angelegentlich zu unterſtützen, darüber hinaus aber noch die Arbeiterverſammlungen zu beſuchen und mit Rede und Gegenrede Vorurteile zu zerſtreuen. „Überall wird die Aufgabe der Geiſtlichen ſein, die vorhandenen Notſtände ſcharf ins Auge zu faſſen und Abhilfe für dieſelben zu ſuchen.“

Der Erlaß wurde damals in den ſozial gerichteten Kreiſen freudig begrüßt, wenn man ſich auch nicht verhehlte, daß er viel zu weit ging, inſofern er ſozialpolitiſche Wirkſamkeit, zu der beſondere Ausrüſtung und Begabung nur einzelne Geiſtliche befähigen konnte, wahllos und ausnahmlos allen zumutete.

Aus der ſozialpolitiſchen Chronik ſind weiter einige Notizen zu verzeichnen:

Im Januar nahm im Reichstag eine konſervative Mehrheit ſo groß wie noch nie — 130 gegen 92 Stimmen — den Befähigungsnachweis an. Wie immer — vergeblich.

Am 21. Februar genehmigte der Bundesrat den Geſetzentwurf über Einführung von Gewerbegerichten. Dieſer Entwurf, eine Novelle zum Arbeiterſchutzgeſetz, wurde am 23. Juni vom Reichstag in zweiter Leſung angenommen — allerdings mit erheblichen Veränderungen.

Am 26. November brachte der Reichsanzeiger die Verordnung, welche das Invaliden- und Altersgeſetz zum 1. Januar 1891 in Kraft ſetzt.

Soweit der Staat als Arbeitgeber in Betracht kommt, wurden von Preußen weſentliche Erleichterungen den Arbeitern in den fiskaliſchen Waffenfabriken gewährt. Am 15. Februar empfing der Kriegsminiſter eine Abordnung der Arbeiter aus den Spandauer Werkſtätten und verhieß bedeutende Mittel zum Bau von Arbeiterwohnungen. Ferner wurde auf Befehl des Kaiſers in der Gewehrfabrik und Artilleriewerkſtätte an Stelle des 12—13-ſtündigen der 10 ſtündige Arbeitstag eingeführt.

Im Laufe dieſes Jahres bekam auch das ſoziale Vereinsweſen im evangeliſchen Lager neue Impulſe. Beſonders verſtimmt hatte hier der Umſtand, daß zur internationalen Konferenz Fürſtbiſchof Kopp geladen wurde, ein Mann, der ſich bis dahin

um soziale Dinge gar nicht gekümmert hatte, von evangelischen Geistlichen aber keine entsprechende Persönlichkeit. So beschloß man, sich entschiedener geltend zu machen.

Im April ließen Hofprediger Stöcker und Prof. Adolf Wagner Einladungen zu einem „Evangelisch-sozialen Kongreß" ergehen. Der Aufruf trug 600 Unterschriften; er sollte in der Pfingstwoche in Berlin stattfinden. Die Hauptmasse der Namen lieferte die konservative Partei des Ostens. Doch war auch der kirchliche Liberalismus durch einige Namen, z. B. den des Professors Harnack, vertreten. Das große Interesse bedeutete eine Besserung der Lage.

Im Mai fand der Kongreß statt unter großer Beteiligung. Stöcker und Wagner waren die Seele der Verhandlungen. Aus den grundlegenden Thesen 12 und 13 führen wir einige Sätze an: „Als ihre besondere Mission soll die Kirche ein Vereinsleben hervorrufen, das die öffentlichen Angelegenheiten, die kirchlichen, wie die vaterländischen und sozialen, in dem Licht des Wortes Gottes behandelt und neben der christlichen Gottesanschauung zur festen Überzeugung bringt... (es soll) der Versuch gemacht werden, regelmäßig oder bei gegebenen Gelegenheiten die Männer der Gemeinde zu Versammlungen zu berufen und an Familienabenden eine edle christliche Geselligkeit zu pflegen... Indem die Kirche so durch ihre amtlichen Organe und Tätigkeit, wie durch ihre freien Vereine und Arbeiten einen Einfluß auf das soziale Leben erstrebt... besinnt sie sich auf eine lange vergessene, in der Gegenwart unerläßliche Aufgabe, die als ihre öffentliche Mission bezeichnet werden kann."

Natürlich fehlte es diesem Vorgehen nicht an Gegnerschaft aus kirchlichen Kreisen. Die Liberalen fürchteten die Volkstümlichkeit einer zugleich sozialen und positiven Kirche, die stark konfessionellen Kreise opponierten aus doktrinären Gründen.

Bezeichnend für das Wachstum des sozialen Interesses war es wohl, daß 4 kirchliche Kongresse, der Jahrestag des Evangelischen Bundes in Stuttgart (23. September), der Kongreß für Innere Mission in Nürnberg (17. Sept.), die lutherische Konferenz in Hannover (7. Oktober) und der Evangelische Schulkongreß in Erfurt (30. September) sich alle mit der sozialen Frage beschäftigten. Wenn aber die Praktiker in Nürnberg reformfreudig waren, so vertraten die Lutheraner in Hannover die doktrinäre Bedenklichkeit. In Stuttgart war für das Thema „Reformation

und soziale Frage" Beyschlag Referent, Weber Korreferent. Beyschlag verschanzte sich hinter die „Schwierigkeit" der Sozialwissenschaft.

Über die Thesen Beckers in Hannover schrieb Nathusius: „Sie besagen, kurz zusammengefaßt, daß die christliche Ethik nicht für das Leben, sondern nur für die Studierstube, die Hörsäle und die Kirchenwände da sei."

„Alle volkswirtschaftlichen Prinzipien wurzeln in der Ethik. Die Ethik aber — wenigstens die unsrige — wurzelt im Christentum." — Nathusius fügt hinzu, daß er freilich in den theologischen Lehrbüchern der Ethik über die Begriffe Gesellschaft, Wirtschaft usw. — — nichts gefunden habe!

Wenn aber der Evangelisch-soziale Kongreß ein Erfolg war, so ging die vormals so starke Berliner Bewegung immer mehr zurück; sie war durch die Bismarckschen Kartelltreibereien ruiniert. Die Mittelparteien, denen Wagner und Stöcker das Feld überlassen hatten, machten völlig Bankerott, waren rat- und hilflos und mußten schließlich die Leitung im 1. und 2. Wahlkreis den Konservativen zurückgeben.

Ein Zeichen der Zeit und der Stimmung am Hofe war es auch, daß, als Dr. Dryander zum Vertreter des erkrankten Oberhofpredigers Kögel berufen wurde, die Hofprediger Stöcker und Schrader ihren Abschied einreichten und denselben glatt bewilligt bekamen.

Für den Fortgang der sozialen Bewegung hat Stöckers Verabschiedung (29. Oktober) kein Hemmnis gebildet. Im Gegenteil — er hatte nun die Arme noch freier als früher, und konnte als Leiter der Berliner Stadtmission, deren Arbeit er nun mit ganzem Eifer förderte, in ungehinderter Weise seine kirchliche und seine soziale Wirksamkeit verbinden. Stöcker hielt auch nach dem Ausscheiden aus dem Pfarramt daran fest, daß er nicht Berufspolitiker, sondern Pastor sei, und daß er auch politische und soziale Arbeit nur als evangelischer Pastor leiste.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahr die alte, obschon am 1. Oktober das Sozialistengesetz erlosch und die Ausgewiesenen in ihre Heimat zurückkehren durften. Im Berliner Stadtparlament gewann sie 7 Mandate, so daß sie nun über 11 verfügte.

Der rote Parteitag wurde vom 13. bis 18. Oktober in Halle a.S. abgehalten und verlief unerheblich. Bebel hatte schon im August

in einer Volksverſammlung vor revolutionären Mitteln gewarnt. „Die herrſchenden Klaſſen warten nur auf den Augenblick, wieder mit Zwangsmitteln gegen uns vorgehen zu können.“ Übrigens brauche man ſeine Ziele nicht darzulegen: „Unſere Forderungen der Zukunft, den ſozialiſtiſchen Staat, können wir den Gegnern im Parlament nicht ſchildern. Das hieße Perlen vor die Säue werfen! Jene würden uns auslachen und noch mehr unſere Gegner werden.“ Bebel rät, ſich auf „Kritik der Verhältniſſe“ zu beſchränken. — Ganz ähnlich ſchwadronierte Liebknecht: „Haben wir erſt das Volk hinter uns und die Mehrheit im Reichstage, dann muß ſich entweder der Staat in einen ſozialdemokratiſchen verwandeln, oder es gibt eine furchtbare Kataſtrophe, bei der aber der Sozialismus als Sieger hervorgehen wird.“

Liebknecht redet nun wohl von „einer völligen Umgeſtaltung der Produktionsweiſe“. Aber es fehlt jede Andeutung, wie das geſchehen ſoll. Handelt ſichs nur um die Großinduſtrie, oder auch um das Handwerk, um Bauern, Büdner und Häusler? Oder gar um Phalanſteren?

Im „Volksblatt“ ſchrieb Liebknecht: „Haben wir die Klinke der Geſetzgebung erſt in der Hand, dann wollen wir unſeren Gegnern bald zeigen, wie es gemacht wird. Sicherlich werden wir nicht ſo ratlos daſtehen, wie ſie, die vor den einfachſten ſozialen Problemen erſtaunt und verdutzt daſtehen, wie die Kuh vor dem neuen Scheunentor.“

Auf dem Parteitag wurde von naiven Mitläufern „ein Broſchürchen über den Zukunftsſtaat“ gefordert, aber nicht bewilligt.

Intereſſe bot in Halle höchſtens der bekannte Kampf zwiſchen Alten und Jungen. Die Alten ſiegten, aber ſie ſiegten nur dadurch, daß ſie vollen Radikalismus zur Schau trugen. Bisher war die Leiſetreterei oft von den Führern als beſonders ſchlaue Praxis empfohlen worden, namentlich auf religiöſem Gebiet. Jetzt legte Liebknecht mit verblüffender Offenheit die Ziele der Stürmer dar. Zunächſt ſoll die Monarchie beſeitigt werden; an ihre Stelle tritt die Republik. Stürzt der Staat, „ſo fällt auch die Kirche.“ Das Eigentum wird abgeſchafft, Grund und Boden wird Gemeingut. Ob dieſe Abſichten auf geſetzlichem oder ungeſetzlichem Wege verfolgt werden, iſt „eine ziemlich gleichgültige Frage.“ Die Beſitzenden ſind „als Klaſſe“ Gegner des Arbeiterſtandes. Nur einzelne gelangen durch „hohe Einſicht“ auf Lieb-

Digitized by Google

knechts Standpunkt, „alle Autoritäten im Himmel und auf Erden“ zu leugnen.

Singer bezeichnete die Invaliden- und Altersversorgung als „Bettelpfennig“.

Im preußischen Abgeordnetenhause gab es eine große Judendebatte. Stöcker interpellierte den Kultusminister über den „Fall Boretius“ — eine Berliner Schulvorsteherin, Fräulein Boretius, hatte sich der vollen Verjudung ihrer Schule widersetzt und wurde darum vom gesamten Judentum bitter verfolgt und bedroht. Kultusminister v. Goßler stand Stöcker bei und ergänzte die erschreckende Statistik unserer Gymnasien und Hochschulen. Reformen würden „erwogen“. Natürlich brach ungeheures Wehklagen in Israel aus, zumal Stöcker auch noch am Ordensfest dekoriert wurde. Aber dieser, wie alle späteren antisemitischen Vorstöße, verpufften in leere Luft. Der einzige Staatsmann, der die Kraft gehabt hätte, einen Kampf mit dem Judentum zu bestehen, wollte diesen Kampf nicht, saß jetzt auch still im Sachsenwalde. Von seinen Nachfolgern hat aber keiner eine so gefestigte Stellung gehabt, daß er diesen Kampf hätte wagen können.

XVII. 1891. Ära Caprivi.

Das Jahr 1891

war nach Seite der Gesetzgebung nicht ergiebig.

Im Januar liefen Sozialdemokratie und Freisinn verbündet Sturm gegen die Agrarzölle. Die Anträge wurden aber mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Landwirte betonten, daß, wenn man ihnen starke soziale Verpflichtungen auflege, von denen im Ausland keine Rede sei, sie auch durch Zollschutz in den Stand gesetzt werden müßten, diese Lasten zu tragen. Leider zeigte der Kanzler Caprivi nicht volles Verständnis für diese Notwendigkeit.

Am 12. Januar trat der preußische Landtag zusammen. Die Neuorganisation der Fabrikinspektion wurde in einer Denkschrift zum Etat des Handelsministeriums eingehend erläutert. Die Fabrikinspektion wird zur Gewerbeinspektion erweitert. Bei jeder Regierung wird ein Regierungs-Gewerberat fungieren; die Regierungsbezirke werden in Gewerbeinspektionsbezirke eingeteilt und jedem Bezirk ein Inspektor vorgesetzt.

Im Oktober 1891 wurde ein Trunksuchtsgesetz als Reichstagsvorlage publiziert. Die Sozialdemokraten nahmen das Gesetz mit der üblichen schimpfenden Kritik auf: es sei ein Klassengesetz, das nur die Armen treffe, die Reichen frei lasse, Polizei könne die Menschen moralisch nicht bessern.

Im Juni reichte der verdienstvolle preußische Eisenbahnminister Maybach, der mit großer Umsicht die Verstaatlichung der Eisenbahnen, also ein Stück praktischen Sozialismus durchgeführt hatte, seinen Abschied ein. Es waren die rheinischen Kapitalisten, die ihn stürzten. Die Zechen hatten kolossale Forderungen für Lokomotivkohlen gestellt. Maybach lehnte sie als zu hoch ab. Gleich darauf brach ein von den Zechen geförderter Streik aus, der ihnen gestattete den geforderten Preis als Marktpreis zu erweisen. So mußten die Direktionen bewilligen, und Maybach ging. Darob großer Jubel an der Börse, über die Maybach das bekannte Schlagwort vom „Giftbaum" geprägt hatte.

Am Schluß des Jahres tagte die Preußische Generalsynode. Zum Schluß derselben gab Stöcker ein Referat über die Aufgabe der Kirche auf sozialem Gebiet. Nathusius schrieb darüber: „Nie ist wohl in der fast 4 Wochen dauernden Tagung eine so lange Rede mit solcher lautlosen Spannung und Andacht gehört und jedenfalls kein so lebhafter allseitiger und andauernder Beifall gespendet worden. Ohne jede Diskussion wurde die von Stöcker empfohlene Resolution einstimmig angenommen. Wir waren hier an das Herz der kirchlichen Arbeit gelangt. In der Resolution ist die evangelische Kirche aufgefordert, angesichts der Zerrüttung und ihrer sittlich-religiösen Begleiterscheinungen, ihre gesamte Arbeit an der Volksseele ernst zu prüfen und immer volkstümlicher zu gestalten. Es wird dann diese Forderung spezialisiert in bezug auf die Geistlichen, die Gemeindekirchenräte, die kirchlichen Oberen und die theologischen Fakultäten, und zum Schluß der evangelische Oberkirchenrat aufgefordert, einen einmaligen außerordentlichen sozialen Friedensbettag einzurichten, an dem die vorgetragenen Bitten der Generalsynode vor die Gemeinden, und die Versöhnung der Stände betend vor den Thron Gottes gebracht werden sollen. — Die einstimmige Annahme der Resolution, mit dieser praktischen Spitze, war zum Schluß der ganzen Verhandlungen ungewöhnlich geeignet."

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahre die alte; ihren Machthabern gelang es wiederum, die Versuche einiger ver-

ständigeren Elemente, an Stelle des blinden Radikalismus wirklich Politik zu treiben, brutal zu unterdrücken. Am 1. Juni hielt der Abg. v. Vollmar in München eine verhältnismäßig vernünftige Rede. Internationale Brüderlichkeit hebe die nationalen Pflichten nicht auf. Wenn das Vaterland angegriffen werde, würden die Sozialdemokraten nicht die letzten sein, es zu verteidigen. Die Partei müsse nun ehrlich halten, was sie vor Aufhebung des Sozialistengesetzes zugesagt, und sowohl mit den gegnerischen Parteien, wie mit der Regierung verhandeln.

Mit diesen lobenswerten Vorsätzen kam aber Herr v. Vollmar nicht weit. Im Gegenteil wurde der am 14. Oktober in Erfurt begonnene Parteitag zu einer bitteren Abrechnung mit ihm und seinen Freunden.

Schon lange vor dem Parteitag brachte der „Vorwärts" einen neuen Programmentwurf. Die Hauptsache desselben war ein Protest gegen den „Staatssozialismus". — „Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sog. Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt."

Diese Angst vor dem Staatssozialismus rührte teils aus dem Kummer über das Staatsbahnsystem her, teils daraus, daß es einigen Genossen, die sich nicht immer wieder den Vorwurf machen lassen wollten, die Sozialdemokratie wisse nicht, was sie wolle, endlich gelungen war, den Zukunftsstaat auf die Tagesordnung des Parteitages zu bringen. Speziell hatte ein schlesischer Ingenieur, namens Köhler, diskutierbare Vorschläge ausgearbeitet, wie die Sozialisierung des „Klassenstaats" angegriffen und durchgeführt werden könnte.

Aber die „Jungen" hatten absolut kein Glück in Erfurt. Wohl kam es zu einem großen Gefecht zwischen Vollmar und Bebel, zwischen Köhler und Liebknecht. Aber der Sieg blieb bei den Alten. Köhler wurde von Liebknecht einfach enthauptet; er habe „keinen Begriff" vom Sozialismus, sei ungeheuerlich und albern. Die Frage werde erst entschieden werden in jenem Moment, „in dem sie zu unserer Entscheidung steht". Nicht so leicht wurde man mit Vollmar fertig, dessen großen Anhang in Bayern man fürchtete. Vollmar lehnte alle Utopien ab, er glaube an den achtstündigen Arbeitstag, aber nicht an das tausendjährige Reich.

Bebels Kladderadatsch-Prophezeiungen verhöhnte er als „Ideen verzückter Ekstatiker“ und als „Prophezeiungen à la Schäfer Thomas“. Und sogar wollte Vollmar „auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung“ vorgehen. Aber hinter den relativ vernünftigen Worten stand kein Charakter. Als auch Liebknecht gegen ihn loszog, ihm „dummes Zeug“ vorwarf und viel vom Hinauswerfen die Rede war, fiel Vollmar um. Nachdem man sich 5 Tage lang beschimpft hatte, wurde das Programm der Alten en bloc angenommen. Zu der Annahme bemerkte der jüdische Vorsitzende Singer: „Indem Sie das Programm einstimmig angenommen haben, haben Sie erklärt, daß es auf der Höhe der Wissenschaft stehen muß.“ Und der „Vorwärts“ erklärte, nun sei der Tag nicht fern, „an dem die sozialistische Gesellschaft allen Leiden der Menschheit ein Ende macht.“

Das neue Programm legt einleitend die Verelendungstheorie in ganz übertriebener Weise dar, fordert weiter die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, ohne daß ein Wort darüber verloren würde, wie denn diese „Verwandlung“ vor sich gehen könnte. Unter den „zunächst“ für die Gegenwart erhobenen Forderungen findet sich die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auch auf die Frauen, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den Schulen, Unentgeltlichkeit der Rechtsbeistände, Unentgeltlichkeit der Ärzte und Heilmittel, und dann unter Abschaffung aller Zölle und indirekten Abgaben eine progressive Einkommensteuer, um alle „Unentgeltlichkeiten“ zu bezahlen. Auch die gesamte Arbeiterversicherung soll noch vom Reich übernommen, also auch „unentgeltlich“ gemacht werden.

Bei den Wahlen im Königreich Sachsen am 13. Oktober stieg die Zahl der Sozialdemokraten von 4 auf 7.

Am 28. und 29. Mai fand in Berlin die zweite Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses statt, die glänzend verlief und den Beweis lieferte, daß bei beiderseitigem guten Willen ein Zusammenarbeiten der positiven und der liberalen Christen auf dem sozialpolitischen Felde nicht ganz unmöglich wäre. An den Verhandlungen beteiligten sich Stöcker und Wagner und ihre Freunde einerseits und Harnack, Baumgarten, Hermann, Göhre andrerseits. Und kein Mißton trübte die Gemeinschaft, trotzdem man auch die heikle Frage der Landarbeiter behandelte. Stöckers

Theſen über Individualismus und Sozialismus wurden einſtimmig angenommen. Göhre legte ein Arbeitsprogramm vor, das man gleichfalls guthieß. Es wurden nicht nur Verſammlungen geplant, ſondern Broſchürenſammlung, Korreſpondenzblatt, Kurſe, Auskunftsſtellen u. a. m. Den Schlußdank ſprach Harnack, das Schlußgebet Stöcker.

Die Berufung des Kandidaten Göhre zum Sekretär des Kongreſſes hatte ihren Grund in einem Buch, welches Göhre im Januar 1891, unter dem Titel: Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksburſche. Eine praktiſche Studie von Paul Göhre, Kandidaten der Theologie (Leipzig, Grunow), hatte erſcheinen laſſen. Dieſes Buch beruhte auf den Beobachtungen, welche Göhre in einer großen Chemnitzer Maſchinenfabrik gemacht hatte, in der er unerkannt drei Monate als einfacher Fabrikarbeiter zugebracht hatte, um die innerſten Gedanken der Arbeiter, ihre Freuden und Leiden, ihre Bedürfniſſe und Hoffnungen aus eigener Anſchauung kennen zu lernen. Infolge dieſer Entſtehungsart enthielt das Buch vieles, was intereſſierte, weil es unmittelbar aus dem Leben geſchöpft war. Dem Verfaſſer aber wurde es trotzdem zum Unſegen. Er wurde ſchnell berühmt, Generalſekretär des Evangeliſch-ſozialen Kongreſſes, bevor er einen feſten kirchlichen und ſozialpolitiſchen Standpunkt gewonnen hatte. Die Folge war, daß nicht er die Sozialdemokratie beſiegte, ſondern die Sozialdemokratie ihn. Göhre wollte der Umſturzpartei „das materialiſtiſche Rückgrat ausbrechen". Aber die Partei brach ihm das „chriſtliche" Rückgrat aus, nachdem er ſpäter ganz zu ihr übergetreten war. Dabei machte er noch die trübſten Erfahrungen hinſichtlich der Behandlung, die er als Akademiker von rohen und brutalen „Genoſſen" zu erdulden hatte.

Auch zur ländlichen Arbeiterfrage erſchien eine vielbeachtete Broſchüre: Die ſoziale Not der ländlichen Arbeiter und ihre Abhilfe. Von W. Quiſtorp. (Leipzig, Grunow.) Der Verfaſſer deckt in dieſer Schrift die vorhandenen Schäden ſehr freimütig auf: geringe Löhne, übertriebene Arbeitszeiten, kein Sonntag. Weniger glücklich ſind aber ſeine poſitiven Vorſchläge.

Von ernſt chriſtlichen Geſichtspunkten ausgehend, kam zu peſſimiſtiſchen Schlüſſen ein kleines Buch: Wird die Sozialdemokratie ſiegen? Ein Blick in die Zukunft dieſer Bewegung. Von Leopold von Kunowski, Landgerichtspräſident. (Bielefeld, Velhagen & Klaſing.)

In der Berliner Bewegung wuchs der Wirrwarr, da niemand bei den Konservativen wußte, wer Koch und wer Kellner war. Ein opportunistischer linker Flügel unter dem im Grunde mehr liberalen als konservativen Herrn v. Helldorff, und ein rechter Flügel unter dem klugen aber unbeliebten Herrn von Hammerstein dem Leiter der Kreuzzeitung, lebten in bitterer Fehde. Helldorff hatte sich im „Deutschen Tageblatt" ein Organ seiner Richtung als Gegenblatt gegen die Kreuzzeitung geschaffen. Aber er geriet in Schwierigkeiten. Hammerstein erfuhr das, kaufte das „Deutsche Tageblatt", und ließ es in der Kreuzzeitung aufgehen. Helldorff gründete dann noch ein „Konservatives Wochenblatt" und engagierte als erste Mitarbeiter den jüdischen Schriftsteller Julius Rodenberg und den unchristlichsten aller Philosophen, Eduard von Hartmann. Aber auch dies Unternehmen mißlang. Helldorff wurde von der konservativen Partei ausgeschlossen, und sein Blatt verschwand vom Erdboden.

XVIII. 1892. Kleine Fortschritte.

Das Jahr 1892

brachte neue größere Gesetze nicht, dagegen Ausführungsbestimmungen und Ergänzungen der großen Sozialgesetze.

Anfang Februar erließ der Minister der öffentlichen Arbeiten Bestimmungen über die Bildung von Arbeiterausschüssen bei den Eisenbahnen, die in immerhin eng gezogenen Grenzen als beratende Instanz gehört werden sollten. Leider hat diese frei und richtig gedachte Institution unter den Nachfolgern nicht die Fortbildung und Bedeutung gewonnen, die sie bei rechter Handhabung hätte gewinnen können.

Am 19. März wurde nach mehrtägiger Beratung eine Novelle zum Krankenkassengesetz in dritter Lesung angenommen, welche die Versicherungspflichten der Arbeiter noch genauer umschrieb und strittige Fragen zwischen Zwangskassen und freien Hilfskassen regelte. Am 16. Juni veröffentlichte der „Reichsanzeiger" eine Verordnung des preußischen Ministers des Innern und des Handelsministers über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Es handelte sich wesentlich um Regelung der gesetzlichen Ausnahmestunden, bzw. einzelner freigegebener Gewerbe oder Betriebe.

Am 26. März ging dem Reichstag ein Regulativ zu für Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik, mit dem Anheimgeben nach § 2 sechs Beisitzer zu wählen, während der Bundesrat andere fünf ernennen sollte, wozu noch ein vom Kanzler zu ernennender Statistiker und ein Vorsitzender hinzukämen. Die Kommission sollte befugt sein, Auskunftspersonen zu vernehmen.

Am 1. Mai trat auf Grund des Gesetzes vom 1. Juni 1891 die Bestimmung in Kraft, daß in jeder Fabrik, in der mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, eine Arbeitsordnung auszuhängen ist. Die Arbeitsordnung soll Bestimmungen enthalten über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Kündigung und Entlassung, Strafen, Verwendung des Strafgeldes u. a. m. Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung müssen die beteiligten Arbeiter gehört werden.

Am 14. Januar wurde der Landtag eröffnet. In der Thronrede hieß es: „Durch die Novelle zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Juni 1891 ist das seitherige Maß des gesetzlichen Arbeiterschutzes wesentlich erweitert worden. Die auf die Sonntagsruhe der Arbeiter sowie auf die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und erwachsener Arbeiterinnen bezüglichen Bestimmungen der Novelle finden auch auf den Bergbau unmittelbar Anwendung. Bei anderen durch das Reichsgesetz neu geordneten Gegenständen aber hat die Rücksicht auf die Eigentümlichkeit des bergbaulichen Betriebes es zweckmäßig erscheinen lassen, die landesgesetzliche Regelung vorzubehalten. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird dem Landtage alsbald zugehen".

Am 22. November wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, die sozialpolitische Erklärungen nicht enthält. Das wichtigste Gesetz, das vorgelegt wurde, war eine Militärvorlage welche die Dienstzeit der Fußtruppen auf zwei Jahre herabsetzte.

Im Juni 1892 beschloß der preußische Landtag ein Tertiärbahngesetz, durch welches dies Gebiet dem Privatkapital zur Ausbeutung überwiesen wurde, wo doch die beste Gelegenheit bestand, diese neue Verkehrsindustrie an das Netz der Staatsbahnen anzuschließen. Leider ließ die Rechte diese Gelegenheit, das Staatsbahnnetz konsequent auszubauen, wieder ungenutzt vorübergehen.

Auf eine Interpellation des Zentrums in Sachen des Handwerkerschutzes erklärte wieder einmal der Staatssekretär des Inneren die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis für aussichtslos.

Digitized by Google

In der konservativen Partei kam es endlich in diesem Jahre zur Krisis. Der völlig unkonservative und ganz unsoziale Herr von Helldorff, der jahrelang eine große Rolle als „Führer" gespielt hatte, brachte den Minister Grafen Zedlitz und ein christliches Volksschulgesetz zu Fall. Das war selbst den gleichgültigen und unentschlossenen Elementen der Partei zu arg, und man schloß ihn aus, ging auch zur Beratung eines neuen Programms über. Am 8. Dezember fand ein Parteitag statt, der das Programm einstimmig annahm. Artikel 8 desselben, der noch heute in Kraft ist, bekennt sich zur sozialen Botschaft von 1881 und zum praktischen Christentum. Die großen Versicherungsgesetze bedurften aber der Vereinfachung. Neben Fürsorge für die Arbeiter sei Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land dringende Aufgabe, daneben „Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals". Ferner wird Kampf gegen „den zersetzenden jüdischen Einfluß" gefordert und christliche Obrigkeit wie christliche Lehrer für christliche Kinder verlangt.

In der Osterwoche tagte der Evangelisch-soziale Kongreß zum drittenmal. Pfarrer Naumann referierte über „Christentum und Familie" und Professor Adolf Wagner über „Das neue Programm der Sozialdemokratie". Wagner wies nach, daß dem Erfurter Programm ein Glaubenssatz, der Marxismus, zugrunde liege. Man wolle die schwierigsten und verschiedenartigsten Probleme mit einer einzigen Formel lösen. Jede tiefer gehende Untersuchung zeige aber ungeheure Schwierigkeiten für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und es fehle jeder Nachweis, daß die radikale Umgestaltung der Produktion nicht andere, neue, vielleicht größere Mißstände zeitigen werde. Der zweiundeinviertelstündige geistvolle Vortrag fand stürmischen Beifall.

Auf dem Kongreß selbst machten sich Mißtöne unter den verschieden gerichteten Mitgliedern noch nicht geltend. Aber nach Ablauf der Tagung wurde zum erstenmal in den Blättern der Rechten Klage geführt, daß die Linke sich ungebührlich breitgemacht habe; die Rechte begann, sich zurückzuziehen. Speziellen Anstoß hatten allerlei radikale Äußerungen Naumanns zur Frauenfrage erregt.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahre ganz die alte, tot und unfruchtbar für den sozialen Fortschritt. Wohl hielt der beredte Herr v. Vollmar auch in diesem Jahre wieder eine relativ verständige Rede zur Maifeier; er wolle keine Zu-

kunftsſtaatsträumerei. Die Feier ſolle für Denkende nicht ein Akt des Haſſes und der Gewalttat ſein, ſondern ein Akt von Hoffnungen für die leidende, ringende Menſchheit. Dabei blieb aber Vollmar eng verbunden mit denjenigen Sozialdemokraten, die nichts als Haß und Gewalttat predigen, und gab damit eine neue Probe ſeiner Charakterloſigkeit.

Vom 14. bis 21. November fand der ſozialdemokratiſche Parteitag in Berlin ſtatt. Man nahm eine große Reſolution gegen den Antiſemitismus an. Die vom Kapitalismus bedrängten bürgerlichen Schichten verkennten die eigentliche Urſache ihrer Lage. „Das jüdiſche Ausbeutertum“ ſei nur eine Nebenerſcheinung, der Kampf dagegen erfolglos, weil die Ausbeutung des Menſchen durch den Menſchen nichts ſpezifiſch Jüdiſches ſei. Nur die Verwirklichung des Sozialismus könne dem ſozialen Elend ein Ende machen.

Im übrigen zeitigte der Parteitag eine Flut von boshaftem Zank, obſchon „Die neue Zeit“ den Tag begrüßt hatte, als den „ruhenden Pol in der Erſcheinungen Flucht, in dem wirbelnden Totentanz, worin eine abſterbende und verfaulende Geſellſchaft ihre letzten Kräfte vertobt“. Intereſſant war der Kampf Liebknechts um ſein Gehalt von 7200 Mark. Er erklärte mit dieſem Gehalt nur auskommen zu können, weil er Nebeneinnahmen habe. Wolle man ihm ſtreichen, ſo ſtreike er. Das Gehalt ward dann anſtandslos bewilligt, obſchon die Sozialdemokratie grundſätzlich geiſtige und körperliche Arbeit gleich bewerten will.

Hinſichtlich der Maifeier beſchloß man, daß ſie fortan nicht aus einer Arbeitsniederlegung für den ganzen Tag beſtehen ſolle, ſondern nur aus einer Abendfeier. Man goß alſo Waſſer in den Wein, da zuviel Arbeitgeber ſich der törichten Feier mit Recht entgegenſtellten und ihrerſeits auf willkürliche Arbeitsniederlegung mit mehrtägiger Ausſperrung antworteten.

Auch in ſozialpolitiſcher Hinſicht Erwähnung verdient es, daß Ende 1892 das rheiniſch-weſtfäliſche Kohlenſyndikat begründet wurde.

Humor lag darin, daß die Manchesterblätter die Sache förderten und der „ſyſtematiſchen Regelung der Produktion“ das Wort redeten. Da in Wahrheit die Syndikaliſten gar nicht daran denken, für das Gemeinwohl zu ſorgen, bzw. Kriſen vorzubeugen, ſondern nur danach ſtreben, die Preiſe im Inland (ev. auf Koſten billiger Ausfuhr) recht hoch zu halten und auch für ſchlechte

Zeiten zu sichern, so war die Begeisterung der Liberalen schon an sich kurzsichtig, vollends aber, wenn man daran denkt, daß nichts einer späteren Sozialisierung der Produktion so vorarbeitet, als die Vertrustung. Schließlich wird das von den Trusts geplünderte Volk nach dem Staatsmonopol als dem Retter vom Privatmonopol rufen.

XIX. 1893. Die sozialpolitischen Richtungen scheiden sich.

Das Jahr 1893

war bedeutsam durch die immer stärker sich vollziehende Scheidung der sozialen Parteirichtungen, deren man damals etwa vier unterscheiden konnte: die unfruchtbare Sozialdemokratie, die den Marxismus immer mehr als unfehlbares Dogma behandelte; eine sozialpolitische Sturm- und Drangrichtung teils christlich-sozialer Idealisten (bezeichnet durch die Namen der Pastoren Naumann, Schall, v. Wächter, Göhre), teils antisemitischer Demagogen (bezeichnet durch die Namen Ahlwardt, Böckel, Förster, Henrici u. a. m.); eine konservativ-monarchische Richtung besonnener Sozialreform (vertreten durch die Namen Adolf Wagner und Stöcker); endlich die Richtung des im allgemeinen christlich und sozial orientierten Konservatismus, der aber, ängstlich geworden durch die zahllosen antisemitischen und christlich-sozialen Entgleisungen, doch immer mehr von der Reform abrückte.

Vom 3. bis 8. Februar fanden im Reichstag große sozialpolitische Debatten statt. Bei diesen handelte es sich wesentlich darum, die Sozialdemokratie zur positiven Darlegung ihrer Ziele zu drängen, was sie natürlich verweigerte. Bei dieser Debatte führte noch Stöcker im Namen der Konservativen das Wort und schloß eine längere mit großem Beifall aufgenommene Rede mit den Worten: „Sie (die Sozialdemokraten) haben nichts, sie wissen nichts, sie können nichts!“ Der katholische Sozialpolitiker Hitze begegnete der bekannten Ausrede der Sozialisten, man wolle nicht Revolution, sondern Evolution, mit der Frage: „Wozu denn eine Kampfpartei, wenn alles von selbst kommt?“ — Sehr breit wurde die Möglichkeit des Sparens erörtert. Liebknecht behauptete, der Arbeiter, der spare, spare auf Kosten seiner Lebenshaltung und verurteile sich selbst zum Hungertode — was namentlich für

jugendliche Arbeiter, die oft sehr reichlich verdienen, eine große Übertreibung war. Auch Eugen Richter kam mit Bebel hart aneinander über den Staatszwang im Zukunftsstaat:

Richter: Brauchen Sie eine Zwangsgewalt?

Bebel: Nein!

Richter: Wer soll aber die Arbeit tun, wenn es keine Arbeiter gibt?

Bebel: Wer nicht arbeitet, bekommt nichts zu essen!

Richter: Das ist ja der Zwang zur Arbeit bei Strafe des Verhungerns!

Am 6. Mai wurde der Reichstag wegen Ablehnung der Militärvorlage aufgelöst. Am 15. Juni fanden Neuwahlen zum Reichstag statt, die den Parteien der Rechten nicht unerheblichen Zuwachs brachten. Am 4. Juli wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher die Sozialpolitik keine Erwähnung findet. Der Reichstag nahm die Militärvorlage an und machte dann Ferien.

Im November wurde die Wintertagung mit einer Thronrede eröffnet, die nur von volkswirtschaftlichen und finanziellen Dingen sprach, und leider auch diese Gebiete nicht so behandelte, wie man es im Hinblick auf eine gesunde Sozialpolitik hätte wünschen mögen. General von Caprivi erwies sich immer mehr als ein Kanzler, der viel guten Willen, aber wenig Verständnis für innere, besonders soziale Fragen hatte. So lag die Gesetzgebung nicht bei ihm, sondern bei der bureaukratischen Routine der Geheimratswelt, die zu starkem Bruchteil manchesterlich liberal war. Es wäre so leicht gewesen, die Deckungsfrage der Militärausgaben mit sozialpolitischen Plänen zu kombinieren. Warum nicht Steinkohlen-, Tabak- oder Streichholzmonopol? Die Streichhölzer allein hätten 30 Millionen bringen können. Aber Ideen dieser Art fanden sich nicht zwischen Bindfaden und Aktendeckel. Auch in der Verwaltungspraxis machte man die größten Fehler, rief ganz unnützerweise an der Saar einen Streik hervor durch Lohnreduktionen. Während die Beamten Teurungszulagen bekamen, machte man den Arbeitern Abzüge, in denselben Betrieben, die nach dem Willen des Kaisers Musterbetriebe sein sollten.

Eine wohltätige Ausnahme in der Regierung machte nur der Handelsminister v. Berlepsch. Am 15. August ließ er einen Erlaß an die Oberpräsidenten betr. Organisation des Handwerks aus-

gehen. Dieſer mit großem Sachverſtändnis ausgearbeitete Geſetzentwurf enthielt die obligatoriſche Fachgenoſſenſchaft, Handwerkskammern, Befähigungsnachweis. Die Oberpräſidenten ſollten Gutachten der Verwaltung einholen, Kritik üben und Vorſchläge machen. Leider blieb dieſer von der überwiegenden Mehrheit des deutſchen Handwerks mit Jubel aufgenommene Entwurf ſpäter doch ohne Folgen — nicht durch die Schuld des Herrn von Berlepſch.

Im Juni hielt wiederum der Evangeliſch-ſoziale Kongreß ſeine Tagung. Oberhofprediger Braun von Stuttgart gab ein Referat über die Annäherung der Stände. In der Debatte entwickelte Naumann ſehr unnüchterne Anſichten und bezeichnete die Sozialdemokratie als „eine evangeliſche Häreſie“ (Irrlehre). Stöcker antwortete ihm, als chriſtliche Irrlehre könne er die Sozialdemokratie ſchon deshalb nicht anſehen, weil ihre Oberprieſter durchweg Juden ſeien. Auch Wagner warnte davor, ſich von den Sozialdemokraten imponieren zu laſſen. Weiter meinte Stöcker, ſeine Empfindung Naumann gegenüber ſei wohl ähnlich wie die der „Alten“ in der Sozialdemokratie gegenüber den „Jungen“. Durch dies Wort wurde dann die Bezeichnung der Naumannianer als der „Jungen“ üblich, bis ſie ſich ſpäter eine eigene Parteibezeichnung beilegten.

Übrigens wurde auch innerhalb des Kongreſſes die Differenzierung der Rechten und der Linken ſchärfer. Profeſſor Harnack hatte auf dem erſten Kongreß erklärt, daß er nur unter der Bedingung teilnähme, daß die Judenfrage nicht berührt würde. Es erhoben ſich Stimmen, daß das ſo nicht weitergehen könne. Die Judenfrage ſei eine ſoziale Frage. Der Evangeliſch-ſoziale Kongreß dürfe nicht darüber ſchweigen. Ebenſo erregte die Notiz in den „Mitteilungen des Kongreſſes“, daß der „Fall Harnack“ dem Kongreß nicht geſchadet habe, Zweifel, ob das Zuſammenarbeiten der Liberalen und Poſitiven weiterhin möglich bleiben werde. Der „Fall Harnack“ war eine Kontroverſe über poſitive und kritiſche Theologie. Und jene Notiz eine offene Parteinahme für die kritiſche Schule.

Als Symptom der ſozialen Begeiſterung, die damals in der Jugend herrſchte, mag die kleine Tatſache Erwähnung finden, daß ein Sohn des Berliner Miſſionsdirektors Wangemann zur Ermittlung ſozialer Stimmungen und zur Kontrolle der Herbergen zur Heimat ſich im Einverſtändnis mit P. v. Bodelſchwingh

als Handwerksburſch verkleidete und ſich unter einer Deckadreſſe auf „die Walze“ begab.

Auf dieſer Wanderung hatte W. intereſſante Erfahrungen geſammelt, die er dem Kongreß mitteilte. Das Ergebnis war freilich ein trauriges, inſofern er von recht viel Liebloſigkeit zu berichten hatte, die ihm von Herbergsvätern, Geiſtlichen, Ärzten, Polizeiorganen zuteil geworden. Nur ſelten hatte er warme Nächſtenliebe und wahrhaft ſoziale Geſinnung gefunden.

Vom 22. bis 24. Januar fand in Elberfeld ein evangeliſch-ſozialer, vom Kongreß veranſtalteter Kurſus ſtatt. Pfarrer Naumann legte Theſen vor im Sinn ſeines Buches: „Das ſoziale Programm der evangeliſchen Kirche“. Zu lebhaften Differenzen kam es über die Judenfrage. Naumann forderte: 1. Die Religionsfreiheit muß auch gegenüber den Juden ſtreng gewahrt werden. 2. Der Kern der ſozialen Frage iſt nicht die Judenfrage. 3. Wir wünſchen, daß Erziehung, Leitung und Beeinfluſſung unſeres Volkes in chriſtlichem und deutſchem Geiſt gehalten ſei. 4. Die bürgerlichen Rechte der Juden müſſen ungeſchmälert bleiben.

Dieſe Theſen fanden als unzureichend ſtarken Widerſpruch; ſie ſagten im weſentlichen nur, was nicht geſchehen ſoll. Allerdings war hinſichtlich der poſitiven Ziele auch von den Antiſemiten ſelbſt nicht viel zu holen. Die Richtung wurde immer demagogiſcher und ſtellte ſich in vollen Gegenſatz zu Stöcker ſowohl wie zu den Konſervativen, gab auch in der Wahlbewegung zum preußiſchen Landtag das Loſungswort aus: „Gegen Juden und Junker“. Aber nicht zwei Antiſemiten ſtimmten in ihren Anſichten ganz überein, und jedermanns Hand war wider den anderen. Speziell in den ſozialen Dingen fehlte ihnen jedes Programm.

Am 17. September fand ein Norddeutſcher Antiſemitentag in Berlin ſtatt; aber die Sache war nicht ernſt zu nehmen. Man beſchloß ein vollſtändiges Ausnahme- und Fremdenrecht für die Juden, Verbot der Einwanderung auswärtiger Juden, Ausſchluß von allen Ämtern u. a. m. Dr. Förſter forderte ſogar Konfiskation des ganzen jüdiſchen Kapitalvermögens zur Tilgung der Staatsſchulden.

Am 23. Oktober und folgenden Tagen wurde der ſozialdemokratiſche Parteitag in Köln abgehalten, der ohne nennenswerte Zwiſchenfälle verlief. In dem üblichen Bilde fehlte nicht der gewohnte Zug, daß mit einigen Genoſſen ſcharf ins Gericht ge-

gangen werden mußte, weil sie in Frankfurt a. M. „in Gesellschaft von Doktoren“ Sozialpolitik getrieben hatten. Es gehört zum eisernen Bestande der Parteiregeln, daß man nur die eigenen Meinungen, aber beileibe keine anderen anhören darf.

Als kleine Notiz bleibt zu verzeichnen:

Mitte Januar erließ der schlesische Pächter Herr Ruprecht von Ranfern seinen bekannten Aufruf „Wir müssen schreien“ usw. Die Folge war die Begründung des Bundes der Landwirte. Mit diesem Bunde hatten die Arbeitgeber in der Landwirtschaft eine Organisation für ihre Interessen gefunden, die nunmehr auch durch ein größeres Preßorgan sowohl den anderen Ständen, wie den Arbeitnehmern gegenüber lebhaft vertreten wurden. Natürlich erhoben sich nun auch Stimmen, und nicht nur in der Sozialdemokratie, die für eine Koalition der Landarbeiter eintraten. Vom formalen Rechtsstandpunkt aus läßt sich auch nichts dagegen einwenden, daß, wenn die Arbeitgeber das Recht haben, sich zu koalieren, dies Recht auch den Arbeitern zugestanden werden muß. Aber für die Praxis ist gar nicht einzusehen, was die weit auseinander wohnenden ländlichen Arbeiter mit dem theoretischen Recht anfangen sollten. Die Schwierigkeiten, sie zu sammeln, würden unüberwindlich sein. Dazu kommt, daß die Landwirtschaft nur mit Jahreskontrakten arbeiten kann, wo es sich um ständige Arbeiter handelt, und zwar mit Kontrakten, die halb Geld- halb Naturalkontrakte sind. Da ist weder für Streik der Arbeiter, noch für Aussperrung der Arbeitgeber Platz, sondern nur für beiderseitige gewissenhafte Innehaltung aller Bedingungen. Und dasselbe gilt von den Saisonarbeitern, die sich auf feste Zeit für bestimmte Arbeiten verdingen.

Selbst verständigere sozialdemokratische Schriftsteller geben zu, daß die Landarbeiterfrage ganz anders gehandhabt werden müsse, wie das Arbeitsrecht der Industriearbeiter. Und selbst christlich-soziale Versammlungen entschieden sich dafür, daß bei Landarbeitern so wenig wie bei Dienstboten ein gesundes patriarchalisches Moment entbehrt werden könne.

Die große „Berliner Bewegung“ löste sich immer mehr in ihre Bestandteile auf. Ein Rückschritt folgte dem andern. Mitte November verlor bei den Berliner Stadtwahlen die konservative Bürgerpartei alle Sitze bis auf einen. Der Zerfall der Bewegung fand damit seinen endgültigen Abschluß. Wie notwendig eine christliche Rückenstärkung auch den Verwaltungs-

behörden ſein kann, zeigte ſich gleichzeitig in einem bedauerlichen Rückzug, den der Berliner Polizeipräſident vor der ſchlechten öffentlichen Meinung antreten mußte. Der Präſident hatte, für die „Wiener" Nacht-Cafés eine Polizeiſtunde erlaſſen. Die Wirte dieſer Lokale — im Mittelalter würden ſie ehrlos geweſen ſein, da ſie weſentlich von Kuppelei und Proſtitution leben — erhoben dann aber ſolchen Lärm in der ſtets mit der Unzucht verbündeten jüdiſchen Preſſe, daß die Verfügung wieder aufgehoben werden mußte. Die Aufhebung war ein beklagenswertes Zurückweichen der Staatsgewalt vor den bedenklichſten Elementen der Berliner Bevölkerung und ein neuer Sieg, den die mächtige Welt des Laſters über diejenigen erfochten hatte, die ſeit lange bemüht waren, für allmähliche Herſtellung beſſerer Sitte in der Hauptſtadt zu wirken.

War aber das Jahr 1893 nach der praktiſchen Seite wenig ergiebig, ſo brachte es in grundſätzlicher Hinſicht eine ausgezeichnete wiſſenſchaftliche Leiſtung, das Buch des Profeſſors Martin v. Nathuſius: „Die Mitarbeit der Kirche an der Löſung der ſozialen Frage", zwei Bände. (Leipzig, Hinrichs.)

Einer Selbſtanzeige des Verfaſſers entnehmen wir folgende Sätze:

Um zu wiſſen, was die Kirche an der ſozialen Frage zu tun hat, habe ich geſondert unterſucht, erſtens die ſoziale Frage, und zweitens die Arbeit der Kirche. Auf dem ſozialen Gebiete werden alle Fäden aufgeſucht, die nach der Ethik und einer kirchlichen Tätigkeit hinüberleiten, und auf dem kirchlichen Gebiete alle die, welche das kirchliche Tun in Verbindung ſetzen mit dem ſozialen. Die Einleitung, welche eine kurze Geſchichte der kirchlich-ſozialen Literatur, ſowie eine Kritik der bisherigen praktiſchen Theologie und Ethik enthält, und der erſte Teil liegen nun vor. Derſelbe behandelt „die ſoziale Frage" in drei Kapiteln. I. Allgemeine Abgrenzung des ſozialen Gebietes — Ableitung des Begriffes Geſellſchaft — Weſen der Volkswirtſchaft und ihre Beziehung zu ſittlichen Fragen — Ergebnis der Volkswirtſchaft in den Berufsſtänden und deren Beziehung zu ſittlichen und politiſchen Aufgaben — und daraufhin genaue Definition der ſozialen Frage, die weſentlich beſteht in der Frage nach einem neuen Ständerecht, das unſerm modernen wirtſchaftlichen Leben und dem modernen politiſchen Bewußtſein entſpricht. Im II. Kapitel gebe ich eine Geſchichte der Volkswirt-

ſchaftslehre und zwar immer unter dem Geſichtspunkt ihrer Berückſichtigung der ſittlichen Aufgaben; die Paragraphen ſind folgende: Erſter Anſatz und Zerfall der Volkswirtſchaftslehre (Merkantilismus) — Erneuerung auf Grund des Naturrechts — Zerſetzung der naturrechtlichen Volkswirtſchaftslehre (Manchesterstheorie) — Erneuerung auf Grund der Ethik und der Geſchichte — Anfänge der ſozialiſtiſchen Volkswirtſchaftslehre — Die Lehre der kommuniſtiſchen Sozialdemokratie — Die ſpezifiſch chriſtliche und kirchliche Volkswirtſchaftslehre, und zwar die katholiſche, die engliſche, die deutſche (Huber, Todt, Stöcker uſw.) — Rückblick mit den Reſultaten. — Das III. Kapitel gibt einen Überblick über die Hauptprobleme der Nationalökonomie. Der erſte Abſchnitt beſchreibt die Grundbeſtimmungen: der wirtſchaftliche Menſch, die wirtſchaftlichen Güter; der zweite die Ziele: Kommunismus, Individualismus, Sozialismus; der dritte die Mittel und Wege und zwar 1. die Aufgabe des Staates im allgemeinen auf wirtſchaftlichem Gebiete, 2. die einzelnen Gebiete: Bevölkerungspolitik, Produktion und Umlauf der Güter, Verteilung, Konſumtion.

So, denke ich, kann das Buch dazu dienen, dem Theologen, — aber auch jedem wiſſenſchaftlich gebildeten Laien — einen Einblick in die Verhältniſſe und die Probleme der Volkswirtſchaft zu geben. Ich habe meine Quellen in reichem Maße ſelbſt zu Worte kommen laſſen und hinreichende Literaturangaben gemacht für tieferes Studium der einzelnen Fragen. Der Grundgedanke meiner Arbeit iſt etwa der: Das wirtſchaftliche Leben hat eine ſittliche Seite; wird ſie nicht beachtet, ſo muß die Wirtſchaft zugrunde gehen, aber auch die Sittlichkeit. Das lehrt die Geſchichte, das lehrt die Gegenwart, wo der Abfall der Maſſen von der Religion ſich als Folge davon kundgibt, daß die Kirche ſich von der liberalen Wiſſenſchaft hatte aufſchwatzen laſſen: das wirtſchaftliche Leben ſei ein techniſches Gebiet für ſich, auf dem ſie durch ſittliche oder gar religiöſe Mächte nicht geſtört zu werden wünſchte. Die Kirche ging wirklich auf dieſe Anſicht ein und ſtand mit vornehmer Reſignation dem wirtſchaftlichen Leben gegenüber. Die Quittung über dies Verhalten haben wir in der religiöſen Stellung der Sozialdemokratie.

Der zweite Teil „Die Aufgaben der Kirche“ folgte dem erſten bald nach; er zerfällt in drei Abſchnitte. Das erſte Kapitel handelt von der Kirche, von ihren Vorausſetzungen und ihrer

Beſtimmung. Das zweite Kapitel enthält die chriſtliche Lehre von der menſchlichen Geſellſchaft. 1. Die ſoziale Geſetzgebung des Alten, der ſoziale Geiſt des Neuen Teſtaments. 2. Die geſellſchaftlichen Faktoren im einzelnen: Volk, Familie, Arbeit, Sonntag, Eigentum, Stunde, Weltverkehr. 3. Die Organiſation der kirchlichen Arbeit.

Die Sozialethik von Nathuſius iſt ein Buch von grundlegender Bedeutung geworden, das eine von allen chriſtlichen Sozialpolitikern empfundene Lücke in trefflicher Weiſe ausfüllte.

XX. 1894. Die Ära Hohenlohe. Wenig Fortſchritt. Neue Unterdrückungsmaßregeln.

Das Jahr 1894

hat die ſoziale Geſetzgebung wenig gefördert. Es zeigte ſich eine wachſende Mißſtimmung bei der Regierung und bei den bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, weil dieſe Partei trotz aller ſozialen Arbeit, die ſchon im Intereſſe der Arbeiter geleiſtet wurde, in gehäſſiger und boshafter Stimmung verharrte, gar nichts anerkannte, vielmehr immer nur bemüht war, alles herunterzureißen. Der Reichstag wurde im Januar wieder eröffnet. Die konſervative Fraktion ſtellte den Antrag, die Invaliden- und Altersverſicherung dahin abzuändern, daß das Markenſyſtem beſeitigt werde. Bei der Debatte zeigte ſich, daß das Geſetz prinzipiell außerhalb des Freiſinns gar keine Gegner mehr habe.

Singer nahm bei dieſer Gelegenheit das Geſetz als Verdienſt ſeiner Partei in Anſpruch, erklärte aber in demſelben Atem, es ſei nur „angeblich“ für die Arbeiter gemacht. Frhr. v. Manteuffel konnte ihn mit Recht fragen, für wen denn die Verſicherungsgeſetze gemacht ſeien, wenn nicht für die Arbeiter. Für die Arbeitgeber, die große Opfer bringen müßten, doch ſicherlich nicht. „Die Sozialdemokraten ſtimmen ſtets gegen alle Geſetze, die zum Beſten der Arbeiter gemacht ſind, und nachher prahlen ſie im Lande damit, daß die Arbeiterſchaft, wenn etwas Gutes geſchehen ſei, dies lediglich der Tätigkeit der Sozialdemokratie zu verdanken habe.“

Am 22. und 23. Januar fand eine Notstandsdebatte im Reichstag statt. Die Sozialdemokraten forderten staatliche Einrichtung von Notstandsarbeit für die vielen Stellenlosen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Am 13. April wurde eine Maßregel, die durchaus im Interesse der Arbeiter gelegen hätte, der „Antrag Kanitz" auf Einführung des Getreidemonopols, mit 156 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Am 19. April wurde das Börsensteuergesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnler angenommen. Hier wie immer zeigte sich die warme Sympathie der Umsturzpartei für die Börse.

Im Mai faßte der Reichstag den verständigen Beschluß, den Fortbildungsunterricht der gewerblichen Jugend auf den Werktag zu verlegen.

Am 6. September rief der Kaiser in Königsberg die Ostpreußen auf „zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes". Diese Aufforderung veranlaßte eine große Diskussion über und wider den Umsturz. Konservative und Zentrum zeigten sich darin einig, daß dieser Kampf nicht mit den Liberalen, sondern nur gegen sie geführt werden könne. Es hieß, daß auch innerhalb des Ministeriums ein starker Gegensatz bestanden habe zwischen dem Reichskanzler Grafen Caprivi und dem Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg. Caprivi habe den milderen, Graf Eulenburg einen ganz scharfen Standpunkt vertreten. Ende Oktober verlautete, daß der Kaiser sich für Caprivi und gegen alle Gewaltmaßregeln erklärt habe; am 26. Oktober wurde beiden Ministern der Abschied bewilligt. Fürst Hohenlohe wurde an Stelle des Grafen Caprivi Reichskanzler.

Für die Forderung der Sozialreform war dieser Wechsel von geringer Bedeutung. Denn von moderner Sozialpolitik verstand der eine Kanzler so wenig wie der andere.

Am 5. Dezember wurde die Wintersession des Reichstags eröffnet. Die Thronrede wiederholte die Absicht der Regierung, zum Schutz der Schwachen zu tun, was in ihren Kräften stehe. Zugleich aber sei es nötig, die Staatsgewalt gegen den Umsturz zu stärken. „Die verbündeten Regierungen erachten deshalb eine Ergänzung unseres gemeinen Rechts für geboten." Eine Vorlage betr. Verschärfung der geltenden Strafvorschriften zum Schutz der Staatsordnung solle sofort dem Reichstag zugehen.

Am 6. Dezember legte die Regierung dem Reichstag diesen „Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse“ vor. Der wichtigste Paragraph dieser sogenannten „Umsturzvorlage“ war § 130, der lautete: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.“

Die Presse aller Parteien nahm das Gesetz sehr kühl auf; nirgends glaubte man sich wesentlichen Nutzen davon versprechen zu können. Die Kreuzzeitung schrieb: „Nur wirkliche, von christlichem Geist getragene soziale Reformen können uns Besserung (der sozialen Lage) bringen.“

Am 6. Dezember fand die erste Reichstagssitzung im neuen Gebäude am Königsplatz statt. Die Sozialisten blieben beim Kaiserhoch sitzen. Präsident von Levetzow bedauerte, daß er kein Mittel habe, um ein solches Verfahren zu rügen, das weder der Sitte deutscher Männer, noch der Gewohnheit des Hauses entspreche, auch die Gefühle der Mitglieder des Hauses beleidige. Singer suchte das Gebaren seiner Freunde zu rechtfertigen, fand aber nur Widerspruch.

Am 16. Dezember fand im Reichstag große Debatte über einen Antrag der Regierung statt, der Reichstag möge in eine strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht einwilligen. Liebknecht sollte verfolgt werden, weil der Staatsanwalt in dem Sitzenbleiben der sozialistischen Abgeordneten beim Kaiserhoch eine Majestätsbeleidigung erkannte. Der Reichstag lehnte aber diesen Antrag mit 168 gegen 58 Stimmen ab, da die Unverletzlichkeit der Abgeordneten wegen ihrer Tätigkeit im Reichstage unbedingt zu wahren sei.

Am 17. Dezember sollte die Debatte der Umsturzvorlage beginnen. Als aber Singer die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelte, mußte ausgezählt werden. Es ergab sich, daß nur 158 Mitglieder anwesend, das Haus also beschlußunfähig war.

Am 9. und 10. April fand in Berlin ein allgemeiner deutscher Handwerkertag unter zahlreicher Beteiligung aus ganz Deutsch-

land ſtatt. Die vom Miniſter von Berlepſch an die Oberpräſidenten verſandten „Vorſchläge“ fanden begeiſterte Zuſtimmung, beſonders zum Schluß, als der Vorſitzende des Bundes der Landwirte, Herr v. Ploetz, den Handwerkern die Grüße der Landwirte überbrachte. Die Hoffnung war allgemein, daß nun endlich eine Erfüllung der Handwerkerwünſche kommen werde, — eine Hoffnung, die ja freilich ſehr bald wieder zerſchlagen werden ſollte.

Am 16. und 17. Mai fand in Frankfurt a. M. der Evangeliſch-ſoziale Kongreß ſtatt, auf dem die inneren Gegenſätze immer ſchärfer hervortraten, die theologiſchen ſowohl, wie die ſozialpolitiſchen. Zwar hatte man noch „paritätiſch“ die Referate verteilt, welche das religiöſe Gebiet berühren, und eins davon dem poſitiven Profeſſor Cremer-Greifswald, das andere dem liberalen Profeſſor Harnack-Berlin übertragen. Aber am Vorſtandstiſch ſaßen vier Profeſſoren der Theologie, alle ausgeſprochene Vertreter und Führer der Ritſchlſchen Richtung. Dieſe Richtung wurde nun doch augenſcheinlich die herrſchende.

Eine weitere Folge dieſer Herrſchaft war es, daß die Zuſammenſetzung des Kongreſſes immer bunter wurde; der jüdiſche Beſitzer der „Frankfurter Zeitung“, Herr Sonnemann, der Sozialdemokrat Dr. David, der konfuſe Oberſtleutnant von Egidy nahmen daran teil. Die ſozialpolitiſchen Differenzen begannen bei der Frauenfrage. Der Ausſchuß hatte, ohne den Kongreß zu hören, von ſich aus beſchloſſen, daß fortan Frauen an den Verhandlungen des Kongreſſes nicht nur hörend, ſondern auch redend teilnehmen dürften. Profeſſor v. Nathuſius ſprach ſeine Betrübnis über dieſen überraſchenden Beſchluß aus, nicht aus Verachtung der Frau, ſondern „aus Hochachtung“. Pfarrer Naumann antwortete, die Frau habe ebenſoviel Gehirnmaſſe wie der Mann.

Noch ſchärfer zeigten ſich die Gegenſätze bei der Landarbeiterfrage, die an der Hand einer gemachten „Enquete“ von Paſtor Göhre und vom Profeſſor Weber-Heidelberg behandelt wurden. Beide Herren kamen nicht nur zu denkbar peſſimiſtiſcher Darſtellung der tatſächlichen Verhältniſſe, ſondern auch zu ganz radikalen Vorſchlägen. Das Heilmittel der Referenten war im Grunde die Vernichtung des Großgrundbeſitzes. Der Vorſitzende des Kongreſſes, Ökonomierat Nobbe und Profeſſor Adolf Wagner widerſprachen lebhaft, aber alle liberalen Teilnehmer ſtellten

ſich auf die Seite der Vortragenden. Profeſſor v. Nathuſius fragte zutreffend ſeinen Kollegen Weber, wer denn die Sozialreform hätte machen ſollen, wenn Göhres Pläne, den Landadel betreffend, ſchon verwirklicht geweſen wären, als dieſer dem Fürſten Bismarck die großen Reformvorlagen bewilligte.

Bezeichnend war, daß der erwähnte Freiſinnige Sonnemann dem Kongreß das Zeugnis ausſtellte, er ſei eine unſchädliche Unterhaltung, ſolange Stöcker verhindert bleibe, die Judenfrage zu behandeln.

In dieſem Jahre machten auch wiederum mehrere evangeliſche Geiſtliche von ſich reden, die der Sozialdemokratie beitraten oder ſich ihr doch näherten. Über Paſtor Schall-Bahrdorf ſchrieb Profeſſor v. Nathuſius: „Ein Geiſtlicher hat viel von ſich reden gemacht durch ſein Auftreten in den ſozialen Fragen, das ihn in Konflikt mit ſeiner Gemeinde und auch mit ſeinem Kirchenregiment gebracht hat. Es iſt Paſtor Schall in Bahrdorf im Herzogtum Braunſchweig. Vor mir liegt die Rede, die er auf Einladung im ſozialdemokratiſchen Arbeiterbildungsverein in Magdeburg am 2. November 1893 gehalten hat. Ich glaube nicht, daß eine auch nur ähnliche Rede ſchon einmal gehalten iſt; und daß ſie mit angehört iſt — iſt ein hervorragendes Zeichen der Zeit. Der orthodox gläubige und von Liebe zum Volk und deutſchen Vaterland erfüllte Geiſtliche wirbt hier um die verführten Brüder mit einer Herzlichkeit und Wärme, aber auch mit einer Offenheit und — man kann wohl ſagen: Grobheit, die zu bewundern iſt. Er redet vor den 2000 Hörern von ſeinem Deutſchtum, der Schlechtigkeit der Vaterlandsloſigkeit, verſichert, daß er monarchiſch wäre bis auf die Knochen, obgleich und gerade weil er in Amerika die Republik kennen gelernt hätte, ja er ſpricht offen ſeine Anſicht aus, daß der Atheismus der Sozialdemokraten nur eine Folge ſei der Gottloſigkeit ihrer Führer und der Hetzereien der vielen Juden, die in ihren Reihen das große Wort führen. Daneben bekennt er ſich zu ihren wirtſchaftlichen Zielen und erkennt die Berechtigung ihrer Beſtrebungen an. — Es iſt bekannt, daß die Arbeit des Paſtor Schall eine nachhaltige Wirkung nicht geübt hat. — Ähnliches kam in Württemberg vor. Hier reiſte der Kandidat v. Wächter umher und ſuchte überall den Arbeitern zu beweiſen, daß Sozialdemokratie und Chriſtentum ſehr wohl vereinbar ſeien. Den ſozialdemokratiſchen Führern war das aber ſo unangenehm, daß ſie

alsbald das Gegenteil behaupteten. Des Herrn v. Wächter Tätigkeit nahm übrigens nicht durch diesen Widerspruch ein Ende, sondern durch sittliche Verfehlungen, deren er sich schuldig machte.

In das Jahr 1894 fällt auch der erste Anlauf christlicher Arbeiter im Westen des Reiches, einen interkonfessionellen Gewerkverein zu bilden. Am 26. August beschloß ein Delegiertentag von 182 evangelischen und katholischen Vereinen westfälischer Bergarbeiter eine gemeinschaftliche Organisation „auf christlicher Grundlage" zu bilden. Man stellte sich in scharfen Gegensatz zur Sozialdemokratie und sandte ein Huldigungstelegramm an den Kaiser ab. Leider bekam aber dies kaum geschlossene Bündnis bald wieder Risse. Der katholische Kaplan Oberdörffer erörterte vorschnell die Frage eines eventuellen Zusammengehens christlicher und roter Gewerkschaften und zwar in zustimmendem Sinne. Der evangelische Pfarrer Weber-München-Gladbach erklärte dagegen im Namen der evangelischen Arbeitervereine ein Zusammengehen mit den Sozialisten für ausgeschlossen. Der Bund gelangte zu keiner Wirksamkeit.

Trat aber in Deutschland ein Stillstand ein, so griff nun doch der von hier ausgehende christliche und soziale Ideenkreis allmählich auch auf andere Länder über. In der Schweiz war es Pfarrer Mojon-Lausanne, der einen Anlauf nahm. Er veröffentlichte: „Gehen wir einer sozialen Katastrophe entgegen? Öffentlicher Vortrag, gehalten in Zürich, Bern und Lausanne von H. Mojon, Pfarrer an der deutschen evangelischen Kirche in Lausanne. (Basel, Reich.)" — Auch in Frankreich beschäftigte sich ein evangelisches Blatt mit diesen Fragen. Die Kritik war vielfach zutreffend. Aber es blieb hier und in Frankreich bei Anläufen ohne nachhaltige Kraft.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahr die alte. In Frankreich wurde der Präsident Carnot von einem Anarchisten ermordet, in Italien Crispi angefallen. Die sozialistische Presse beschönigte vielfach diese Attentate, ganz besonders das mißglückte auf Crispi. Die ganze deutsche Presse erörterte infolgedessen stark die Frage der Repressivmaßregeln.

Vom 14. bis 17. Mai wurde ein internationaler Bergarbeiterkongreß in Berlin gehalten. Es waren englische, französische, belgische Delegierte erschienen. Man beriet in drei Sprachen, was zahllose Mißverständnisse und mehrfach große Verwirrung zur Folge hatte. Besonders die Engländer machten viele

Schwierigkeiten, da ſie zum Teil auch ſachlich ihre eigenen Meinungen hatten. Doch wurde ſchließlich der Achtſtundentag mit großer Mehrheit und das Verbot der Frauenarbeit unter Tage einſtimmig angenommen. Praktiſche Folgen hatten die Beſchlüſſe nirgends.

Vom 21. bis 27. Oktober fand der Parteitag der deutſchen Sozialdemokratie in Frankfurt a. M. ſtatt. Man diskutierte wiederum über die Gehälter, deren Herabſetzung auf höchſtens 3000 Mark von einigen Genoſſen beantragt war. Bebel machte aber den Antrag tot. Wenn man geiſtige Arbeiter aus der bürgerlichen Geſellſchaft heranziehen wolle, müſſe man ſie entſprechend honorieren. Es blieb alſo bei den hohen Gehältern. — Hatte aber Bebel hier geſiegt, ſo unterlag er in einem Feldzug gegen Vollmar, der im bayriſchen Landtag Geldmittel für „Kulturaufgaben" bewilligt hatte. Bebel wollte dies für programmwidrig erklären, fand aber keine Mehrheit.

Derſelbe Streit loderte dann noch einmal im November hell auf, da Bebel in Berlin den Parteitag abfällig kritiſierte. Die Bayern ſeien Spießbürger. Grillenberger warf nun Bebel vor, daß er ſich aus Herrſchſucht über die Beſchlüſſe des Parteitags hinwegſetze.

In Berlin fand in dieſem Jahre ein großer Streit zwiſchen den Brauereien und ihren Arbeitern, ſpeziell den Böttchern, ſtatt, der aber nicht als Streik, ſondern durch Boykott ausgefochten wurde. Die Folge war, daß dieſer Krieg ſehr lange, über 6 Monate, dauerte.

Am 26. Dezember wurde dieſer Bierboykott durch Vergleich beendet. Man richtete einen paritätiſchen Arbeitsnachweis ein.

XXI. 1895. Die Umſturzvorlage. Die Rechte ſpaltet ſich ſozialpolitiſch.

Das Jahr 1895

war der ſozialpolitiſchen Klärung ſehr förderlich. Anfang Januar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, die vom Schutz der wirtſchaftlich Schwachen ſprach, aber nichts an Reformen in Ausſicht ſtellte, nicht einmal für das Handwerk oder für die notleidende Landwirtſchaft.

Digitized by Google

Was vorlag, war zunächst nur die „Umsturzvorlage“ und ein Versuch, die Immunität der Reichstagsabgeordneten zu beseitigen.

Der Reichstag begann seine Session mit der Beratung der Umsturzvorlage. Der Sozialdemokrat Auer lehnte das Gesetz namens seiner Partei ab; es sei so unverbesserlich, daß man jeder Kommissionsberatung widersprechen müsse. Leidenschaftlich zugunsten des Gesetzes sprach Abg. v. Stumm. Hätte er zu bestimmen, meinte Stumm, so würde § 1 lauten: „Jedem Sozialisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder interniert.“ Abg. v. Bennigsen teilte die weitgehenden Ansichten des Herrn v. Stumm nicht, befürwortete aber das Gesetz. Die Konservativen waren dafür, das Zentrum zurückhaltend. Nach einer fünftägigen Debatte wurde die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Die Debatte hatte noch ein Nachspiel insofern, als Professor Adolf Wagner gewisse Ausfälle Stumms auf die Kathedersozialisten als „leichtfertige Verleumdung“ bezeichnete. Stumm forderte nun Wagner zum Zweikampf heraus. Wagner lehnte nicht unbedingt ab, verlangte aber zunächst ein Ehrengericht, um den Tatbestand völlig klarzustellen. Dies lehnte aber Stumm ab. So verlief die Sache ohne Ergebnis.

Die öffentliche Meinung war hinsichtlich des Gesetzes sehr unsicher. Von christlicher Seite wurde zugegeben, daß einzelne Verschärfungen des gemeinen Rechts möglich seien, z. B. seien die vielen im Interesse der Sozialdemokratie begangenen Aktendiebstähle meineidiger Beamten viel härter zu verfolgen als bisher. Aber das Bedürfnis der Zeit sei nicht Strafrecht, sondern Arbeitsrecht.

Herr v. Stumm erklärte, die soziale Frage sei nur mit Gewalt zu lösen. Professor Adolf Wagner erwiderte ihm darauf, daß das nicht preußisch und deutsch, sondern russisch sei.

Aufsehen erregte die Kreuzzeitung durch einen sehr vorurteilslosen Artikel. „Es ist,“ schrieb sie, „immer besser, wir wachsen allmählich in den Zukunftsstaat hinein, als daß er plötzlich und umstürzend über uns kommt. Darüber wird freilich das Manchestertum mit seinem Doktrinarismus in neues Entsetzen geraten. Allein, was tut's? War doch in seinen Augen ein jedes der modernen sozialen Reformgesetze nichts als ein weiterer

Schritt zum ſozialdemokratiſchen Zukunftsſtaate, und mit dieſer Verdächtigung arbeiten die Herren noch immer, ohne zu bemerken, daß man im ſozialdemokratiſchen Lager, wo man doch beſſer über die eigenen Ziele unterrichtet ſein muß, ganz anders denkt. Mit größter Entſchiedenheit bekämpften die ſozialdemokratiſchen Organe alle ſtaatsmonopoliſtiſchen Vorſchläge. Das beweiſt doch zum mindeſten, daß die Sozialdemokratie von ihnen keine Begünſtigung, wie das Manchestertum verſichert, ſondern im Gegenteil eine Gefährdung ihrer Intereſſen erwartet. In der Praxis wirkt ein Staatsmonopol nicht ſozialiſtiſch, ſondern geradezu antiſozialdemokratiſch, was die zahlreichen bereits beſtehenden Staatsmonopole beſtätigen. Nicht durch ſtaatsmonopoliſtiſche Beſtrebungen wird das Feuer der Sozialdemokratie geſchürt, ſondern durch manchesterliche Doktrinen mit ihren bedenklichen praktiſchen Folgen, mit ihrer Zerrüttung des ganzen Erwerbslebens. Im übrigen iſt das Staatsmonopol in wirtſchaftlicher Beziehung ſogar nach manchesterlicher Auffaſſung ein Fortſchritt gegenüber der Privattätigkeit, weil es billiger erzeugt und billiger verteilt auf Grund einer zweckmäßigeren Organiſation. Nur da, wo das Staatsmonopol aus fiskaliſchen Gründen allzu ſcharf gehandhabt wird und ſchlecht und teuer liefert, wird es Unzufriedenheit erregen. Verſucht man es dagegen mit einem Staatsmonopol ohne fiskaliſche Zwecke, mit einem ſozialpolitiſchen Staatsmonopol, das im großen und ganzen ohne erheblichen Nutzen, ſondern ſo gut wie ausſchließlich im Intereſſe der Erzeuger und Verbraucher arbeitet, ſo wird dagegen, außer etwa von dem betroffenen Intereſſentenkreiſe, nirgends Widerſtand erhoben werden können, mit gutem Grunde ſelbſt nicht von den oppoſitionellen Kreiſen der Radikal- und Sozialdemokratie."

Am 15. Januar brachte der Abg. Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim im Reichstag eine Interpellation ein, welche Maßnahmen die verbündeten Regierungen getroffen hätten, um Handwerker- oder Gewerbekammern reichsgeſetzlich einzurichten. Miniſter von Bötticher erkannte die Bedeutung der Sache an; ein Geſetz aber könne er noch nicht vorlegen; nur der zehnte Teil der Handwerker ſei in Innungen organiſiert. Am nächſten Tage ſprach Abg. Richter gegen Handwerkerkammern, worauf der preußiſche Handelsminiſter, Herr v. Berlepſch, erwiderte, daß eine Geſundung der Verhältniſſe ohne allgemeine Organiſation des Handwerks undenkbar ſei. Hier trat der erſte Gegenſatz zwiſchen

den Herren v. Bötticher und v. Berlepsch öffentlich hervor. Die Sozialdemokraten forderten neben den Handwerkerkammern auch Arbeiterkammern, was Minister v. Bötticher ablehnte.

Am 15. Januar wurde der preußische Landtag mit einer Thronrede eröffnet, die es als „die ernste Pflicht aller Wohlgesinnten" bezeichnete, sich gegen den Umsturz zusammenzuschließen — eine Wendung, die man vielfach als die Absicht deutete, ein speziell preußisches Umsturzgesetz zu machen, wenn die reichsgesetzliche Regelung scheitern sollte. Ein Gesetz dieser Art ist indessen niemals formuliert worden.

Am 23. Januar wurden wiederum im Reichstag ein konservativer Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises und ein Antrag der Reichspartei auf Einführung von Handwerkerkammern angenommen.

Am 6. Februar brachten die katholischen Abgeordneten Hitze und Lieber eine Interpellation ein, ob ein Gesetz betr. gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern zu erwarten sei. In der Begründung forderte Abg. Hitze noch Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Arbeiter selbst. Der Reichskanzler erklärte eine Vorlage dieser Art für „zurzeit nicht möglich". In der Debatte erklärte der Abg. Möller, der spätere Minister, die Forderungen Hitzes für undurchführbar. Sehr heftig trat wiederum der Abg. v. Stumm auf; er teilte seine Gegner in Kathedersozialisten, Anarchisten und Sozialdemokraten ein. Besonders scharfe Kritik übte Stumm an den Schriften des Pfarrers Naumann. Die Verhandlung endete ohne Ergebnis.

Am 20. Februar forderte im Reichstag der Abg. Hitze in einem Antrage Erhebungen über die Wirkung der Fabrikarbeit auf die Frauen und möglichste Einschränkung der Arbeitsdauer. Minister v. Bötticher erklärte, daß die Fabrikinspektoren bereits angewiesen seien, über die Mißstände in denjenigen Gewerben zu berichten, die vorzugsweise für die Frauenarbeit in Frage kämen.

Am 27. Februar nahm der Reichstag einen Antrag Hitze an, wonach die Mittel der Reichsversicherungsanstalten in weiterem Umfang als bisher für den Agrarkredit und für Errichtung von Arbeiterwohnungen verwandt werden sollten.

Am 2. März machte im Reichstag bei der Beratung des Kultusetats wiederum der nationalliberale Abg. v. Eynern einen scharfen Vorstoß gegen die Kathedersozialisten. Die Regierung

begünſtige ſie. Der Kultusminiſter nahm das entſchieden in Abrede. Abg. Stöcker forderte, daß die Wiſſenſchaft frei und unbefangen forſchen dürfe und nicht gezwungen werde, vor den Intereſſen des Geldſchranks halt zu machen.

Am 25. April wurde die von der Kommiſſion umgeſtaltete Umſturzvorlage veröffentlicht. § 130 hatte nunmehr folgende Faſſung bekommen: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weiſe verſchiedene Klaſſen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldſtrafe bis 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren beſtraft. Dieſelbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weiſe Ehe, Familie oder Eigentum als Grundlage der Geſellſchaftsordnung durch beſchimpfende Äußerungen öffentlich angreift.“ Weiter wurden in § 166 mit ſtrengen Strafen diejenigen bedroht, welche eine der chriſtlichen Kirchen „ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche“ beſchimpfen. Außer den auf den Umſturz bezüglichen Paragraphen des Strafgeſetzbuchs waren auch die auf die Unzucht bezüglichen § 184 und 184a umgearbeitet. Die meiſt angefochtene neue Beſtimmung war hier die, daß die öffentliche Ausſtellung von Schriften, Bildern, Darſtellungen, welche „auch ohne unzüchtig zu ſein, durch grobe Unanſtändigkeit geeignet ſind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen“, unter Strafe geſtellt wurde.

Vom 8. bis 11. Mai fand eine viertägige Debatte, die zweite Leſung der Umſturzvorlage, ſtatt. Zahlloſe Anträge waren geſtellt. Das Ende war aber die Ablehnung der ganzen Vorlage. Der letzte Grund dieſes Ergebniſſes lag darin, daß die Mittelparteien zwar bereit waren, der Regierung verſtärkte äußere Machtmittel gegen den Umſturz zu bewilligen, von den ſittlichen und chriſtlichen Geſichtspunkten aber, die von Konſervativen und Zentrum in die Vorlage hineingebracht waren, nichts wiſſen wollten. Der „Reichsbote“ ſchrieb damals ganz zutreffend: „Die Agitation gegen die Vorlage hat aufs neue gezeigt, daß unſere gebildeten Kreiſe von einem Geiſt erfüllt ſind, der, ſoweit er religiöſe, ſittliche und geiſtige Dinge betrifft, nicht weſentlich von dem der Sozialdemokratie verſchieden iſt, ſo zwar, daß eigentlich nur noch die Frage des Beſitzes einen wirklichen Unterſchied macht.“

Zur 25. Wiederkehr des Sedantages, der in ganz Deutſchland jubelnd begangen wurde, brachten die ſozialdemokratiſchen

Blätter, vorab der „Vorwärts", wüste Schmähartikel. Eine Anzahl Blätter wurde beschlagnahmt und mehrere Redakteure wegen Majestätsbeleidigung verurteilt.

Die Preßerörterungen setzten sich im Reichstag fort. Vom 10. bis 12. Dezember fanden im Reichstage scharfe Debatten über die Sozialdemokratie statt, die sich wegen ihrer unpatriotischen Haltung verteidigte. Fürst Hohenlohe begegnete dem Ruf nach strengeren Maßregeln gegen den Umsturz mit dem Einwand, daß kräftige Initiative nur möglich sei mit einem Reichstag, der eine geschlossene Mehrheit aufweise. Daran fehle es aber. Der Kanzler bekannte sich hier zu einer Regierungspraxis, die der Bismarckschen völlig entgegengesetzt war. Bismarck brachte jedes Gesetz ein, das er sachlich gerechtfertigt und notwendig hielt, selbst wenn er die Ablehnung voraussah. Er wollte durch die Einbringung feststellen, wem die Verantwortung zufalle. Hohenlohe, der Staatsmann der laufenden Nummern, beruhigte sich von vornherein, wenn keine Mehrheit da war — was ja übrigens in diesem Falle kein Unglück bedeutete.

Am 3. Dezember hatte Fürst Hohenlohe den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, welche einen Entwurf betr. Errichtung von Handwerkskammern in Aussicht stellte. Weiter wurde mit Befriedigung festgestellt, daß die mit dem 1. April eingeführte bessere Sonntagsfeier keine Nachteile gebracht habe. So würden sich auch in der Richtung des Arbeiterschutzes gegen gesundheitsschädliche Überanstrengung bei schrittweisem Vorgehen Fortschritte erzielen lassen. Es war offenbar, daß diese Ankündigungen von Herrn v. Berlepsch herrührten.

Am 16. und 17. Dezember fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung von Handwerkerkammern statt. Minister v. Bötticher bestritt, daß zwischen ihm und dem Handelsminister v. Berlepsch Differenzen bestünden, fand aber mit dieser Behauptung um so weniger Glauben, als er wiederum betonte, daß bisher den Innungen nur ein Bruchteil der Handwerker angehöre. Die Handwerkerkammern sollten Material liefern für die Organisation, an der Herr v. Berlepsch arbeite. Der Entwurf, den Redner aller Parteien bekämpften, wurde an eine Kommission verwiesen.

Eine kleine sozial wohltätige Vorlage wurde vom preußischen Landtag beschlossen, der am 4. Mai ein Gesetz betr. Bau von Wohnungen für staatlich beschäftigte Arbeiter und gering be-

ſoldete Staatsbeamte an eine Kommiſſion verwies. Am 22. Mai fand die zweite Leſung im Plenum ſtatt. Die Vorlage wurde angenommen.

Am 20. März genehmigte der Reichstag die Vornahme einer Berufs- und Gewerbezählung am 14. Juni 1895. Dieſe Zählungen ſind für die ſozialpolitiſche Erkenntnis von außerordentlicher Bedeutung. Nur aus der Vergleichung der verſchiedenen aufeinanderfolgenden Gewerbezählungen läßt ſich Einſicht in die Lage des Handwerks gewinnen, ſpeziell feſtſtellen, welche Handwerke vom Kapital verſchlungen werden, bzw. wo Stillſtand oder gar Fortſchritt ſtattfindet.

Im Laufe des Jahres 1895 kam es in der politiſchen Rechten, die bis dahin auf dem Felde der Sozialpolitik verhältnismäßig einmütig vorgegangen war, zu weiteren Spaltungen; es begannen ſich die Chriſtlich-Sozialen von den Konſervativen und die „Jungen" unter Führung Naumanns von den Chriſtlich-Sozialen zu ſcheiden. Schon im April und Mai kam es zu lebhaften öffentlichen Auseinanderſetzungen zwiſchen den Konſervativen und den chriſtlich-ſozialen „Jungen" Naumannſcher Richtung. Auf einen Angriff der Kreuzzeitung, daß Naumanns zur Sozialdemokratie neigender Radikalismus keine Unterſtützung bei den Konſervativen finden könne, erwiderte Naumann in der „Hilfe", daß er auch ohne die Konſervativen ſein Programm feſthalte, freie Arbeiterorganiſation, beſſere Lage der Landarbeiter, volle Sonntagsruhe, progreſſive Einkommenſteuer u. a. m. Naumann glaubte ſich mit Stöcker in Übereinſtimmung. Dieſer aber erwiderte im „Volk", daß Naumann eine Organiſation des Proletariats „im Gegenſatz zu den beſitzenden Klaſſen" anſtrebe, und daß ihn dieſe Forderung von den „Jungen" trenne; er (Stöcker) ſtehe auf dem Boden der konſervativen Partei. Profeſſor Nathuſius ſchrieb dazu in der „Konſerv. Monatsſchrift": „Es hat ſeine großen Gefahren, in unſerer Zeit ein ſozialer Reformer zu ſein. Menſchliches Wohlmeinen, Begeiſterung für Ziele der allgemeinen Menſchenliebe, unpraktiſcher Idealismus führen leicht auf falſche Wege. Viel gefährlicher noch wird es, wenn chriſtliche Ideen mit ſolchem menſchlich-fleiſchlichen Wohlmeinen verbunden werden und der nüchterne, einfältige Glaube an das Wort Gottes fehlt, der allein den klaren Blick verleiht für die Grenze zwiſchen der heiligen Begeiſterung der Liebe und dem Fanatismus des egoiſtiſchen Fleiſches. Wir bewundern dieſe

Nüchternheit und Klarheit an Luther, der die Enthusiasten in ihrem antichristlichen Treiben sofort erkannt und das Evangelium vor der Verzerrung durch die Revolution bewahrt hat. Wir bewundern die Nüchternheit und Klarheit an Paulus und an der alten Kirche, welche die aufgeregte Sklavenwelt, die sich zahlreich dem Evangelium zuwandte und vielfach falsche irdische Erwartungen mit hinzubrachte, in den Schranken der Geduld und der Demut hielt. Und wenn sie von den modernen Freiheitsaposteln darüber der Knechtsseligkeit geziehen werden, so wissen wir, daß sie damit vielmehr die Bewahrer des Ideals der sittlichen Freiheit geworden sind. Dieselbe Gefahr der Vermischung der Freiheit des Evangeliums mit äußeren sozialen Zielen sehen wir in der Gegenwart. Es lockt der Gedanke an die Möglichkeit, die Massen der gedrückten Arbeiter für das Evangelium zu gewinnen dadurch, daß man seinen Gehalt ein wenig verdiesseitigt, seine Freiheit und Gleichheit auf gesellschaftliche Verhältnisse anwendet, und im Rahmen des Evangeliums irdische Ziele aufstellt, die nur durch menschliches Wohl- oder auch Übelmeinen eingegeben sind. Der Göhresche Vortrag in Frankfurt (auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß 1894) über den Grundbesitz ist ein erschreckendes Beispiel dafür, was nach seiten dieser enthusiastischen Verzerrung des Evangeliums jetzt schon möglich ist."

Vom 4. bis 6. Juni tagte in Erfurt der Evangelisch-soziale Kongreß. Es gab dem Kongreß ein besonderes Gepräge, daß zum erstenmal eine Frau, die Schriftstellerin Frau Dr. Gnauck, ein Referat erstattete. Dieses Eingreifen der Frau in die politische Arbeit des öffentlichen Lebens gab Anlaß zu vielen Kontroversen. Stöcker begrüßte die Neuerung als einen schon lange von ihm ersehnten Fortschritt. Professor v. Nathusius erklärte sich entschieden dagegen, wenn er schrieb: „Professor Harnack sprach aus: Es sei derartiges, nämlich, daß eine Frau geredet, noch nicht geschehen, seitdem es eine evangelische Kirche gibt. Ich verstehe nicht, wie das behauptet werden kann angesichts der bedeutenden Rednerinnen unter den Quäkern und anderen Damen, die in Amerika seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts auf großen Kongressen über Frauenrechte und allerlei christliche Fragen geredet haben — angesichts ferner der Heilsarmee, die über weibliche Redekräfte gebietet, denen man weder Geist noch Erfolg absprechen kann. Nun ist in Erfurt selbst und nachher in mehreren Berichten von früheren Gegnern des öffentlichen

Redens der Frauen die Erklärung abgegeben, sie seien durch die Redeleistung der Frau Gnauck von ihren Ansichten bekehrt. Diese Erklärungen sind aber nur Stimmungsbilder. Frau Gnauck hat bewiesen, daß Frauen reden können, daß sie sogar viel und gut reden können — bedurfte es aber dafür noch der Beweise? Und ist damit die Frage auch nur einen Schritt ihrer Beantwortung näher gekommen, ob es richtig ist, die Frau in die öffentlichen Kämpfe immer mehr hineinzuziehen, ob es richtig ist für unsere Familien, für die Frauen selbst, und ob das die Aufgabe der evangelischen Kirche ist? Der Vortrag, den Frau Gnauck in Erfurt gehalten hat, liegt uns noch nicht vollständig vor, aber er muß vortrefflich gewesen sein; nur ist mir in den bisherigen Berichten noch nicht eine einzige Wahrheit entgegengetreten, die nicht schon vorher auch von Männern gesagt worden ist. Was ist nun also mit dieser Rede bewiesen? Oder worin liegt das epochemachende Ereignis? — Es ist ferner hier zu erwähnen, daß wir von Frau Gnauck früher manches gelesen haben, was nicht vortrefflich war, sondern äußerst oberflächlich und verkehrt. Es fragt sich aber, ob, wenn das Reden der Frauen allgemein wird und nicht mehr in jedem einzelnen Falle so sorgfältig vorbereitet wird, wie in diesem Falle, wo die Referate in gemeinsam mit Hofprediger Stöcker gestellte Thesen ausliefen, die Vortrefflichkeit sich gleichbleiben würde. In den Thesen selbst werden zumeist alle die Forderungen aufgestellt, die auch von uns stets erhoben sind. Nur kann ich dem Ausdruck: „Die Frauenfrage ist wesentlich Bildungsfrage“ nicht zustimmen, weil ich darin einen Sinn finden könnte, der das direkte Gegenteil enthält von dem, was wir zu erstreben haben. — Ziehen wir also das Resultat, so müssen wir sagen: Neben der Förderung, welche die Behandlung der sozialen Lage der Frauen durch den Evangelisch-sozialen Kongreß erfahren hat, steht ein „Fortschritt“ der bedenklichsten Art, nämlich das Hereinziehen des weiblichen Geschlechts in das öffentliche Leben, wie es weder dem Geiste des Evangeliums noch der Art und Natur der Frauen entspricht.“ —

Auch noch andere Vorträge des Evangelisch-sozialen Kongresses, wie der des Professors Furrer-Zürich, erregten Anstoß auf der Rechten.

Eine Zeitlang ruhte dann der Kampf, da das öffentliche Interesse durch die Verbrechen des Kreuzzeitungs-Redakteurs Frhrn. v. Hammerstein absorbiert wurde, den das Komitee am

4. Juli ſeines Amtes enthob. Aber im Herbſt erhoben ſich die Differenzen von neuem. Am 24. Oktober brachte die „Konſervative Korreſpondenz“ einen ſcharfen Artikel gegen Naumann, Göhre, Kötzſchke u. a., d. h. gegen die „Jungen“, die den Klaſſenhaß ſchürten und die ſtaatliche Autorität untergrüben. Wer den Kampf gegen dieſe Richtung nicht aufnehme, könne zur konſervativen Partei nicht mehr gerechnet werden. Den beſonderen Unwillen der Konſervativen hatten die Publikationen einiger pommerſcher Paſtoren erregt. Die Schrift des Paſtors Wittenberg in Liegnitz über „Die geſchlechtlich-ſittlichen Verhältniſſe der evangeliſchen Landbewohner in der Provinz Pommern“, dargeſtellt auf Grund einer Enquete des Sittlichkeitsvereins hielt ſich in ſachlichen Grenzen. Dagegen veröffentlichte Paſtor Rauh-Kladow in der „Sozialen Praxis“ einen Artikel, der in ſeiner Abneigung gegen „die verbleichten Wappenſchilder der adligen Gutsbeſitzer“ über jene Grenzen agitatoriſch weit hinausging.

Neben Verſuchen, die Konſervativen ungeſtüm vorwärts zu drängen, gingen auch Beſtrebungen wirtſchaftlicher Reaktion nebenher. So benutzte der Redakteur der „Badiſchen Landpoſt“, Herr Röder, das Interregnum in der Kreuzzeitung, eine Artikelſerie an den Mann zu bringen, in der er vor dem Plan, die Großinduſtrie zu verbieten, nicht zurückſchreckte. Andere wollten wenigſtens der Sozialdemokratie gegenüber den ſtarken Mann ſpielen. Dietrich v. Oertzen beleuchtete damals alle dieſe Vorſchläge in einer Broſchüre: „Was bedeutet der Sozialismus für die konſervative Partei?“ (Schwerin, Herberger.) Dieſe Flugſchrift wies mit gleicher Entſchiedenheit den Radikalismus und die Reaktion ab und vertrat die ſtetige nüchterne Fortbildung des Arbeitsrechts gegenüber dem Peſſimismus, der an den Mitteln der Staatskunſt verzweifle. „Ich glaube, daß Gott der Herr die Aufgaben, die er unſerer Zeit geſtellt hat, nicht dazu ſtellte, daß wir ſie verſchlafen, ſondern daß wir ſie löſen. Und wenn dazu die Liebe gehört, die auch den Betörten gegenüber alles glaubt und hofft und trägt und duldet, ſo gilt es dieſe Liebe zu üben und ſich nicht erbittern zu laſſen. Iſt bei den arbeitenden Klaſſen viel Unverſtand und Torheit zu finden, wer — fragen wir — hat den Mut, uns, die beſitzenden Klaſſen, von aller Verſchuldung freizuſprechen?“

Im Oktober 1895 fand noch in Poſen ein Kongreß für Innere Miſſion ſtatt, auf dem es zu Auseinanderſetzungen zwiſchen

Professor Sohm-Leipzig und Professor Nathusius kam über die Frage, ob das Recht christlich oder heidnisch sei. Sohm lehnte das christliche Recht ab, weil das Christentum da aufhöre, wo das Recht als solches anfängt. Nathusius erwiderte: „Um noch einmal zu unserm verehrten Freund und Gegner Sohm zurückzukehren, sehe ich an ihm einen Fehler der Auffassung der christlichen Sittlichkeit, den wir freilich auch bei vielen theologischen Ethikern erblicken. Sie kennen wesentlich nur die Sittlichkeit des einzelnen Individuums, und geben Regeln, wie sich dieses Individuum auch in dem öffentlichen Leben und in den sozialen Gemeinschaftsformen sittlich durchzuhelfen habe. Demgegenüber halte ich es für die Aufgabe der christlichen Ethik der Gegenwart, nicht nur die Ziele der individuellen christlichen Tugendentwicklung aufzustellen, sondern die Aufgaben der christlichen Gesellschaft zu beschreiben, die sie hat, wenn sie die öffentlichen Verhältnisse nicht zum Schaden, sondern zur Förderung der christlich-sittlichen Volkspädagogik ausschlagen lassen will. Die Ethik hat dazu die idealen Grundordnungen der christlichen Gesellschaftsordnung aufzuzeigen, und die Politik hat zu erwägen, wieviel sie davon in Anbetracht der zeitweiligen Reife des christlich-sittlichen Urteils im Volk in die Gesetzgebung aufnehmen kann, resp. muß, um eben jenes christlich-sittliche Urteil nicht zu schädigen."

Im Dezember erließ der preußische Oberkirchenrat eine Verordnung über die sozialpolitische Tätigkeit der Geistlichen, worin er besonders die jüngeren Pastoren vor Beteiligung an politischen Versammlungen warnte. Die pfarramtliche Tätigkeit dürfe nicht hinter weltliche Aufgaben zurückgestellt werden. Demgegenüber wurden die Geistlichen besonders auf die Seelsorge verwiesen. Zu diesem Erlaß bemerkte die „Kons. Monatsschrift": „Es gibt ganz gewiß für jeden Pastor, der fleißig sein will, in den Gemeinden sehr reichliche Arbeit auf den Gebieten der Predigt, der Seelsorge, der inneren Mission. Es gibt aber gewiß auch große Hindernisse bei dieser Arbeit, die nicht in den Personen, sondern in den sozialen Verhältnissen liegen, z. B. Hinderung der Sonntagsfeier, die in Gesetz oder Sitte, Hinderungen der Sittlichkeit, die in unwürdigen Wohnungen, oder in zu häufigen und unzulässigen Lustbarkeiten liegen, Hinderungen des geistigen und geistlichen Lebens ganzer Stände, weil übertriebene Arbeitszeiten, unauskömmlicher Verdienst, unwürdige Behandlung, kein

Ehrgefühl aufkommen laſſen, und einen Stumpfſinn fördern, der ſich jeder religiöſen Einwirkung verſchließt. Und anderes mehr.

Was nun bei der Bekämpfung ſolcher Mißſtände vom Paſtor gefordert werden kann, iſt ein Verhalten, das jederzeit die Würde des geiſtlichen Amtes wahrt, das ſich fernhält von aller „Agitation“ im üblen Sinne des Wortes, von Erregung der Leidenſchaften, ſpeziell der Parteileidenſchaften.

Aber die freimütige Kritik und das chriſtliche Zeugnis dürfen nicht nur mittelbar, ſondern ganz ſicher, wenn es mit Weisheit und Takt geſchieht, auch unmittelbar geübt werden. Im Staate des allgemeinen Wahlrechts kann es nicht richtig ſein, daß alle erdenklichen Maßſtäbe frei an die Geſetze gelegt werden, und nur der Geiſtliche gehalten ſein ſoll, den Maßſtab des Chriſtentums niemals an die Inſtitutionen und an die unter ihnen erwachſenen öffentlichen Mißſtände zu legen.

Der Erlaß des Berliner Oberkirchenrats iſt ein bedenkliches Symptom, wie ſtark in unſeren verſtaatlichten Landeskirchen die politiſchen Strömungen maßgebend ſind.“

Der Schriftführer des Geſamtverbandes der Evangeliſchen Arbeitervereine wandte ſich mit der Bitte um eine Deklaration des Erlaſſes an den Evangeliſchen Oberkirchenrat, um von der Arbeit dieſer Vereine nachteilige Folgen abzuwenden. Und eine beruhigende Erklärung wurde auch gegeben. Paſtor Juſt urteilt aber doch in ſeiner Geſchichte der Vereine, daß die oberkirchenrätliche Verfügung „lange Jahre lähmend eingewirkt“ habe.

Die Sozialdemokratie blieb auch in dieſem Jahre die alte, unehrlich und unſozial, nur darauf erpicht, agitatoriſch zu wirken.

Am 16. Juli veröffentlichte der ſozialdemokratiſche Parteivorſtand ein Agrarprogramm, das dem nächſten Parteitag vorgelegt werden ſollte. Das Aktenſtück wiederholte viele ſchon bekannte Forderungen, ſah aber davon ab, den Bauernſtand zu enteignen. Es ſollte nur das öffentliche Grundeigentum vermehrt, den Gemeinden ein Vorkaufsrecht eingeräumt und der Beſitz der „Toten Hand“ in öffentliches Eigentum bewirkt werden. Die „Vergeſellſchaftung“ des bäuerlichen Grundes und Bodens wagten die Parteihäupter nicht auszuſprechen, obſchon ihr „Prinzip“, der Marxismus, es verlangt hätte. Aber die Rückſicht der Agitation, daß man jedem Stande ſchmeicheln und ihm das verſprechen muß, was er ſich wünſcht, war maßgebender, als alle Grundſätze.

Übrigens erklärten auch eine Anzahl Blätter der Umsturzpartei, der Entwurf sei nicht sozialdemokratisch.

Vom 6. bis 12. Oktober fand dann der sozialdemokratische Parteitag in Breslau statt. Die Einleitung bildete der übliche neidische Streit um die hohen Einnahmen der Parteibeamten. Alle Anträge auf Herabsetzung fielen. Sodann entbrannten wilde Kämpfe um das Agrarprogramm. Das Ende war die entschiedene Ablehnung desselben, da es auf eine Stärkung des Privateigentums, auf Bauernschutz hinauslaufe.

Die bürgerlichen Blätter hoben in der Kritik des Parteitages mit Recht hervor, daß die Sozialdemokratie für die bürgerliche Gesellschaft die Beseitigung der großen Einkommen fordere, aber nicht einmal imstande sei, dies Ideal in der eigenen Partei zu verwirklichen.

Um den Schein zu erwecken, als ob sie doch im Interesse des Arbeiterstandes politisch tätig wären, stellten die Sozialdemokraten im Reichstag wieder einige unmögliche Anträge. Am 4. März beantragten sie, das deutsche Heer in eine Miliz nach Schweizer Muster umzuwandeln. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso wurde am 1. Mai ein sehr radikaler Antrag Grillenberger, das Vereinsrecht betreffend, vom Reichstag gegen die Stimmen der äußersten Linken abgelehnt. Verständig waren nur ein paar Forderungen Bebels zum Postetat.

Am 12. März forderte er die volle Einstellung der Paketbeförderung am Sonntag, und die Erleichterung des Heiratens, das jetzt erschwert werde.

Am 22. und 23. April fand in Halle a. S. der Deutsche Handwerkertag statt, von 620 Delegierten besucht. Man forderte einmütig die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis, und wiederholte auch die anderen bekannten Wünsche des Handwerks.

Die sozial bedeutsamen wirtschaftlichen Trustbildungen wurden 1895 um einen „Weltring" vermehrt. Im April wurde die Petroleumproduktion der Welt in der Hand des Amerikaners Rockefeller vereinigt, der den Nationen nun vorschreibt, was sie für dies Beleuchtungsmittel zahlen sollen.

XXII. 1896. Die Christlich-Sozialen trennen sich unter Stöckers Führung von den Konservativen; konstituieren sich unter Graf Solms.

Das Jahr 1896

war ein Jahr der Krisis für die christliche Arbeiterbewegung. Am Hofe, in der Regierung und auf der ganzen Rechten machte sich eine starke Reaktion gegen die Sozialreform und die sozialen Reformparteien geltend. Diese Reaktion fand ihre Stütze in zwei relativ berechtigten Erwägungen: Erstens konnte man der Wahrheit gemäß sagen, daß alle bisher bewilligte Sozialreform nicht den geringsten Eindruck auf die sozialdemokratische Arbeiterwelt gemacht habe; im Gegenteil — die Partei beantwortete jedes Entgegenkommen, jede Hilfe, jedes Wohlwollen nur mit um so unflätigerer Opposition; sie erkannte nichts, aber auch gar nichts an. Wozu da noch weiter entgegenkommen? Und zweitens nahm die Kampfesweise der christlich-sozialen Partei und Presse zum Teil so rauhe Formen an und faßte so bestrittene Ziele ins Auge, daß auch für einen sozial freundlich orientierten Konservatismus Bedenken nicht ausbleiben konnten. Wenn es so weitergeht — raisonnierte man — wird die Agitation der Naumann, Göhre, Gerlach bei der Sozialdemokratie enden.

Hätte nun in dieser Zeit eine über den Parteien stehende Regierung mit fester und zugleich milder Hand ausgleichend gewirkt und den Kurs der mittleren Diagonale gesteuert, so hätte die Entwicklung sich in ruhigen Bahnen halten können. Aber leider gewann der leidenschaftlichste Träger der erwähnten Reaktion, Freiherr v. Stumm, einen solchen Einfluß nicht nur bei den Parteien, sondern auch am Hofe und in der Regierung, daß allmählich die Gegensätze eine denkbar scharfe Form annahmen. Schon im Januar war die Lage so gespannt, daß der christlich-sozial gerichtete Reichstagsabgeordnete Prof. Hüpeden-Kassel, aus der konservativen Partei austrat. Stöcker wurde von „Kreuzzeitung" und „Reichsbote" noch gehalten, aber die „Nordd. Allg. Ztg." verglich ihn bereits mit dem bekannten Pariser Revolutionär Babeuf.

Am 12. Februar fand noch eine erfreuliche Debatte im Reichstage statt. Freiherr v. Heyl interpellierte die Regierung über den Streik in der Konfektionsbranche. Staatssekretär von

Böttticher gab die bedrängte Lage der Arbeiterinnen zu, es sei aber sehr schwer, ein menschenwürdiges Preisniveau der Arbeit zu erzielen, weil der Andrang besonders solcher Frauen, die nur als Nebenerwerb arbeiten, sehr stark sei. Minister v. Berlepsch stellte sich offen auf die Seite der Streikenden, deren Lage allerdings auch eine traurige Notlage und deren Forderungen vollkommen berechtigt waren, insoweit sie sich gegen das Trucksystem der Fabrikanten und die Ausbeutungspraktiken der Zwischenmeister wandten. Wohltuend war die offene Darlegung der Schäden durch den nationalliberalen Antragsteller und seine unbefangene Schlußforderung: „Wenn in unserer Gesellschaftsordnung sich solche Mißstände zeigen, so sind nach meinem Erachten diejenigen, welche die jetzige Gesellschaftsordnung aufrechterhalten wollen, verpflichtet, derartigen Mißständen energisch entgegenzutreten."

Auch die Rede des Ministers v. Böttticher bewies, daß er die Schäden des Trucksystems und die sittlichen Gefahren des Zwischenmeistertums sehr wohl kannte. Die ganze öffentliche Meinung trat auf die Seite der Streikenden, und die jüdische Konfektion mußte in etwas nachgeben. Auch nahm am 15. Januar der Reichstag einstimmig einen Antrag Hitze an, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter besser durchgeführt werden sollten. Aber eine Wendung zum Besseren bedeutete der Beschluß nicht. Im Gegenteil scheint gerade durch diese Vorgänge die ohnehin gefährdete Stellung des Ministers v. Berlepsch weiter erschüttert zu sein.

Eine kleine Pause brachte die Vorlage des Bürgerlichen Gesetzbuches. Am 17. Januar wurde es dem Reichstag übergeben. Das Gesetzbuch wurde von der ganzen sozial gerichteten Presse als ein nennenswerter Fortschritt begrüßt, insofern es auf vielen Gebieten die Rechte gerade der Schwachen, der Abhängigen, der Untergebenen, der Mieter wirksam wahrnahm. Vom 3. bis 6. Februar fand die erste Beratung des Gesetzbuches statt. Staatssekretär Nieberding hob hervor, daß „ein unermeßlicher wirtschaftlicher, sittlicher und sozialer Fortschritt" darin eingeschlossen sei. Geheimer Justizrat Planck wies überzeugend nach, daß besonders aus den Bestimmungen über Mietsvertrag und Dienstvertrag die soziale Absicht des Gesetzgebers klar hervorgehe.

Tatsächlich stammte ja auch das Werk aus der Zeit des sozialen Aufschwunges. Aber der Wind der Gegenwart wehte aus anderer Richtung.

Am 1. Februar kam es zum Bruch zwischen Hofprediger Stöcker und der konservativen Partei. Der äußere Anlaß der Trennung lag in dem Umstande, daß die Zeitung „Das Volk" die konservative Partei oft und heftig angegriffen hatte, und daß Stöcker einerseits im geschäftsführenden Elferausschuß der konservativen Partei saß, und andererseits „Das Volk" als sein Organ galt, weil er es ins Leben gerufen und zu Publikationen benutzt hatte. Die Konservativen forderten in der entscheidenden Sitzung, daß Stöcker das „Volk" desavouieren bzw. sich öffentlich davon lossagen möchte.

Die Zeitung „Das Volk" war 1888 von Stöcker begründet worden, nachdem ein Geschäftsmann ihm das Gründungskapital zur Verfügung gestellt hatte; das „Volk" sollte die christliche Arbeiterbewegung publizistisch vertreten. Ein konservativer Redakteur mit volkstümlicher Feder — Hans Leuß — wurde zur Leitung berufen, der Preis auf 1 Mark vierteljährlich festgesetzt. In dieser seiner ersten Gestalt fand das Blatt wohl viele Leser, war aber geschäftlich nicht haltbar. Man erhöhte den Preis, übernahm aber damit die Verpflichtung, mehr zu bieten. Ein wohlhabender Freund der Bewegung schoß Betriebskapital vor; der Umfang wurde vergrößert, die Redaktion verstärkt. 1896 waren die maßgebenden Redakteure des „Volk" der vormalige Wiener Sozialdemokrat Oberwinder und der preußische Regierungsassessor Helmut v. Gerlach. Das Blatt war frisch und interessant redigiert, aber rücksichtslos in persönlicher und skrupellos in agitatorischer Hinsicht. In akademischen Kreisen wurde es mit Begeisterung gelesen. In politischen stieß es häufig an. Oberwinder, der aus einem Sozialdemokraten ein Christlich-Sozialer geworden war, hatte doch die Eierschalen seiner Vergangenheit nicht ausreichend abgestreift; und Helmut v. Gerlach bewies schon damals jenen moralisch vielleicht sehr hoch stehenden, aber politisch recht lebensgefährlichen Mut der Überzeugung, daß er selbst seine besten Freunde, selbst solche, auf deren Hilfe er parteipolitisch angewiesen war, wenn und sobald sie ihm eine Dummheit gemacht zu haben schienen, auch öffentlich und rücksichtslos als das bezeichnen zu müssen glaubte, was sie ihm zu sein schienen, — eine Eigenschaft, die sein späteres politisches Leben zu einem Wanderleben gestaltet hat.

Digitized by Google

Stöcker befand sich diesen Redakteuren gegenüber, die ihm täglich Verdruß bereiteten, in einer mißlichen Lage. Immer wieder versuchte er, sie zu besonnener und maßvoller Haltung zu bewegen, bekam auch wohl Zusagen in dieser Hinsicht, aber an der nächsten Biegung des Weges stürmte die Parteileidenschaft doch wieder mit ihnen davon. Andererseits waren es überzeugte und treue Anhänger, und Gerlach wenigstens hatte eine aussichtsvolle Staatslaufbahn drangegeben, um christliche und sozialpolitische Ideale zu verwirklichen. Es waren Männer, deren man sich nicht im Handumdrehen entledigen konnte.

In diesem Sinne antwortete Stöcker den Konservativen. Er gab die Fehler des Blattes offen zu, versprach auch weiter seinen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Haltung maßvoller werde, verweigerte aber die volle Preisgabe des Blattes, dessen Sozialpolitik in vieler Richtung zu billigen sei. Da ein Kompromiß nicht gefunden wurde, trat Stöcker aus der konservativen Partei aus.

Die von der konservativen Partei gegebene Darstellung der Auseinandersetzung hatte folgenden Wortlaut: „In der am 1. Februar stattgehabten Sitzung des geschäftsführenden (Elfer-) Ausschusses der konservativen Partei erklärte Herr Hofprediger Stöcker sich bereit, die folgende Erklärung zu veröffentlichen:

‚In meiner „Kirchenzeitung" vom 25. Oktober v. J. habe ich erklärt, daß ich seit Jahr und Tag die Haltung des „Volk" gegenüber der konservativen Partei öfter scharf gemißbilligt habe; die Redaktion des „Volk" hat diese Tatsache ausdrücklich anerkannt. Zugleich habe ich die Linie bezeichnet, auf welcher das „Volk" meines Erachtens sich halten muß. Nach den stattgehabten Auseinandersetzungen ist es selbstverständlich, daß ich das „Volk" zu meinen Veröffentlichungen erst wieder benutzen werde, wenn es die von mir bezeichnete Linie innehält.'

Der Elferausschuß lehnte diese Form der Erklärung mit neun gegen zwei Stimmen ab, nahm dagegen mit derselben Mehrheit die folgende Fassung an:

‚In Anbetracht, daß die Haltung, welche das „Volk" gegenwärtig in wichtigen Fragen einnimmt, mit konservativen Grundsätzen unvereinbar ist und die konservative Partei, der ich angehöre, schädigt, erkläre ich, daß ich mit diesem Blatte, auf das ich schon lange einen maßgebenden Einfluß nicht mehr be-

sitze, nichts mehr gemein habe und jede auch nur mittelbare Verantwortlichkeit für dessen Inhalt ablehne.'

Da Herr Hofprediger Stöcker sich außerstande sah, dieser Fassung zuzustimmen, erklärte er seinen Austritt aus dem Elferausschusse."

Es entspann sich nun ein sehr leidenschaftlich geführter Kampf zwischen den zahlreichen Freunden Stöckers und der konservativen Partei über Recht oder Unrecht des gestellten Ultimatums. Heute kann gesagt werden, daß die Doppelbeziehungen Stöckers zum „Volk", wie es damals war, und zur konservativen Partei, nicht wohl gleichzeitig bestehen konnten, und daß die von den Konservativen gestellte Forderung einer Klärung durchaus berechtigt war. Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß ein Mann, der so gewaltige Arbeit für die konservative Partei geleistet hatte, wie Stöcker, vor schroffer Behandlung hätte sicher sein müssen. Stöcker hatte es durch seinen unermüdlich in Wort und Schrift geführten Kampf dahin gebracht, daß in Berlin auf kirchlichem Gebiet eine positive Mehrheit in der Stadtsynode den vollen Sieg über die Liberalen davongetragen hatte; auf politischem Gebiete war es ihm wenigstens gelungen die Alleinherrschaft des Fortschritts zu brechen und die Konservativen, die früher in Berlin nichts bedeutet hatten, im 2. Wahlkreis nahe an den Sieg heranzuführen.

Für diese gewaltige Arbeitsleistung und für viele auch in der Provinz den Konservativen geleistete Hilfe wäre man Stöcker Dank und Rücksicht schuldig gewesen. Auf keinen Fall aber durfte man ihm eine Erklärung zumuten, deren Abgabe nicht „fair", nicht eines Gentleman würdig gewesen wäre. Wenn man im Gegenteil hart und schroff verfuhr, auch keine Frist gewährte, um die Zeitung umzugestalten, so kann dies doch kaum auf einen anderen Umstand zurückgeführt werden, als daß innerhalb der konservativen Partei eine Strömung die Oberhand gewonnen hatte, der es nicht nur darum zu tun war, den Ausschreitungen der „Jungen" im „Volk" ein Ende zu machen, sondern auch sich des nicht immer bequemen Mahners Stöcker tunlichst zu entledigen. Ein konservativer Veteran, der Reichstagsabgeordnete Krug von Nidda, sprach sich sofort öffentlich ungefähr in diesem Sinne aus und erklärte seinen Austritt aus der konservativen Partei. Andere folgten ihm.

Digitized by Google

Eine ſachlich begründete Verſtimmung lag bei einigen Gegnern Stöckers auch darin, daß er ſtets ein Widerſacher des Kartells geweſen war, und daß dieſer Widerſtand die „maßgebenden Kreiſe“ gegen die Rechte verſtimmte. Diejenigen Konſervativen aber, die ſich der Pflicht der Dankbarkeit bewußt waren, traten nicht mit ausreichender Entſchiedenheit für den Angegriffenen ein.

Wenn ſich demnach durch Stöckers Ausſchluß aus der konſervativen Partei eine ſcharfe Spannung und allerlei Bitterkeit zwiſchen Konſervativen und Chriſtlich-Sozialen ergab, ſo war dieſer Gang der Dinge aus mehrfachem Grunde beklagenswert, teils der ſubjektiven Differenzen wegen, die in ungezählten Artikeln und Broſchüren zum Ausdruck kamen, teils weil die konſervative Partei, die bis dahin Trägerin der Sozialreform geweſen war, einer Reihe arbeitsfreudiger und ſozial gerichteter Männer beraubt wurde, ohne die Konſervativen aber an eine Fortſetzung der Sozialreform gar nicht zu denken war. Andererſeits aber, und providentiell angeſehen, kann die Trennung kaum anders denn als Fortſchritt und als günſtige Wendung bewertet werden. Dies günſtige Moment liegt aber darin, daß, wenn mit der Zeit eine ſtärkere chriſtliche Arbeiterbewegung neben der Sozialdemokratie aufkommen ſollte, dieſe Bewegung auch über eine politiſche Partei verfügen mußte, die ſich rückhaltlos für die Intereſſen der Arbeiter im öffentlichen Leben einlegte. Dieſe Partei — der parlamentariſche Anwalt der chriſtlichen Arbeiter — konnten aber die Konſervativen niemals ſein, da ſie hiſtoriſch auf ganz anderen Intereſſen feſtlagen. Und wenn ſie auch durch die Tat immer wieder bewieſen hatten, daß ſie keineswegs etwa einſeitigen agrariſchen Standesegoismus trieben, ſondern ſich ſelbſt zugunſten der Sozialreform und der Arbeiter mit gewaltigen Steuern beladen hatten, ſo konnten ſie doch nie ſo einſeitig die Arbeiterſache zu ihrer Parteiſache machen, wie es die aufſteigende gärende chriſtliche Bewegung verlangte. Es war alſo ſpäter ein günſtiger Umſtand, daß die evangeliſchen chriſtlichen Arbeiter, als ſie in ihren Organiſationen erſtarkten, eine wenn auch kleine, doch ſelbſtändige Partei vorfanden, mit der ſie vorbehaltlos den politiſchen Ehebund eingehen konnten: die chriſtlich-ſoziale.

Stöckers erſte Sorge nach ſeinem Austritt war es nun, die Chriſtlich-Sozialen zu ſammeln. Am 26. Februar fand ein konſtituierender Parteitag der chriſtlich-ſozialen Partei in Frankfurt a. M. ſtatt, dem einer der beſten Männer des heſſiſchen

Landes, der hochangesehene Standesherr Graf Solms-Laubach bereitwillig präsidierte. Graf Solms erklärte: „Daß wir Christlich-Sozialen selbst nichts anderes sind als eine konservative Richtung, dürfte kaum zweifelhaft sein. Wir nehmen für uns die am schärfsten ausgeprägte ideale Richtung des wahren Konservatismus in Anspruch." Stöcker sprach in dem gleichen Sinn, sehr milde und versöhnlich. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, welche Stöckers Austritt aus der konservativen Partei billigte und die christlich-soziale Partei auf dem revidierten Programm von 1895 neu konstituierte. Dann heißt es: „Wir bekämpfen nach wie vor jede konservative Richtung, die der Politik der Mittelparteien grundsatzwidrige Konzessionen macht, ebenso wie einen Konservatismus, der einseitig die materiellen Interessen vertritt. — Wir erstreben auch in Zukunft eine größere ökonomische Gleichstellung von reich und arm und die gesetzliche Unterstützung der Bestrebungen der wirtschaftlich Schwachen. Aber wir verwerfen radikale Theorien, welche die absolute ökonomische Gleichheit aller vertreten." Zum Schluß wurde noch der Kampf gegen den Umsturz unter der Fahne des lebendigen Christentums proklamiert.

Ein politisches Zusammengehen mit den „Jungen" wurde ausdrücklich abgelehnt, „schon deshalb", weil diese Richtung kein klares Programm hätte.

Im Reichstage kam es im April wiederum zu einer Gelegenheit, sozialpolitisch die Klingen zu kreuzen. Am 4. März hatte der Bundesrat eine Verordnung erlassen, welche die Arbeitszeit der Gehilfen in den Bäckereibetrieben auf 12 Stunden, die der Lehrlinge auf 10—11 Stunden im Maximum festsetzte, überdies die Nachtarbeit und die Ruhezeit in angemessener Weise regelte.

Am 22. April brachte der konservative Abg. v. Buchka eine Interpellation im Reichtag ein, welche Bedenken aussprach, ob der Bundesrat befugt sei, auf Grund von § 120e Absatz 3 der Gewerbeordnung die Arbeitszeit in dieser Weise zu beschränken. Es sei eine einfache Konsequenz, daß, wenn der Arbeitstag auf 12, er auch auf 8 Stunden festgesetzt werden könne. Die Konservativen könnten einen solchen Eingriff in das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeiter nicht billigen. Staatssekretär v. Boetticher nahm das Recht, solche Verordnung zu erlassen, für den Bundesrat entschieden in Anspruch; das Recht bestehe bei übertriebener Arbeitszeit und bei gesundheitsschädlicher Arbeit. Bei-

des treffe hier zu. In vielen Bäckereien fänden ohne Zweifel übermäßige Arbeitszeit und haarsträubende Ausnutzung der Gehilfen und besonders der Lehrlinge statt. Die Bäckereienquete habe ungeheuerliche Mißstände zutage gefördert. Auch die Reinlichkeit müsse im Interesse der Konsumenten kontrolliert werden.

An diese Reichstagsdebatte schlossen sich lange Zeitungserörterungen an; konservative und liberale Blätter forderten die Aufhebung der Verordnung. Diesem Verlangen wurde nun freilich nicht entsprochen, obgleich auch die Bäckerinnungen großen Lärm zu machen begannen. Wohl aber wurde am 27. Juni dem Handelsminister Freiherrn v. Berlepsch der Abschied bewilligt und ein farbloser Geschäftsminister, Herr Brefeld, an seine Stelle berufen. Der Rücktritt des sozial gerichteten Ministers gehörte durchaus in die „Ära Stumm", die begonnen hatte, hinein. Den äußeren Anlaß gab wohl die Bäckereiverordnung. Der tiefere Grund lag aber darin, daß Herr v. Berlepsch bei Herrn v. Stumm und den Mittelparteien persona ingrata war.

Wer war dieser Freiherr v. Stumm? Und was bedeutet „die Ära Stumm"?

Herr v. Stumm war ein Hüttenbesitzer im Saargebiet, der eine große Zahl von Arbeitern beschäftigte und „patriarchalisch" regierte. Ob dieses Regiment von Wohlwollen oder von Berechnung diktiert war, ist schwer zu entscheiden. Die Freunde und Gegner des Mannes streiten darüber. Fest steht, daß Stumm in seiner ersten Zeit die Kongresse der Kathedersozialisten regelmäßig besuchte und ein gewisses Wohlwollen in die Erörterung der Arbeiterfragen hineinbrachte. Es ist vorgekommen, daß Stumm und Stöcker gemeinsam Anträge im Reichstag stellten, was um so besser anging, als Stumm auch kirchlich-evangelisches Verständnis zeigte.

Dies Bild veränderte sich leider völlig mit der Zeit, speziell seit es Stumm gelungen war, am Hofe einflußreiche Beziehungen zu gewinnen. In der politischen und gesellschaftlichen Höhe, auf die er gelangt war, verlor er das innere Gleichgewicht und geriet in eine Selbstherrlichkeit und Herrschsucht hinein, die zuletzt kaum noch verständlich war. Und von Zorn und Entrüstung schäumte er geradezu über bei dem Gedanken, daß „seine" Arbeiter sich nicht mehr absolut regieren lassen, sondern eigene Entschlüsse fassen und sogar mitbestimmend auf den Arbeitsvertrag einwirken wollten.

Der Gegenſatz entzündete ſich an einigen Vorträgen, die im Volksbildungsverein zu Saarbrücken gehalten wurden. Schon 1895 hatte Profeſſor Adolf Wagner einen wiſſenſchaftlichen Vortrag über „Sozialismus, Sozialdemokratie und poſitive ſoziale Reform“ gehalten. Wagner war ſehr gemäßigt geweſen, hatte auch Stumm perſönlich abſolut nicht angegriffen. Im Oktober 1895 hatte Naumann über Ehe und Familie geredet. Wütende Artikel in der „Saarbrücker Zeitung“ quittierten über dieſe Vorträge. Am 11. Februar 1896 brachte die „Neue Saarbrücker Zeitung“ einen noch leidenſchaftlicheren Artikel gegen die dortigen evangeliſchen Geiſtlichen, weil ſie in den Evangeliſchen Arbeitervereinen ſozial arbeiteten. Die chriſtlich-ſoziale Strömung wurde als eine „ausgeſprochen antichriſtliche Revolutionsrichtung“ bezeichnet, „die mit höheren religiöſen Grundſätzen abſolut nichts gemein hat“. Die Chriſtlich-Sozialen wurden als „bewußte oder unbewußte Helfershelfer der Sozialrevolution, die mit Bebel und Liebknecht auf einer Stufe ſtehen“, gekennzeichnet. Am 12. April hielt der Abg. v. Stumm ſelbſt in Neunkirchen eine überaus heftige Rede gegen die Chriſtlich-Sozialen, die er für gefährlicher als die Sozialdemokratie bezeichnete. Wenn es dem Kirchenregiment nicht gelinge, dieſer antimonarchiſchen und antichriſtlichen Bewegung Herr zu werden, ſo gehe die Landeskirche zugrunde. Auch der Kaiſer teile ſeine (Stumms) Anſichten. Inwiefern das der Fall ſei, wurde zunächſt nicht erwieſen.

Auf Stumms Angriffe hin erklärten nun 35 evangeliſche Geiſtliche des Saargebiets: „Die unterzeichneten Geiſtlichen erklären ſich gegen jede unklare Vermiſchung der Aufgaben der evangeliſchen Kirche mit den chriſtlich-ſozialen Beſtrebungen. Sie halten ſich aber um des Gewiſſens willen für verpflichtet, dieſe ungeheuerliche Schilderung der Chriſtlich-Sozialen als eine wider die Gerechtigkiet, Wahrheit und Liebe ſtreitende zu bezeichnen, da dieſelben im Gegenſatze zur gott- und vaterlandsloſen Sozialdemokratie auf durchaus geſetzlichem Wege durch Wort und Schrift und Tat für Chriſtentum, Königtum und ſoziale Reform eintreten.“

Der Superintendent Zilleſſen in Saarbrücken, der von Stumm in ganz niedriger Weiſe perſönlich angegriffen war, ſchloß eine Erklärung jener ganz ungereimten und unwahren Angriffe mit den Worten: „Ich bin kein perſönlicher Feind des Freiherrn

v. Stumm, aber allerdings ein Feind seines Systems, das sich mir je länger, je mehr als das System der brutalen Gewalt unter völliger Nichtachtung des unveräußerlichen Rechts jeder anderen Persönlichkeit enthüllt hat."

Diese Charakteristik war in der Tat zutreffend. Stumm übte wirklich im Saargebiet je länger, je mehr eine wahre Schreckensherrschaft aus. Nicht nur Arbeiter, sondern Industriebeamte, Geistliche, Lehrer, Staatsbeamte bis zum Landrat hinauf wurden von ihm angegriffen, denunziert und mußten entweder sich fügen oder irgendeiner Maßregelung gewärtig sein. Ja der heftige Mann soll zuletzt soweit gegangen sein, direkt mit seinem Einfluß am Hofe zu drohen. Der übliche Ausdruck „Scharfmacher" entstammt der später freilich bestrittenen Zeitungsnachricht, Stumm habe gedroht, daß er „den Kaiser scharf machen" werde. Stumm geriet ganz aus dem Häuschen, als die evangelischen Arbeitervereine ein „Volksbureau" gründeten, obschon es der Justitiar des Herrn v. Stumm war, der Rat erteilen sollte. Die Katholiken hatten längst dasselbe getan. Man hatte sie ruhig gewähren lassen. Der Kaplan Dasbach blieb ungeschoren. Nur die Evangelischen sollten unter keinen Umständen etwas tun. Nachher bestritt Stumm dann wieder, im Widerspruch mit allen Tatsachen, daß er jemals den evangelischen Arbeitervereinen etwas in den Weg gelegt habe.

Die Heftigkeiten Stumms entfesselten ihrerseits große Zeitungs- und Broschürenfehden. Professor v. Nathusius ließ um diese Zeit eine Flugschrift hinausgehen: „Was ist christlicher Sozialismus?" (Berlin, Reuther), in der er die kapitalistischen Verkehrtheiten Stumms mit Rücksicht auf dessen Einfluß als ein nationales Unglück bezeichnete und andererseits die Tendenz der „Jungen", das Christentum zu verdiesseitigen, mit Entschiedenheit ablehnte.

Hatte Stumm sich aber in seiner Rede vom 12. April auf ein Telegramm des Kaisers berufen, so blieb er den Beweis, daß ein solches existierte, nicht schuldig. Die Berliner „Post" veröffentlichte folgendes Telegramm des Kaisers an den Geh. Rat Hintzpeter in Bielefeld:

Berlin, Schloß, 28. II. 96.

Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch sozial; christlich-sozial ist Unsinn und führt zu Selbst-

überhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht. Wilhelm. I. R.

Dieses Telegramm erregte natürlich auf der Linken und bei den Mittelparteilern große Freude, während die katholische und christlich-soziale Presse in ehrerbietiger, aber fester Weise bestritt, daß es für den Monarchen richtig sei, sich in solcher Form in die Parteikämpfe einzumischen. Stöcker selbst erklärte in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung": „Die Reichspolitik hat anderthalb Jahrzehnte hindurch das christlich-soziale Programm verwirklicht. Der gegenwärtig regierende Monarch selbst hat als Prinz Wilhelm die christlich-soziale Tätigkeit als das Mittel zur Überwindung der Sozialdemokratie bezeichnet. — Seitdem der christlich-soziale Gedanke verfemt ist, beherrscht der Umsturz politisch die Hauptstadt. — — Wir glauben, daß die, welche jene Depesche veröffentlichten, dem Vaterlande und der Monarchie keinen guten Dienst geleistet und eine große Verantwortung auf sich geladen haben. Im übrigen habe ich bis jetzt geendet, wie ich angefangen habe. Ich bin derselbe geblieben und werde in alter Weise weiter arbeiten. Das Ende überlasse ich Gott."

Die „Hilfe" bezeichnete die Herren v. Stumm und den Oberhofmeister v. Mirbach als diejenigen, die gegen „christlich-sozial" besonders mobil machten. Herr v. Stumm war der verletzte Arbeitgeber, der mit Unwillen „seine" Arbeiter mündig werden sah, und der in der Rolle, die er am Hof und in der Politik spielte, das innere Gleichgewicht verloren hatte; Herr v. Mirbach hatte sich, gereizt durch die Angriffe im „Volk" wegen der Art und Weise, wie er die Gelder zum Bau der Kaiser-Wilhelm-Kirche zusammengebracht habe, aus einem Freund des Stöckerschen Hauses in einen bitteren Gegner verwandelt, und ging mit Angriffen auf seine Widersacher, die er einem Prachtwerk über die Kaiser-Wilhelm-Kirche einverleibte, über alles erträgliche und entschuldbare Maß der Leidenschaft weit hinaus. Er gab in jenem Werk eine entsetzliche Schilderung seiner Gegner, welche mit der Losung „Vorwärts mit dem Teufel" gegen ihn anstürmten. Später gab er dann eine Deklaration ab, daß als Träger jener Devise nicht, wie man angenommen hatte, die

Christlich-Sozialen gemeint sein sollten, sondern die Sozialdemokraten. Aus dem Wortlaut war das keineswegs mit Sicherheit hervorgegangen.

Neben der offenen Bekämpfung der Christlich-Sozialen durch ihre Gegner zur Rechten hörte auch der Minenkrieg von liberaler Seite nicht auf. Ein solcher Feldzug wurde im Ausschuß des Evangelisch-sozialen Kongresses begonnen, indem man unter der Hand das erstaunliche Ansinnen an Stöcker heranbrachte, er möge aus dem Vorstand des Kongresses austreten, den er selbst ins Leben gerufen. Wohlverstanden, nur aus dem Vorstand. Da wollten seine Gegner unter sich sein. Im Kongreß aber sollte Stöcker bleiben, damit man seinen Anhang nicht verlöre. Natürlich wandte Stöcker dem Kongreß den Rücken. Über die Gründe dieses Austritts schrieb damals Professor Delbrück in den von ihm redigierten „Preußischen Jahrbüchern" folgendes: „Mehrere angesehene Mitglieder waren schon immer nicht ganz zufrieden damit, daß der Kongreß nach außen viel mehr das Ansehen einer Stöckerschen Schöpfung habe, als es in Wirklichkeit zutraf. Herr Stöcker war aber ein höchst wichtiges, ja unentbehrliches Mitglied des Kongresses, weil er durch seine Verbindung mit den Konservativen für viele konservative Mitglieder die Gewähr bot, daß der Kongreß nicht etwa unversehens in ein radikales Fahrwasser gerate oder liberale Theologie propagiere. Nachdem nun Herr Stöcker aus der konservativen Partei ausgetreten war und sich an die Spitze einer neuen Partei gestellt hatte, änderte sich dies Verhältnis. Man sagte sich, daß der Kongreß, dem alles daran lag, auch die konservative Richtung bei sich zu repräsentieren, in der öffentlichen Meinung vielfach um so mehr für demagogisch ausgegeben werden würde, eine je größere Rolle Herr Stöcker darin spielte. Man bat daher den Vorsitzenden, auf Herrn Stöcker einzuwirken, daß er freiwillig von seiner Stelle als Vizepräsident zugunsten eines seiner Gesinnungs- und Parteigenossen zurücktrete. Sachlich hätte das gar nichts zu bedeuten gehabt; nur symbolisch wäre die Firma etwas geändert und offenbar berichtigt worden. Herr Stöcker hätte, wenn ihm das nicht einleuchtete, einfach ablehnen können. Statt dessen erklärte er seinen Austritt."

Wir haben diese Darstellung des Herrn Delbrück hergesetzt, weil sie entgegen der damals oft erhobenen Anklage, Stöcker habe durch Unverträglichkeit den Bruch herbeigeführt, mit einer ge-

wiſſen Naivität den Beweis liefert, daß der Streit in willkürlicher und wenig ehrenhafter Weiſe von links her vom Zaun gebrochen worden iſt. Stöcker war der Gründer des Kongreſſes. In edler Unparteilichkeit hatte er ſeine theologiſchen Gegner, mit denen er auf rein kirchlichem Gebiet keinen Schritt zuſammengehen würde, zur ſozialen Mitarbeit eingeladen, weil er auf dem ſozialen Gebiet auch bei abweichenden dogmatiſchen Anſichten gemeinſame Arbeit für möglich hielt. Nur zögernd waren am Anfang die Gegner gefolgt. Dann aber war die gemeinſame Arbeit beſſer gegangen als man geglaubt, weil von beiden Seiten — die einzige Möglichkeit, wie Zuſammenarbeiten dauern konnte — die Berührung gewiſſer Differenzpunkte tunlichſt vermieden wurde. Jetzt, wo Stöcker nicht mehr als Mandatar der Konſervativen gelten konnte und überdies von oben her geächtet wurde, glaubten die Liberalen, die je länger, je mehr die Leitung des Kongreſſes an ſich zu reißen ſuchten, den Augenblick gekommen, um den unliebſamen Orthodoxen auszuſchalten.

Daß Stöcker gar nicht paktierte, ſondern den Intriganten die einzig richtige und würdige Antwort gab, hat die Folgezeit als das beſte Verhalten erwieſen, denn wenn auch große Gemeinſamkeiten der Anſchauung zwiſchen den ſozial intereſſierten Konſervativen und Liberalen vorhanden waren, ſo blieb doch ein Reſt von Meinungsverſchiedenheit, der dem Bündnis die Stoßkraft raubte. Es war ſachlich beſſer, daß man ſich trennte. Der Evangeliſch-ſoziale Kongreß wurde nun immer mehr ein akademiſcher Sprechſaal, von dem wohl auch ferner wertvolle theoretiſche Anregungen ausgingen, der aber praktiſch nichts erreichte. Dagegen überflügelte in praktiſcher Arbeit die von Stöcker demnächſt ins Leben gerufene „Freie Kirchlich-ſoziale Konferenz“ den Kongreß bei weitem, da ſie nun nach links keine Rückſichten mehr zu nehmen hatte. Die große chriſtliche Gewerkſchaftsbewegung wurde, ſoweit der evangeliſche Teil in Betracht kommt, das, was ſie ſpäter geworden, nicht allein, aber doch zum guten Teile durch die Kirchlich-ſoziale Konferenz.

Am 20. Juli erließen Hofprediger a. D. Stöcker, Profeſſor v. Nathuſius, Lic. Weber im „Volk“, im „Reichsboten“ und in der „Kreuzzeitung“ einen Aufruf zur Bildung der „Freien Kirchlich-ſozialen Konferenz“. Es wird in dem Aufruf erklärt, daß einerſeits die im Evangeliſch-ſozialen Kongreß herrſchende liberale Theologie, andererſeits die radikale ſoziale Richtung der „Jungen“

den Unterzeichneten das Zusammenarbeiten mit den bisherigen Bundesgenossen fernerhin unmöglich mache. „Nur das unverfälschte biblische Evangelium und eine kirchliche Tätigkeit, die auf dem Glauben an den Heilstatsachen ruht, wie sie in unseren Bekenntnisschriften bezeugt sind, kann dem Volksleben die rechten heiligenden Kräfte der Erneuerung zuführen. Nur ein soziales Wirken, das mit besonnener Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene die Verhältnisse bessern und die Klassen versöhnen will, schließt die Möglichkeit der Hilfe in sich."

Die Kirchlich-soziale Konferenz faßte von vornherein eine Organisation ins Auge, wonach sie nicht so sehr wissenschaftlicher Kongreß, als vielmehr eine Organisation zu praktischer Arbeit sein wollte. Die verschiedenen Arbeitsgebiete wurden voneinander abgegrenzt und sechs „Kommissionen" mit separatem Vorsitz geschaffen.

Im Sommer trat noch einmal ein Delegiertentag der konservativen Partei zusammen und nahm eine Resolution an, die gegen „Mißverständnisse und Mißdeutungen" Einspruch erhob, welche die Sozialpolitik der Partei gefunden habe. Die Partei bekannte sich zur Botschaft von 1881 und „wünscht nicht den Stillstand der Sozialreform, sondern die planvolle Weiterführung derselben." Dann wird freilich hinzugefügt: „Die Sozialreform ist nicht ausschließlich oder wesentlich als eine Angelegenheit der Lohnarbeiter zu erachten; sie hat sich vielmehr gleichmäßig auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auch alle Produktivstände zu erstrecken." Damit wurde dann freilich dem Wort „sozial" eine sehr viel weitere Bedeutung gegeben, als es bis dahin gehabt hatte.

In der christlich-sozialen Presse gingen nun allerlei Personalveränderungen vor. Am 4. August übernahm Dietrich v. Oertzen, mit dem Stöcker schon im März Verhandlungen angeknüpft hatte, die Leitung des „Volk". Oberwinder und Helmut v. Gerlach schieden aus. Oertzen war ein sozial gerichteter Konservativer. Er vertrat seit lange den Gedanken, daß der zur Selbständigkeit erwachte Arbeiterstand nie wieder Gefolgschaft der Liberalen oder Konservativen werden, sondern selbständig bleiben wolle. Die Herstellung des inneren sozialen Friedens sei daher nur so denkbar, daß irgendwie der gottlosen und revolutionären Arbeiterbewegung eine christliche und patriotische an die Seite gesetzt werde. Da Oertzen aber 16 Jahre lang in Gemeinschaft mit

Martin v. Nathuſius die „Konſervative Monatsſchrift“ und acht Jahre lang das Parteiorgan der Konſervativen in Mecklenburg redigiert hatte, ſo konnte an einem Einlenken des „Volk“ in prinzipiell konſervative Bahnen nicht gezweifelt werden. Trotzdem hoffte der neue Redakteur durch ſachliche Ruhe und Weitherzigkeit das Blatt als ein Zentralorgan der ganzen chriſtlichen Sozialbewegung zu erhalten. Aber die Abſicht ließ ſich nicht mehr verwirklichen. Die Verwirrung war ſchon zu weit fortgeſchritten. Die ausgeſchiedenen Redakteure des „Volk“ verbündeten ſich mit Naumann und einigen liberalen Theologen und riefen, übrigens in ſtarker Überſchätzung ihres perſönlichen Anhangs, ein Gegenblatt wider das „Volk“, die „Zeit“, ins Leben. Dieſes Blatt war äußerlich geſchickt gemacht, artete aber ſozialpolitiſch binnen kurzem völlig aus. Am 1. Oktober erſchien die erſte Nummer der „Zeit“. Göhre erklärte gleich in einem der erſten Artikel, daß man mit den Sozialdemokraten auf dem Gewerkſchaftsgebiet „Hand in Hand“ gehen müſſe. Das Blatt ſoll etwas über 1000 Abonnenten gewonnen haben. Da es aber den Unternehmern an Kapital fehlte und die geringe Leſerzahl den Betrieb nicht decken konnte, mußte dieſer nach einigen Monaten eingeſtellt werden. Natürlich aber hatte der ganze Vorgang viel Schaden geſtiftet und zur Diskreditierung der ſozialen Bewegung bei den verſtändigen Leuten nicht wenig beigetragen.

Neben dem Preßorgan ſuchte Pfarrer Naumann auch eine Organiſation ſeiner Anhänger zu ſchaffen. Am 25. November trat in Erfurt eine Anzahl der „jungen“ Chriſtlich-Sozialen zuſammen. Man gab ſich den Namen „national-ſozial“ und gründete einen „Verein“, nicht eine Partei. Es gelang Naumann, die 114 Anweſenden um ein Programm zu ſcharen, das einzelne ſehr richtige, aber auch eine Anzahl ganz radikaler Forderungen enthielt. Die Kritik der Gründung war in der geſamten deutſchen Preſſe ablehnend, teils weil man den Pfarrer Naumann als einen geiſtvollen und idealiſtiſchen, aber auch ganz unpraktiſchen und unſteten Politiker kannte, teils weil die Anſichten der buntgemiſchten Anhänger jede Einheitlichkeit der Geſinnung vermiſſen ließen. Profeſſor Sohm-Leipzig, ein poſitiv-chriſtlicher und konſervativer Mann, bedeutete den rechten, Göhre und andere einen faſt ſozialdemokratiſchen linken Flügel. Naumann zog aus, um mit der Fahne „Marx und Chriſtus“ eine Arbeiterpartei zu ſammeln und mit ihr die Welt zu erobern. Sohm dagegen er-

klärte: „Die Menge ist ohnmächtig, sie regiert niemals die Welt, die Welt wird allein vom Geist regiert, Bildung ist Macht, die Gebildeten sind die Herrschenden, was die Gebildeten wollen, das geschieht. Die größte Großmacht im deutschen Reiche stellt die deutsche Bildung dar. Auf diesem Gebiet können wir arbeiten und Siege davontragen.“ Zwei Führer also, deren Ansichten sich wie Feuer und Wasser verhielten: der edle und feine Sozialaristokrat Sohm, der jede Direktive von unten her ablehnt und die Arbeiter den Weg der Autorität führt, und der idealistische Salonproletarier Naumann, der um Aufträge des demokratischen Volkes buhlt, die doch niemand ihm erteilen will.

Leider blieb Naumann in der Führung der Gruppe maßgebend, seine Tätigkeit aber eine völlig unfruchtbare, vielfach schädliche, insofern sie viele Konservative und überhaupt alle besonnenen Politiker von der ferneren Beteiligung an gesunder, nüchterner Sozialpolitik hoffnungslos abschreckte. Von langer Dauer war die ganze Gruppenbildung nicht. Die Richtung zerfiel schnell und die letzten Trümmer, Pfarrer Naumann und einige Freunde, retteten sich später als Schiffbrüchige in den Hafen der freisinnigen Partei d. h. derjenigen Partei, die allen christlichen und allen sozialen Ideen von jeher am feindlichsten gegenübergestanden hatte.

Göhre verfaßte noch in diesem Jahre eine Schrift: „Die evangelisch-soziale Bewegung, ihre Geschichte und ihre Ziele“ (Leipzig, Grunow). In dieser Schrift stellte sich Göhre ganz auf den Standpunkt derjenigen „Jungen“, die den Klassenkampf auf christlicher Basis organisieren wollten. Er wollte eine Interessenpartei der kleinen Leute bilden, die allen bestehenden Parteien feindlich gegenübertreten und dafür kämpfen sollten, daß „allen Menschen Anteil gegeben wird an allen Gütern der Kultur.“ Daneben wollte Göhre, daß diese Partei „christlich, nicht kirchlich“ sein sollte.

Am 30. November gab Staatssekretär v. Bötticher im Reichstag bei der Etatsberatung die Versicherung ab, daß die Sozialreform keinerlei Stillstand erleiden solle. Daß aber in jener Zeit noch immer am Hofe eine antisoziale Stimmung herrschte, ergab sich aus Äußerungen des Kaisers bei einem parlamentarischen Diner des Reichskanzlers. Der Kaiser sprach seine Freude aus, daß die Hamburger Arbeitgeber sich gelegentlich eines Hafenarbeiterstreiks so energisch koaliert hätten. Solche Koalitionen müsse es überall geben; sie würden für die Arbeiter sehr heilsam sein.

Wohl wurde in diesem Jahre ein sozialer Orden, der Wilhelmsorden, durch kaiserlichen Erlaß gestiftet, der verliehen werden sollte an Männer und Frauen, „die sich hervorragende Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volkes im allgemeinen sowie insonderheit auf sozialpolitischem Gebiete" erworben hätten. Leider erfolgten aber sehr bald verschiedene Verleihungen, aus denen in den wirklich sozial gerichteten Kreisen nur der Schluß gezogen werden konnte, daß unter den Ratgebern der Krone eine Wendung zu anderen Anschauungen noch nicht erfolgt war.

Vom 11. bis 16. Oktober hielt die sozialdemokratische Partei in Siebleben bei Gotha ihren Parteitag. Die Beratung war in erster Linie persönliche Zänkerei, die sich in diesem Jahr besonders stark gegen Liebknecht und den von ihm geleiteten „Vorwärts" richtete. Selbst Bebel beteiligte sich an den Angriffen auf Liebknecht. Beide stritten darüber, ob ein in London gehaltener internationaler Arbeiterkongreß ein Erfolg oder ein Mißerfolg gewesen. Liebknechts Gegner wollten ihn im „Vorwärts" einen „Direktor" an die Seite setzen. Doch stand man schließlich davon ab.

Die Flut der sozialpolitischen Literatur war in diesem Jahr eine gewaltige. Reichsfreiherr v. Fechenbach erörterte die Frage, ob man die Sozialdemokratie zu Straßenkämpfen treiben, zur akuten Revolution zwingen solle. Der Generalsuperintendent Pötter schrieb dagegen eine Broschüre „Onesimus", die für kirchlichen Quietismus den sozialen Fragen gegenüber eintrat. Merkwürdige Bundesgenossen fanden sich zusammen in der Broschüre: Der Arbeiterstand und die Sozialdemokratie. Zwei Reden von Rudolf Sohm und Max Lorenz. Max Lorenz war damals Redakteur der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung", welche Stellung er allerdings bald darauf aufgab.

XXIII. 1897. Periode der Reaktion.

Das Jahr 1897

stand von Anfang bis Ende im Zeichen der Reaktion auf sozialpolitischem Gebiet. Herr v. Stumm übte weiter seinen verhängnisvollen Einfluß. In seinem Organ, der „Post", ließ er ganz offen für den Staatsstreich Propaganda machen; im

deutschen Reiche könne sehr wohl, so lange die doktrinären Sozialpolitiker nicht beseitigt seien, ohne Verfassung regiert werden. Diese Vorschläge erregten, da man Stumms Einfluß am Hofe kannte, tatsächlich große Besorgnisse. Und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mußte schließlich der Beunruhigung mit der Versicherung offiziös entgegentreten, daß „alle maßgebenden Faktoren in Preußen und im Reich" entschlossen seien, die Verfassung zu wahren und zu schützen. Sehr schwierig war das ganze Jahr hindurch die Stellung des „Volk" als Organs der Sozialreformer. Die konservative Presse befolgte die Taktik, das „Volk", trotz seiner nunmehr konservativen Haltung, möglichst mit National-Sozialen und Sozial-Liberalen in einen Topf zu werfen, und natürlich erregte diese Behandlung bei den Reformern Mißstimmung und Leidenschaft. Gleichwohl wäre es sehr verkehrt gewesen, wenn die Christlich-Sozialen eine parteipolitische Kampfstellung gegen die Konservativen eingenommen hätten. Denn diese waren und blieben doch die einzige Partei, von der man gelegentlich Hilfe und Bundesgenossenschaft für sachlichen Fortschritt erwarten konnte, während von den Liberalen wenig oder nichts zu holen war.

Diese Auffassung bestätigte gleich die erste Sozialdebatte im Reichstag. Vom 23. bis 26. Januar wurde im Reichstag eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz beraten. Die Konservativen erklärten sich einverstanden, daß die Versicherung auf mehrere neue Kategorien ausgedehnt werde. Der Sozialdemokrat Grillenberger forderte Zusammenlegung der Versicherungsgesetze und Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk, Handelsgewerbe und Dienstboten. Dr. Hitze wies den Sozialdemokraten die unlösbaren Widersprüche nach, in welche sie sich verwickelten; erst hätten sie alle Sozialgesetze gänzlich abgelehnt, und nun wollten sie sie ungebührlich ausdehnen. Minister v. Bötticher gab an, daß die Arbeiter von 1885 bis 1895 rund 887 Millionen Mark gezahlt, dagegen 1243 Millionen bekommen hätten, also jährlich 35½ Million mehr Einnahme als Ausgabe. Dr. Hitze forderte noch Witwen- und Waisenversorgung, welchem Wunsche Herr v. Stumm sich anschloß.

Am 4. Februar wurde ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag Auer auf Einführung des Achtstundentages für erwachsene Arbeiter beraten. Dr. Hitze stellte einen Gegenantrag, die wöchentliche Normalarbeitszeit auf 63 Stunden zu

normieren; eine ſo einſchneidende Herabſetzung der Arbeitszeit, wie die Sozialdemokraten ſie forderten, ſei einſtweilen unmöglich. Die Mehrheit des Hauſes blieb auch am 11. Februar, wo die Beratung fortgeſetzt wurde, dem Achtſtundentage durchaus abgeneigt.

Am 11. März nahm der Reichstag einen Antrag Lenzmann gegen die Stimmen der Konſervativen an, wonach die „Rechtsverhältniſſe zwiſchen den land- und forſtwirtſchaftlichen Arbeitern ſowie dem Geſinde einerſeits und deren Arbeitgebern andererſeits" durch Reichsgeſetz geregelt werden ſollen. Es verſteht ſich, daß dieſer Antrag nicht ſozialem Wohlwollen gegen die Arbeiter, ſondern demokratiſchem Übelwollen gegen die Konſervativen ſein Daſein verdankte.

Am 17. März machten wiederum die Abg. v. Stumm und v. Kardorff einen Vorſtoß gegen die Bäckereiverordnung, deren Abänderung ſie verlangten. Miniſter v. Bötticher antwortete in längerer Rede. Die Erfahrungen ſeien noch viel zu kurz, um ein abſchließendes Urteil zu geſtatten. Soweit aber Berichte der Regierungen vorlägen, lauteten ſie vielfach ſehr günſtig. Ja, es ſei von einigen berichtet, daß der Sozialdemokratie ein alter Agitationsſtoff entzogen ſei. Eine Aufhebung der Verordnung könne er „auf keinen Fall" in Ausſicht ſtellen. Der Reichstag ging in Erwägung, daß die Erhebungen des Bundesrats ſich noch nicht überſehen ließen, über den Antrag zur Tagesordnung über.

Ein Symptom der ſozialpolitiſchen Reaktion war es, daß der Unterſtaatsſekretär Lohmann, ein ſozial gerichteter Mann, am 4. Mai den Vorſitz der Kommiſſion für Arbeiterſtatiſtik niederlegte, weil er offenbar die Überzeugung gewonnen hatte, daß jede erſprießliche Tätigkeit dieſer Behörde unmöglich geworden ſei. Der „Vorwärts" bemerkte dazu: „Je ärger es die um Stumm treiben, um ſo lieber kann es uns ſein."

Am 13. Mai trat ein neues Symptom der Reaktion in die Erſcheinung. Dem preußiſchen Landtag ging eine Novelle zum Vereins- und Verſammlungsrecht zu, welche der Polizei die Auflöſung von Verſammlungen, „welche den Strafgeſetzen zuwiderlaufen, oder welche die öffentliche Sicherheit gefährden", erleichtern ſollte. Daneben richtete ſich der Entwurf auch gegen die Teilnahme von Minderjährigen an Vereinen und Verſammlungen.

Am 17. Mai fand die erste Lesung des Gesetzes statt, das der Reichskanzler einführte. Zugunsten des Gesetzes sprachen nur die Konservativen. Die Liberalen erklärten sich „trotz großer Bedenken" für Kommissionsberatung. Der Minister des Inneren, Herr v. d. Recke, verstieg sich zu der These, das Gesetz entspreche dem Wunsche des Volkes. Vom Zentrum aus wurde das sehr entschieden bestritten. Dr. Fritzen meinte, die Vorlage sei „rückschrittlich" und habe große Beunruhigung im Volk hervorgerufen. Am 18. Mai sprach auch der Abg. Stöcker gegen das Gesetz, das an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wurde.

Am 18. Mai kam der Reichstag den Gegnern des Gesetzes im preußischen Landtag zu Hilfe und nahm mit 207 gegen 53 Stimmen einen Antrag an: „Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben." In der Debatte hielt der Abg. Eugen Richter eine äußerst heftige Rede gegen die Regierung, die „unter der Vormundschaft des Herrn v. Stumm" stehe. Aufrechte Minister mit eigener Meinung seien nicht mehr vorhanden. Alles füge sich dem sic volo, sic jubeo des Monarchen — der Kaiser hatte ein Bild mit dieser Unterschrift einem Minister als Geschenk zugehen lassen.

Am 28. Mai wurde das Ergebnis der Kommissionsberatung vom Abgeordnetenhaus angenommen. In diesem Gesetz waren Art. I und III der Regierungsvorlage schlechtweg gestrichen; in Art. IV wurde das Verbindungsverbot aufgehoben und weiter eine Bestimmung gegen die Minderjährigen angenommen.

Die dritte Beratung am 31. Mai endete ebenso. Da das Gesetz eine Verfassungsänderung enthielt, mußte eine zweite Abstimmung stattfinden.

Am 22. Juni fand diese zweite Abstimmung statt; das Gesetz wurde in der Fassung der ersten Abstimmung angenommen.

Am 24. Juni fand die erste Beratung im Herrenhause statt. Die Vorlage wurde an eine Kommission von 15 Mitgliedern verwiesen. Am 30. Juni wurde das Gesetz mit 128 gegen 22 Stimmen angenommen, aber nicht in der Fassung des Abgeordnetenhauses, sondern mit verschärfenden Zusätzen, die von der Regierung gebilligt waren.

Die so korrigierte Vorlage ging nun zurück an das Abgeordnetenhaus. Hier waren die Nationalliberalen die entscheidende Fraktion. In ihrem Namen erklärte Herr Hobrecht, daß man das

Geſetz ablehne, weil es zu polizeilicher Willkür führen werde. So wurde die Vorlage mit 209 gegen 205 Stimmen endgültig abgelehnt — eine empfindliche Niederlage für die Regierung.

Am 28. Mai hielt Herr v. Stumm gelegentlich der Beratung des Kultusetats eine wilde Rede gegen die Kathedersozialiſten und wurde ſpeziell gegen die Profeſſoren Wagner, Schmoller und Delbrück ſehr heftig. Wagner habe „die Fackel des Sozialismus" auch ins Saarrevier getragen und hetze die Arbeiter gegen die Arbeitgeber auf. Die deutſche Induſtrie blühe, weil in ihr noch Diſziplin herrſche, die engliſche gehe zurück, weil die Gewerkvereine dort ſo mächtig ſeien. Stumm verlangte Diſziplinaruntersuchung gegen Wagner und Abſetzung des ſozialdemokratiſchen Privatdozenten Arons, dem „das Handwerk gelegt werden" müſſe. Kultusminiſter v. Boſſe antwortete ſehr milde, trat aber doch Stumm entgegen. Er (Boſſe) habe ſich von Wagner ein Stenogramm ſeiner Bochumer Rede geben laſſen; dieſe beginne mit einer ſchroffen Abſage an die Sozialdemokratie; zum Einſchreiten ſei gar kein Anlaß, die Wiſſenſchaft müſſe frei bleiben. „Wiſſenſchaftliche Ideen kann man mit Kanonen nicht totmachen, die Wiſſenſchaft muß ſich ſelbſt korrigieren. Ich kann die Wiſſenſchaft nicht zwingen, Volkswirtſchaft nach der Anſchauung des Herrn v. Stumm zu treiben."

Die Debatte zog lange Preß- und Broſchürenfehden nach ſich, in denen die „Scharfmacher" und die ſozial gerichteten Politiker ſehr heftig aneinanderkamen.

Am 21. Juni ergab ſich auch noch eine ſehr überraſchende Folge von Stumms Rede. Ein Amtsgerichtsrat Reinhold in Wiesbaden wurde plötzlich als außerordentlicher Profeſſor der Nationalökonomie an die Univerſität Berlin berufen. Herr Reinhold war bis zu ſeiner Ernennung eine unbekannte Größe geweſen, von deſſen Qualität als Nationalökonom man erſt durch ſeine Ernennung erfuhr. Und der Humor bei der Sache war dann der, daß Reinhold nicht einmal unverfälſchte Stummſche Anſchauungen in ſeinen Vorleſungen zum beſten gab.

Und noch ein neues Repreſſionsgeſetz tauchte im Sommer am ſozialpolitiſchen Horizont empor.

Am 18. Juni beſichtigte der Kaiſer in Bielefeld die Bodelſchwinghſchen Anſtalten. Bei der Begrüßung durch den Bürgermeiſter hielt der Monarch eine vielbeachtete Rede, in der er die Mitwirkung der Weſtfalen für ſein Programm aufrief: „Schutz

der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern." So wenigstens lautete der offiziell redigierte Text der Rede. Ursprünglich hatte verlautet, daß der Kaiser nicht von „schwerster Strafe", sondern vom „Zuchthaus" geredet habe, und weiter, daß das scharfe Wort gegen die roten Terroristen die Folge eines Gespräches des Kaisers mit Pastor v. Bodelschwingh gewesen, der einige brutale Fälle dieser Art aus seiner Erfahrung erzählt habe. Die sehr berechtigte Entrüstung des Monarchen über sozialdemokratische Nichtswürdigkeit und Mißachtung des Rechts habe sich dann in die energische Rede auf der Sparenburg umgesetzt. Es wird später zu berichten sein, daß auch diese Aussicht auf ein Repressionsgesetz sich nicht verwirklichte.

Am 24. Juni nahm der Reichstag eine Handwerkervorlage der Regierung mit 183 gegen 113 Stimmen an. Das Gesetz war ein schwächliches Kompromiß; es enthielt die fakultative Zwangsinnung ohne den Befähigungsnachweis. Die Konservativen, die ungezählte Male der obligatorischen Zwangsinnung und dem Befähigungsnachweis zugestimmt hatten, ließen leider diese wichtigen Forderungen hier fallen, „um nur etwas zustande zu bringen."

Am 1. Juli trat im Reichsamt des Inneren der Staatssekretär Graf Posadowsky-Wehner an die Stelle des Ministers v. Bötticher. Obschon Herr v. Bötticher, der ein sehr unterrichteter und gewandter Staatsmann, aber freilich kein politischer Charakter war, einen nichts weniger als scharf sozialreformerischen Kurs gesteuert hatte, war seine Haltung den Reaktionären doch anstößig gewesen. Man begrüßte seinen Abgang und die Ersetzung durch den Grafen Posadowsky; niemand ahnte damals, daß man vom Regen in die Traufe gekommen sei. Denn der neue Staatssekretär stand, wie sich sehr bald herausstellte, viel fester und grundsätzlicher, als sein Vorgänger, auf der Überzeugung, daß das obsolet gewordene und durchlöcherte Arbeitsrecht der Vergangenheit, durch ein modernes, der modernen Produktion entsprechendes Arbeitsrecht Schritt für Schritt ersetzt werden müsse.

Eine Thronrede, welche am 30. November den Reichstag eröffnete, enthielt keinerlei Sozialpolitik, nur den Wunsch, daß die Gegensätze sich mildern möchten. Die Hauptvorlage war ein Flottengesetz.

Im September feierte der „Verein für Sozialpolitik“ in Köln gelegentlich der 12. Generalverſammlung ſein 25 jähriges Jubiläum. Prof. Schmoller ſagte in ſeiner Begrüßungsanſprache: „In den letzten Jahren iſt eine Reaktion in der Sozialreform eingetreten, eine Verdauungszeit. Dieſer Zeit der Reaktion wird aber wieder eine andere Zeit folgen — den größten ſozialen Reformen gehen wir erſt entgegen. In der Zeit vor 1894 iſt der „Verein für Sozialpolitik“ von der Regierung und von einem Teil der Unternehmerpreſſe geſchont worden. Anders heute. Wir Kathederſozialiſten wurden zu Leuten, denen man Strafprofeſſoren zur Seite ſtellen mußte. — — — Aber unſere Sache wird ſiegen, wie Verſtand und Wiſſenſchaft über Leidenſchaft und Intereſſen immer wieder geſiegt haben.“

Am 1. Oktober wurde vom Miniſter v. Berlepſch eine neue ſozial-wiſſenſchaftliche Zeitſchrift, „Die Soziale Praxis“, ins Leben gerufen und Dr. Franke, der ſie heute noch herausgibt, als Leiter beſtellt. Den Programmartikel hatte Herr v. Berlepſch ſelbſt verfaßt. Da hieß es: „Das Aufſteigen eines ganzen Standes, der Lohnarbeiterklaſſe, zu beſſeren Exiſtenzbedingungen, ſeine Anteilnahme an den ſittlichen und wirtſchaftlichen Gütern unſerer Kultur, die Verwirklichung ſeiner Rechte auf dem Boden des nationalen Staates und im Rahmen der beſtehenden Geſellſchaftsordnung, betrachten wir als eine Lebensfrage unſeres Volkes.“ Ihre Löſung ſei nicht nur Poſtulat der Gerechtigkeit, der Humanität, der Religion, ſondern vor allem auch Intereſſe des Staates. „Ein Volk, das den allgemeinen Schulzwang, die allgemeine Wehrpflicht und das allgemeine Wahlrecht beſitzt, kann im Bau ſeines Staatslebens die Sozialreform nicht miſſen.“

In dieſer allgemeinen Auffaſſung der ſozialpolitiſchen Lage hat ſtets Übereinſtimmung zwiſchen den Freunden der „Sozialen Praxis“ und den chriſtlichen Reformern beſtanden, eine theoretiſche Übereinſtimmung, die auch mehrfach gemeinſame praktiſche Arbeit möglich gemacht hat, z. B. als es ſich darum handelte, ſozialpolitiſche Kurſe zur Ausbildung von führenden Arbeitern einzurichten. Sonſt aber ging politiſch und kirchlich die Neutralität der „Sozialen Praxis“ nach links vielfach erheblich weiter, als dies nach den Anſchauungen der Rechten Zuſtimmung finden konnte.

Vom 23. November bis 16. Dezember tagte in Berlin die Preußiſche Generalſynode. Leider bewegte ſich auch dieſe kirch-

liche Körperſchaft, ſoweit ſie das ſoziale Gebiet berührte, im Geiſte der ſtarken hier herrſchenden Reaktion; und zwar geſchah dies durch das, was man vorbrachte, ſowohl, wie durch das, was man unterdrückte. Die Geiſtlichen des Saargebiets gaben ſich alle erdenkliche Mühe, ihre Beſchwerden gegen Stumm auf die Tagesordnung zu bringen. Aber obſchon man drei Wochen beieinander war, gelang ihnen dies nicht. Es lag dies wohl mit daran, daß man die Sache ſchon vor dem Zuſammentritt der Generalſynode im „Volk" aktenmäßig dargelegt hatte, und daß an dem ungeheuerlichen Betragen Stumms ſchlechterdings nichts zu verteidigen war. Dagegen nahm die Synode eine Diskuſſion zwiſchen Stöcker und dem Präſidenten des Oberkirchenrats, Barkhauſen, über die beiden ſozialpolitiſchen Erlaſſe von 1890 und von 1895 zum Anlaß, Stöcker zu desavouieren und ſich auf die Seite des Oberkirchenrats zu ſtellen. Stöcker hatte am 26. November den Oberkirchenrat interpelliert, warum er zur Vorberatung der Erlaſſe den Generalſynodalrat nicht einberufen habe. Wäre das geſchehen, ſo hätten die Erlaſſe unmöglich ſo unglücklich ausfallen können, wie geſchehen. Der erſte habe die Geiſtlichen viel zu ſtark in die ſozialpolitiſche Agitation hineingetrieben; der zweite habe ſie viel zu weit zurückgerufen, wenn er ſie grundſätzlich auf Predigt und Seelſorge beſchränke. Stöcker benutzte die Gelegenheit zur Feſtſtellung, daß die verſchiedenen ſpäterhin entgleiſten Paſtoren ſich für ihr unbeſonnenes Vorgehen nicht auf ihn, ſondern höchſtens auf den oberkirchenrätlichen Erlaß von 1890 berufen könnten. Der Präſident, welcher erſt behauptet hatte, die Erlaſſe ſtimmten prinzipiell überein, gab ſchließlich eine Korrektur des erſten durch den zweiten zu, beſtritt aber, daß es die Politik geweſen, welche die veränderte Auffaſſung herbeiführte.

Unter den vielen niederdrückenden Erlebniſſen des Jahres gab es aber auch einige Lichtblicke. Am 28. April fand in Kaſſel unter großer Teilnahme aus ganz Deutſchland die Tagung der Kirchlich-ſozialen Konferenz ſtatt. Hatte im vorigen Jahr die Konſtituierung ſtattgefunden, ſo folgte nun die Organiſation des Vereins als einer Arbeitsgemeinſchaft. In den grundlegenden, von Stöcker aufgeſtellten Theſen hieß es ad 4: „Wenn der Kirche der Reformation von ihrem eigenen Regiment, wie von einſeitigen Richtungen des Pietismus das Recht beſtritten wird, in den öffentlichen Angelegenheiten nach Art der Propheten und

Apoſtel zu wirken, ſo leidet das Anſehen der Reformation. Es muß um ſo mehr ſinken, da von Staats wegen die politiſche und ſoziale Wirkſamkeit der katholiſchen Kirche anerkannt und gefördert wird.“ Fünf Ausſchüſſe wurden gebildet: 1. Kirche und Kirchenrecht. 2. Evangeliſation und Gemeinſchaftspflege. 3. Soziale Frage. 4. Preſſe, Literatur, Kunſt. 5. Apologetik und Naturwiſſenſchaft. Jeder Ausſchuß konſtituierte ſich ſelbſtändig und wählte einen eigenen Vorſitzenden. Dieſe Teilung nach dem Prinzip des „Mancherlei Gaben und Ein Geiſt“ bewährte ſich ſehr und weckte die Arbeitsfreudigkeit, die der Konferenz zu ihren Erfolgen half.

Und noch eine Konferenz dieſes Jahres war von grundlegender Bedeutung. Am 31. Januar und 1. Februar trat der erſte Kongreß der chriſtlichen Bergarbeiter in Dortmund zuſammen. Von evangeliſcher Seite waren Pfarrer Weber und Profeſſor Wagner, von katholiſcher Dr. Hitze anweſend. Beide griffen lebhaft in die Debatten ein. Der Kongreß forderte eine Lohnerhöhung von 10%. Einen traurigen Mißton in den Kongreß brachte nur die Aufforderung des Pfarrers Naumann, die Bergleute möchten ſich nicht chriſtlich organiſieren, ſondern den ſozialdemokratiſchen Gewerkſchaften anſchließen. Zum Glück blieb dieſe Verkehrtheit nicht nur unbeachtet, ſondern es wurde im Gegenteil dieſer Dortmunder Kongreß der Ausgangspunkt für die ſpäter ſo erfolgreiche chriſtliche Gewerkſchaftsbewegung.

Als Zeichen der Zeit verdienen auch Erwähnung die mancherlei Prozeſſe, in welche Stöcker von ſeinen Gegnern verwickelt wurde, und deren einer — der Prozeß Stöcker-Witte — in dieſem Jahr entſchieden wurde. Witte, der an der fixen Idee litt, daß Stöcker ihn verfolge, während dieſer kein Mittel unverſucht gelaſſen hatte, mit dem verärgerten Mann in Frieden auseinanderzukommen, glaubte in einem angeblich von Stöcker herrührenden Brief vernichtendes Anklagematerial gegen den vermeintlichen Feind gefunden zu haben. Durch den Prozeß wurde erwieſen, daß jener Brief nie von Stöcker geſchrieben, ſondern eine plumpe Fälſchung des Schneiders Grüneberg war. Das Ende war die volle Rechtfertigung Stöckers und die Beſeitigung Wittes aus dem geiſtlichen Amt. Zur Ehre der deutſchen Gerichte mag hier hervorgehoben ſein, daß Stöcker zwar in erſter Inſtanz Verurteilungen auf Grund von Rechtsirrtum erlitten hat, daß aber alle dieſe Verurteilungen in letzter Inſtanz rechtsgültig aufge-

hoben ſind; es iſt keine Verurteilung Stöckers jemals rechtskräftig geworden.

Vom 9. bis 11. Juni tagte in Leipzig der Evangeliſch-ſoziale Kongreß, der ſich weſentlich mit Rechtsfragen beſchäftigte — das Evangeliſche trat immer mehr zurück.

Ein Zeichen der Zeit war es, daß der Vorſitzende, Herr Nobbe, eine apologetiſche Broſchüre zugunſten des Kongreſſes ſchrieb, um die Sezeſſion der poſitiv chriſtlichen Elemente, die ſich der Kirchlich-ſozialen Konferenz zuwandten, nach Möglichkeit aufzuhalten.

Vom 9. bis 11. Oktober tagte die deutſch-ſoziale Partei in Nordhauſen. Dieſe Partei hatte ſich vor allem als Mittelſtands- und Handwerkerpartei aufgetan, erkannte nun aber doch, daß ſie auch zu den ſozialen Fragen im engeren Sinn Stellung nehmen müſſe. Das Programm wurde nach der ſozialpolitiſchen Seite revidiert und neben ausgiebigem Arbeiterſchutz uſw. auch obligatoriſche Berufsgenoſſenſchaften für die Induſtriearbeiter als notwendig erklärt. Damit trafen dann das deutſch-ſoziale und das chriſtlich-ſoziale Programm in weſentlichen Punkten zuſammen.

Die National-Sozialen machten ſich im Januar dadurch bemerklich, daß ſie einen Aufruf erließen, die Hamburger Hafenarbeiter im Streik zu unterſtützen. Die ganze bürgerliche Preſſe erklärte dieſe Unterſtützung mit Recht für eine Förderung der Sozialdemokratie, die den Hamburger Streik inſzeniert hatte. Der Streik endete am 6. Februar ganz unglücklich für die Arbeiter. An dieſer Sachlage änderte es nichts, daß die „Zeit" den Sieg der Unternehmer für einen „Pyrrhusſieg" erklärte.

War aber das Vorgehen der National-Sozialen ſehr verkehrt, ſo blieb es andererſeits ein Symptom reaktionärer Kleinlichkeit, daß man den am Hamburger Aufruf beteiligten Profeſſor Baumgarten in Kiel „wegen unerlaubten Kollektierens" ſtrafrechtlich verfolgte. Übrigens wurde er freigeſprochen.

Am 27. und 28. September tagten die National-Sozialen in Erfurt. Man zog ſehr ſtark über die Chriſtlich-Sozialen her. Ein Pfarrer legte ſich ſogar aufs Prophezeien: die chriſtlich-ſoziale Bewegung ſtehe nur noch auf den vier Augen Stöckers und ſeines Geldgebers. Der National-Sozialismus ſei die eigentliche „Volksbewegung", die alles erobern werde. — Kurz zuvor hatte Göhre wiederum einen ſcharfen Vorſtoß gegen die „oſtelbiſchen" Guts-

besitzer gemacht; er schilderte die Arbeiterverhältnisse auf einem Gut im Oderbruch, die unwürdig seien, und kam zu dem Schluß, daß „das brutale ostelbische Herrenvolk" politisch und wirtschaftlich gebrochen werden müsse. Ökonomierat Nobbe, der Vorsitzende des Evangelisch-sozialen Kongresses, wies die Schlußfolgerungen Göhres als unzulässige Generalisierungen mit Entschiedenheit zurück.

Die Sozialdemokraten blieben auch in diesem Jahre die alten. Am 12. Mai brachten sie im Reichstag einen Antrag ein auf Abschaffung der strafgesetzlichen Bestimmungen über Majestätsbeleidigung, obschon sie mit absoluter Sicherheit vorauswissen konnten, daß er abgelehnt werden würde. Vom 3. bis 9. Oktober fand der Parteitag in Hamburg statt, der nur mit belanglosen Zänkereien ausgefüllt war.

Zum Schluß des Berichts über dies Jahr, das recht eigentlich als Ära Stumm bezeichnet werden kann, mag die Tatsache angefügt werden, daß die Stellung des täppischen Mannes, der sich nur Feinde machte, zu wanken begann. Im Herbst erklärte er seine Absicht, sich allmählich von aller Politik zurückziehen zu wollen. Selbst die liberal-kapitalistische „Nationalzeitung" begleitete diese Ankündigung mit den Worten: „Um so besser!"

XXIV. 1898. Reichstagswahl — Mißerfolg der Sozialreformer. Zuchthausgesetz.

Das Jahr 1898

gehörte für die Freunde der Sozialreform zu den schwersten, die sie durchlebt haben. Einerseits dauerte die „Ära Stumm" in gewissem Maße fort, und andrerseits hatte die Disziplinlosigkeit der demokratischen Elemente in den sozial gerichteten Parteien eine solche Verwirrung angerichtet, daß auch tüchtige Männer sich unwillig von der ganzen Richtung zurückzogen und den Glauben an Erfolg und Sieg der Sozialreform zu verlieren begannen. Die maßgebenden Kreise aber tappten lediglich auf dem Gebiet der polizeilichen Unterdrückung umher und ließen alle Gesichtspunkte und Maßregeln einer wirklich vorausschauenden Staatskunst gänzlich vermissen.

Digitized by Google

Am 17. und 18. Januar fand eine große Sozialdebatte im Reichstag ſtatt über eine den Sozialdemokraten verratene Umfrage des Grafen Poſadowsky an die Regierungen, welche Maßregeln nötig ſein möchten zum Schutz der Arbeitswilligen gegen ſozialdemokratiſchen Terrorismus. Der Staatsſekretär erklärte, daß die Koalitionsfreiheit grundſätzlich aufrechterhalten werden ſolle; wohl aber ſollten gewalttätige Mittel, um Arbeitswillige zum Streik zu zwingen, bekämpft werden. Da es ſich zunächſt nur um eine Umfrage handelte, mußte die Erörterung reſultatlos verlaufen.

Am 21. Januar fand eine Debatte über die Einführung der weiblichen Fabrikinſpektion ſtatt. Graf Poſadowsky machte die Mitteilung, daß in England nur 5 weibliche Aufſichtsbeamte beſtänden, daß aber dieſe ſich ſehr gut bewährt hätten. Beſchloſſen wurde auf Antrag des Zentrums ein Erſuchen an die Regierung, durch die Gewerbeaufſichtsbeamten Umfang, Gründe und Gefahren der Frauenarbeit in den nächſten Jahresberichten beſſer zur Darſtellung zu bringen.

Am 2. Februar fand ein konſervativer Parteitag in Dresden ſtatt. Es wurde eine ſtarke Reſolution gegen die Sozialdemokratie angenommen, und als wünſchenswert bezeichnet: „chriſtlich deutſche Erneuerung des Volkslebens, durch weiteren Ausbau der Geſetzgebung im Sinne der Kaiſerlichen Botſchaft vom November 1881 und durch energiſche Handhabung ſtaatlicher Machtmittel". Rechtsanwalt Klaſing legte Verwahrung dagegen ein, daß die konſervative Partei einen Stillſtand oder gar Rückſchritt in der Sozialreform herbeiführen wolle; einer einſeitigen Sozialreform aber, die nur den Arbeiterintereſſen dienen wolle, ohne auf die Lage der durch Geſetzgebung ſchon ſtark belaſteten produktiven Stände Rückſicht zu nehmen, werde die konſervative Partei ſtets widerſtreben."

Am 27. April erklärte Graf Poſadowsky das Reden der Sozialdemokratie über ein neues Sozialiſtengeſetz für müßig. Er plane dergleichen nicht, und zwar deshalb nicht, weil es nur die bürgerlichen Parteien in Sicherheit wiegen würde. Dieſe müßten ſelbſt den Kampf führen, allerdings auch immer Gerechtigkeit und Billigkeit walten laſſen. „Das höchſte Gut eines Volkes iſt nicht die Dividende." Redner äußerte den Wunſch, daß das deutſche Volk doch wieder mehr an das Volk der Denker und Träumer erinnern möchte, und zeigte hier zum erſten Male

das tiefe und feine Verständnis für die Erfordernisse der sozialpolitischen Lage, das fortan seine Wirksamkeit auszeichnete, freilich auch seine Mißliebigkeit und seinen vorzeitigen Sturz herbeiführte. Wenn Graf Posadowsky zunächst für das sog. Zuchthausgesetz arbeiten mußte, so lag dieses Gesetz sicherlich nicht auf der Linie seiner Wünsche, sondern auf der der monarchischen Notwendigkeiten. Die kaiserliche, in Bielefeld gemachte Zusage mußte eingelöst werden.

Am 16. Juni fanden Neuwahlen zum Reichstag statt.

Die Freunde der sozialen Reformbewegung hatten klar erkannt, daß es zur Durchsetzung ihres Programms im öffentlichen Leben niemals ausreichen könne, eine Vertretung in der Presse zu haben, da es zu sehr von den Gegnern abhinge, ob sie dem Kampf der Blätter Beachtung schenken wollten, oder nicht. Wollte man einen wenn auch bescheidenen Einfluß auf das öffentliche Leben gewinnen, so galt es wenigstens einige Mandate zu gewinnen. In der Tat wurden eine Anzahl Kandidaturen aufgestellt, und zwar vorzugsweise in solchen westlichen Wahlkreisen, wo vorhandene starke christliche Arbeitergruppen am ersten einen Erfolg erhoffen ließen. Die Kandidaten gaben sich zum Teil gewaltige Mühe mit der Wahlagitation. Zeit, Kraft und Geld wurden reichlich daran gesetzt. Als aber die Entscheidung kam, war das Ergebnis ein niederdrückendes. Stöcker drang mit Mühe in einer Stichwahl im Wahlkreise Siegen durch, den er schon als Konservativer vertreten hatte. Alle rein sozialpolitischen Kandidaturen fielen aber mit so geringen Minderheiten durch, daß klar wurde, wie sehr man die Stärke der Bewegung überschätzt hatte. Erst nach weiterer jahrelang fortgesetzter Wahlarbeit konnten im Dillkreis und in Wetzlar-Altenkirchen die ersten Früchte nach schwerer Pionierarbeit geerntet werden.

Der Mißerfolg bei den Wahlen zog aber noch weiteren Rückgang der Bewegung nach sich. Der Besitzer des „Volk“ verlor die Freudigkeit, das Blatt fernerhin herauszugeben, da die starken Zuschüsse, die er bisher geleistet hatte, sich in keiner Weise zu lohnen schienen. Weder die Abonnentenziffer wuchs, noch steigerten sich die Einnahmen aus den Inseraten und dem sonstigen Geschäftsbetrieb in gewünschter Weise. So blieb nichts übrig, als zunächst auf ein führendes Organ in Berlin zu verzichten. Doch wurde in Siegen eine Genossenschaft m. b. H.

begründet, welche eine Druckerei einrichtete und das „Volk“ übernahm. Dietrich v. Oertzen siedelte zum Jahresschluß nach Siegen über, um das Unternehmen geschäftlich und literarisch zu leiten. Der Erfolg war zunächst ein überraschender, insofern die Auflage auf über 9000 Exemplare stieg. Doch trat bald ein gewisser Rückgang ein, da das kleine und billige Volksblatt — der Preis war auf 1 Mark herabgesetzt — den verwöhnteren Ansprüchen der Leser im Reich nicht mehr genügen konnte. Immerhin konnte das „Volk“ als Parteiorgan der Christlich-Sozialen dauernd am Leben erhalten werden und hat bei der Behauptung des Siegener und bei der Gewinnung des Dillenburger und Wetzlarer Kreises, wie überhaupt in ganz Rheinland-Westfalen der Aufklärung über gesunde christliche Sozialpolitik sehr wesentliche Dienste geleistet.

Am 6. September brachte der Kaiser in Oeynhausen einen Trinkspruch auf die Provinz Westfalen aus, worin er seine Bielefelder Zusage auf ein Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen wiederholte. „Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein wie er will und heißen wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“ Der Kaiser hofft, daß die Volksvertreter zu ihm stehen werden.

Mit Ausnahme der wenigen scharfmacherischen Blätter begegnete aber die Rede des Kaisers fast nur Bedenken. Man hielt es für unmöglich, Versuche und Aufforderungen mit Zuchthaus zu bestrafen.

Leider kam den Tendenzen aller Politiker, die den starken Mann zu spielen wünschten, ein trauriges politisches Verbrechen zu Hilfe. Am 10. September wurde die Kaiserin von Österreich in Genf von einem Anarchisten ermordet. Die Entrüstung, welche das nichtswürdige Verbrechen hervorrief, wurde mannigfach in falsche Bahnen geleitet.

Am 6. Dezember eröffnete der Kaiser den Reichstag mit einer Thronrede, in der es hieß: „Der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung liegt den verbündeten Regierungen nach wie vor am Herzen. Auf diesem Gebiet wird Ihnen wiederum ein Gesetzentwurf zugehen, der den Mängeln der Invaliditäts- und Altersversicherung in wesentlichen Beziehungen abzuhelfen

ſucht. Durch eine Novelle zur Gewerbeordnung ſoll der den gewerblichen Arbeitern bereits gewährte Schutz vor Gefahren für Leben, Geſundheit und Sittlichkeit auf die Gehilfen und Lehrlinge im Handelsgeſchäft ausgedehnt und gleichzeitig Mißſtänden geſteuert werden, welche ſich namentlich in der Konfektionsinduſtrie gezeigt haben. Eine beſondere Vorlage ſchlägt Ihnen vor, die Zulaſſung von Beauftragten zur Vertretung der Parteien im patentamtlichen Verfahren geſetzlich zu regeln. Der Terrorismus, durch den Arbeitswillige an der Fortſetzung oder Annahme von Arbeit gehindert werden, hat einen gemeinſchädlichen Umfang angenommen. Das den Arbeitern gewährleiſtete Koalitionsrecht, das unangetaſtet bleiben ſoll, darf nicht dazu gemißbraucht werden, das frühere Recht: zu arbeiten und von der Arbeit zu leben, durch Einſchüchterung oder Drohung zu vergewaltigen. Hier die perſönliche Freiheit und Selbſtbeſtimmung nachdrücklich zu ſchützen, iſt nach Meiner und Meiner hohen Verbündeten Überzeugung die unabweisbare Pflicht der Staatsgewalt. Hierzu reichen aber die beſtehenden Strafvorſchriften nicht aus; ſie bedürfen deshalb der Erweiterung und Ergänzung. Dieſem Zweck entſpricht ein Geſetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältniſſes, dem Sie, wie ich zuverſichtlich erwarte, Ihre Zuſtimmung nicht verſagen werden."

Eine Abſtimmung über das Geſetz fand in dieſem Jahre nicht mehr ſtatt.

Trotz der Ungunſt der Zeiten ging übrigens doch die Arbeit der evangeliſchen Arbeitervereine und der chriſtlichen Gewerkſchaften langſam weiter. So wurde am 5. Februar in Berlin ein evangeliſcher Arbeiterverein begründet, der gegen 2000 Mitglieder gewann. Doch war die Entwicklung auch hier dieſelbe, wie an vielen anderen Orten, daß nämlich die Arbeiter den Rückhalt gegen die Sozialdemokratie, den ſie ſuchten, im Verein nicht fanden und langſam wieder abbröckelten. Die Schwierigkeit, den Arbeitern im Hinblick auf die ſozialdemokratiſchen Gewerkſchaften einen einwandfreien Rat zu geben, erwies ſich als unüberwindlich. Wer etwa aus geſicherter Lebenslage heraus den chriſtlichen Arbeitern den Rat gegeben hätte, aus den roten Vereinen auszutreten, übernahm damit die Verpflichtung, für den ſo Beratenen materiell zu ſorgen, wenn die notwendige Folge des Austritts eintrat, daß er nämlich von den Genoſſen boykottiert und mit Frau und Kindern brotlos gemacht wurde.

Im übrigen versprach dieser Rat auch wenig Erfolg. Die meisten würden ihn nicht befolgt haben, und in gewissem Sinne mit Recht. Denn es ist unmöglich, Bestimmungen zu treffen und Ratschläge zu geben, die für den Durchschnitt einer Menschenklasse gelten sollen, und nicht die Durchschnittsgesinnung derselben zur Voraussetzung haben, sondern einen Heroismus des Glaubens, wie er nur bei wenigen sich findet. Ließ man aber die Mitglieder des christlichen Gesinnungsvereins schweigend dem sozialdemokratischen Verein weiter angehören — und dazu die Augen zudrücken war das einzig Mögliche — so zwang man sie zu doppelten Beiträgen, und gewährte ihnen gerade die Befreiung nicht, nach der sie sich sehnten.

Wenn aber auch die Wirksamkeit des evangelischen Arbeitervereins etwas Unvollkommenes blieb — vergeblich und nutzlos ist sie doch nicht gewesen. Es wurden tüchtige christliche Persönlichkeiten des Arbeiterstandes gesammelt, mobil gemacht und für die spätere Arbeit der Berufsvereine geschult und gebildet.

Die Sozialdemokratie hielt vom 2. bis 8. Oktober ihren Parteitag in Stuttgart ab. Die Debatten drehten sich um die alte Frage, ob man Gegenwartsarbeit treiben oder nur an das „Endziel" denken solle. Wie immer wurden die Revisionisten niedergestimmt und die marxistische Dogmatik gerettet. Charakteristisch war, daß nach einer wüsten Rede der Frau Zetkin, Genosse v. Vollmar in den verzweifelten Ausruf ausbrach: „Einfach entsetzlich!"

XXV. 1899. Das Zuchthausgesetz fällt. Der Katholikentag bekennt sich zu christlichen Gewerkschaften.

Das Jahr 1899

stand immer noch im Zeichen der sozialpolitischen Reaktion; es war auf diesem Gebiet wesentlich ausgefüllt durch die öffentliche Besprechung und parlamentarische Behandlung der sog. „Zuchthausvorlage".

Dies Gesetz war in seinen Grundzügen bekannt, bevor es eingebracht wurde. Die Kritik, die es fand, war allgemein eine ablehnende. Gespannt durfte man sein, wie sich diejenigen zu dem Gesetz stellen würden, die gegen den sozialdemokratischen Terrorismus geschützt werden sollten, die christlichen Arbeiter.

Aber auch diese lehnten ab. Am 23. Mai traten die evangelischen Arbeitervereine zu ihrem Vereinstag zusammen und beschlossen eine Resolution, daß die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuchs „vollständig genügend" seien, um jeden Terrorismus, wenn und insoweit er sich ungesetzlicher Mittel bediene, zu brechen. Neue Gesetze mit starken Polizeibefugnissen wünschte man also nicht.

Am 2. Juni ging dem Reichstag das Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses endlich zu. „Wer es unternimmt, durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder Verrufserklärung Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Teilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft." Es folgen weiter eine ganze Reihe von Gefängnisandrohungen für ungesetzliches Verhalten bei Ausständen und Aussperrungen. Und schließlich, um das Kaiserwort einzulösen, wurde auch Zuchthaus angedroht, wenn die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates gefährdet oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben oder das Eigentum herbeigeführt werde. Hier soll auf Zuchthaus bis zu 3 Jahren, gegen die Rädelsführer bis zu 5 Jahren erkannt werden.

Diese Vorlage wurde so ziemlich von der ganzen deutschen Presse abgelehnt. Dafür sprachen sich nur die bekannten „Scharfmacher" in „Post", „Hamburger Nachrichten" und einigen anderen Blättern aus. Auch aus der christlichen Arbeiterbewegung kamen weitere Proteste.

Vom 19. bis 22. Juni fand die erste Beratung im Reichstag statt. Der Reichskanzler führte die Vorlage ein. Auch Graf Posadowsky sprach und legte den Ton darauf, daß das Gesetz die Koalitionsfreiheit nicht beeinträchtige, sondern im Gegenteil die Freiheit des Arbeiters gegen Mißbrauch des Koalitionsrechts schütze. Die Katholiken und die Liberalen gaben zu, daß die Sozialdemokratie tatsächlich Terrorismus übe und gewissermaßen das Strafrecht herausfordere. Aber das geltende Recht genüge und bedürfe keiner Verschärfung. Von den Gegnern wurde vielfach als Beweis, daß das geltende Strafrecht ausreiche, ein Urteil angezogen, das am Anfang Februar von einem Dresdener Schwurgericht gefällt war. Dieser Beschluß ver-

urteilte eine Anzahl Arbeiter aus Löbtau, die Gewalttätigkeiten begangen hatten, zu 6—10 Jahren Zuchthaus. Das Urteil wurde auch in der bürgerlichen Presse zu hart gefunden, obschon in der Tat die Rohheit der Sozialdemokraten eine sehr große gewesen war. Jedenfalls bewies es aber, daß auch ohne Spezialgesetz harte Strafen möglich waren. — Zugunsten des Gesetzes trat nur die Mehrheit der Konservativen ein, war aber nicht imstande, eine Kommissionsberatung durchzusetzen. Das Gesetz war also sofort gefallen.

Trotzdem machte das Preußische Herrenhaus am 5. Juli auf Antrag des Grafen Mirbach, der gern den äußersten rechten Flügel markiert, einen Vorstoß zugunsten des Zuchthausgesetzes. Professor Schmoller hielt ein Kompromiß für wünschenswert, fügte aber hinzu, daß die Vorlage so, wie sie jetzt sei, das Odium an sich trage, die Vereine der Arbeiter anders zu behandeln, als die Vereine aller anderen Stände. Der Antrag, die Regierung möge an ihrem Gesetz „unentwegt festhalten", wurde mit 72 gegen 22 Stimmen angenommen. Doch war und blieb diese ganze Demonstration ein Schlag ins Wasser.

Am 20. November fand die zweite Lesung des Gesetzes statt. Der nationalliberale Abg. Büsing vertrat die Ansicht, daß in dem Gesetz doch ein berechtigter Gedanke enthalten sei, nämlich der Schutz der individuellen Freiheit, die von der Sozialdemokratie unterdrückt werde. Diesen Gedanken möge man unter Milderung der Strafbestimmungen herausschälen, und dann das andere verwerfen. In ganz anderer Tonart sprach Herr v. Stumm. Er wollte die Strafbestimmungen nicht, wie Büsing, gemildert, sondern verschärft wissen, und forderte vom Staat „die Vernichtung des Todfeindes", aber Gegenliebe fand er nirgends. Bei der Abstimmung wurden die meisten Paragraphen mit großer Mehrheit abgelehnt, § 8, der Zuchthausparagraph, einstimmig. Damit war denn die Vorlage auch formell beseitigt.

Mehr Billigung, als diese Gesetzesvorlage, fand das Vorgehen der Regierung gegen einen sozialdemokratischen Privatdozenten. Am 22. Juli begann von seiten der philosophischen Fakultät der Universität Berlin auf Antrag der Regierung ein Disziplinarverfahren wider den jüdisch-sozialdemokratischen Privatdozenten Dr. Arons. Hier lag die Frage vor, ob von einer mit amtlicher Autorität umkleideten Stelle aus Partei-

doktrinen verkündet werden dürften, die auf den Umsturz alles Bestehenden hinausliefen. Diese Frage konnte mit Recht verneint werden, da es widersinnig ist, daß der Staat Männer dafür besoldet, oder wenigstens ihnen öffentlich-rechtliche Gelegenheit gibt, daß sie an seinem Untergang arbeiten. Aber die Fakultät war anderer Ansicht und schien die Freiheit der Wissenschaft als eine schrankenlose anzusehen. Arons wurde freigesprochen. Aber der Regierungsvertreter meldete Berufung an. Ende Februar 1900 wurde dem Privatdozenten Dr. Arons die Eigenschaft als Privatdozent aberkannt.

Im Reichstage wurden noch zwei Anträge sozialpolitischer Natur erledigt. Am 4. Mai verwies der Reichstag einen Antrag Hitze auf Errichtung von Arbeitskammern, einen Antrag Rösicke auf Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, und endlich einen Antrag v. Heyl auf Ausgestaltung der gewerblichen Schiedsgerichte an die Kommission für die Gewerbeordnung.

Am 6. Dezember brachte der Abg. Bassermann im Reichstag einen Gesetzentwurf ein, dessen einziger Paragraph die Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine jeder Art aussprach. „Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben." Der Reichskanzler erklärte, die verbündeten Regierungen würden der Aufhebung zustimmen. Gegen die Stimmen der Konservativen wurde das Gesetz angenommen.

Vom 27. bis 31. August fand der Katholikentag in Neiße statt. Hier faßte man einen bemerkenswerten Beschluß hinsichtlich der christlichen Gewerkschaften, daß sie nämlich nicht Ersatz der konfessionellen Arbeitervereine, sondern eine notwendige Ergänzung derselben seien, und ein wesentliches Mittel zur Herstellung des sozialen Friedens.

Damit war für die nun immer stärker in den Vordergrund tretende christliche Gewerkschaftsbewegung ein wichtiger Grundsatz festgelegt worden. Wie im evangelischen, gab es auch im katholischen Lager Leisetreter, die eine starke christliche Arbeiterbewegung fürchteten, und konfessionelle Fanatiker, die ein Zusammengehen der evangelischen und katholischen Arbeiter als konfessionsgefährlich ansahen. Diese, geführt von einem Herrn v. Savigny in Berlin, suchten statt der Gewerkvereine lediglich „Fachabteilungen" in den rein kirchlichen Arbeitervereinen durchzusetzen: In Neiße wurden sie zum erstenmal von der Generalversammlung der Katholiken offiziell desavouiert, und das Prinzip

der Interkonfessionalität gerettet. Ohne dasselbe war ein wirkliches Erstarken der christlichen Arbeiterbewegung schlechthin undenkbar.

Die Zahl der Vereine, welche sozialpolitischen Zwecken dienen wollten, vermehrte sich in diesem Jahr um einen. Am 3. Mai bildete sich in Berlin ein Ausschuß zur Herbeiführung einer internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz. In den Ausschuß wurden gewählt: Minister a. D. v. Berlepsch, die Professoren Schmoller, Wagner, Delbrück und Sombart, Dr. Hitze, Dr. Stöcker und eine Reihe anderer sozial interessierter Politiker und Parlamentarier. Leider hat diese Ausführung einer im Prinzip ganz richtigen Idee in der Praxis bisher keine nennenswerten Erfolge zu erzielen vermocht.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahre die alte. Verhältnismäßig vernünftig war der Kongreß der freien Gewerkschaften, der am 13. Mai in Frankfurt a. M. tagte und über die Arbeitsvermittlung beriet. Man forderte zwar „grundsätzlich", aber ohne Angabe von Gründen, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen zukomme. Aber man gestattete, daß wenn einmal Staat und Gemeinde als notwendige Übel hingenommen würden, die Verwaltung geführt werden solle „durch eine in gleicher Zahl von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je in freier Wahl gewählten Vertretern zusammengesetzte Kommission unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden".

Waren aber die Beschlüsse der Gewerkschaften erträglich, so zeigte der politische Parteitag der Sozialdemokratie, der vom 10. bis 14. Oktober in Hannover tagte, das Bild der hoffnungslosen Ödigkeit. Das leitende Thema war wieder der Revisionismus und das „Endziel". Speziellen Anlaß dazu gab ein Buch von Eduard Bernstein: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie". Nachdem man sich weidlich gestritten, und besonders Auer die Ansichten Bebels und seine in sechsstündiger Rede vertretene Kladderadatschtheorie verhöhnt hatte, nahm man eine langatmige Resolution an, daß alles so bleiben solle, wie es immer gewesen.

Mitte Juli schlossen in Bayern die Katholiken und Sozialdemokraten ein Wahlbündnis über 5 Wahlkreise ab, die man durch ein Kartell den Liberalen abnahm. Die Sozialdemokraten gewannen zwei Sitze. Aber die Katholiken bekamen die Mehr-

heit in der Kammer und waren nun in der Lage auch die Sozialdemokratie einfach zu majorisieren.

Die Leserzahl der sozialdemokratischen Blätter hat sich von 57 000 im Jahre 1898 auf 87 000 im Jahr 1899 vermehrt. Ganz anders als die Sozialdemokratie, die nur schöne Ziele aufstellte, unbekümmert um ihre Erreichbarkeit, arbeiteten die christlichen Vereinigungen, die im Hinblick auf die soziale Frage zusammengetreten waren: die Arbeitervereine, die Gewerkschaften, die christlich-soziale Partei, die Kirchlich-soziale Konferenz. Alle diese Vereine hielten jährlich Tage ab, auf denen man bestimmte aktuelle Themata behandelte und die rechten praktischen Ziele in Rede und Gegenrede immer klarer herausstellte. Am 8. Januar beschloß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter eine Petition an die Bergbehörden: 1. die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, entsprechend der günstigen Lage des Kohlenmarktes. 2. Arbeiterausschüsse auf den Werken einzuführen. — Im Oktober hielten die Christlich-Sozialen ihren Parteitag in Bielefeld ab, wo die Landarbeiterfrage in verständiger Weise als eine von der Industriearbeiterfrage grundverschiedene behandelt wurde. Die christlich-soziale Partei lehnte es hier und später mit Recht ab, sich irgendwie an der freisinnig-sozialdemokratischen Agitation gegen Agrarzölle zu beteiligen. Zugestanden, daß diese Zölle zunächst den Arbeitgebern zugute kommen, liege es doch auch im wohlverstandenen Interesse des Arbeiters, den Arbeitgeber gekräftigt zu sehen. Dieser müsse leistungsfähig sein, wenn er die starken sozialen Lasten tragen solle. Ihn der Konkurrenz des Auslandes, das keine sozialen Lasten kennt, preisgeben sei Torheit. Der steuerpolitische Ausgleich sei in Kompensationen an anderer Stelle zu suchen, etwa in einer guten Dotierung der Hinterbliebenen-Versicherung.

XXVI. 1900. Die Gesetzgebung stockt. Die christlichen Gewerkschaften machen Fortschritte

Auch im Jahre 1900 läßt sich ein Einlenken der maßgebenden Kreise auf klar begrenzte sozialpolitische Wege nicht feststellen. Über die persönlichen Anschauungen des Kaisers gaben einige Äußerungen Aufschluß, welche der Monarch gelegentlich einer

Feier der Technischen Hochschule in Charlottenburg gegenüber dem Rektor Geh. Rat Riedler gemacht hatte. Nach Riedlers unwidersprochen gebliebener Mitteilung sagte der Kaiser: „Die Technische Hochschule hat große Aufgaben zu lösen, nicht bloß technische, sondern auch soziale. Die sind bisher nicht so gelöst, wie ich wollte. Sie können auf die sozialen Verhältnisse vielfach großen Einfluß ausüben, da Ihre vielen Beziehungen zu Arbeitern und zur Arbeit und zur Industrie überhaupt eine Fülle von Anregung und Einwirkung ermöglichen. Sie sind deshalb auch in der kommenden Zeit zu großen Aufgaben berufen; die bisherigen Richtungen haben ja leider in sozialer Beziehung vollständig versagt. Ich rechne auf die Technischen Hochschulen! Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben. Sie müssen aber Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klarmachen und die großen allgemeinen Aufgaben nicht außer acht lassen."

Die Presse geriet durch diese immerhin verschieden deutbaren Worte etwas in Verlegenheit. Die „Post" las aus der Rede eine Bestätigung ihrer eigenen sozialpolitischen (Stummschen) Ansichten heraus. Die Kreuzzeitung erklärte, sie vermöge die Ansicht vom „Austoben" der Umsturzpartei nicht zu teilen.

Brachte das Jahr aber im großen die Sozialreform nicht vorwärts, so waren doch im einzelnen und kleinen einige Fortschritte zu verzeichnen.

Am 5. Januar erließ der Minister der öffentlichen Arbeiten Bestimmungen über die Dienst- und Ruhezeiten der Eisenbahnbetriebsbeamten. Diese Festsetzungen waren sozial gedacht und sind durchaus als ein Teil der großen sozialen Reformbewegung anzusehen; ohne den großen Zusammenhang der sozialen Fürsorge, der die Zeit bewegte, wären sie schwerlich erlassen worden. Gleichzeitig verbot die preußische Eisenbahnverwaltung in bündigster Weise allen ihren Arbeitern den Beitritt zum „Verband der Eisenbahner Deutschlands". Wer beitrete oder gar agitiere, werde unnachsichtlich gekündigt werden. Dieses Verbot war nun wohl im allgemeinen zu billigen, da der Staat unmöglich Arbeiter beschäftigen kann, die gegen seinen Bestand wühlen. Andererseits lag aber nun auch die Forderung nahe, diesen Arbeitern eine beschränkte Beamtenqualität zu geben und dadurch ihre Existenz einigermaßen sicherzustellen.

Erfreulich war auch ein Beſchluß des Reichstags vom 12. Januar, durch den mit großer Mehrheit die Vorlegung eines Geſetzes über Witwen- und Waiſenverſorgung der Arbeiter, im Anſchluß an die Invalidenverſicherung verlangt wurde.

Am 6. Februar begannen im Reichstag die Beratungen über das ſog. Heinze-Geſetz. Die Beſtimmungen dieſes Geſetzes liegen ja zum guten Teil auf dem ſittlichen Gebiet, aber einige haben doch auch eine ſtark ſoziale Seite. Der § 182a bekam den Namen der „Arbeitgeberparagraph", weil er ſich gegen die Ausbeutung jedes wirtſchaftlichen Autoritätsverhältniſſes für Zwecke der Unzucht richtete. Auch ſonſt wäre das Geſetz den Töchtern des Volkes aus den ärmeren Ständen, die in Gefahr ſtehen, der Proſtitution zu verfallen, zugute gekommen, hätte alſo ſehr dringend die Unterſtützung derjenigen Parlamentarier verdient, die den Anſpruch erheben, recht eigentlich die „Arbeitervertreter" zu ſein. Aber das Gegenteil trat ein. Gerade die Sozialdemokraten tobten und wüteten gegen das Geſetz. Wohl wurde am 6. Februar die Lex Heinze angenommen, auch der § 182a, der „Arbeitgeberparagraph". Aber am 17. März wurde das ganze Geſetz durch Obſtruktion, beſonders der Sozialdemokraten, zu Fall gebracht. Am 19. Mai endete die dritte Beratung infolge Obſtruktion wiederum reſultatlos. Am 22. wurde ein Torſo, der die wichtigſten Beſtimmungen preisgab, in allen drei Leſungen angenommen. Aber dieſer Torſo war wertlos. Der Vorwand unter dem Singer, Berliner Tageblatt und Genoſſen die Proſtitution und den Handel mit pornographiſchen Erzeugniſſen vor der Beläſtigung durch die Juſtiz retteten, war die ſinnloſe Behauptung, daß man der Kunſt Feſſeln anlegen wolle.

Häufig rückte auch in dieſem Jahre die ländliche Arbeiterfrage in den Bereich der publiziſtiſchen und parlamentariſchen Erörterung.

Die „Statiſtik der Deutſchen Reiches" (Bd. III) ſtellte feſt, daß aus den öſtlichen Provinzen der Preußiſchen Monarchie eine ſtarke Abwanderung nach den weſtlichen Gebieten ſtattfinde. Der jährliche Geſamtabfluß der Arbeiter aus der Landwirtſchaft im Deutſchen Reich betrug von 1882—1895 im Jahresdurchſchnitt 109 000 Perſonen, darunter 77 000 männliche. „In dem Rückgang der männlichen landwirtſchaftlichen Arbeiterbevölkerung, der 10,7 Prozent beträgt, gegenüber dem Zuwachs der induſtriellen männlichen Bevölkerung von 39,8 Prozent, und derjenigen von Handel und Verkehr von 48,9 Prozent, ſpricht

ſich die tatſächliche Arbeiternot in der Landwirtſchaft aus, die ſich in beſonders drückender Weiſe im Oſten fühlbar macht. Dieſelbe wird hier noch verſtärkt durch die jährlichen Wanderzüge der ſog. Sachſengänger. In einer einzigen Märzwoche wurden allein auf dem Bahnhof Poſen 15000 Fahrſcheine an Sachſengänger ausgefertigt. Die Klagen der Landwirtſchaft über den Arbeitermangel ſind daher berechtigt."

Ebenſoſehr aber, wie durch die Abwanderung der ſeßhaften, wurde die Notlage der Landwirtſchaft verſchärft durch den Kontraktbruch der fluktuierenden Arbeiter. Und dieſen wirkſamer zu verhindern, war der Wunſch der Landwirtſchaft. Anfang April beſtimmten die Miniſter für Landwirtſchaft und des Innern, daß alle Sachen, die ſich auf Kontraktbruch ländlicher Arbeiter beziehen, als eilige behandelt werden ſollten. Aber dieſe Maßregel war doch nur formal. Am 16. Mai fand im preußiſchen Abgeordnetenhauſe eine Beratung über dieſen Kontraktbruch ſtatt. Der konſervative Abg. v. Mendel-Steinfels verlangte Strafbarkeit des doloſen Kontraktbruchs von ſeiten der Arbeiter, desgleichen der verführenden Agenten. Die Arbeitgeber ſeien ſchon ſtrafbar, die Arbeiter aber nicht. Doch blieb die Anregung zunächſt ohne Folgen.

Ende April erließ der Senat von Lübeck ein Verbot des Streikpoſtenſtehens. Nach der Verfügung ſollten Zuwiderhandelnde mit Geldſtrafe bis zu 150 Mark gebüßt werden. Die Verfügung wurde vielfach als den Reichsgeſetzen widerſprechend angeſehen. Am 11. Juni brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation im Reichstag ein, ob das Verbot dem Reichsgeſetz entſprechend ſei. Viele Redner der Linken beſtritten das. Aber Staatsſekretär Nieberding trat auf die Seite Lübecks und erklärte die Verfügung für zuläſſig.

Von großer vaterländiſcher Bedeutung waren einige ſozialpolitiſche Vorgänge des Sommers, weil ſie zeigten, wie wichtig die Herſtellung des inneren ſozialen Friedens auch für die Wehrhaftigkeit der Nation iſt. Im Laufe des Sommers galt es, für die China-Expedition ſchnell Schiffe auszurüſten. Die Hamburger Arbeiter lagen in Fehde mit ihren Arbeitgebern und ſtreikten. Wer ſchuld hatte an dem Zerwürfnis, war ſchwer erkennbar. Jedenfalls ſtockte die dringend notwendige Arbeit. Ein glücklicher Umſtand war es, daß an der Weſer die Arbeiter des „Norddeutſchen Lloyd" an der Arbeit blieben und alles Erforderliche fertigſtellten. Aber es hatte ſich doch gezeigt, welches

Unheil entstehen kann, wenn Lohnkämpfe die Mobilmachung stillstellen können. Der Kaiser fuhr nach Bremen, verteilte daselbst Dekorationen, und sprach den Arbeitern seine Anerkennung in energischer Rede aus. „Ehrlos ist der, welcher im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt!"

Im Oktober brachte der „Vorwärts" die Enthüllung, daß das Reichsamt des Innern (1898) den Zentralverband der Industriellen gebeten habe, ihm 12000 Mark für Agitation zugunsten des Arbeitswilligengesetzes zu geben. Am 24. November interpellierten die Sozialdemokraten darüber im Reichstag. Fürst Bülow antwortete, gab die Tatsache zu und trat für den guten Glauben der verantwortlichen Beamten ein, erklärte aber die eingeschlagene Methode für einen „Mißgriff", der unzulässig sei. Die Sozialdemokraten hatten den Vorfall als „Panama" ungeheuerlich aufgebauscht, obschon er nach der Seite der Korruption kaum etwas bedeutete, da die Gelder rein sachlich und nicht etwa persönlich zu Bestechungen verwendet waren. Aber der Vorgang zeigte, daß damals doch noch einzelne Beamte des Reichsamts mit der Arbeitgeberschaft weit intimer verbunden waren, als für eine über den Parteien stehende Regierung gut und zulässig sein konnte.

Am 14. Juni beschloß das Ministerium im Königreich Sachsen, vom 1. Juli ab weibliche Vertrauenspersonen für die staatliche Gewerbeaufsicht anzustellen.

Am 8. und 9. Oktober hielten die Christlich-Sozialen ihren Parteitag in Wetzlar ab. Eine große Volksversammlung gestaltete sich zu einer Disputation zwischen den Führern der Christlich-Sozialen — Stöcker und Weber — und den aus Gießen und anderen Orten herbeigeeilten sozialdemokratischen Führern, und endete mit einem großen Erfolg für die Christlich-Sozialen. In den Verhandlungen nahm man in den Fragen der Weltpolitik und des Zollschutzes Resolutionen an, die durchaus den nationalen Zielen der Regierung entsprachen.

Bedeutsam ist und bleibt aber das Jahr 1900 vor allem deshalb, weil mit der Jahrhundertwende die christliche Gewerkschaftsbewegung endlich aus der Periode der Vorbereitung in die des kräftigen Wachstums hinüberzutreten begann. Wenn das aber geschah, so ist hier ohne Zweifel den katholischen Arbeitern und ihren Führern ein ganz besonderes Verdienst zuzuschreiben. Schon im Jahre 1899 hatten die vom katholischen Volksverein in München-Gladbach (Dr. Pieper) tatkräftig ge-

förderten Gewerkschaften in Mainz ihren ersten Kongreß abgehalten. Als man im Jahre 1900 den zweiten in Frankfurt a. M. folgen ließ, war das Wachstum der Vereine im ersten Jahr bereits ein bemerkenswertes gewesen, und es war sehr verdienstlich, daß sie sich religiös neutral hielten, obschon der evangelische Einschlag damals noch kein starker war. Von den ersten Gewerkvereinen war derjenige der Berg-, Metall- und Hüttenarbeiter des Oberbergamtsbezirks Bonn zur Hälfte evangelisch und der von Pastor Zeiß in Schwalenberg gesammelte Gewerkverein der Lippischen Ziegler sogar ganz evangelisch, weil es dort kaum Katholiken gab. Sonst aber war die Beteiligung von evangelischer Seite vorläufig noch gering. Trotzdem erregte die Interkonfessionalität den Widerspruch der Bischöfe, die auf ihrer Konferenz in Fulda ein Pastorale gegen die Gewerkschaften annahmen, und statt ihrer die Fachabteilungen in den konfessionellen Vereinen forderten. Ganz scharf ging Erzbischof Nörber von Freiburg gegen die Gewerkvereine vor; das Beiwort „christlich" sei nur ein Aushängeschild, die Arbeit eine Vorarbeit für die Sozialdemokratie. Aber nun geschah das Merkwürdige. Der Widerstand der katholischen Arbeiter war auf diesem nichtkirchlichen Gebiet der Standesinteressen ein so starker, daß die Bischöfe sich der unzweideutigen Willensmeinung des vierten Standes fügten. Herr Nörber erklärte noch in demselben Monat Oktober, daß er den christlichen Gewerkschaften nicht zu nahe treten wolle; man solle sie nur nicht in neutrale verwandeln. Die Praxis der Duldung setzte sich aber auch weiter durch, da es klar genug war, daß eine katholisch und evangelisch differenzierte, zwiespältige Bewegung niemals der Sozialdemokratie gegenüber Erfolge würde erzielen können.

Auf evangelischer Seite trat nunmehr mit voller Entschiedenheit auch die „Freie kirchlich-soziale Konferenz" für christliche Gewerkschaften ein. „Die dritte Kommission sieht es als Aufgabe der Kirche an, dahin zu wirken, daß auch in den Gewerkschaften christlicher Geist vertreten werden könne; die Kommission hält für das Ziel die Bildung interkonfessioneller, unparteiischer, rechtsfähiger, einheitlicher Gewerkschaften." Im Dezember fanden lebhafte Verhandlungen über die Frage statt, wie weit die evangelischen Arbeitervereine in der Pfingstwoche 1901 in Speier die Frage verhandeln sollten.

Das Jahr 1900 bildet also den Wendepunkt, an dem sich die christlichen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeiter-

vereine zu differenzieren begannen. Die evangelischen Arbeitervereine, die im Jahre 1882 in Gelsenkirchen begründet, arbeiteten bereits 18 Jahre in großem Segen; sie hatten ausgezeichnete Pionierdienste getan und die Christen unter den Arbeitern in großer Zahl gesammelt. Aber je länger je mehr stellte sich heraus, daß sie eine wirkliche Stoßkraft auf die Sozialdemokratie nicht gewinnen konnten, weil sie sich aus Arbeitern der verschiedensten Berufsarten zusammensetzten. Sollte die berufsständische Vertretung der Arbeiter etwas erreichen, so mußte sie imstande sein zu kämpfen. Kämpfen können aber nur Arbeitergemeinschaften eines und desselben Gewerbes. So lag bis hierher jede ernste Vertretung der Arbeiterinteressen bei den „freien" Gewerkschaften. Und in den evangelischen Arbeitervereinen herrschte, wie schon erwähnt, ein großer Notstand. Tausende von Arbeitern besuchten an einem Tag der Woche den christlichen Verein und begeisterten sich für christliche und patriotische Ideale, und am nächsten Tag besuchten sie aus Not, um ihre Familie nicht brotlos zu machen, die „freie" Gewerkschaft, die von Sozialdemokraten beherrscht wurde. Hier und da beschönigte man den Widerspruch durch die vergebliche Absicht, die Mitglieder der roten Gewerkschaft allmählich zum Christentum zu bekehren — speziell einige National-Soziale hatten diesen kühnen Plan. Aber er blieb eine Utopie. Mit innerer Notwendigkeit drängte sich daher allen sozial interessierten Evangelischen — und ganz ähnlich im katholischen Lager den Katholiken — die Notwendigkeit immer stärker auf, dem christlichen Arbeiter im Interessenkampf seines Berufsstandes auch ein christliches Rückgrat, ihm den Halt und die Hilfe einer Koalition zu schaffen, die verständigen und besonnenen Einfluß auf den Arbeitsvertrag, aber keinen Klassenkampf wollte.

Sobald diese Notwendigkeit klar erkannt war, schritt man zur Arbeit. Und der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Vom Jahr 1900 datiert der große Aufschwung der christlichen Gewerkschaften, der allen Pessimismus überraschend zuschanden machte.

Freilich stand die Sache ja noch in den Anfängen und begann erst allmählich sich geltend zu machen. Einstweilen wirkte der Notstand der Vergangenheit noch nach, und zwar nicht nur bei den Arbeitern selbst, sondern auch bei manchen Freunden des Arbeiterstandes. Das Jahr 1900 trieb wiederum drei evangelische Pfarrer zur Sozialdemokratie: den enthusiastisch ver-

anlagten Pfarrer Blumhardt in Bad Boll, den modernen Paul Göhre und den Konsistorialrat a. D. Franck-Danzig. Dieser hatte in öffentlichem Vortrag die Frage, ob ein Christ Sozialdemokrat sein könne, mit Ja beantwortet. Natürlich erhob sich dagegen, und mit Recht, der Widerspruch der ganzen konservativen und christlichen Presse, oft freilich ohne ein wirkliches Verständnis für den gewaltigen Notstand, der alltäglich die besten Mitglieder der deutschen Arbeiterwelt in die schwersten tragischen Konflikte hineintrieb. Um so dankenswerter war es, daß Stöcker auf einer Tagung in Stuttgart mit tiefem Verständnis die Frage nach allen Richtungen klarlegte, natürlich mit dem Schluß, daß wohl ein Sozialdemokrat Christ, aber kein Christ Sozialdemokrat werden könne.

Als schmerzlicher Verlust für die evangelische Kirche mußte der Übertritt des Pfarrers Christoph Blumhardt von Bad Boll gewertet werden. Blumhardt hatte von seinem frommen Vater ein reiches Erbteil an äußerem und innerem Segen überkommen und Jahre hindurch pietätvoll verwaltet. — Bad Boll war eine Zufluchtsstätte für viele Leidende und Angefochtene, ein religiöses Zentrum. Aber allmählich erlag Blumhardt den Versuchungen einer völlig autonomen mit starker Autoritätsherrschaft verknüpften Stellung. Da ihm gründliche nationalökonomische Kenntnisse fehlten, gewann die sozialistische Presse nicht nur politische Gewalt über ihn, sondern riß ihn auch religiös und innerlich vom Glauben los. Die alte Segensstätte verlor ihren Charakter und bot bald nur noch ein Zerrbild ihrer schönen und großen Vergangenheit. Dabei hat Blumhardt einen nennenswerten Einfluß in der sozialdemokratischen Partei nicht gewinnen können. Er war den „Genossen" nur unbequem und wurde so bald als möglich von ihnen abgeschüttelt.

XXVII. 1901. Spaltung der evangelischen Arbeitervereine.

Im Jahre 1901

ist irgend ein Fortschritt der Gesetzgebung nicht gemacht worden. Dagegen war auf dem Gebiet der Rechtsprechung zu verzeichnen, daß Anfang Februar das Reichsgericht die lübische Polizei-

Digitized by Google

verordnung, die das Streikpoſtenſtehen unterſagte, für ungültig erklärte; ſie ſtehe im Widerſpruch mit der Gewerbeordnung und dem Strafgeſetzbuch. Die Feſtſtellung war ein erfreulicher Beleg für die Unabhängigkeit des Reichsgerichts, das ſich mit dieſer Entſcheidung in Gegenſatz ſtellte zur höchſten Stelle im Reichsjuſtizamt.

Nicht ohne ſozialpolitiſche Bedeutung war es auch, daß am 8. März auf dem Halberg bei Saarbrücken der Freiherr v. Stumm, faſt 65 Jahre alt, verſchieden iſt. Die Entwicklung dieſes Mannes zeigt ohne Zweifel tragiſche Momente, inſofern ein in ſeinen Anfängen ſozial wohlwollender Mann von ernſter, chriſtlicher Geſinnung ſpäterhin durch blinde Oppoſition gegen unabweisbare Zeitforderungen in einen Zuſtand des Größenbewußtſeins und der Leidenſchaft hineingeriet, der ihn alle Maßſtäbe der Billigkeit und Gerechtigkeit vergeſſen ließ. Das ganze Kartenhaus ſeiner Gewaltherrſchaft im Saarrevier brach bald nach ſeinem Tode ſchnell zuſammen.

Auf einen beginnenden Umſchwung der Anſichten an maßgebender Stelle ließ eine Äußerung des Kaiſers ſchließen, wonach er gelegentlich einer dem Präſidenten Dr. Bödiker und dem Reichstagsabgeordneten Richard Roeſicke erteilten Audienz geſagt habe: „Es käme darauf an, den Arbeitern die Überzeugung zu verſchaffen, daß ſie ein gleichberechtigter Stand ſeien und allſeitig als ſolcher anerkannt würden; nur dann würde es gelingen, ſie der Sozialdemokratie zu entfremden.“ Freilich erklärten demgegenüber ſofort einige Wortführer des „Zentralverbandes“, ſie würden nie mit ihren Arbeitern auf dem Fuß der Gleichheit verhandeln. Und die „Poſt“ erklärte diejenigen Sozialreformer, die ſich um Gleichberechtigung bemühten, für „Sozialdemokraten in Frack und Zylinder“. Aber die kaiſerliche Kundgebung iſt nicht widerrufen worden.

Am 7. Januar wurde in Berlin eine „Deutſche Geſellſchaft für ſoziale Reform“ begründet. Die Geſellſchaft bezweckte, die ſozialen Beſtrebungen innerhalb Deutſchlands zu ſtärken und im Verein mit Vertretern anderer Staaten gemeinſame internationale Grundſätze für den Arbeiterſchutz zu begründen. Die namhafteſten Förderer des Vereins waren der vormalige Miniſter v. Berlepſch und der Kurator der Univerſität Bonn, Dr. v. Rottenburg. Ihren Beitritt erklärten die bekannteſten Profeſſoren der Nationalökonomie.

Ende September fand in Lübeck der sozialdemokratische Parteitag statt, auf dem die Genossen sich untereinander entsetzlich beschimpften, ohne irgendwie die sozialen Probleme zu fördern. Vollmar-München übte an der rüden Tonart im Oktober scharfe Kritik. Bebel entgegnete, daß für „perverse Anstandsneigungen" in der sozialdemokratischen Partei kein Raum sei.

Am 19. März führte leider die Urteilslosigkeit der „Bürgerlichen" in Gotha zu dem widersinnigen Zustand, daß ein Sozialdemokrat namens Bock, zum dritten Präsidenten des Landtags erwählt wurde. Hier wäre man viel eher berechtigt von einer „perversen" Maßregel zu sprechen. Denn es ist schlechthin nicht einzusehen, wie diejenigen, die den Staat und das Volksleben bauen wollen, sich bereit finden können, eine Umsturzpartei, die sich offen zur „Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft" bekennt, in diesem Vorhaben zu unterstützen.

In den kirchlichen und sozialen Vereinigungen wurde fortdauernd die Frage der Beziehung der Kirche zur Sozialpolitik erörtert. Der Evangelisch-soziale Kongreß behandelte „die Erziehungspflicht der Kirchengemeinden gegenüber sozialen Mißständen"; Professor Seeberg hielt auf dem Kongreß für Innere Mission in Eisenach einen glänzenden Vortrag über „Luthers Stellung zu den sittlichen und sozialen Nöten seiner Zeit"; Stöcker in Stuttgart einen Vortrag über die Fragen: „Kann ein Christ Sozialdemokrat, kann ein Sozialdemokrat Christ sein?"

Neben der theoretischen Förderung wurde aber auch praktisch rüstig weitergearbeitet. Ganz besonders ging es mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung voran. Nach der Statistik vom 6. Januar 1901 zählten diese Vereine nunmehr 166 000 Mitglieder, der Gesamtverband 83 571. Durch Herausgabe der 14tägigen „Mitteilungen des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften", durch Bildung neuer Gewerkschaften für Bäcker, Maler und Straßenbahner, durch Zusammenschluß der verschiedenen Textilarbeiterverbände und durch Herausgabe des „Deutschen Gewerkschaftsblatts" für kleinere Gewerkschaften hatte sich der Gesamtverband sehr wesentlich gekräftigt.

Auch die kirchlich-soziale Frauengruppe hatte an der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiterinnen rüstig weitergearbeitet. Der am 2. Oktober 1900 gegründete „Gewerkverein

der Heimarbeiterinnen für Kleider- und Wäschekonfektion und verwandte Berufe" war auf 1210 Mitglieder angewachsen, ein Vereinsorgan „Die Heimarbeiterin" begründet.

Nicht so glatt vollzog sich in diesem Jahre die Entwicklung der evangelischen Arbeitervereine. Hier trieb die Frage, wie sich die konfessionellen Vereine zur Gewerkschaft stellen sollten, zu einer Krisis, die auf der Delegiertenversammlung in Speier zum Austrag kam. Die einen unter Führung von Pfarrer Naumann rieten den Arbeitervereinlern zum Eintritt in die roten Gewerkschaften, die man durch zahlreichen Beitritt der Christen zu einem politisch neutralen Verhalten zwingen könne und solle. Die anderen unter Führung des Fabrikanten Franken und des Redakteurs Quandel, die beide den nationalliberalen und den Arbeitgeber-Standpunkt vertraten, wollten überhaupt keine Gewerkschaften. Der Vorstand endlich riet zum Eintritt in Gewerkschaften, aber nicht in sozialdemokratische — ein Rat der theoretisch richtig, aber damals noch sehr schwer durchführbar war. Der Konflikt dieser Meinungen führte zu einem Krach. 50 Vereine des rheinisch-westfälischen Verbandes traten mit 7000 Mitgliedern aus dem Gesamtvorstand aus, der sodann, um jeden Schein der Parteipolitik abzuwehren, eine Statutenänderung vornahm, durch welche Naumann und Stöcker aus dem Vorstand eliminiert wurden. Dieser Ausschluß Naumanns führte dann aber zu einer zweiten Sezession: 4000 Württemberger verließen gleichfalls den Gesamtverband.

Die beiden Spaltungen waren wohl im ersten Augenblicke peinlich. Weiterhin aber erwies sich die Ausscheidung Naumanns, der immer nur Konflikte hervorgerufen hatte, als um so nützlicher, je mehr er sich vom Christentum als Basis der politischen Arbeit entfernte, und je demokratischer er wurde. Und andrerseits war es günstig, daß der nationalliberale Versuch, die evangelischen Arbeitervereine zu gefügigen Organen des Kapitalismus zu machen, abgeschlagen war. Diese Entwicklung machte es später möglich, daß „evangelische Arbeitervereine" und christliche Gewerkschaften brüderlich Hand in Hand zu gehen vermochten, um die große Einheit des Deutschen Arbeiterkongresses herzustellen.

XXVIII. 1902. Die Arbeitslosigkeit. Herbergen und Arbeiterkolonien.

Das Jahr 1902

stand im Zeichen einer schwachen geschäftlichen Konjunktur; besonders der Winter 1901/02 brachte erhebliche Arbeitslosigkeit. Wie immer in Zeiten der Krise entstanden auch diesmal lange Diskussionen über etwaige Maßregeln gegen die Schwankungen des Wirtschaftslebens, speziell über das Problem der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Aber wesentliche praktische Folgen hatten die Erörterungen vorläufig nicht.

Am 17. und 18. Januar fand im Reichstag eine Beratung über die herrschende wirtschaftliche Kalamität statt. Der sozialdemokratische Abg. Zubeil fragte die Regierung, wie sie der wirtschaftlichen Krisis entgegenwirken wolle, und brachte sehr übertriebene Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit vor. Redner forderte ein Arbeitsministerium und eine genaue Statistik der Arbeitslosen. Graf Posadowsky wies die Übertreibungen zurück und erklärte die Bereitschaft der Regierung, insoweit sie Arbeitgeberin sei, zu tun, was sie könne. Aber die wichtigste Rolle falle hier den Gemeinden, und weiterhin den einzelnen Bundesstaaten zu. Mit der Arbeitslosenversicherung habe man bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Prof. Hitze vom Zentrum replizierte, er hoffe im Gegenteil auf allmähliche Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, deren Ausgestaltung er für möglich hält.

Agitatorische Anträge dieser Art haben die Sozialdemokraten im Januar und Februar, wo ja immer einige Arbeitslosigkeit herrscht, noch mehrfach wiederholt. Praktische Vorschläge aber, was denn nun zu geschehen habe, sind niemals von ihnen gemacht worden. Sie beschränken sich auf Hetzen und Aufreizen. Das Nachdenken über die sozialen Probleme überließen sie stets den Bürgerlichen und Christlichen. Dazu sind diese gut genug. Und speziell in den Städten, in denen sie starken oder gar maßgebenden Einfluß in der Stadtverwaltung haben, z. B. in Berlin, sieht es keineswegs besser aus, als anderswo — eher noch schlechter. Die einzige deutsche Gemeinde, welche bisher einen nicht unbedeutenden Versuch gemacht hat, der Arbeitslosigkeit durch Versicherung entgegenzuwirken, ist Straßburg i. Elsaß.

Übrigens genehmigte der Reichstag am 31. Januar einen Antrag Pachnicke auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Arbeitslosenversicherung.

Am 20. März wurde eine Deputation des Vereins für Frauenstimmrecht vom Reichskanzler empfangen. Die Frauen baten in einer Adresse um Aufhebung aller vereinsrechtlichen Beschränkungen der Frau; weiter um Aufhebung des § 361 des StrGB., der von der Reglementierung der Prostitution handelt; weiter um Mädchen-Gymnasien und volle Immatrikulation der Abiturientinnen an den Universitäten; endlich um obligatorische Fortbildungsschulen. Der Reichskanzler erklärte sein Interesse und Wohlwollen, betonte aber, daß er „nicht allmächtig" sei. Abgelehnt wurden von ihm die Mädchen-Gymnasien, doch wolle man mit Kursen Erfahrungen sammeln. Weiter sprach sich der Kanzler gegen die vollberechtigte Immatrikulation aus.

Am 23. April wurde ein Gesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben einer Kommission überwiesen.

Zu diesem Gesetz faßte der Deutsche Lehrertag in Chemnitz folgenden Beschluß: „Die Versammlung verwirft das Prinzip der Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder und fordert erneut: 1. das Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder vor vollendetem 12. Lebensjahr, 2. das Verbot der Akkordarbeit, Sonntagsarbeit und Doppelbeschäftigung der Kinder vor Beginn des Unterrichts, 3. kurze Arbeitszeit auch für die Ferien, gänzliches Verbot für bestimmte Betriebe, staatliche Aufsicht, sowie baldige Ausdehnung der Bestimmungen für die Beschäftigung in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten."

Am 20. Mai machte in Berlin der bekannte katholische Sozialpolitiker, Herr v. Savigny, einen neuen Vorstoß, um rein katholische Gewerkschaften durchzusetzen, kam aber nicht einmal bei den Freunden der Gesinnungsvereine mit seinen Vorschlägen völlig durch. Die Bemühungen der stark konfessionellen Katholiken aus den besitzenden Klassen scheiterten stets am entschiedenen Widerspruch der Arbeiter.

Am 4. Juni erwiderte der Landwirtschaftsminister v. Podbielski auf eine konservative Interpellation über die ländliche Arbeiternot, speziell über den immer weiter um sich greifenden dolosen Kontraktbruch, er plane ein Gesetz, das sich aber nicht gegen die kontraktbrüchigen Arbeiter richte, sondern nur gegen die Arbeitgeber, die solche Arbeiter beschäftigten. Der

Miniſter iſt aber nicht mehr in der Lage geweſen, das Geſetz zu vollenden.

Ziemlich intereſſelos verlief der ſozialdemokratiſche Parteitag in München vom 15. bis 20. September. Einige Redner verlangten energiſchen Kampf gegen Kirche und Religion. Vollmar warnte dringend davor; Kampf gegen die Kirche werde nur das Zentrum ſtärken. Dabei blieb es. Auch der Kampf gegen den Alkohol wurde abgelehnt. Denn, wie die Religion, iſt auch der Konſum von Branntwein „Privatſache".

Wie bisher tagten auch in dieſem Jahre die chriſtlichen Vereinigungen und Kongreſſe, welche ſich mit Sozialpolitik befaſſen.

Die „Freie kirchlich-ſoziale Konferenz" trat am 29. April in Düſſeldorf zuſammen. In geiſtvollem Vortrage behandelte Dr. Lepſius das Verhältnis von Politik und Chriſtentum, und wies mit gleicher Schärfe und Klarheit den individualiſtiſchen und den pietiſtiſchen Irrweg ab. „Wer gibt das Recht, die Gebote Jeſu aus dem Geſichtswinkel eines Mannes, der das Leben kennt, auf das Niveau eines Vereins für Verarmung und Bettelei herunterzudrücken?" — „Obwohl die chriſtliche Ethik alle Motive individueller und nationaler Selbſtſucht verwirft, ſo fordert ſie doch die höchſte Anſpannung aller individuellen und nationalen Kräfte zum Zweck der Verwirklichung des Reiches Gottes unter den Völkern der Erde." — „Auch die Politik, der Kampf um Recht und Macht in der Völkerwelt wird von Jeſus als eine geſchichtliche Notwendigkeit anerkannt."

„Der Evangeliſch-ſoziale Kongreß" tagte im Mai in Dortmund. An Stelle des zurückgetretenen Ökonomierats Nobbe war Prof. Harnack zum erſten Vorſitzenden erwählt worden; das Generalſekretariat übernahm Dr. Schneemelcher, gleichfalls liberaler Theologe.

Erhebliche Fortſchritte hat wiederum die chriſtliche Gewerkſchaftsbewegung gemacht; ſie zählte nunmehr 175 000 Mitglieder, während dem Geſamtverband allerdings erſt 84 667 beigetreten waren. Die Zahl der eigenen Zeitſchriften wuchs auf 12, die Einnahmen auf 356 000 Mark. Die Ausgaben haben ſich auf 190 000 Mark belaufen, darunter 74000 für Unterſtützung Streikender und Gemaßregelter.

Die Idee, welche zeitweilig die National-Sozialen beherrſcht hatte, daß es möglich ſein werde, die „freien" Gewerkſchaften durch den maſſenhaften Beitritt chriſtlicher Mitglieder zu einer

wirklich unparteiiſchen, neutralen Haltung zu zwingen und ſie gewiſſermaßen von innen heraus zu reformieren, wurde in dieſem Jahre endgiltig zu Grabe getragen. Der letzte Vertreter dieſer Idee, der Lithograph Konſtantin Tiſchendörfer, wurde von den „Kollegen“ derart behandelt, daß er den Kampf aufgab. Die „freien“ Gewerkſchaften erklärten ſich immer offener als reine Hilfstruppe der Sozialdemokratie.

Die evangeliſchen Arbeitervereine litten unter der Kriſis des Vorjahrs; man kam nicht weſentlich vorwärts. Der rheiniſche Verband legte, um Mißdeutungen vorzubeugen, ſeine Grundſätze in einem kurzen Programm feſt.

Dem Bekenntnis zum Evangelium und zur Treue für Kaiſer und Reich ward hinzugefügt: „Wir wollen zur Löſung der ſozialen Fragen beitragen. Wir ſuchen das Wohl unſerer Mitglieder, ſoviel in unſeren Kräften ſteht, zu fördern. Deshalb verweiſen wir ſie auf Selbſthilfe, Bruderhilfe, Staatshilfe. Mit der ſozial fördernden Tätigkeit geht die ſozial verſöhnende Hand in Hand.“ Die Vereine wollen durch gegenſeitige Anerkennung der Stände die Kluft zwiſchen denſelben überbrücken.

Wenn und wo von der Geſchichte der ſozialen Beſtrebungen des letzten Vierteljahrhunderts die Rede iſt, dürfen auch drei Arbeitsgebiete nicht übergangen werden, die gemeinhin zur Innern Miſſion gezählt werden, aber mit allen Bemühungen zur materiellen und ſittlichen Hebung des Arbeiterſtandes aufs engſte zuſammenhängen, die Herbergen zur Heimat, die Arbeiterkolonien, und ſodann die Verpflegungsſtationen. Von den Herbergen iſt ſchon oben die Rede geweſen und von ihrem Begründer Perthes. Dieſes Werk hatte im Jahre 1901 eine ſolche Ausdehnung gewonnen, daß 2720424 Durchreiſende, Stationsgäſte und Koſtgänger in 4261974 Nächten die Betten der Herbergen in Anſpruch nahmen.

Die Arbeiterkolonien ſind, wie ſchon früher erwähnt, von Paſtor von Bodelſchwingh ins Leben gerufen worden. Ihr Zweck iſt es, den Arbeitsloſen zu dienen, und die Wanderer von der Landſtraße in Kolonien zu ſammeln, damit ſie dem demoraliſierenden Treiben des Bettel- und Wanderlebens entzogen werden. Ganz beſonders denen, die ſich noch helfen laſſen wollten, ſollten die Kolonien helfen, dem Branntwein zu entſagen, ſich wieder an Arbeit zu gewöhnen und durch die Arbeit in geordnete Verhältniſſe zurückzukehren. Um aber die Landſtraße von dieſem

„fünften Stand“ allmählich zu befreien und den „Brüdern von der Landstraße“ die Richtung auf die Arbeiterkolonien zu geben, ist weiter ein, wenn auch bisher noch keineswegs lückenloses Netz von „Verpflegungsstationen“ über das Deutsche Reich gezogen worden. Auch in diesen Stationen sollte es die Hauptsache sein, nicht Almosen sondern Arbeit zu geben, indem man die unentgeltlich Verpflegten einen halben Tag an einem „barmherzigen Steinhaufen“ Steine zerkleinern oder eine ähnliche Arbeit verrichten ließ.

Mit einer Treue, Ausdauer und Unermüdlichkeit, die nicht genug zu bewundern ist, hat Pastor v. Bodelschwingh dieses äußerst schwierige Gebiet bearbeitet und es zuletzt sogar mit einigem Erfolge fertiggebracht, in die demoralisierende Verwaltungspraxis der Stadt Berlin Bresche zu legen.

Im Jahre 1901 waren bereits in den Kolonien aufgenommen 130 248 Kolonisten; 8823 in diesem Jahre. Jedes Alter und jede Konfession war unter ihnen vertreten. Von 8487 Abgegangenen starben 19, heimlich entfernten sich 233, erkrankten 308, wurden entlassen wegen Widerspenstigkeit 813, wegen Arbeitsscheu 253, kehrten in die Familie zurück 163, fanden Arbeit durch eigenes Bemühen 842, durch die Kolonie 636. Geleistet wurden in der Kolonien 786 569 Arbeitstage.

Also auch hier ein großes Stück Sozialreform!

XXIX. 1903. Die Reaktion ist überwunden. Die Preußische Generalsynode bekennt sich zu kirchlich-sozialer Arbeit.

Das Jahr 1903

kann in etwas als ein Wendepunkt der Sozialgeschichte angesehen werden. Die Reaktion im Sinn der Ära Stumm ist so gut wie ganz überwunden; die Kirche bekennt sich durch den Mund der Generalsynode zu kirchlich-sozialer Arbeit; der Reichskanzler legt von neuem die Regierung auf wichtiger sozialpolitischer Linie fest. Auch die Konservativen lenken ein.

Am 20. Januar hielt Reichskanzler Fürst Bülow eine bedeutsame sozialpolitische Rede im Reichstag. Auf ironische Bemerkungen der Sozialdemokratie über den Wert der deutschen Versicherungsgesetze erwiderte der Kanzler: „Die großartige Schöp-

fung unſerer Arbeiterverſicherung ſteht bis jetzt einzig in der Welt da. Wo finden Sie in Frankreich oder in Belgien oder in Holland, in England oder in Amerika Geſetze, Maßnahmen und Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter, wie bei uns?“ Fürſt Bülow machte dann Mitteilungen über eine Unterredung des ſozialiſtiſchen Miniſters Millerand in Paris mit dem deutſchen Botſchafter Fürſten Radolin, und ſtellte dabei der Politik und der Einſicht Millerands das beſte Zeugnis aus. Als Bülow ſagte: „Er verfolgt energiſch die Hebung der unteren Maſſen, wozu die Bourgeoſie nicht allzu geneigt iſt“ — rief ein Sozialdemokrat: „Wie bei uns!“ Dazu ſagte dann der Kanzler weiter: „Dieſer Zwiſchenruf frappiert mich wirklich: es iſt wörtlich dasſelbe, was S. M. der Kaiſer an den Rand des Berichtes geſchrieben hat.“ — „Meine Herren (Sozialdemokraten). Ich wünſche Ihnen einen Millerand. Die ſoziale Geſetzgebung iſt zurückzuführen auf die gemeinſame Arbeit der deutſchen Fürſten und des Hohen Hauſes. Was Sie betrifft, ſo haben Sie ja gegen die Arbeitergeſetze geſtimmt, und auch das gleiche und allgemeine Wahlrecht iſt Ihnen von der Monarchie gewährt, und freiwillig gewährt worden.“ — „S. M. der Kaiſer iſt davon durchdrungen, daß der Arbeiter gleichberechtigt ſein ſoll mit den anderen Ständen und Klaſſen und daß dieſe Gleichberechtigung ihren geſetzgeberiſchen Ausdruck finden muß.“

Mit dieſer Rede hatte der Kanzler das Mißfallen der Reichspartei erregt, dem Herr v. Kardorff Ausdruck gab, wenn er auf die Leiſtungen des Bürgertums hinwies. Fürſt Bülow erwiderte: „Abg. v. Kardorff hat hervorgehoben, daß Bürgertum und Unternehmertum viel geleiſtet haben für die Hebung der unteren Klaſſen, und daß es tatkräftig mitgewirkt hat am Aufbau und Ausbau der ſozialen Geſetzgebung, aber es liegt in der menſchlichen Natur und es liegt im menſchlichen Egoismus, daß jede Geſellſchaftsſchicht Opfer zugunſten einer anderen Geſellſchaftsſchicht nur ungern bringt, und deshalb iſt es die Pflicht des Staates, und es iſt die Pflicht der Monarchie, hier auszugleichen und zuzugreifen, indem ſie davor warnt, Dinge zu verlangen, welche die Konkurrenzfähigkeit der Nation auf dem Weltmarkt beeinträchtigen, welche unſere wirtſchaftliche Entwicklung erſchüttern könnten, aber auch die Arbeitgeber und Unternehmer auffordert und ermahnt, kräftig mitzuwirken, damit die Klaſſendifferenzen immer mehr zuſammenſchrumpfen, damit die ärmeren Klaſſen

wohlhabender werden, damit immer mehr Individualitäten aufsteigen aus den unteren in die reicheren und wohlhabenden Schichten der Bevölkerung, mit anderen Worten für den sozialen Aufschwung. Das ist mein soziales politisches Bekenntnis, das ist die Ansicht der verbündeten Regierungen, und dieser Ansicht hat S. M. der Kaiser Ausdruck gegeben in dem Marginal, das vorgelesen zu haben ich nicht bedauere."

Anfang Februar gab es wiederum starke sozialpolitische Debatten im Reichstag, in denen sich auch Graf Posadowsky mit Entschiedenheit für Fortführung der Sozialreform erklärte.

Einige Fortschritte machte der Arbeiterschutz. Am 31. Januar genehmigte der Reichstag in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf über gewerbliche Kinderarbeit, der diese wiederum erheblich einschränkte, und forderte eine Enquete über landwirtschaftliche Kinderarbeit.

Am 22. April genehmigte der Reichstag in zweiter Lesung das Gesetz über Phosphorzündwaren. Diese Waren und ihre Herstellung wurden wegen der Gesundheitsschädlichkeit für die Arbeiter gänzlich verboten.

Am 27. Februar verwies der Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz an eine Kommission. Der Kommissionsentwurf wurde am 30. April genehmigt. Es handelte sich nur um ein Provisorium. Der Reichstag forderte in einer Resolution die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie, das Gesinde, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Am 16. Juni fanden Reichstagswahlen statt, denen eine lange leidenschaftliche Wahlbewegung voraufgegangen war. Das Ergebnis im großen war ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie von 56 auf 83 Mandate; im Königreich Sachsen allein fielen von 23 Wahlsitzen 22 an die Umsturzpartei. Die Christlich-Sozialen gewannen neben dem Siegener Mandat Stöckers einen zweiten Wahlkreis; in Dillenburg wurde an Stelle des Nationalliberalen Hofmann Dr. Burckhardt gewählt.

Wenn aber die Wahlen von 1903 den Höhepunkt der sozialdemokratischen Welle bezeichneten, so ist andrerseits, wie schon gesagt, gerade von diesem Jahr aus ein starkes Anwachsen der christlichen Arbeiterbewegung zu datieren. Speziell eine Folge des erschreckenden Wahlergebnisses war es auch, daß ein konservativer Großgrundbesitzer dem Reichstagsabgeordneten Stöcker

die Summe von 150 000 Mark schenkte, um damit einen Anti-Vorwärts, ein christliches Arbeiterblatt ins Leben zu rufen. Stöcker gründete mit dieser Summe „Das Reich, Nationale Tageszeitung für soziale Reform". Chefredakteur wurde der Generalsekretär der „Freien kirchlich-sozialen Konferenz", lic. Mumm. Die großen Schwierigkeiten, die, besonders nach der finanziellen Seite hin, jedem neuen, und besonders jedem christlichen Zeitungsunternehmen sich entgegenstellen, sind auch dem „Reich" nicht erspart geblieben. Aber doch hat es als das unentbehrliche hauptstädtische Organ der großen christlichen Arbeiterbewegung (nicht irgend einer Partei) dieser Bewegung sehr große und sehr nachhaltige Dienste leisten dürfen.

Im Verfolg der Reichstagswahlen erhob sich ein großer Streit in der sozialdemokratischen Partei, ob man im Reichstag einen Vizepräsidenten-Posten beanspruchen solle, oder nicht. Die Revisionisten und Vollmar waren dafür, Bebel und Singer dagegen. Die Sache spitzte sich dahin zu, ob die Fraktion oder der Parteitag als maßgebende Instanz für die Präsidentenfrage zu gelten habe. Natürlich waren es Bebel und Singer, die ihren Willen durchsetzten. Dies geschah in Dresden auf dem Parteitage, der vom 13. bis 19. September gehalten wurde. Die Genossen beschimpften sich auf diesem Tage in so unerhörter Weise untereinander, daß alle anständigen Menschen sich mit Ekel von dem Schauspiel abwandten, das ihnen geboten wurde. Mehring erklärte später den Verlauf des Tages für sehr glücklich; solche Aussprachen seien ein „Jungbrunnen" für die Partei. Die Bezeichnung „Jungbrunnen" ist dem Dresdner Tage um so hartnäckiger geblieben, als irgendwelche dem Arbeiterstande nützliche Beschlüsse nicht gefaßt wurden, sondern alle Debatten sich in gegenseitiger Beschimpfung erschöpften.

Einen sehr wohltuenden Gegensatz zu dem entsetzlichen sozialdemokratischen Parteitag bildete dann der am 25. und 26. Oktober in Frankfurt a. M. abgehaltene „Erste deutsche Arbeiterkongreß." Nach jahrelanger unermüdlicher Arbeit in Arbeitervereinen, Gesellen- und Jünglingsvereinen, Gewerkschaften und Verbänden, glaubten endlich die Führer der christlichen Arbeiterbewegung in beiden Konfessionen den numerischen Bestand ihrer Mitglieder für groß genug halten zu dürfen, um den Zusammenschluß zu einem in großer Öffentlichkeit gehaltenen Kongreß wagen zu dürfen. So wurde ein Delegiertentag nach Frank-

furt einberufen, um für ein geſchloſſenes Vorgehen im großen Stil die Richtlinien zu finden. Beſchickt wurde der Tag von etwa 200 Delegierten. Dieſe vertraten die chriſtlichen Gewerkſchaften (93 000 Mitglieder), die evangeliſchen Arbeitervereine (102 000), die katholiſchen Arbeitervereine (201 000), zahlreiche Verbände von Staatsarbeitern, den deutſchen Handlungsgehilfen-Verband und andere Vereine — zuſammen 620 000 Arbeiter und Gehilfen.

Der Kongreß ſandte ein Huldigungstelegramm an den Kaiſer, der „herzlichſten Dank" ausſprach und die Zuſage gab, daß er die Verhandlungen mit Intereſſe begleiten und nach Möglichkeit „Schutz und Beiſtand" gewähren werde.

Die Verhandlung wurde geleitet von dem Gärtner Franz Behrens, einem geborenen Mecklenburger, der ſeine öffentliche Laufbahn damit begonnen hatte, eine neutrale Gärtnergewerkſchaft zu leiten, dann aber ſich ganz in den Dienſt der chriſtlichen Arbeiterbewegung geſtellt und durch Redegabe ſowohl, wie durch klare Erfaſſung der gangbaren Wege ein immer ſteigendes Vertrauen unter ſeinen Standesgenoſſen erworben hatte. Der Kongreß faßte eine Reſolution, worin Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts gefordert wurde, über deſſen ungleiche Handhabung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern viele Redner Klage erhoben. Weiter forderte man ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Verſammlungsrecht, Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine und Arbeitskammern.

Die bürgerliche Preſſe begegnete dem Kongreß mit erheblichem Mißtrauen. Der „Vorwärts" behandelte ihn feindſelig als törichten Verſuch, die Arbeiter „einzulullen." Volles klares Zeugnis von der Bedeutung der Sache legten der Reichskanzler Fürſt Bülow und der Staatsſekretär Graf Poſadowsky ab.

Schon am 10. Dezember nahm Fürſt Bülow Gelegenheit zu erklären: „Wir wollen nicht nur fortführen, was auf dem Gebiet des Arbeiterſchutzes und der Arbeiterverſicherung ſchon geſchaffen iſt, ſondern wir hoffen auch, nach und nach denjenigen Aufgaben näher treten zu können, die noch der Löſung harren. Dieſe Aufgaben ſind für das nächſte Jahrzehnt die Witwen- und Waiſenverſorgung, und ich hoffe, auch ſpäter einmal die Arbeitsloſenverſicherung. Wir werden aber dieſe Aufgabe nur löſen können, wenn wir in dem, was ich den Kampf gegen das menſchliche Elend nenne, Schritt für Schritt vorgehen, ohne den Boden

der Wirklichkeit unter den Füßen zu verlieren, ohne durch Forderungen, wie sie von sozialdemokratischer Seite gestellt werden, unser ganzes wirtschaftliches Leben mit Katastrophen zu bedrohen."

Den Sozialdemokraten sagte der Reichskanzler folgendes: „Keine Partei hat die Redefreiheit und Versammlungsfreiheit anderer Parteien weniger respektiert, als die sozialdemokratische. Keine Partei führt gegenüber den Führern anderer Parteien eine rohere, eine freiheitsfeindlichere Sprache, als die Sozialdemokratie. Und welche Tyrannei üben sie auf den Bauplätzen und den Werkstätten gegenüber dem einzelnen Arbeiter, der sich der Sozialdemokratie nicht unterwerfen will. Wie gewaltsam, wie tyrannisch gehen Sie vor in den Krankenkassenverwaltungen! Und wie ist es mit der Meinungsfreiheit bei Ihnen bestellt? Sie reden, m. H., über das finstere Mittelalter. Es hat niemals ein Konzil gegeben, wo eine solche Unduldsamkeit, Engherzigkeit und Ketzerriecherei geherrscht hat, als auf Ihrem letzten Parteitage."

Fürst Bülow forderte weiter die Sozialdemokraten auf, endlich zu sagen, was sie denn eigentlich wollten, und wie die Verfassung aussehen solle, die sie versprächen, blieb aber natürlich ohne Antwort.

Eine Anregung des Grafen Limburg am 10. Dezember gegen die Sozialdemokratie Repressivmaßregeln zu ergreifen, lehnte Fürst Bülow rund ab.

Am 13. Dezember empfing der Reichskanzler eine Abordnung christlicher Arbeiter, die ihm die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses vorlegten; er versprach ernste sachliche Prüfung.

Daß auch in der konservativen Partei ein Umschwung der Denkweise sich anbahnte, zeigten die folgenden von einem Delegiertentag am 25. März gefaßten Beschlüsse:

1. Die konservative Partei treibt nicht Sozialpolitik, um die Gunst der Wählermassen zu erlangen, und macht nicht unerfüllbare Versprechungen, wohl aber will sie die unerschütterlichen Grundsätze des Christentums und deren Betätigung in der Gesetzgebung zur Geltung gebracht sehen. 2. Die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen, welche durch die Botschaft vom 17. November 1881 eingeleitet ist, hat sich nicht nur auf die Arbeiter, für die durch Arbeiterschutz und Versicherungsgesetze bereits Bedeutendes erreicht worden ist, zu erstrecken. Der Mittelstand in Stadt und Land (Handwerker, Kleingewerbe, kleiner und mitt-

lerer Grundbesitz usw.), von dessen Gedeihen die Erhaltung des Vaterlandes abhängig ist, erscheint auf das höchste gefährdet und ist zum Teil unter die wirtschaftliche Lage von Lohnarbeitern herabgesunken. Die für den Mittelstand unabweisbaren Maßnahmen sind nicht länger hinauszuschieben. 3. Daneben erstrebt die konservative Partei a) die weitere Ausgestaltung des Arbeiterschutzes, namentlich in bezug auf die Arbeit der Frauen und Kinder, soweit Gesundheit und Familienleben gefährdet erscheinen; b) die Verbesserung der Arbeiterversicherungsgesetze, wobei dem Plan einer Witwen- und Waisenversicherung ernstlich näher zu treten ist. 4. Der konservativen Partei würde das freudige Eintreten für die Arbeiterfürsorge wesentlich erleichtert werden, wenn die Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten sich ausnahmslos entschließen möchten, für die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes, für einen besseren Schutz der nationalen Produktion, endlich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der jede göttliche und menschliche Autorität untergrabenden Volksverführer zielbewußt und energisch vorzugehen.

Auch in den kirchlichen Kreisen war die Erkenntnis der sozialen Fragen eine tiefere und bessere geworden. So war es bedeutsam für die Mitwirkung der Kirche an der Lösung der sozialen Fragen daß die Preußische Generalsynode am 4. November einem Gesetzentwurf zustimmte, der für soziale Zwecke eine erhebliche Geldsumme (220 000 Mark im Jahr) zur Verfügung stellte. Als Verwendungszweck dieser Summe wurde bestimmt die Verstärkung der Seelsorge in Großstädten und Industriebezirken, sowie die „Förderung von kirchlichen Veranstaltungen, welche Gemeinden und Geistliche und solche, die sich auf das geistliche Amt vorbereiten, in die Kenntnis und das Verständnis der sozialen Aufgaben und des Anteils der Kirche an ihrer Lösung einzuführen geeignet sind." Die richtige Verwendung dieser Mittel erschien so wichtig, daß sie nicht dem Oberkirchenrat allein überlassen, sondern an die Mitwirkung des Generalsynodalrats geknüpft wurde.

Mit diesem wichtigen Beschluß hatte die Kirche zum erstenmal anerkannt, daß es kirchlich-soziale Aufgaben gebe, die nicht nur von freien Vereinen, sondern von der organisierten Kirche zu bearbeiten sind. Durch den Beschluß wurde eine alte Spannung zwischen dem Kirchenregiment und weiten kirchlichen Kreisen beseitigt.

Unter den Rednern, die das Gesetz befürworteten, stand Stöcker mit einer markigen Rede obenan. „Bei den sozial erregten Massen sind Evangelium und Kirche verdächtigt. Hiergegen muß man vor allem wirken. Die Arbeiter halten die Kirche für eine Feindin ihres Aufstrebens. Wir müssen zeigen, daß das Christentum kein Hindernis ist für gesunde soziale Bewegung, wenn es nur auch in sittlicher und religiöser Beziehung aufwärts geht." Im Hinblick auf den Frankfurter Kongreß wies Stöcker darauf hin, wie förderlich und friedlich das Wort und die Gabe der Generalsynode wirken könnten.

Das Hauptverdienst um die Annahme des Gesetzes wurde dem hochangesehenen Vorsitzenden der „Positiven Union", Grafen Hohenthal-Dölkau, zugeschrieben. Leider hat bisher die Verwendung der bewilligten Gelder dem ins Auge gefaßten Zweck nicht hinreichend entsprochen. Mit den vorhandenen großen Mitteln hätte sich mehr erreichen lassen.

Als einer neuen Arbeit wandte sich die kirchlich-soziale Konferenz der Wohnungsfrage zu. In Berlin wurde auf ihre Anregung hin der „Vaterländische Bauverein" begründet, der bereits zwei große Häuserkomplexe auf genossenschaftlichem Wege hergestellt hat, ein wenig im Sinne der Fourierschen Phalansteren, aber auf christlicher Grundlage: mehrere hundert Wohnungen, Arbeiterinnenheim, Kinderhort, Hospiz, Bäckereigenossenschaft, Volksbureau usw. Die Wohnungen fanden reißenden Abgang in den Bevölkerungsschichten, für welche sie bestimmt sind.

Vom 14. bis 16. April tagte die Freie kirchlich-soziale Konferenz in Berlin. Das sozialpolitische Hauptthema war die Stellung der Frau in der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinde. Dr. Stöcker und Fräulein Paula Müller waren Referenten. Beschlüsse wurden aber nicht gefaßt, weil auf diesem Gebiet eine völlige Übereinstimmung der Meinungen noch nicht erzielt war. Die Wünsche und Forderungen der Frauen gingen über das, was vielen Männern recht schien, nicht unerheblich hinaus.

Am 11. Dezember bildete sich im Reichstage eine neue Fraktion, die Wirtschaftliche Vereinigung, der die Deutsch-Sozialen und Christlich-Sozialen beitraten. Wie sich versteht, handelte es sich nicht um eine programmatisch homogene Partei, sondern um einen äußeren Zusammenschluß, der auch den kleinen Gruppen die Ausnutzung der geschäftsordnungsmäßigen Parteiprivilegien möglich machen sollte.

Charakteristisch für die sozialdemokratische Agitation war es, daß Mitte März die sächsische Gruppe der Partei eine Landeskonferenz in Mittweida abhielt, und bei Beratung der Erhöhung der Beiträge zum Wahlfonds die Sorge allgemein war, es werde nichts eingehen. Ein Führer fand Beifall mit dem Erklärungsgrund, man habe den Leuten zuviel vorgeredet, daß sie arm seien. Jetzt glaubten sie es wirklich!

XXX. 1904. Erster sozialer Ausbildungskursus. Kriegsgefahr durch die Sozialdemokratie.

Das Jahr 1904

war auf dem Gebiet der Gesetzgebung unergiebig, brachte aber manche wertvolle Anregung und vor allem ein stilles, stetiges Fortarbeiten der christlichen Arbeiterbewegung, speziell den überaus wichtigen „Ersten sozialen Ausbildungskursus". Je stärker die christliche Arbeiterbewegung anwuchs, um so notwendiger erwies es sich, geschulte und unterrichtete Arbeiter als Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsführer an die Spitze der Vereine und Verbände zu berufen. War die Bewegung bisher nur langsam vorgeschritten, so lag das vielfach daran, daß die Führer entweder Geistliche oder sonst „Akademiker" waren, und wie es in der Natur der Dinge liegt, den berufsständischen Interessenton niemals so anzuschlagen vermochten, wie der wirkliche Standesgenosse. Es mußte also angestrebt werden, was die Sozialdemokratie seit lange mit Erfolg geübt hatte: intelligente, redegewandte Arbeiter erst, soweit es ihre Vorbildung erlaubte, mit Wissen auszurüsten und sie dann „frei zu stellen", um sie gegen alle Anfechtung derjenigen zu sichern, mit denen nun einmal der Widerstreit der Interessen erledigt werden muß.

Unter großer Beteiligung von mehr als 50 Arbeitern fand der erste Kursus, von Liz. Mumm ausgezeichnet vorbereitet und trefflich geleitet, in Berlin statt. Vom 29. Mai bis 9. Juli wurde fleißig gearbeitet. Für jedes Fach, das einem Arbeitersekretär zu kennen nützlich sein kann, waren sachverständige Dozenten gewonnen. Betragen und Fleiß der Hörer waren musterhaft. Und als schöner Beweis des Umschwungs der Denkweise in der Regierung konnte es gelten, daß der Staatssekretär Graf Posa-

dowsky den ganzen Kurſus, Lehrer und Hörer, zu einem geſelligen Abend in das Reichsamt des Innern einlud — eine augenfällige Widerlegung aller ſozialdemokratiſchen Behauptungen über Nichtachtung des Arbeiterſtandes an maßgebenden Stellen. Graf Poſadowsky zeigte den chriſtlichen, den verſtändigen Arbeitern, daß es der Regierung Ernſt damit war, ihnen weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, vor allem ſie als Gleichberechtigte zu behandeln.

An den nicht unerheblichen Unkoſten des Kurſus hatten zahlreiche ſozialpolitiſche Vereine jeder Richtung teilgenommen.

Am 10. Februar wiederholten die Konſervativen im preußiſchen Abgeordnetenhauſe den Antrag auf Beſtrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeitgeber. Es ſoll auch derjenige Arbeitgeber beſtraft werden, der Arbeiter in Dienſt nimmt, „von denen er weiß oder annehmen muß, daß ſie noch einem anderen Arbeitgeber verpflichtet ſind“. Der Zentrumsabgeordnete Herold befürwortete warm das Geſetz. Kontraktbruch in der Landwirtſchaft ſei viel ſchlimmer, als in der Induſtrie, denn er vernichte bereits erzeugte Werte. Miniſter v. Podbielski verſprach, einen ſolchen Entwurf vorzulegen. Die Vorlage erfolgte denn auch bereits am 7. Mai; die erſte Beratung fand am 8. Juni ſtatt. Das Geſetz wurde an eine Kommiſſion verwieſen. Am 16. Juni interpellierten die Sozialdemokraten im Reichstag den Kanzler über das Geſetz, das angeblich zu verſchiedenen anderen geltenden Geſetzen im Widerſpruch ſtehen ſolle. Staatsſekretär Nieberding nahm das aber entſchieden in Abrede. Das Geſetz iſt in der Kommiſſion begraben worden.

Am 18. April nahm der Reichstag eine Reſolution Gröber an, wonach der Reichskanzler erſucht wird, Sorge zu tragen, daß bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die Reichsbehörden mehr Rückſicht als bisher auf die Handwerker und Arbeiter genommen, ganz beſonders eine gewiſſe Einheitlichkeit der Bedingungen herbeigeführt werde.

Die Annahme dieſer Reſolution erfolgte einſtimmig.

Am 16. Mai fand im Preußiſchen Herrenhauſe eine ſozialpolitiſche Debatte ſtatt. Die Herren v. Manteuffel und Graf Mirbach forderten Ausnahmegeſetze gegen die Sozialdemokratie. Profeſſor Schmoller trat ihnen entgegen einesteils mit der ſehr richtigen Behauptung, daß eine Mehrheit für ſolche Geſetze im Reichstag nicht vorhanden ſei, andernteils aber auch mit der ſehr

falſchen Behauptung, daß die Reviſioniſten bereits die ſozialdemokratiſche Partei beherrſchten und „die jüngere Generation“ in dieſer Partei bereits „einen anderen Geiſt“ zeige. Wann und wo dieſer Geiſt ſich gezeigt habe, wurde von Profeſſor Schmoller nicht angegeben, konnte auch wohl kaum angegeben werden, da bis zur Stunde die „Jungen“ denſelben politiſchen Unverſtand zeigten wie die „Alten“.

Am 1. Juni erſuchte in Württemberg die Kammer die Regierung, im Bundesrat ein Geſetz zu befürworten, betr. Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünſche und Beſchwerden, eventuell, wenn die Schritte beim Reich keinen Erfolg verſprächen, um Vorlage eines Landesgeſetzes. Der württembergiſche Landtag gab alſo auch dem immer dringender werdenden Wunſch nach Arbeitskammern Ausdruck.

Vom 12. bis 18 Juni tagte in Berlin ein internationaler Frauenkongreß, auf dem eine Flut von extravaganten Reden gehalten wurde. Der Kongreß war nur geeignet, zu zeigen, wie notwendig eine verſtändige chriſtliche Frauenbewegung ſei, und welches große Arbeitsfeld ſich für kirchlich-ſoziale Frauengruppen unter den irrenden Geſchlechtsgenoſſinnen darbiete.

Wenn im Jahre 1903 ein erfreuliches Fortſchreiten ſozialer Erkenntnis in kirchlichen Kreiſen berichtet werden konnte, ſo hielt dieſe Entwicklung im Jahre 1904 an. Das am 4. November 1903 von der Preußiſchen Generalſynode beſchloſſene kirchlich-ſoziale Geſetz hatte ein beachtenswertes Nachſpiel. Am 1. Januar erließen 159 notable Männer einen Aufruf zur Beſchaffung von Geldmitteln, um die chriſtliche Arbeiterbewegung zu unterſtützen. Als der Unterſtützung wert und bedürftig wurden namentlich aufgeführt die Freie kirchlich-ſoziale Konferenz, die Soziale Geſchäftsſtelle für das evangeliſche Deutſchland und die evangeliſchen Arbeitervereine. Der Erfolg der Sammlung war kein ſonderlich großer. Aber es war doch eine neue Anerkennung der chriſtlichen Arbeiterbewegung ausgeſprochen worden, die von manchen unliebſamen Erfahrungen der Vergangenheit ſehr vorteilhaft abſtach.

Die Freie kirchlich-ſoziale Konferenz arbeitete auf ihren verſchiedenen Gebieten rüſtig weiter, dehnte beſonders auch ihre Einwirkung auf Literatur und Preſſe aus. An Stelle des verſtorbenen Oberlandsgerichtsrats Dr. Duncker wurde der Wirk-

liche Geheime Rat Rothe in Kassel zum ersten Vorsitzenden erwählt.

Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung machte erfreuliche Fortschritte. Die Mitgliederzahl der Vereine stieg um 13 261 Zahler; die Jahreseinnahmen überstiegen zum ersten Male 1 Million Mark; sie waren um etwa 300 000 M. höher als im Vorjahr.

Auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß sprach der Fabrikbesitzer Freese-Berlin mit Wärme für das Prinzip der Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Industrie. Er arbeite seit 20 Jahren mit dem Tarifvertrag und habe nur gute Erfahrungen gemacht. Wer ungünstig über die Gewinnbeteiligung urteile, kenne sie nicht.

Die Darlegung Freeses wurde nicht angefochten. Aber als Lösung eines großen Problems kann das Prinzip deshalb doch wohl nicht gelten, weil es einesteils guten Willen und Uneigennützigkeit des Arbeitgebers voraussetzt, diese aber, wie sich versteht, nicht immer verhanden sind. Dann aber setzt das ganze System sehr gut fundierte und fest eingeführte Geschäftsverhältnisse voraus. Es ist schwer, sich vorzustellen, wie die Verhältnisse sich in schlechten Jahren gestalten, wenn einmal ohne Rente gearbeitet wird und der vertragsmäßige Anteil der Arbeiter hinter den Durchschnittslöhnen zurückbleibt.

Am 17. Januar konstituierte sich in Berlin ein Komitee zur Herbeiführung eines allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes. Fast alle großen Spezialverbände traten bei.

Anders geartet, wenn auch ähnliche Tendenz verfolgend, war eine Vereinsgründung, die sich an das große Publikum wandte. Am 9. Mai wurde in Berlin ein „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" gegründet, der alle kaiser- und reichstreuen Deutschen ohne Unterschied der religiösen und politischen Stellung gegen die Sozialdemokratie sammeln, die Umsturztätigkeit in Wort und Schrift bekämpfen und bei Wahlen der Eintracht der bürgerlichen Parteien dienen wollte. Dieser Verband fand zunächst in kapitalkräftigen Kreisen viel Beifall und Anhang, und da er bald mit großen Mitteln arbeitete, mehrte sich die Zahl seiner Freunde. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß der Verband durch seine rührige Agitation in Wort und Schrift, besonders durch scharfe und gute Kritik des sozialistischen Unfugs, viel Gutes gestiftet hat. Die Sozialdemokratie — das

ist die beste Anerkennung, die er finden konnte — fürchtet ihn und beschimpft ihn. Leider hat sich aber der Verband auf diese erfolgreiche und glückliche Tätigkeit nicht beschränkt, sondern ist in neuerer Zeit dazu übergegangen, „Vaterländische Arbeitervereine" zu gründen, die durchaus als eine Quertreiberei gegen die evangelischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften anzusehen sind. Der Verband bestreitet wohl, daß es sich dabei um sog. „gelbe" Vereine handle, d. h. um Standesvereine der Arbeitnehmer, die im Interesse der Arbeitgeber geführt und beeinflußt werden. Aber in der Praxis dürften die neuen Vereine doch auf etwas Ähnliches hinauslaufen. Mindestens ist ganz und gar kein Bedürfnis dafür vorhanden, wohl aber besteht die große Gefahr, daß die nicht-sozialdemokratischen Arbeitervereine sich untereinander Konkurrenz machen und, wie schon vielfach geschehen, in Hader geraten. Um sich den Luxus innerer Zwistigkeiten gestatten zu dürfen, ist aber die Gesamtbewegung noch viel zu schwach.

Die Sozialdemokratie trieb ihr altes Spiel nicht nur im Innern des Reiches weiter, sondern gebärdete sich auch nach außen hin so brutal, daß ihr Betragen die auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches, besonders gegen Rußland, in der bedenklichsten Weise trüben mußte. Sozialdemokratische Agitatoren in Königsberg unterstützten die russische Revolution in so augenfälliger Weise, daß ihnen der Prozeß gemacht und sie verurteilt wurden. Es bestand die Gefahr, daß die Umsturzpartei uns in kriegerische Verwicklungen mit dem Nachbarstaat hineintrieb. Fürst Bülow bestätigte am 5. Dezember im Reichstag das verbrecherische Treiben der Königsberger Sozialisten und erklärte, daß es aus Gründen des Weltfriedens unmöglich geduldet werden könne.

Die Sozialdemokratie wiederholte jetzt ganz dasselbe Spiel, das sie schon einmal der Schweiz gegenüber getrieben: man führte große Worte im Munde, daß man den Krieg verabscheue und den Weltfrieden suche; tatsächlich aber führte man das eigene Vaterland an den Rand der gefährlichsten auswärtigen Verwicklungen. Am Schluß der mehrtägigen Debatte nahm auch Hofprediger a. D. Stöcker Gelegenheit, in glänzender Rede zu bestätigen, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine der wichtigsten, wo nicht die wichtigste Aufgabe der Regierung sei. Zu diesem Zweck sei aber die einzig wirksame Methode die, daß

man die christlich-nationale Arbeiterbewegung unterstütze, wie sie im Frankfurter Kongreß sich zusammengefunden habe. Es war auch ein Symptom des großen sozialen Umschwungs, daß immer in diesen Jahren, sobald Stöcker das Wort im Reichstag nahm, sich ein großes Auditorium aufmerksam um ihn scharte und der stenographische Bericht stets „Beifall rechts" zu verzeichnen hatte.

XXXI. 1905. Christliche Gewerkschaft im Streik.

Das Jahr 1905

brachte den jungen christlichen Gewerkschaften die erste größere Probe ihrer Leistungsfähigkeit. Im Januar—Februar brach im Ruhrkohlenrevier ein großer Bergarbeiterstreik aus, der diese Gewerkschaften vor die Frage stellte, wie sie sich in Fällen des Konflikts mit dem Unternehmertum zu den Standesgenossen in den „freien" Gewerkschaften stellen wollten.

Diese Probe ergab leider, daß auf der christlichen Seite die Disziplin und sozialpolitische Schulung der Arbeiter noch nicht so war, wie sie hätte sein sollen. Wenn ohne Zweifel Fälle eintreten können und auch hier ein Fall gegeben war, wo eine gewisse Verständigung und Kooperation der „Freien" und der „Christlichen" im wohlverstandenen Standesinteresse lag, so durfte man doch niemals den Sozialdemokraten eine Art Führung überlassen. Diese gingen hier, wie schon oft, darauf aus, sich als die alleinigen wahren Vertreter der Arbeiterinteressen aufzuspielen. Ihre Praxis pflegte die zu sein, Streiks vom Zaun zu brechen und dann von den Christlichen, ohne daß man sie um ihre Meinung befragte, Solidarität und Nachfolge zu fordern. Für die Christlichen ergab sich aus dieser Anmaßung der Sozialdemokratie die unbedingte Notwendigkeit, jede Mitwirkung bei Lohnkämpfen von vorausgegangener Verständigung abhängig zu machen. Diese Notwendigkeit war allgemein noch nicht klar erkannt. Die Disziplin ließ zu wünschen übrig. Ja, es gab Arbeiter, die sich über die Köpfe der eigenen Führer hinweg von den „Freien" verleiten ließen. Die Lehre, daß nur von Vorstand zu Vorstand verhandelt werden darf, und daß die christlichen Gewerkschaftler ihren Führern in kritischen Zeiten unbedingt vertrauen und folgen müssen, wurde dann aber um so eindringlicher durch

die Verhältniſſe gegeben, als der Streik verloren ging. Die Arbeiter nahmen formell auf vermittelnde Zuſagen der Regierung hin die Arbeit wieder auf; tatſächlich würden ihnen aber ſehr bald die Geldmittel, den Streik noch lange fortzuſetzen, gefehlt haben, trotzdem auch Unterſtützung aus bürgerlichen Kreiſen zugefloſſen war, z. B. der Erzbiſchof von Köln und der Evangeliſch-ſoziale Kongreß ſich an der Sammlung beteiligt hatten. Am 20. Januar und 3. Februar fanden im Preußiſchen Abgeordnetenhauſe eingehende Debatten über den Streik ſtatt, an denen ſich Fürſt Bülow und Handelsminiſter Möller beteiligten. Arbeitgeber und Arbeiter warfen ſich gegenſeitig vor, den Streik durch Kontraktbruch hervorgerufen zu haben; tatſächlich ſchien in dieſem Falle der erſte Fehler bei den Arbeitgebern zu liegen, die auf Zeche Bruchſtraße die Arbeitsbedingungen willkürlich verändert hatten.

Am 30. Januar kündigte der Handelsminiſter Möller als Erfüllung der Zuſagen, die man den Bergleuten gemacht und auf Grund deren ſie die Arbeit wieder aufgenommen hatten, eine Novelle zum Berggeſetz an, „die die weſentlichen Punkte der Beſchwerden der Bergleute geſetzlich regeln will, da auf dem Verhandlungswege nichts zu erreichen war.“ Dieſe Novelle wurde ſehr bald dem Abgeordnetenhauſe vorgelegt; ſie enthielt einen ſehr umſtrittenen Punkt: die Einſetzung von obligatoriſchen Arbeiterausſchüſſen, denen aber keine vollziehenden und beſchließenden, ſondern mehr gutachtliche Kompetenzen beigelegt wurden. Am 26. Mai wurde das Geſetz gegen die Stimmen der Konſervativen angenommen. Die Konſervativen hatten von vornherein eine ſtarke Verſtimmung gegen die Vorlage bekundet. Graf Limburg ſah in der Vorlage „ein Beruhigungsmittel für einen mit Kontraktbruch begonnenen Streik“.

Ähnlicher Auffaſſung gaben manche Konſervative im Herrenhauſe Ausdruck, als hier am 2. Juni das Geſetz zur Beratung ſtand. Der Reichskanzler befürwortete es warm. Die Vorlage wurde einer Kommiſſion überwieſen. Bei der endgültigen Abſtimmung am 28. Juni fand ſich eine bedeutende Mehrheit dafür — ſie wurde gegen etwa 30 Stimmen angenommen. Die Überzeugung, daß man die Regierung und ihre ſozialen Zuſagen nicht im Stich laſſen dürfe, hatte doch bei den meiſten über die Verſtimmung den Sieg davongetragen.

Am 7. Februar interpellierte das Zentrum die Regierung, ob ein Geſetzentwurf vorbereitet werde, der für Arbeiter über

16 Jahren den zehnstündigen Maximalarbeitstag festsetze. Graf Posadowsky beantwortete die Anfrage dahin, daß die verbündeten Regierungen Bedenken trügen, über den sanitären Maximalarbeitstag hinauszugehen. Die Arbeitsarten der Industrie seien zu verschieden, um eine einheitliche Regelung zuzulassen. Dagegen wünsche der Bundesrat den Zehnstundentag für Arbeiterinnen einzuführen, habe aber zunächst der internationalen Konkurrenz wegen sich mit Italien, Schweiz, Frankreich, Belgien, Österreich ins Benehmen gesetzt. Und diese Verhandlungen schwebten noch.

Am 22. Februar wies Graf Posadowsky in sehr eindringlicher Rede darauf hin, daß es notwendig sei, sowohl Sozialpolitik wie Agrarpolitik zu treiben. „Wir erkennen an, daß die Massen bei der gesteigerten Fortbildung auch berechtigt sind, höhere Lebensansprüche zu stellen. Wir wollen Sozialpolitik treiben, indem wir den Arbeitern eine wirtschaftlich vollkommen gleichberechtigte Stellung einräumen, um ihnen das in dem politischen und wirtschaftlichen Kampf leider verloren gegangene Vertrauen zur bürgerlichen Gesellschaft und zur Regierung wiederzugeben". Andrerseits sei bei dem radikalen Wahlrecht in das ganze politische Leben eine solche „nervöse Hast, ein Drängen und Treiben" gekommen, daß dies große Gefahren in sich berge. Die amtliche Maschine arbeite mit solcher Nervosität, daß man fast eine Selbstvernichtung fürchten könne.

Am 27. Februar besprach Graf Posadowsky die Arbeiter-Versicherungsgesetze und beklagte, daß man sie nicht von vornherein auf einheitlicher Grundlage aufgebaut hätte. „Ich glaube, es muß die Aufgabe der Zukunft sein, diese drei Versicherungszweige in eine einheitliche Form zu bringen."

Am 12. Dezember berührte Graf Posadowsky auch die materialistische Grundlage der Sozialdemokratie, legte aber den besitzenden Klassen ans Herz, ihrerseits „ein größeres Maß sittlichen Ernstes" zu gewinnen. Nur „geistige und sittliche Wiedergeburt" könne der bürgerlichen Gesellschaft ihren maßgebenden Einfluß zurückbringen.

Im Juli wollte der französische Sozialdemokrat Jaurès einen Besuch in Deutschland machen und hier politische Reden halten, und zwar mit Hilfe seiner deutschen Parteigenossen. Fürst Bülow beauftragte die deutsche Botschaft in Paris, Herrn Jaurès von dieser Reise abzuraten. „Ich schätze Jaurès als Redner,

achte seine Anschauungen in der auswärtigen Politik, stimme nicht selten mit ihm überein und freue mich, daß er mehrfach für freundliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eintrat". Hier sei aber ein offenbarer Versuch der Sozialdemokratie, Einfluß auf die auswärtige Politik zu gewinnen, dem man entgegentreten müsse. Herr Jaurès sei taktvoll, aber von den deutschen Genossen sei Takt nicht zu erwarten, sondern nur der Versuch, das Ausland gegen deutsch-nationale Interessen ins Feld zu führen. Natürlich mußte unter diesen Umständen der Besuch des französischen Redners unterbleiben. Im übrigen ist anzuerkennen, daß Jaurès und Millerand wirklich Politiker sind, während die deutsche Sozialdemokratie bisher nur Agitatoren und Klopffechter hervorbrachte.

Der sozialdemokratische Parteitag fand im September in Jena statt und verlief unter viel Gezänk. Der Hauptzankapfel war die Frage, ob man einen Generalstreik vorbereiten solle oder nicht. Bebel verlangte die Vorbereitung, Heine bekämpfte sie. Natürlich setzte Bebel seinen Willen durch. Die ganze Stimmung der Teilnehmer war erregter und dreister als sonst, da man augenscheinlich unter dem Einfluß der damals siegreichen russischen Revolution stand. Einzelne Redner wiesen ganz ausdrücklich darauf hin, wie man doch an Rußland sehe, daß Revolution sehr wohl möglich sei.

Eine weitere Folge der Streitigkeiten auf dem Parteitag war es, daß im Oktober die ganze Redaktion des „Vorwärts" auf Drängen Bebels „fliegen" mußte. An Stelle der beseitigten Redakteure traten der jüdische Abgeordnete Stadthagen und die radikal-jüdische Rosa Luxemburg, beide tragikomische Figuren im öffentlichen Leben, da Stadthagen nach der Seite des Charakters und Frau Luxemburg nach Seite der Bildung so ziemlich alles zu wünschen übrig lassen.

Die kirchlich-sozialen Korporationen und Vereine breiteten ihre Tätigkeit in diesem Jahre sehr erheblich aus. Die 10. Hauptversammlung der „Freien kirchlich-sozialen Konferenz" fand in Breslau statt. Es referierten über „Patriarchalische Verhältnisse und modernes Arbeitsrecht" Dietrich v. Oertzen und Franz Behrens. Oertzen befürwortete „das gute Alte mit dem guten Neuen zu verbinden" und soweit es irgend anginge, Gemüt und Herz aus dem Arbeitsverhältnis nicht auszuschalten. Richtige ländliche Arbeiterverhältnisse seien so wenig wie ein rechtes häus-

liches Dienſtbotenverhältnis ohne den patriarchaliſchen Zug denkbar.

Gräfin Bernſtorff-Berlin ſprach über die „Heranziehung der Frauen an die kirchliche Arbeit“ und befürwortete die ſtärkere Mitarbeit da, wo weibliche Kräfte verwendbar ſeien. Die chriſtliche Frau wolle nicht Konkurrentin des Mannes, ſondern Gehilfin ſein, nicht herrſchen, ſondern dienen. Stöcker als Korreferent beſtätigte dieſe Auffaſſung. Es handle ſich hier nicht um Frauenrechtlerinnen, ſondern um Frauenpflichtlerinnen.

Über alles Erwarten ſtark war der Zuwachs der chriſtlichen Gewerkſchaften in der Zeit vom 1. April 1904 bis 1. April 1905. Allein der Gewerkverein der Bergarbeiter vermehrte ſich um 38 280 Mitglieder; Bauhandwerker um 10 336, Metallarbeiter um 10 815. Zuſammen betrug das Mehr 95 348. Auch die Einnahmen gingen entſprechend in die Höhe.

Auch die Zahl der der „Sozialen Geſchäftsſtelle für das evangeliſche Deutſchland“ angeſchloſſenen Vereine ſtieg erheblich; ſie repräſentierten nunmehr über 100 000 Mitglieder. Dieſe „Soziale Geſchäftsſtelle“ war von Pfarrer Weber ins Leben gerufen, um für alle Beſtrebungen, die der Name anzeigt, einen Mittelpunkt zu bilden, und unter Leitung eines rührigen Generalſekretärs ſchnell zu erheblicher Wirkſamkeit gelangt. Die Geſchäftsſtelle wurde mit ſozialpolitiſcher Leihbibliothek ein literariſches Zentrum und gibt jetzt alljährlich einen Taſchenkalender für Arbeiter in großer Auflage heraus. Ganz beſonders aber entwickelte ſie ſich als Vermittlungsſtelle für Vereins- und Arbeiterſekretäre, die von Verwaltungsbeamten, konſervativen und anderen Vereinen vielfach verlangt werden.

Am 17. November ergab eine Reichstagsnachwahl in Eiſenach das erfreuliche Reſultat, daß der Vorſitzende des deutſchen Handlungsgehilfen-Verbandes, Herr Schack, gewählt wurde, ein Sozialreformer und warmer Freund der ganzen chriſtlichen Arbeiterbewegung.

Am 28. November eröffnete der Kaiſer den Reichstag mit einer Thronrede, die darauf hinwies, daß die Geſetzgebung auf Jahre hinaus mit der Vereinheitlichung der Arbeiterverſicherung und Ausgeſtaltung der Witwen- und Waiſenverſorgung zu ſchaffen haben werde. Als gegenwärtige Aufgabe ſolle ein Geſetz vorgelegt werden, durch welches man den Berufsvereinen den Erwerb der Rechtsfähigkeit erleichtern wolle.

In Bayern ging im Juli ein Streik der Metallarbeiter zu Ende, der insofern allgemeinere Bedeutung hatte, als die Unternehmer die Organisation der Arbeiter anerkannten. Diese Anerkennung, die in England allgemein ist, wird ja leider in Deutschland noch vielfach verweigert. Doch wäre es ungerecht, daraus einen Vorwurf allein gegen die Unternehmer herzuleiten. Den weitaus größten Teil der Schuld trägt die Sozialdemokratie mit der Unversöhnlichkeit ihrer Klassenkampftheorie und dem Unverstand ihres praktischen Verhaltens.

XXXII. 1906. Die russische Revolution wird fühlbar. Die christliche Arbeiterbewegung wächst stark.

Im Jahre 1906

versuchten in Berlin die Sozialdemokraten am 21. Januar eine „Wahldemonstration" zu machen, die einesteils dem Wunsch nach einem ganz demokratischen Wahlrecht für Preußen Ausdruck geben, zugleich aber auch eine Ehrung der russischen Revolution bedeuten sollte. Man wollte mittags Volksversammlungen abhalten, dann einen Straßenumzug vor das Schloß veranstalten und dort ohne Zweifel eine Katzenmusik machen. Diesen Plänen gegenüber verfuhr die Regierung sehr richtig; sie gestattete die Versammlungen, verbot die Umzüge und traf so energische militärische Vorsichtsmaßregeln, daß niemand sich dem Schloß zu nähern wagte.

Der Vorgang gab den Konservativen des Herrenhauses Anlaß, wiederum eine Interpellation einzubringen, ob die Regierung mit den bestehenden Gesetzen gegen die Sozialdemokratie auskommen könne. Fürst Bülow erwiderte, daß dies durchaus der Fall sei, wie er in den letzten Tagen bewiesen habe. Vor der Tyrannei der Straße beuge er sich nicht. Aber andererseits komme Nervosität nicht der Sache der Ordnung, sondern ihren Gegnern zugute. Zugleich empfahl der Reichskanzler den bürgerlichen Parteien, den Zwist untereinander tunlichst zu meiden und sich der Sozialdemokratie gegenüber einig zu zeigen. Sei es doch vorgekommen, daß eine bürgerliche Partei ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen habe!

Am 6. Februar gab es im Reichstag eine ähnliche Debatte. Graf Kanitz beschwerte sich über die für die Landwirtschaft zu starken Lasten der Sozialgesetze. Graf Posadowsky ging auf die Frage der landwirtschaftlichen Belastung weniger ein, wies aber in ausgezeichneter längerer Rede nach, daß der große Aufschwung der deutschen Industrie zum guten Teile dem geistig und sittlich gehobenen deutschen Arbeiterstande zu danken sei. Das Verdienst an dieser Hebung falle aber wieder teilweise der Sozialreform zu. Ein Aufwärtsstreben des Arbeiterstandes werde nicht aufhören — wer das hoffe, gebe sich Illusionen hin. Es frage sich nur, ob die Arbeiter phantastische Zukunftsstaatspolitik trieben, oder ob die christliche Arbeiterbewegung berechtigte und verständige Forderungen stelle. „Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen Fortschritte machen wollen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Richtung, daß wir eine Arbeiterpartei schaffen, die innerhalb des gegenwärtigen modernen Staates, innerhalb der wirtschaftlichen Grenzen ihre Ziele verfolgt, dann haben wir doch den allerdringendsten Wunsch, eine solche Arbeiterbewegung, wie es die christliche ist, zu unterstützen. Der Standpunkt, daß die christliche Arbeiterbewegung viel unangenehmer ist wie die sozialdemokratische, ist ein Standpunkt von Männern, denen jede Forderung der Arbeiter, wenn sie auch noch so berechtigt ist, unsympathisch ist."

Einige Tage später erklärte Graf Posadowsky den Sozialdemokraten aus Anlaß ihrer Agitationen gegen das preußische Wahlrecht, daß er sehr bedaure, daß keine Arbeiter im Landtag säßen. Aber bei der absoluten Unreife der sozialdemokratischen Arbeiter, ihre wahren Interessen recht zu verstehen, sei es einstweilen noch unmöglich, ihre Rechte zu erweitern.

Trotz der politisch und sozialpolitisch unanfechtbaren Darlegungen des Grafen Posadowsky zeigte sich doch schon jetzt, daß er viele Gegner auf der Rechten hatte, die in den Blättern gegen ihn scharf machten.

Am 30. Mai nahm das Preußische Herrenhaus eine Novelle zum Knappschaftsgesetz an. Die Arbeitgeber begrüßten die öffentliche Wahl der Knappschaftsältesten. Graf Oppersdorf bedauerte sie, wie auch den Ausschluß der Invaliden von der Wählbarkeit. Bei dieser Gelegenheit machte der Handelsminister Dr. Delbrück einen lebhaften Vorstoß gegen die christlichen Gewerkschaften.

Digitized by Google

Die Art des Vorgehens dieſer Gewerkſchaften decke ſich nicht mit dem Kaiſerhoch, mit dem ſie ihre Verſammlungen eröffnen; ſie ſei geeignet, die Autorität zu untergraben. Tatſachen, welche dieſe Behauptung hätten beweiſen können, führte der Miniſter nicht an. Wäre aber auch im einzelnen irgendein Mißgriff oder eine Ungehörigkeit vorgekommen, ſo war das generaliſierende Urteil ungerecht.

In Berlin fand eine Heimarbeitsausſtellung ſtatt, die viel Aufſehen erregte, weil die den Waren beigefügten Verkaufs- und Herſtellungspreiſe den Nachweis lieferten, wie unendlich wenig von den Herſtellern daran verdient werden konnte.

Die erneute Feſtſtellung dieſes Notſtandes veranlaßte Mitglieder aller bürgerlichen Parteien, im Reichstag einen Antrag zum Schutz der Heimarbeiter einzubringen. Verlangt wurde die Vorlegung eines Geſetzes, für welches 12 Geſichtspunkte als maßgebend aufgeſtellt wurden: Namensverzeichniſſe, Lohnbücher, Ausdehnung der Gewerbeaufſicht auf die Heimarbeit, hygieniſche Maßregeln, Kinderſchutz, Maximalarbeitszeiten und anderes. Es kam der Stimmung für ſolche Geſetzgebung zugute, daß auch die Kaiſerin die Ausſtellung beſuchte und für die ſoziale Seite der Sache ein lebhaftes Intereſſe bekundete.

Das Reichsgericht erklärte in einer Entſcheidung vom 12. Juli Streik und Boykott für durchaus zuläſſige gewerkſchaftliche Kampfmittel. Auch die Drohung eines Vereins, Arbeitswillige auszuſchließen, ſei keine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung.

Am 17. November erließ der Kaiſer eine Kundgebung zur Erinnerung an den 25. Gedenktag der Botſchaft Kaiſer Wilhelms I. Leider ſetzten die Sozialdemokraten fortdauernd aller Fürſorge des Staates nur Widerwillen entgegen. Aber die Regierung ſolle nicht ablaſſen in Erfüllung der höchſten Chriſtenpflicht, die wirtſchaftlich Schwachen zu fördern.

Am 13. Dezember kam es zwiſchen dem Kanzler und dem Reichstag über Kolonialfragen zu einem Konflikt. Der Reichstag wurde aufgelöſt und Neuwahlen angeordnet.

Die kirchlichen und chriſtlichen Organiſationen waren fortdauernd in alter Weiſe tätig.

Die Arbeiten, welche aus der Kirchlich-ſozialen Konferenz hervorgegangen, haben einen Umfang erreicht, daß der Jahresumſatz 435 000 Mark betrug; es waren in ihnen 36 Perſonen

hauptamtlich angestellt. Neue Gruppen bildeten sich in Hannover und Thüringen, eine Frauengruppe in Liegnitz.

Die 11. Hauptversammlung fand in Kassel statt. Prof. Grützmacher-Rostock erörterte mit großem Freimut „Die Ursache der Unwirksamkeit des Protestantismus im öffentlichen Leben", und erkannte in der pietistischen Verkürzung des reformatorischen Protestantismus die Hauptursache jener Unwirksamkeit. Stöcker stimmte mit Wärme zu: „Wir Alten, die wir seit länger als einem Vierteljahrhundert in der Bewegung stehen, können getrost zur Ruhe gehen, wenn solche Jugend uns nachfolgt. — — Ich habe nie gezweifelt, daß die Verbindung des gläubigen Protestantismus mit den Mächten des öffentlichen Lebens der Weg ist, der wieder aufwärts führt."

Sehr erheblich war auch das Wachstum der christlichen Gewerkschaften. Am Schluß des Jahres betrug die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes 265 000, der Vermögensstand 2 Mill. Mark. Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1906 auf 3 Mill. Mark.

Die Gesamtzahl aller in Deutschland in evangelischen Arbeitervereinen zusammengeschlossenen Arbeiter war auf über 120 000 angewachsen.

XXXIII. 1907. Graf Posadowsky verabschiedet. 2. Deutscher Arbeiterkongreß.

Im Jahre 1907

fand der zweite deutsche Arbeiterkongreß statt, der das „Endziel" des vorliegenden Buches bildet. An dieser Etappe der christlichen Arbeiterbewegung machen wir halt, weil die Tatsache, daß rund eine Million christlicher Arbeiter sich durch Delegierte zu einem Kongreß vereinigen konnten, in Wahrheit einen geschichtlichen Abschnitt bedeutet.

Das politische Leben des Jahres begann mit einer stürmischen Wahlbewegung. Die Neuwahlen zum Reichstag fanden am 25. Januar statt, bei denen im ersten Wahlgang die Sozialdemokratie von 79 Mandaten auf 29 zurückging, also gerade 50 einbüßte — ein Verhältnis, das die Stichwahlen nur mäßig verbesserten.

Digitized by Google

Über die künftige Sozialpolitik erklärte Fürſt Bülow während der Bewegung: „Die deutſche Sozialpolitik wird in den ſeitherigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgeſetzt werden. Die Behauptung, daß die Berufsvereinsvorlage mittelbar oder unmittelbar zu einer Beſchränkung der nicht rechtsfähigen Berufsvereine führen ſollte, iſt unzutreffend; insbeſondere iſt nicht beabſichtigt, die Mitglieder der nicht rechtsfähigen Berufsvereine irgendwie von der Verwaltung der ſozialpolitiſchen Einrichtungen auszuſchließen."

Für die chriſtliche Arbeiterbewegung verlief die Wahl inſofern günſtig, als der Vorſitzende des Deutſchen Arbeiterkongreſſes, Franz Behrens, im Wahlkreiſe Wetzlar-Altenkirchen durchdrang. Im ganzen gewannen die Träger dieſer Bewegung 3 evangeliſche und 3 katholiſche Mandate.

Um ſo größer war der Zorn der enttäuſchten Sozialdemokratie; ſie hatte die Auflöſung des Reichstags mit Hurra begrüßt und in viel Prahlerei den Sieg vorweggenommen, der nun in ſchwere Niederlage ſich gewandelt hatte. Getobt wurde vorzugsweiſe gegen die Freiſinnigen, ſoweit ſie ſich dem bürgerlichen Kartell angeſchloſſen hatten. Die Elberfelder „Freie Preſſe" ſchrieb: „Dank der Geſinnungslumperei und Halunkerei der Freiſinnigen hat die Regierung eine Hurramehrheit zuſtande bekommen, die zu jedem Schurkenſtreich gegen das entrechtete Volk fähig iſt. Und dieſes liberale Kaſtratentum jubelt noch über ſeinen Sieg — es jubelt über ſeine eigene Schande. Pfui Teufel über dieſe Verlumpung des nationalen Heldentums." In dieſer Tonart wurde überall geſchrieben.

Natürlich kam der Umſchwung der Lage auch im Reichstag ſelbſt zur Sprache. Fürſt Bülow richtete über die Niederlage der Sozialdemokratie das Wort an Bebel: „Die Niederlage war wohlverdient, weil ſie die Strafe war für einen engherzigen, dogmatiſchen, kleinlichen, philiſtröſen Geiſt, der blind gegen alle Andersdenkenden wütete und trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des 20. Jahrhunderts eine Unterdrückung ausübte, ein Zwangsſyſtem betätigte, eine Geſinnungsſchnüffelei trieb, ein geiſtiges Joch vorbereitete, wie es die Welt kaum im Mittelalter geſehen hat. — — Ich bin viel herumgekommen, habe infolge meines Lebensganges viel im Ausland gelebt, entſinne mich aber nicht, derartige Rüpeleien erlebt zu haben, wie ſie ſeit dem Dresdener Parteikongreß die ſozialdemokratiſche

Presse einzubürgern suchte — — Aus dem Haß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse beim Sauherdenton anlangen."

Der Reichskanzler ging ferner auf die unfruchtbare Verneinungs- und Nörgelpolitik der Sozialdemokraten ein und auf den Terrorismus innerhalb der Partei, der jede freie Regung unterdrücke. Der Revisionismus aber sei zu feig, um etwas zu bessern. „Der Revisionismus, der immer tanzt, wie der Radikalismus pfeift, wird in absehbarer Zeit keine Rolle spielen."

Zum Ergebnis der Wahlen gratulierte auch der Zentralverband der Industriellen dem Reichskanzler und erklärte seine freudige Teilnahme am Kampf gegen die Sozialdemokratie. Fürst Bülow erwiderte: „Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Lasten dieser Politik getragen hat, erkenne ich rückhaltlos an. Ich hoffe aber auch, daß mir bei den künftigen Bemühungen der verbündeten Regierungen zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird."

Am 19. Februar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt: „Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden." Es wird Fortsetzung der Sozialreform verheißen.

Am 11. Februar brachte im preußischen Abgeordnetenhause der Abg. Pastor D. v. Bodelschwingh einen Gesetzentwurf ein über Wanderarbeitsstätten, die den Zweck haben sollten, mittellosen, arbeitsfähigen Männern, die außerhalb ihres Wohnorts Arbeit suchen, Arbeit zu vermitteln und vorübergehend gegen Arbeitsleistung Beköstigung und Obdach zu gewähren.

Redner aller Parteien stimmten der Tendenz des Gesetzes zu, verwiesen es aber zu neuer Redaktion an eine Kommission. Die Erledigung des Entwurfs liegt über die Zeit hinaus, welche dieses Buch behandelt. Nicht zweifelhaft kann es aber sein, daß hier noch große, unerfüllte Pflichten der Staatsgewalt liegen. Pastor D. v. Bodelschwingh schreibt: „Das Los eines gesunden, aber arbeitslosen Mannes, dem man das nicht gewährt, worum

er bittet, nämlich die Arbeit, und den man nun durch Hunger zum Betteln zwingt, seiner Ehre beraubt und ihn in langsamer Qual wider Willen zum ehrlosen Vagabunden erzieht, ist unendlich grausamer als das eines Kranken, welcher vielleicht aus Mangel an nötiger Pflege stirbt. — Das letztere kommt nur in einigen Ausnahmefällen vor, während viele Tausende solcher unschuldig Arbeitsloser in allen arbeitsarmen Zeiten eines grausamen, langsamen Todes sterben müssen." Die Gemeinden, denen jetzt die Pflicht der Fürsorge obliegt, sorgen nicht, sondern „schieben ab". Bodelschwingh weist aus den statistischen Ziffern nach, daß Vagabundentum und Kriminalität der Wanderer nicht aus subjektiver Arbeitsscheu, sondern zum größten Teil wenigstens aus objektivem Arbeitsmangel hervorgeht. Wenn allein in Preußen in einem arbeitsreichen Jahr 136 000 Personen weniger verurteilt wurden, als in einem arbeitsarmen, so zeigt dies mit Sicherheit, „daß eine große Menge Unschuldiger bloß infolge der schwankenden Erwerbsverhältnisse und durch den Mangel an Angebot von Arbeit mit den härtesten Strafen belegt wird, die es geben kann, nämlich dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, obwohl nur wirkliche Not sie zur Übertretung der Gesetze gezwungen hat. Bei diesen entehrten Leuten folgt dann mit Hilfe der Korrektionshäuser die Erziehung zum Vagabundentum schnell und sicher."

Am 12. Februar kam die ländliche Arbeiterfrage zu ausgiebiger Beratung im preußischen Abgeordnetenhaus. Ein nationalliberaler Antrag, die Regierung möge die innere Kolonisation durch Rentengüter fördern, kam fast einstimmig zur Annahme. Im Hinblick auf die Gründe der Leutenot kam die Klage über ungenügende Wohnungen mannigfach zum Ausdruck.

Ein Erlaß des Landwirtschaftsministers bestimmte, daß versuchsweise Rentengüter von 12,50 Ar gebildet werden dürften, vorausgesetzt, daß ein Bedürfnis vorliege und Arbeitsgelegenheit da sei.

Am 10. März gab auf eine Anregung des Zentrums hin Graf Posadowsky die Erklärung ab, daß die Sozialpolitik „energisch fortgesetzt" werden solle, und legte in großen Zügen seine Stellung zu den vom letzten Reichstag nicht mehr erledigten Entwürfen dar: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Normalarbeitszeit der Frauen, Vereinsrecht u. a. m.

Ende März wurden zum erstenmal durch angesehene Blätter, wie „Hamburger Korrespondent", Gerüchte verzeichnet, daß die Stellung des Grafen Posadowsky erschüttert sei, bez. daß freikonservative Politiker ihn in die Luft zu sprengen suchten, weil seine sozialpolitischen Ansichten zu moderne seien. Diese Gerüchte fanden aber zunächst in Tatsachen keine Bestätigung.

Vom 10. bis 19. April wurde der Etat des Reichsamts des Innern beraten. Auf Anstoß des freisinnigen Abg. Pfarrer Naumann entwickelte wiederum Graf Posadowsky seine Absichten und schloß damit, daß dies „eine so ungeheure Masse der Gesetzgebung" sei, daß die Bewältigung viel Zeit in Anspruch nehmen und große Schwierigkeiten bieten werde.

Es war dem ausgezeichneten Staatsmann, dem in gleicher Weise die Fülle des Wissens und der Kenntnisse und eine nie versagende Beredsamkeit zu Gebote standen, leider nicht beschieden, auch nur einen der vielen Pläne zu verwirklichen. Am 24. Juni wurde in überraschender Weise dem Staatssekretär Grafen Posadowsky der erbetene Abschied bewilligt. Doch blieb es kein Geheimnis, daß dieser Abschied keineswegs aus den Wünschen und Absichten des Ministers hervorging, sondern aus Gründen angeblicher politischer Notwendigkeit ihm nahegelegt worden war.

Worin diese Notwendigkeit eigentlich gelegen hat, ist niemals einwandfrei bekannt geworden. Es scheint, daß das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine dem Minister zum Fallstrick geworden. Der Reichstag hatte dies Gesetz mit großer Mehrheit gefordert. Als es kam, sah es aber anders aus, als man erwartet hatte, und erregte besonders das Mißtrauen der Konservativen, es könne hier eine Zuwendung öffentlich-rechtlicher Privilegien nicht an die Arbeiter, sondern an die Sozialdemokratie stattfinden, und diese stärken.

Zu der vielleicht nicht glücklichen parlamentarischen Handhabung dieser Vorlage — man hätte den Entwurf hinter die anderen sozialpolitischen Vorlagen zurückstellen können — kam dann noch der Umstand hinzu, daß Graf Posadowsky am Hofe keine feste, etwa schwer zu erschütternde Stellung inne hatte. So wurde der kluge, arbeitsame, tüchtige, kenntnisreiche Mann um geringer Fehler willen, wenn es denn überhaupt solche gewesen wären, aus einer Stellung gedrängt, in der er sich die wärmste Sympathie der christlichen Arbeiter erworben hatte.

Zu seinem Nachfolger wurde der preußische Minister des Innern, Herr von Bethmann-Hollweg, ernannt.

Vom 17. bis 24. August fand in Stuttgart ein internationaler Sozialistenkongreß statt, auf dem man eine feste Stellung zum „Militarismus" gewinnen wollte. Aber die herrschende Uneinigkeit ließ kein Ergebnis aufkommen. Der Franzose Hervé verhöhnte die deutschen Sozialisten als „zufriedene, satte Spießbürger", die in ihrem Kadavergehorsam selbst dem Kaiser Bebel in den Krieg gegen die französischen Proletarier folgen würden.

Die Diskussion wurde auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen fortgesetzt. Bebel will von Fall zu Fall entscheiden, ob die Sozialdemokraten mit in den Krieg gehen dürfen oder nicht. Und Kautsky erklärte: „Zuerst sind wir Proletarier und dann Deutsche".

Im christlichen Lager zeigte sich eine wachsende Erkenntnis der Notwendigkeit sozialer Arbeit. Die Kirchlich-soziale Konferenz wuchs an Mitgliederzahl und dehnte ihre Arbeit aus; speziell konnte sie wiederum mehrere Arbeitersekretäre anstellen. Auf die Theologie konnte es nicht ohne Einfluß bleiben, wenn die bedeutendsten Gelehrten den Ertrag ihrer Forschung bereitwillig in den Dienst der Konferenz stellten. Auf der Jahrestagung in Karlsruhe sprach Prof. Seeberg-Berlin über „Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgabe der Theologie in der Gegenwart". — „Die Unterscheidung von Staat und Kirche — so wichtig sie sonst ist — darf nie den Sinn haben, als sei Gott nur in der Kirche wirksam, oder als seien Gottes Diener frei von der Pflicht, ihm auch in den Formen der Familie, des Volkslebens, der Gesellschaft und des Staates zu dienen." — „Es kann eintreten, daß die Vertreter der Kirche gut tun, das öffentliche Leben zu meiden, aber es kann auch ihre Pflicht werden, durch die Zeitungen zu wirken, die Politik zu beeinflussen, die sozialen Probleme vor die Öffentlichkeit zu bringen."

Das Bedürfnis „einer eigenen sozialpolitischen Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung" kam in zwei anderen Vorträgen jener Tagung zum Ausdruck. Je mehr die Überzeugung eine klare und allgemeine geworden war, daß die Sozialdemokratie nicht nur wirtschaftliche Theorie sei, sondern daß ihr der Materialismus als Welt- und Lebensanschauung zugrunde liege, um so notwendiger erwies es sich, auch die christliche Gegenbewegung theoretisch zu fundamentieren.

Die christlichen Gewerkschaften und verwandten Verbände hatten sich nunmehr so weit durchgesetzt, daß die Zahl der von ihnen organisierten Arbeiter am 1. April 352 467 betrug; der Kassenbestand M. 2 225 905.

Vor dem Nachdruck dieser Tatsache beugten sich nunmehr auch manche, die der christlichen Arbeiterbewegung bis dahin skeptisch oder doch abwartend gegenübergestanden hatten. So erklärte Prof. Harnack auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß in Straßburg (21.—23. Mai): „Mir ist nicht zweifelhaft, daß eine abwartende Neutralität nicht ausreicht, daß wir vielmehr allen Grund haben, die christlichen Gewerkschaften in der Entwicklung, in welcher sie jetzt begriffen sind — nämlich sich streng auf ihre eigentliche soziale Aufgabe zu beschränken — lebhaft zu begrüßen und diese Entwicklung kräftig zu fördern, mögen wir politisch konservativ oder liberal, kirchlich frei oder gebunden sein."

Dieser dankenswerte Rat kam freilich für Viele zu spät. Denn die organisierten christlichen Arbeiter bedurften nun der Hilfe aus anderen Ständen kaum noch — sie standen fest auf den eigenen Füßen. Beredtes Zeugnis ihrer Kraft war der glänzend verlaufene 2. Deutsche Arbeiterkongreß, der im Oktober in Berlin stattfand und in mehrtägiger Beratung eine große programmatische Arbeit erledigte.

Der Kongreß gewann aber noch dadurch eine außerordentliche Bedeutung, daß der neue Staatssekretär vom Reichsamt des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, persönlich erschien und in ausgezeichneter Rede seine sozialpolitische Stellung darlegte. Wenn bis dahin noch eine Sorge bestanden hatte, Herr v. Bethmann könne wiederum der Träger einer reaktionären Bewegung werden, so wurde jeder Gedanke dieser Art durch die verständnisvoll moderne Auffassung der sozialen Lage, die der Minister bekundete, schnell zerstreut. Er gab den Arbeitern durchaus recht, wenn sie ihre Interessen nachdrücklich vertreten wollten, und gab ihnen nur anheim, die eigenen Wünsche stets dem großen Ganzen anzupassen. Die Staatsregierung werde ehrlich bestrebt sein, in gerechter Weise ausgleichend zu wirken. Der Minister schloß mit der Bitte, die Arbeiter möchten in gleicher Weise, wie das Wohl des einzelnen, so stets das Wohl des Vaterlandes im Auge behalten.

Der Kongreß erledigte in fleißigen Sitzungen ein großes Arbeitspensum und faßte Beschlüsse zu folgenden Fragen: Obli-

gatoriſche Einführung des Verhältniswahlſyſtems, Reichsvereinsgeſetz, Reichsberggeſetz, Koalitionsfreiheit der Grubenſteiger, „Gelbe Gewerkſchaften", Ausnahme-Beſteuerung der Konſumgenoſſenſchaften, „Verſchlechterung der Arbeiterverſicherung", Sonntagsruhe, Arbeiterſchutz in der geſundheitsſchädlichen und ſchweren Induſtrie, Arbeiterinnenfrage, Heimarbeiterſchutz.

Es verſteht ſich, daß unter einer ſolchen Flut von „Forderungen" ſich auch anfechtbare finden. Immerhin iſt es von Wert, im ganzen und großen feſtgelegt zu ſehen, wie verſtändige chriſtliche Arbeiter ſich den Fortſchritt der Sozialreform denken.

Wie immer die Entſcheidung über die verſchiedenen Fragen im einzelnen ausfallen möge — das große Ziel war durch den 2. Deutſchen Arbeiterkongreß nun doch erreicht, daß eine Million von deutſchen Arbeitern ſich bei aller Entſchloſſenheit, die eigenen berufsſtändiſchen Intereſſen zu wahren, in vollen, bewußten Gegenſatz zur Sozialdemokratie und ihrem Klaſſenkampf geſetzt und feſte Entſchloſſenheit bekundet hatte, nicht in kindiſcher Nörgelei und Gehäſſigkeit nur kritiſche Politik zu treiben, ſondern in chriſtlicher und vaterländiſcher Geſinnung mitzuarbeiten am Aufbau des Deutſchen Reiches.

Über die nichtswürdige Loſung, die Singer in Jena unter dem brauſenden Beifall der Genoſſen ausgegeben hatte: „Unſer Ziel iſt die Zerſtörung der bürgerlichen Geſellſchaft", hatten nunmehr in dem beſten Teile der deutſchen Arbeiterſchaft der Glaube, die Vaterlandsliebe, die Beſonnenheit den Sieg davongetragen.

XXXIV. Was nun?

Wer den tatſächlichen Angaben dieſes Buches bis hierher gefolgt iſt, wird — ſo hoffen wir — ein Bild gewonnen haben, wie die chriſtliche Arbeiterbewegung entſtanden iſt, welche Schwierigkeiten ſie zu überwinden hatte, welche Perſonen, Gruppen, Parteien ihr Feindſchaft oder Freundſchaft bewieſen haben, und welche Ziele ſie bis hierher erreicht hat.

Wenn nun noch zum Schluß die Frage „Was nun?" geſtellt und ein Wort über die Zukunft geſagt wird, ſo kann es ſich weder darum handeln, ein detailliertes Programm mit einzelnen Forderungen aufzuſtellen, noch gar um das mißliche Geſchäft des

Prophezeiens, wie etwa die Dinge fernerhin laufen werden. Nur ein paar ganz allgemeine Gedanken mögen gestattet sein über die Linien, die unseres Erachtens innegehalten werden müssen, wenn die christliche Arbeiterbewegung blühen, wachsen und gedeihen und dem Volk zum Segen gereichen soll. Es handelt sich darum, aus den Erfahrungen der Vergangenheit einige Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Die christliche Arbeiterbewegung ist an einem Abschnitt ihrer Geschichte angelangt. Wenn es im Jahre 1896 noch eine ernste Sorge der Freunde dieser Bewegung sein konnte, ob sie nicht von ihren zahlreichen Gegnern zur Rechten und zur Linken im Keim erstickt werden würde, braucht nach dem Verlauf des Zweiten Deutschen Arbeiterkongresses im Jahre 1907 niemand mehr diese Sorge zu hegen. Die Bewegung steht und geht fest auf den eigenen Füßen. Zu unterdrücken ist sie nicht mehr. Und die Fortbildung des Arbeitsrechts ist so sehr eine politische Notwendigkeit der Gegenwart, daß der neue Staatssekretär im Reichsamt des Innern, von dem manche Gegner der Sozialreform einen Stillstand oder eine Schwenkung erhofft haben mochten, nichts anderes getan hat, und tun mochte, als im wesentlichen die sozialpolitische Fortarbeit da aufzunehmen, wo sein Vorgänger, Graf Posadowsky, sie niedergelegt hatte.

Natürlich kann aber die Fortarbeit je nach dem richtigen oder unrichtigen Verhalten der „Christlichen" sehr wesentlich erleichtert oder erschwert werden.

Die Grundbedingung des Gedeihens wird zunächst die sein, daß die Bewegung an ihrer christlichen Grundlage unerschütterlich festhält. Christliche Liebe ist es gewesen, die den Arbeitern ihre Wege schon gebahnt, ihre Interessen vertreten hat zu einer Zeit, wo erst wenige Arbeiter dies Interesse wirklich begriffen hatten, und viele entweder der Sozialdemokratie nachliefen, oder müßig am Wege standen. Jetzt, wo sich ergeben hat, daß die Sammlung nicht-sozialdemokratischer Arbeiter nicht so hoffnungslos ist, als es zeitweilig den Anschein hatte, drängen sich allerlei Wohltäter an den Arbeiterstand heran und ' chen durch Zuwendung von Geld und Wohlfahrtseinrichtungen sich als Freunde auszuweisen. Und aus dem Prinzip der neuen Vereinsbildungen versucht man das Christentum auszuschalten.

Die Täuschung ist aber hier meist eine doppelte. Man beseitigt das christliche Prinzip, und man beseitigt mit ihm das

echte Standesintereſſe. Es iſt das Charakteriſtiſche aller „gelben“ Organiſationen, daß an die Stelle des Arbeiterintereſſes das Arbeitgeberintereſſe ſubſtituiert wird. Das iſt verkehrt. Jeder Stand hat das Recht, ſein eigenes Intereſſe zu vertreten, auch der Arbeiterſtand; ja das Recht bedingt die Pflicht. Und dann heißt es auch: „Selbſt iſt der Mann“. Man kann nicht andere mit der Wahrnehmung der wichtigſten Lebensintereſſen betrauen. Die vertritt man ſelber. Was gefordert werden muß, iſt nur das, daß die Intereſſenvertretung niemals zum Klaſſenkampf ausartet, daß das relative Recht aller Stände offen und rückhaltlos anerkannt, und als Ziel alles Strebens der innere Friede im Auge behalten wird.

Mit dem chriſtlichen Grundcharakter der Arbeiterbewegung iſt aber eng verknüpft ihre Interkonfeſſionalität. Auch von der darf nicht gewichen wrden. In beiden Konfeſſionen gibt es aber Elemente, denen bald aus Streitſucht, bald aus edlen Motiven, die Wachhaltung des konfeſſionellen Gegenſatzes obenan ſteht und viel wichtiger ſcheint, als alle ſozialpolitiſchen Ziele. So wurde bereits auf katholiſcher Seite die Abſtimmung des Reichstagsabgeordneten Behrens in Sachen des viel überſchätzten neuen Vereinsrechts zu einem Vorſtoß benutzt; und von der anderen Seite hat ſich ſchon der Evangeliſche Bund in ganz ähnlicher Weiſe unliebſam bemerkbar gemacht. Hier kann alſo nur die ſtärkſte Selbſtzucht auf beiden Seiten Zerwürfnis abwenden. Aber ſie muß es auch. Denn die Interkonfeſſionalität iſt nicht Dach, ſondern Fundament des Gebäudes. Jedem politiſchen Gebilde gegenüber, das auch kirchenpolitiſche Farbe hat, muß beiderſeits die größte Zurückhaltung geübt werden.

Daneben muß es natürlich fortdauernd Sorge der chriſtlichen Arbeiterbewegung ſein, die poſitive Arbeit der Geſetzgebung nach Kräften zu fördern. Das bedeutet formal und material ein rechtes Verhalten. Will man etwas erreichen, ſo wird es vor allen Dingen nötig ſein, ſich eine freundliche Stimmung der Regierenden zu bewahren, wo ſie vorhanden, zu erwerben, wo ſie noch fehlt. Nicht im Sinne eines unwürdigen Buhlens um Gunſtbezeugungen. Aber in der klaren Erkenntnis, daß es nichts Dummeres gibt, als die Praxis der Sozialdemokratie, die nicht mit der Regierung arbeiten, ſondern ſie beherrſchen und befehligen will. Das mag in verfaulten Staaten erreichbar ſein, iſts aber nicht in einer Monarchie, die ſo aufrechtſteht, wie die deutſche.

Wenn die rote Arbeiterpartei Ende der achtziger Jahre den Kaiser mit seinem sozialen Wohlwollen roh zurückstieß, wie sie heute den Fürsten Bülow verhöhnt, der doch den sozialen Fragen das vollste Verständnis und das größte Wohlwollen entgegenbringt, so schädigt sie den Arbeiterstand in empfindlichster Weise. Denn nichts ist dem Fortschritt der Rechtsbildung so hinderlich, als aktiver und passiver Widerstand der Regierung. Den aber ruft man hervor durch streitsüchtiges Einrücken in die Kampfstellung.

Weiter wird es gut sein, daß, wer etwas erreichen will, nicht zu viel auf einmal fordert. Es war kein Geringerer als Fürst Bismarck, der den Rat gab, man solle auf der Hasenjagd nie zwei Hasen auf einmal schießen wollen, und ebensowenig in der Politik mehrere Ziele auf einmal verfolgen. Eins nach dem andern. Wenige Forderungen stellen; diese wenigen aber so gut begründen, daß sie jedem als reif und wohlerwogen einleuchten. Unreife, unklare Forderungen verstimmen und schaden der Sache, der sie dienen sollen.

Wie auf die Regierung ist aber auch auf andere Parteien Rücksicht zu nehmen; und für die Art, wie man sich zu stellen hat, muß die Geschichte Lehrmeisterin sein. Was lehrt die Geschichte über die Stellung der Parteien zur christlichen Arbeiterbewegung?

Beginnen wir von links her und fragen zunächst, was die Sozialdemokratie zum Wohle des Arbeiterstandes geleistet hat.

Wohlerwogen und nüchtern kann die Antwort auf diese Frage, soweit die Gesetzgebung in Frage kommt, nur lauten: „Gar nichts!"

Oder welches für den Arbeiterstand wertvolle Gesetz wäre der Sozialdemokratie zu verdanken? Nicht ein einziges. Was immer im Sinne des vierten Standes Gesetzes- und Rechtskraft erlangt hat, ist gegen den Willen und Widerstand der Sozialdemokratie geschaffen worden. Die Tätigkeit der marxistischen Führer hat sich darauf beschränkt, die Lösung jeder vorliegenden Frage durch unmögliche Anträge zu erschweren und zu verwickeln. Alle Versuche einzelner, die Umsturzpartei auf den Weg der Vernunft, der Reform, der Mitarbeit, der Anerkennung anderer Stände zu drängen, sind 40 Jahre lang gescheitert, und es fehlt bisher an jedem, auch dem leisesten Anzeichen der Besserung und der Hoffnung. So bleibt das einzige Verhältnis, das der christliche Arbeiter zur sozialdemokratischen Partei als solcher

einnehmen kann, der Kampf, der Widerstand. Und dieser Widerstand ist um so entschiedener zu leisten, je unermüdlicher die Sozialdemokratie bemüht ist, den christlichen Arbeitern ihre Führer zu verleiden, sie zu verleumden und herabzusetzen.

Durchaus analog kann es nur Kampf und Widerstand denen gegenüber geben, die nicht den Klassenkampf von unten, sondern den Klassenkampf von oben wollen. Wer jede Fortbildung des Arbeitsrechts ablehnt, wer den Arbeitern das Recht verweigert, nicht subjektiv sondern koaliert einen Kollektivvertrag zu schließen, einer für alle und alle für einen in modernen Gilden zusammenzustehen, auch gegen den gibt es nur Kampf.

Mit irgend einer politischen Partei sind diese Gegner nicht gleichzusetzen; es finden sich ihrer in allen bürgerlichen Parteien. Im ganzen lehrt aber doch die Geschichte, daß auf der Rechten weit mehr sozialpolitisches Verständnis und soziales Wohlwollen vorhanden ist, als auf der Linken. Besonders in den Anfängen der sozialen Bewegung waren die Liberalen das Sprachrohr des industriellen Arbeitgebertums. Neuerlich haben sich sozial gerichtete Gruppen sowohl bei den Liberalen zusammengefunden, wie bei den Freisinnigen. Es wird Sache der christlichen Arbeiter sein, diesen Umstand zu beachten, ohne sich Täuschungen und Illusionen über seine Tragweite hinzugeben.

Weit größeres Verständnis und viel aufrichtiges Wohlwollen für das Aufstreben des vierten Standes fand sich von vornherein bei den Konservativen. Als Stöcker zuerst seinen Appell ergehen ließ, waren es Konservative, die, von Christenliebe und Vaterlandsliebe getrieben, auf seine Seite traten. Wenn später eine rückläufige Bewegung eintrat, so wäre es sehr unrecht, alle Schuld auf der einen, alles Recht auf der anderen Seite finden zu wollen. Blieben auch die Führer der christlichen Bewegung, insonderheit Stöcker selbst, klar und fest auf korrekter Linie, so konnten sie nicht hindern, daß die Volkserregung jeweilen rechts und links überschäumte, daß anfechtbare Personen sich in den Vordergrund drängten und darin hielten, weil es schwer war, den Moment zu finden, wo sie abgestoßen werden mußten. Mindestens menschlich erklärlich war es also, wenn eine Partei der Ordnung und Disziplin, wie es die Konservativen sind, vor gewissen Symptomen der Unordnung erschrak und wenn in der Verwirrung dieses Schreckens der Ruf der Geldaristokratie an die Geburtsaristokratie zur Bundesgenossenschaft nicht immer fruchtlos ver-

hallte. Kam doch auch hinzu, daß die ſozialen Laſten, welche die Konſervativen ſich ſelber auferlegt hatten, den Landwirt viel ſchwerer bedrückten und zugleich viel weniger ſozialen Nutzen ſchufen, als in der Induſtrie; ja es zeigte ſich immer klarer, daß die ganze Geſetzgebung wohl für die Induſtrie, aber abſolut nicht für die Landwirtſchaft paßte; ſo konnte man ſich auch dem Zugeſtändnis nicht entziehen, daß es ein grundlegender Fehler geweſen war, dieſe beiden Lebens- und Wirtſchaftsgebiete in Geſetzgebung mit mechaniſcher Gleichmäßigkeit zu behandeln.

Trotz alledem iſt ohne Zweifel die konſervative Partei auch heute noch diejenige, deren Bundesgenoſſenſchaft am erſten erreichbar und am ernſteſten zu erſtreben iſt. Eben darum wird aber auch zu raten ſein, daß die Partei der chriſtlichen Arbeiter, die chriſtlich-ſoziale, tunlichſt nicht in Kampfſtellung gegen die Konſervativen einrückt, nicht darauf ausgeht, konſervative Wahlkreiſe zu erobern, ſondern ihre Eroberungen, wenn ſie denn dergleichen machen wollte, in ſozialdemokratiſchen oder ſolchen Revieren anſtrebe, wo die Flagge des Liberalismus nur benutzt wird, einen unſozialen Kapitalismus zu decken. Eroberungen, die hier gemacht werden, müſſen ſich als doppelter Gewinn erweiſen.

Weiter wird es richtig ſein, nach Möglichkeit ſolche Forderungen zu vermeiden, die ſofort auf den entſchiedenſten Widerſtand der Rechten ſtoßen müſſen, wie etwa die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Landtage, oder gar auf Kommunen. Die chriſtlichen Arbeiter müſſen einſehen, daß, ſolange ſie ſelbſt nur eine kleine Minderheit der Arbeiterwelt bilden und gar keine Garantie gegen Überflutung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie zu bieten vermögen, kein ernſter Politiker die Verantwortung auf ſich nehmen kann, ein ſteigendes Maß politiſchen Einfluſſes der Umſturzpartei auszuliefern. Für gewagte Experimente iſt dies Gebiet gar nicht geeignet und die Gefahr zu groß, der man Volk und Volksleben ausſetzt.

Wenn aber die Chriſtlich-Sozialen bereit ſein ſollen, auf die Konſervativen ein erhebliches Maß von Rückſicht zu nehmen, ſo muß dieſe Rückſicht natürlich auf Gegenſeitigkeit beruhen. Was den chriſtlichen Arbeitern von rechts her entgegengebracht werden ſollte, iſt ein freundliches Intereſſe für ihre Standesintereſſen, Verſtändnis beſonders für die gewaltigen Schwierigkeiten, die ihnen daraus erwachſen, daß es Standesgenoſſen ſind, gegen die

ſie politiſch und ſozialpolitiſch in Kampfſtellung zu rücken haben. Dieſes feinere Verſtändnis für die Imponderabilien der chriſtlichen Arbeiterbewegung wird leider auf der Rechten noch oft vermißt. Es gibt Konſervative, die von gewiſſen Vorſtellungen des Arbeitsverhältniſſes der Vergangenheit nicht loskommen, ſich nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß der Arbeiterſtand zur Selbſtändigkeit erwacht iſt, und daß es kein Mittel in der Welt gibt, die ſoziale Frage auf andere Weiſe aus der Welt zu ſchaffen, als daß man für die moderne Arbeit ein modernes Arbeitsrecht ſucht und findet. Wenn beide ſich decken, wird der Friede da ſein.

Oder welches andere Rezept könnte von der Rechten verſchrieben werden? Etwa Unterdrückungsmaßregeln? Gewiß ſoll die Regierung ſtark und energiſch ſein, und jeder Ungeſetzlichkeit, jedem „Appell an die Straße“ mit rückſichtsloſer Machtentfaltung begegnen. Aber dieſe Macht hat ſie. Und es heißt doch an den Mitteln der Staatskunſt vorzeitig verzweifeln, wenn man die politiſche Reformarbeit abweiſt und nur die Keule zum Dreinſchlagen zurechtlegt. Dieſe Haudegenpolitik ſteht ſtaatsmänniſch angeſehen nicht höher als der Klaſſenkampf. Beide bedeuten am letzten Ende den Bürgerkrieg. Und es bedarf nicht langer Beweiſe, daß ein von innerem Zwiſt zerriſſenes Volk die Stoßkraft nach außen verliert. Soll das Deutſche Reich in den beginnenden Kämpfen um die Weltherrſchaft ſeinen Mann ſtehen, ſo darf die freudige Bereitſchaft, mit Gut und Blut dafür einzutreten, nicht an der kräftigſten und zahlreichſten Bevölkerungsklaſſe haltmachen. Dieſe Gefahr der Verbitterung wird aber nicht ſchwinden, ſolange nicht auch die Rechte eine Reformbedürftigkeit aller derjenigen Landesverfaſſungen anerkennt, durch deren Beſtimmungen die kleinen Stände, die Handwerker und Arbeiter, von der Beteiligung am öffentlichen Leben, wenn nicht grundſätzlich, ſo doch tatſächlich ausgeſchloſſen werden. Die Forderung ſolcher Beteiligung iſt kein Widerſpruch gegen die Ablehnung des Reichstagswahlrechts mit ſeinen handgreiflichen Mängeln und ſeiner Entrechtung der Minderheiten. Vielmehr muß und kann ſehr wohl ein Wahlrecht gefunden werden, das jeden ehrlichen Stand nach Maßgabe ſeiner Bildung und Bedeutung an der Volksvertretung beteiligt, aber keinem die unbeſtrittene Herrſchaft zuſpricht. Nicht herrſchen ſollen die kleinen Stände auf Grund des rein äußerlichen Moments der Kopfzahlmehrheit, aber ſie ſollen auch nicht zum Schweigen verurteilt ſein.

Der konservative Abgeordnete Franz von Bodelschwingh hat vor nicht langer Zeit einen in Weimar gehaltenen politischen Vortrag mit folgendem Goethewort eingeleitet:

„Revolutionen sind ganz unmöglich, sobald die Regierungen fortwährend gerecht und fortwährend wach sind, so daß sie ihnen durch zeitgemäße Verbesserungen entgegenkommen, und sich nicht zu lange sträuben, bis das Notwendige von unten her erzwungen wird."

Das Wort ist heute so wahr, als es zu Goethes Zeiten gewesen. Nur sollte man's jetzt nicht den Regierungen allein, sondern erst recht den Parteien und Interessengruppen zurufen. Wohl ist es berechtigt, daß jeder Politiker und Staatsbürger von seinem Interesse ausgeht, und dies Interesse im öffentlichen Leben wahrnimmt. Wer aber im Geist der Vaterlandsliebe und Königstreue an die Fragen der Zeit herantritt, und vor allem im Geist des lebendigen Christentums, der wird über den eigenen Zielen keinen Augenblick das höchste Gebot des Meisters vergessen: „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst!"

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.
RENEWALS ONLY—TEL. NO. 642-3405
This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

Univ. Minn.

INTER-LIBRARY LOAN
NOV 14 1958

INTERLIBRARY LOAN
JAN 3 1963
UNIV. OF CALIF., BERK.

LD 21A-38m-5,'68
(J401s10)476B

General Library
University of California
Berkeley